

# #prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 2/2024

## Psychische Störungen im Freiheitsentzug

4

**Modellversuch JAEL**

**41**

**KI im Strafvollzug**

**45**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ

Die Redaktion des #prison-info:  
Nicola Gattlen, Kaspar Meuli,  
Ronald Gramigna (Leitung)



Liebe Leserinnen und Leser,

das Gefängnis ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Dieser oft gehörte Satz mag stimmen oder nicht, Tatsache ist, dass der Justizvollzug auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren muss. In jüngerer Zeit waren das zum Beispiel die neuen Kommunikationsmittel. Die Omnipräsenz von Handys in unserer Gesellschaft stellt Gefängnisse vor grosse Herausforderungen. Eine weitere technische Neuerung, die vor den Gefängnismauern nicht Halt macht, sind Drohnen: Viele Institutionen des Justizvollzugs sehen sich gezwungen, mit High-Tech-Abwehr darauf zu reagieren. Und auch der neuste technologische Megatrend, die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) wird an den Gefängnissen nicht vorbeigehen. Der Europarat hat deshalb vor kurzem eine Empfehlung über den Einsatz von KI im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe verabschiedet (siehe Artikel auf Seite 45).

Mit technischen Veränderungen sind die Institutionen des Justizvollzugs gewohnt umzugehen. Doch wie reagieren sie, wenn sich die Menschen verändern, die ihnen anvertraut sind? Auch dieser Wandel ist – zumindest teilweise – ein Abbild gesellschaftlicher Entwicklungen. So stellt die sich verschlechternde psychische Gesundheit, insbesondere bei jungen Menschen, die ganze Gesellschaft vor Probleme. Unter inhaftierten Personen allerdings ist der Anteil psychisch belasteter Menschen überdurchschnittlich hoch: Unterschiedliche Studien lassen darauf schliessen, dass ein Drittel bis die Hälfte der Inhaftierten unter gravierenden psychischen Problemen leidet. Diese Ausgabe von #prison-info ist deshalb schwerpunktmässig dem Thema «Psychische Störungen im Freiheitsentzug» gewidmet.

Die Herausforderungen sind gross, wenn es um die psychiatrische Grundversorgung hinter Gittern geht, denn vielerorts fehlt es an den nötigen Strukturen. «Die Verhältnisse sind katastrophal und müssen als massive Missachtung des Äquivalenzprinzips und Vorenthaltung von zwingend notwendiger medizinischer Versorgung bezeichnet werden», sagt eine Expertin in unserem Artikel auf Seite 8. Dass es bei der Versorgung psychisch kranker Menschen im Schweizer Justizvollzug grundlegende Verbesserungen braucht, ist unbestritten – doch diese Forderung in die Tat umzusetzen, ist alles andere als einfach. Schliesslich fehlt es auch ausserhalb der Gefängnismauern an psychiatrischem Fachpersonal. Die Wartelisten für Therapieplätze sind fast überall lang. Die Prognose ist deshalb nicht gewagt: Es dürfte weit schwieriger werden, die Defizite bei der psychiatrischen Versorgung zu beheben als Handyverbote durchzusetzen.

Online-Version:





# Inhalt

## Fokus: Psychische Störungen im Freiheitsentzug

In den Justizvollzugsanstalten nimmt die Zahl der psychisch kranken Inhaftierten stetig zu. Viele der Betroffenen werden nur ungenügend versorgt. Es mangelt an – adäquaten – Angeboten und an psychiatrischem Personal. Experten plädieren zudem dafür, das Haftregime und die Tagesstrukturen in den JVA anzupassen und das Personal zu schulen.

- 4 «Wir haben eindeutig eine Unterversorgung»
- 8 Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander
- 12 «Das Gefängnis ist kein Ort für die Behandlung schwerer psychischer Störungen»
- 16 Unter schwierigen Bedingungen Kompetenzen fürs Leben vermitteln
- 20 Traumaerfahrungen in die Betreuungsarbeit miteinbeziehen
- 23 Die Zusammenarbeit an der Spitze und an der Basis verstärken
- 26 Erfahrungen mit schizophrenen Delinquenten in einem Massnahmenzentrum
- 29 Fünf Fragen an Pascal Muriset

## Restaurative Justiz

Mit John Braithwaite zeichnete die internationale Stiftung Balzan im Oktober einen «Champion der restaurativen Justiz» aus. Wir geben einen Einblick in das Leben und Werk des Australiers.

- 31 «Die Schweiz hinkt der internationalen Entwicklung hinterher»
- 33 Lückenhafte Umsetzung von Wiedereingliederungsmassnahmen
- 36 Trends und Zahlen zum Straf- und Massnahmenvollzug
- 38 Massive Eingriffe in das Leben von Hundertausenden
- 41 Vom Heim ins Leben: Wer schafft es?
- 44 Verwahrung im Jugendstrafrecht
- 45 Regeln für den Einsatz von KI
- 48 Kurzinformationen
- 53 Neuerscheinungen
- 55 Carte blanche: Fehler darf man machen, aber nicht denselben zwei Mal



Foto: Peter Schulthess



Foto: Peter Schulthess, 2019



Foto Titelseite:  
Igor Stevanovic, Alamy Stock Photo

# «Wir haben eindeutig eine Unterversorgung»

## Psychiatrische Versorgung von Inhaftierten

**Hans Wolff, Co-Präsident der Schweizer Gefängnisärzte und -ärztinnen, erklärt im Interview, warum die Fallzahlen von psychischen Erkrankungen in den Justizvollzugsanstalten zunehmen, welche Bedeutung dem Haftregime und den Tagesabläufen zukommt und weshalb wir auf ein mehrstufiges Versorgungssystem setzen sollten.**

Nicola Gattlen

«Der Bedarf an psychiatrischer Betreuung steigt in der ganzen Gesellschaft.»

**#prison-info: Herr Wolff, in den Schweizer Justizvollzugsanstalten scheint die Anzahl an psychisch kranken Inhaftierten stetig zu steigen. Teilen Sie diese Einschätzung?**

**Hans Wolff:** Ja, dieser Trend lässt sich ganz klar beobachten – nicht nur in der Schweiz, auch in anderen europäischen Ländern.

**Sehen wir hier einfach ein Abbild der gesellschaftlichen Entwicklungen? Oder sind andere Gründe ausschlaggebend?**

Die gesellschaftlichen Veränderungen spielen eine zentrale Rolle. Früher wurden die Menschen von starken Familien- und Dorfverbänden getragen. Dieser soziale Kitt ist seit Jahren am Bröckeln, was nicht ohne Folgen bleibt: Vereinsamung und soziale Verwahrlosung sind wichtige Treiber von

psychischen wie auch somatischen Erkrankungen. Der Bedarf nach psychologisch-psychiatrischer Betreuung steigt in der ganzen Gesellschaft. Und das spiegelt sich in den Gefängnissen. Ein Teil der Zunahme an psychisch Kranken in den Schweizer Gefängnissen ist aber auch auf die wachsende Risiko-Aversion in unserer Gesellschaft zurückzuführen. Psychisch kranke Personen, die ein schweres Verbrechen begangen haben und denen Massnahmen nach Artikel 59 auferlegt wurden, bleiben immer länger im geschlossenen Massregelvollzug. Und viele von ihnen sind in einer JVA platziert statt in einer forensisch-psychiatrischen Klinik, da dort die Plätze fehlen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Anzahl von Personen, die sich während ihres Massnahmenvollzugs in einer JVA befanden, mehr als verdoppelt (siehe Grafik Seite 5).



### Zur Person

Hans Wolff ist Professor für Medizin an der Universität Genf und Chefarzt der Abteilung für Gefängnismedizin an den Genfer Universitätskliniken. Zusammen mit Anne Iten präsidiert er die Konferenz Schweizerischer Gefängnisärzte und -Ärztinnen (KSG). Auf europäischer Ebene vertritt Hans Wolff die Schweiz im Europarat als Vizepräsident des Europäischen Antifolter-Komitees (CPT).



**Gefängnisdirektoren geben an, dass sie zunehmend auch mit Migrantinnen und Migranten zu tun haben, die unter post-traumatischen Belastungsstörungen und/oder Depressionen leiden. Was sind die Gründe für diese Zunahme?**

Eine Ursache dürften die veränderten Migrationsrouten sein. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex geht inzwischen viel rigorosser vor, und die Migrantinnen und Migranten suchen sich neue, riskantere Routen. Viele erleben auf der Flucht traumatische Ereignisse wie Pushbacks oder andere Gewalterfahrungen. Auch ist das Asylrecht weltweit zunehmend unter Druck. Wir sind heute weit entfernt von der Willkommenskultur vor zehn Jahren. Die geringer werdende gesellschaftliche Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten spiegelt sich auch in deren psychischem Wohlbefinden beziehungsweise in psychischen Störungen, die ebenfalls stärker ausgeprägt sind.

**Verlässliche Daten zur psychischen Gesundheit in den Schweizer Gefängnissen fehlen. Wie schätzen Sie die Situation im Allgemeinen ein?**

Man muss davon ausgehen, dass zwischen 50 bis 75 Prozent der Insassen psychische Probleme haben. Dazu zählen Suchterkrankungen, Depressionen, Persönlichkeitsstörungen, Psychosen oder posttraumatische Belastungsstörungen. Eine internationale Meta-Analyse zu den psychischen Erkrankungen in westlichen Gefängnissen zeigt, dass die Gefängnispopulation zwei- bis zehnmal stärker betroffen ist als die Durchschnittsbevölkerung, je nach Problemfeld. Psychosen und Depressionen beispielsweise kommen etwa viermal häufiger vor. Auch Selbstverletzungen und Suizide sind viel häufiger: In der Schweiz ist die Suizidrate innerhalb der Gefängnismauern etwa zehnmal höher als ausserhalb der Mauern.

**Besonders hoch ist die Suizidgefahr in der U-Haft. Wie lässt sich das Suizidrisiko verringern?**

Durch die Verhaftung werden diese Leute meist abrupt aus ihrem sozialen Umfeld gerissen. Der Schock der Verhaftung, die Isolation vom sozialen Umfeld, Schamgefühle und Zukunftsängste können die Psyche enorm belasten. Das Risiko einer schweren Erkrankung lässt sich deutlich reduzieren, wenn man die Isolation so gering wie nötig hält, Kontakte zu Angehörigen ermöglicht und früh Klarheit schafft über die Situation zuhause und am Arbeitsplatz. Die Kantone Bern und Zürich haben diesbezüglich wichtige Veränderungen angestossen. Die Insassen können mehr Zeit ausserhalb der Zelle verbringen, sie lernen, Stress zu bewältigen und können zu Beginn der U-Haft

in «Lebensbereichsgesprächen» mit Fachleuten die Situation zu Hause und am Arbeitsplatz klären. Das nimmt viel Druck weg.

**Auch der Strafvollzug kann sehr belastend sein: In einem Gefängnis ist es oft laut und karg, manchmal kommt es zu Bedrohungen durch Mitinsassen. Kann dieses Setting bei einem gesunden Menschen psychische Erkrankungen auslösen? Oder ist es vielmehr so, dass bestehende Erkrankungen verstärkt werden?**

Die Inhaftierung kann psychische Erkrankungen sowohl demaskieren wie auch fördern oder kreieren. Den grössten Einfluss auf die Gesundheit der Insassen haben das Haftregime und die Tagesabläufe. Ein gutes Haftregime wirkt nicht nur präventiv, es kann auch gewisse bestehende Erkrankungen lindern, insbesondere Angstzustände.

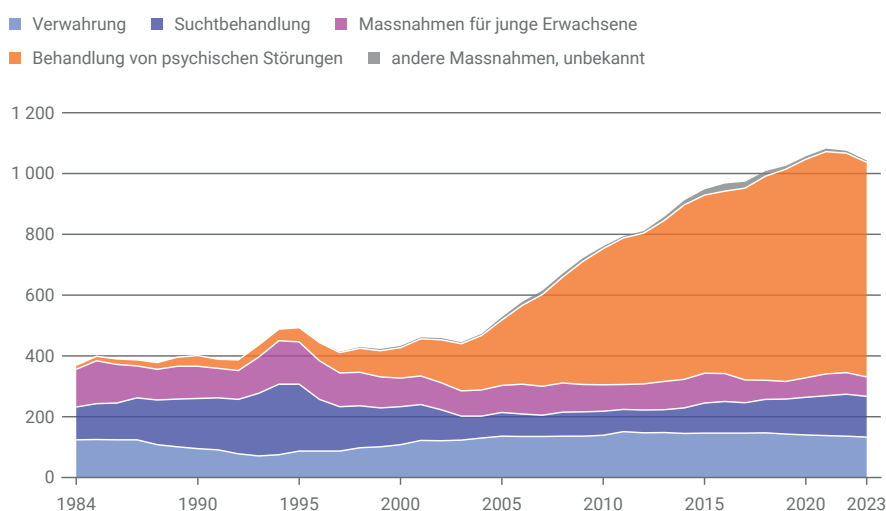
**Wie müsste ein «gutes Haftregime» konzipiert sein?**

Wichtig ist, dass die Gefängnisinsassen viel Zeit ausserhalb der Zelle verbringen dürfen; der Europarat empfiehlt mindestens acht Stunden. Und sie sollen sinnvollen Beschäftigungen nachgehen können. In der Schweiz gibt es einige gute Ansätze, doch das System ist grundsätzlich ziemlich träge.

«Wichtig ist, dass die Gefängnisinsassen viel Zeit ausserhalb der Zelle verbringen dürfen.»

## Massnahmenvollzug

Mittlerer Bestand nach Art der Massnahme



Datenstand: 09.10.2024

Quelle: BFS – Statistik des Vollzugs von Sanktionen (SVS)

gr-d-19.04.02.02-je

© BFS 2024

Dieser mittlere Bestand berücksichtigt Personen, die sich während ihres Massnahmenvollzugs mindestens einen Tag in einer Justizvollzugseinrichtung befanden. Personen, die sich ausschliesslich in privaten Einrichtungen aufhielten (Heime, forensisch-psychiatrische Kliniken, usw.), werden in der Statistik nicht erfasst.



**Das Gefängnis Limmattal verfügt seit 2019 über eine Kriseninterventionsabteilung (KIA) für Inhaftierte, die während der Untersuchungshaft akute psychische Krisen erleben. Im Schnitt bleiben die Insassen zwei bis drei Wochen dort. Foto: JuWe**

Die nötigen Anpassungen erfolgen nur zögerlich, was in Anbetracht der in der Schweiz vorhandenen Kompetenzen als auch der finanziellen Mittel doch sehr enttäuschend ist. Die Gefängnisverwaltungen sollten offener sein für den Vergleich mit anderen Kantonen oder auch mit inspirierenden Beispielen im Ausland. Holland, Spanien oder besonders auch Norwegen haben revolutionäre Reformen umgesetzt, die nicht nur die Haftbedingungen verbessern, sondern auch die Ausbildung und Arbeitsweise von Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten komplett neu ausrichten.

### **Wie steht es um die psychiatrische Versorgung der Insassen in der Schweiz?**

Wir haben eindeutig eine Unterversorgung, insbesondere in den ländlichen Regionen. Der Mangel an Psychiatrie-Fachkräften hat sich in den letzten Jahren überall, also auch in der «freien» Gesellschaft zugespitzt. Die Nachfrage ist derart gross, dass sich die jungen Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegefachpersonen aussuchen können, wo sie arbeiten möchten. Und die Gefängnisse sind selten ihre erste Wahl. In Genf sind wir deswegen zunehmend aktiv, um die Leute während der Ausbildung mit dem Arbeitsplatz Gefängnis vertraut zu machen, etwa über ein Praktikum. Viele Teilnehmende kehren nach ihrer Ausbildung ins Gefängnis zurück, weil sie die Arbeit im Gefängnis als sinnvoll, vielfältig und spannend erlebt haben. Solche Praktika sollten schweizweit systematisch angeboten werden.

### **Braucht es auch mehr Plätze in gesicherten Abteilungen von psychiatrischen Kliniken?**

Die geschlossene Psychiatrie-Klinik ist historisch stark «belastet». Vor über 50 Jahren haben sich viele Institutionen der Normalpsychiatrie zunehmend geöffnet. Insbesondere in der Westschweiz und im Tessin ist es heute schwierig, psychisch schwer kranke und als «gefährlich» eingestufte Personen in der Normalpsychiatrie zu belassen. Die werden zunehmend ins Gefängnis eingewiesen, oft nach Straftaten, die durch eine Krankheit bedingt ist. Im Straf- und Massnahmenvollzug sollten wir aber wegkommen von einem zweipoligen System mit ambulanter Behandlung in der JVA und stationärer Therapie in der Klinik. Nötig wäre ein mehrstufiges System, das es erlaubt, den sehr unterschiedlichen Fällen gerecht zu werden.

### **Was verstehen Sie darunter?**

Ein mehrstufiges System umfasst neben den herkömmlichen Angeboten beispielsweise auch The-

rapien in «Tageskliniken» oder die Verlegung in eine «Kriseninterventionsabteilung» (KIA) eines Gefängnisses. Das Gefängnis Limmattal verfügt seit 2019 über eine solche Abteilung und leistet hier Pionierarbeit. Nötig wären auch zusätzliche Gruppenräume in den Gefängnissen für die Durchführung von Gruppentherapien oder anderen Therapieformaten sowie spezialisierte Abteilungen, in denen auf die spezifischen Bedürfnisse besonders vulnerabler Personen – beispielsweise ältere Menschen oder Personen mit psychischen Störungen oder Entwicklungsstörungen – besser eingegangen werden kann.

### **Was sind die Vorteile eines solch mehrstufigen Systems?**

Mit einem differenzierten, mehrstufigen Angebot kann man die psychisch kranken Inhaftierten und auch andere vulnerable Personen, adäquater und effizienter behandeln. Wenn es ihnen schlecht geht, rücken sie eine Stufe hinauf, und wenn es ihnen besser geht, rücken sie eine Stufe zurück. In Holland wird dieses System schon seit Jahren angewandt und hat sich bewährt. Von der adäquaten psychologisch-psychiatrischen Versorgung profitieren im Übrigen auch die Mitinsassen und das Personal. Denn sie nimmt viel Druck aus dem System. Man kann davon ausgehen, dass dieser Effekt sich auch positiv auswirkt auf die Rehabilitierung, also die Zeit nach der Inhaftierung.

### **Welche Rolle kommt dem Vollzugspersonal zu?**

Die Vollzugsbeamten sind oft als Erste mit den Nöten der Inhaftierten und mit psychiatrischen Notfällen konfrontiert und müssen diese Situationen irgendwie auffangen. Es ist deshalb wichtig, dass sie entsprechend geschult werden, vor allem auch in Kommunikationstechniken. In Norwegen ist die Hauptaufgabe der Vollzugsbeamten die Rehabilitation und die sozialen Integration. Jeder Vollzugsbeamte und jede Beamtin ist Mentor bzw. Mentorin von meist drei Inhaftierten, mit denen sie jede Woche mindestens eine Stunde lang ein Einzelgespräch führen. Dort wird über die Straftat gesprochen, über die Beziehungen zu anderen Inhaftierten, zur Familie und zu Bekannten. Auch wird die Zeit nach der Inhaftierung besprochen und geplant, Themen sind zum Beispiel die Stellen- und Wohnungssuche. Die Rückfallraten haben sich in den letzten 25 Jahren in Norwegen mehr als halbiert, was den gesellschaftlichen Nutzen der Arbeit des Vollzugspersonals eindrucksvoll unterstreicht.

«Die geschlossene Psychiatrie-Klinik ist historisch stark belastet.»



# Anspruch und Wirklichkeit klaffen auseinander

## Immer mehr Inhaftierte kämpfen mit psychischen Krankheiten

**Inhaftierte Personen haben Anrecht auf denselben Zugang zur medizinischen Grundversorgung wie die übrige Bevölkerung – auch bei psychischen Erkrankungen. Das fordert das Äquivalenzprinzip. Doch es ist schwierig, diesem Prinzip Genüge zu tun.**

Kaspar Meuli

Die psychische Gesundheit der Gefangenen wird für den Justizvollzug immer stärker zum Problem. Kiran Trost etwa, der Bereichsleiter Sondervollzug & Fachdienste in der JVA Cazis Tignez, sagt: «Es ist zunehmend so, dass wir es mit psychisch und psychiatrisch auffälligen Insassen zu tun haben, das ist eine Tatsache.» Vor diesem Hintergrund ist erstaunlich, dass es kaum gesicherte Informationen zur Zahl der psychisch Kranken im Schweizer Strafvollzug gibt. Wie viele Menschen in Strafanstalten auf psychiatrische Versorgung angewiesen sind, weiss niemand. Eine präzise Datenerhebung ist zurzeit auf Anregung des Runden Tisch zur Gesundheitsversorgung im Justizvollzug in Planung.

Auf internationaler Ebene erscheinen regelmässige Studien zur Gesundheit von Gefangenen. So hat etwa die Weltgesundheitsorganisation WHO 2023 eine Studie mit Daten aus 36 europäischen Ländern veröffentlicht – darunter auch die Schweiz,

allerdings ohne Informationen zur psychischen Gesundheit. Die WHO schreibt: «Die am weitesten verbreitete Krankheit unter den Gefangenen waren psychische Störungen, von denen 32,8 Prozent der Gefängnisinsassen betroffen waren.» Diese Zahl, so der Report, stelle wahrscheinlich eine erhebliche Untererfassung dar. Als grosse Defizite im europäischen Strafvollzug nennt die WHO die «Überbelegung» und den «Mangel an Diensten für die psychische Gesundheit». Auch wenn für die Schweiz landesweite Zahlen fehlen, scheint eines unbestritten: Der Anteil von Menschen mit psychischen Problemen ist in den Gefängnissen deutlich höher als ausserhalb. Und: Zur Tragweite des Problems gibt es durchaus konkrete Hinweise.

### Verlagerungseffekt belastet Justizsystem

So ergaben Schätzungen in einer noch unveröffentlichten Studie zur psychischen Belastung in Zürcher Gefängnissen, dass fast die Hälfte der inhaftierten Personen unter klinisch relevanten psychischen Problemen litt. Den Grund für diesen hohen Anteil psychisch Kranker sieht Jérôme Endrass, Professor für forensische Psychologie und stellvertretender Leiter von Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) des Kantons Zürich, unter anderem bei einem Verlagerungseffekt: «Sozialpsychiatrische Fälle landen heute eher im Justizsystem als früher, das stellt uns vor neue Herausforderungen.» Eine Studie zum Massnahmenvollzug in der JVA Solothurn wiederum zeigte, dass der Anteil der Insassen mit einer Schizophrenie-Diagnose zwischen 2015 und 2022 von rund 10 auf 28 Prozent zunahm (siehe Artikel auf Seite 26–28). Der Stellenwert der psychiatrischen Versorgung im Justizvollzug ist offensichtlich, doch wie gut sind psychisch Kranke heute tatsächlich versorgt? «Die Verhältnisse sind katastrophal und müssen als massive Missachtung des Äquivalenzprinzips und Vorent-

Nur in Einrichtungen mit einem gut ausgebauten psychiatrischen und psychotherapeutischen Dienst werden im Freiheitsentzug Psychotherapien angeboten. Das Bild zeigt eine nachgestellte Szene. Foto: JuWe





haltung von zwingend notwendiger medizinischer Versorgung bezeichnet werden», sagt die Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie Simone Hänggi. Sie ist Chefarztin der Psychiatrie Baselland und Vize-Präsidentin der Konferenz Schweizerischer Gefängnisärzte und -ärztinnen. «Die Gefängnispopulation ist psychiatrisch nicht ausreichend versorgt», erklärt Simone Hänggi. Der grösste Mangel: Es gebe viel zu wenig Plätze in forensisch-psychiatrischen Kliniken – sowohl für Massnahmenpatienten als auch für inhaftierte Personen, die vorübergehend eine stationäre psychiatrische Behandlung benötigten. Kommt dazu: Nicht alle Haftinstitutionen hätten ein ambulantes psychiatrisches Angebot und einen Notfalldienst für akute psychiatrische Notfälle.

### **Grosse Unterschiede bei der psychiatrischen Versorgung**

Beim näheren Hinsehen zeigt sich, dass Umfang und Qualität der psychiatrischen Versorgung je

nach Ort stark variieren. Eigentlich gilt in Institutionen des Freiheitsentzugs in der ganzen Schweiz das Äquivalenzprinzip, demzufolge inhaftierte Personen «zum Schutz ihrer physischen und psychischen Gesundheit Anrecht auf denselben Zugang zur medizinischen Grundversorgung wie die übrige Bevölkerung» haben, wie das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug SKJV schreibt. Soweit der Anspruch, doch in Wirklichkeit sind die Unterschiede zwischen den Kantonen gross.

Am besten ist die Versorgung tendenziell in den grossen Institutionen urbaner Kantone. Zum Beispiel in der JVA Pöschwies im Kanton Zürich. Die mit knapp 400 Plätzen grösste Strafanstalt der Schweiz verfügt über einen eigenen psychiatrischen Dienst mit festangestellten psychologischen und psychiatrischen Fachpersonen. «Der Dienst gewährleistet eine hohe Behandlungskontinuität», sagt Jérôme Endrass. Die Inhaftierten seien «psychiatrisch gesehen sehr gut versorgt». Zurzeit wohl sogar besser als

Eine Zürcher Studie zeigt, dass bis zu drei von fünf inhaftierten Personen unter starken psychischen Problemen leiden. Am meisten betroffen sind 18- bis 20-Jährige, über 60-Jährige und Frauen. Foto: JuWe





Im Modellversuch Untersuchungs-haft geht der Kanton Zürich neue Wege: Inhaftierte erhalten Anleitungen, wie sie Stress und Probleme bewältigen können. Teil des sogenannten Prison Stress Management ist unter anderem die Videotelefonie.  
Foto: JuWe

ausserhalb der JVA. «Wenn man bedenkt, wie lange gerade junge Menschen auf einen Behandlungsplatz warten müssen, stehen wir gut da. In der JVA Pöschwies gibt es keine Wartelisten für Gefangene, die eine psychiatrische Betreuung brauchen.» Wie unterschiedlich die Realität in kleineren Institutionen aussehen kann, zeigen regelmässig die Berichte der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). In ihrem Bericht zum Gefängnis von Delémont (JU) beispielsweise schrieb sie 2021. «Der Kommission wurde berichtet, dass Personen, die eine psychiatrische Untersuchung benötigen, ins Spital gebracht werden. Darüber hinaus besucht ein Psychiater die Einrichtung bei Bedarf. Die Kommission erinnert daran, dass eine psychiatrische Grundversorgung für inhaftierte Personen regelmässig sichergestellt werden muss, und empfiehlt, die psychiatrische Versorgung auszubauen und dabei nach Möglichkeit kantonale Synergien zu nutzen.» Die kantonalen Behörden schreiben auf Anfrage, dass man inzwischen eine Zusammenarbeit mit dem medizinisch-psychologischen Zentrum für Erwachsene des Kantons Jura aufgebaut habe. Sie ermögliche nun regelmässige Besuche von Psychiatriepflegerinnen und -pflegern.

Auch nach ihrem Besuch im Schwyzer Kantonsgefängnis Biberbrugg 2022 wies die NKVF auf Probleme bei der psychiatrischen Versorgung hin: Es gebe keine regelmässigen Visiten des zuständigen externen Psychiaters, und meistens werde er «aufgrund von Suizidalität und seltener aufgrund anderer psychiatrischer Probleme» kontaktiert. Psychische Erkrankungen würden hauptsächlich mit

Medikamenten behandelt. Die Kommission stellte fest, dass rund 20 Prozent aller inhaftierten Personen Psychopharmaka erhielten. Abschliessend empfahl sie «eine erhöhte und regelmässige Präsenz von psychiatrischen Fachpersonen in der Einrichtung». Laut Auskunft des Sicherheitsdepartements des Kantons Schwyz sind mittlerweile Bestrebungen im Gang, ein Angebot an regelmässigen wöchentlichen psychiatrischen Konsultationen durch einen niedergelassenen Psychiater zu schaffen.

### **Ausserkantonale Patienten werden benachteiligt**

Die Strukturen für eine psychiatrische Grundversorgung bereitzustellen, ist nur eine der Herausforderungen, vor die sich die Einrichtungen des Justizvollzugs gestellt sehen. Zu schaffen macht ihnen unter anderem der Fachkräftemangel. In der 2020 eröffneten JVA Cazis Tignez etwa waren ursprünglich zwei Abteilungen mit je neun Plätzen vorgesehen, die psychisch auffällige Personen aufnehmen sollten. Da es an geschultem Personal fehlt, ist eine der beiden Abteilungen für betreuungsintensiven Spezialvollzug bis heute nicht in Betrieb.

Zudem ist nicht immer klar, was für eine Behandlung sich psychisch kranke Inhaftierte, die nicht eine richterlich verordnete Therapie durchlaufen, tatsächlich wünschen. In Einrichtungen wie der JVA Pöschwies, die über einen gut ausgebauten psychiatrischen und psychotherapeutischen Dienst verfügen, wären Psychotherapien zwar im Prinzip möglich. Doch nach der Erfahrung des forensischen Psychologen Jérôme Endrass seien vor allem «stützende Gespräche» und medikamentöse Behandlungen gefragt.

Und auch die Zusammenarbeit zwischen dem internen Gesundheitsdienst einer JVA und externen psychiatrischen Einrichtungen verläuft nicht immer problemlos. Zwar ist die Zahl der forensisch-psychiatrischen Kliniken in der Schweiz in den vergangenen zwanzig Jahren stark gewachsen, doch die Probleme sind damit nicht alle gelöst, wie Simone Hänggi, Vize-Präsidentin der Konferenz Schweizerischer Gefängnisärzte und -ärztinnen erklärt: Für die forensische Psychiatrie sei die Krisenintervention bei Inhaftierten eine «eher unbeliebte Nebentätigkeit», und die Kliniken orientierten sich primär an den Bedürfnissen des eigenen Kantons. Ganz allgemein werden inhaftierte Personen, die aus einem Kanton ohne eigene forensisch-psychiatrische Klinik stammen, häufig benachteiligt – zum Beispiel auf den Wartelisten für einen Klinikplatz.

### **Externe Therapeuten zeigen wenig Geduld**

Schliesslich kooperieren auch das externe und das interne Psychiatrie-Personal nicht immer optimal.





Der Fachkräftemangel in der Pflege wirkt sich auch auf die Betreuung von Inhaftierten mit psychischen Störungen aus. In der 2020 eröffneten JVA Cazis Tignež ist eine der beiden Abteilungen für betreuungsintensiven Spezialvollzug bis heute nicht in Betrieb. Fotos: JVA Cazis Tignež

Der Leiter eines JVA-Gesundheitsdienstes, der nicht genannt sein möchte, klagt, dass unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen zu Schwierigkeiten führten. Und er erzählt von externen Fachleuten, die Therapien viel zu schnell wieder abbrächen, da es ihnen im Umgang mit den Inhaftierten an Geduld fehle. «Bei uns sind nur die Wenigsten intrinsisch für eine Therapie motiviert. Daran muss man arbeiten, und das braucht Zeit.» Doch eine abgebrochene Therapie könne für Inhaftierte einschneidende Folgen haben, auch wenn sie nur schlecht kooperierten. «Ein Abbruch bestätigt die Erfahrung der Insassen, dass sie von der Gesellschaft aufgegeben werden.»

Wie sich zeigt, ist die adäquate psychiatrische Versorgung von Menschen im Justizvollzug eine komplexe Angelegenheit und stellt die Institutionen vor wachsende Herausforderungen. Diese Herausforderungen nicht anzunehmen, darf keine Option sein, denn wie es im WHO-Bericht zur Gesundheit in europäischen Gefängnissen heisst: «Alle Bürgerinnen und Bürger haben unabhängig von ihrem rechtlichen Status Anspruch auf eine qualitativ hochwertige



Gesundheitsversorgung. Eine Inhaftierung sollte niemals eine Verurteilung zu schlechterer Gesundheit bedeuten.» Ein Anspruch, der zweifellos auch für die psychische Gesundheit gilt.

# «Das Gefängnis ist kein Ort für die Behandlung schwerer psychischer Störungen»

## Vollzug einer therapeutischen Massnahme nach Art. 59 Abs. 3 StGB in einer Strafanstalt.

Mangels geeigneter psychiatrischer Einrichtungen werden Personen, deren Delinquenz auf schwere psychische Störungen zurückzuführen ist, vielfach in ordentlichen Gefängnissen mit begrenzten Behandlungsmöglichkeiten platziert. Dominique Marcot, Psychiater und Leiter der Abteilung für Rechtsmedizin am Psychiatriezentrum Neuenburg, kritisiert diese Vorgehensweise.

Patricia Meylan

«Die Betroffenen sind der Ansicht, dass sie im Gefängnis sitzen, um eine Freiheitsstrafe zu verbüssen.»

**#prison-info: Das Schweizer Strafgesetzbuch ist so ausgelegt, dass stationäre therapeutische Massnahmen in einer Strafanstalt vollzogen werden können. Die betroffenen Personen sind jedoch psychisch krank. Wie verhalten sie sich, wenn sie die verhängte Strafe innerhalb eines Gefängnisses antreten?**

**Dominique Marcot:** Die Betroffenen sind der Ansicht, dass sie im Gefängnis sitzen, um eine Freiheitsstrafe zu verbüssen. Es ist schwierig, ihnen klarzumachen, dass sie im Gefängnis sind, um ihre psychischen Störungen zu behandeln. Das Gefängnis wird nicht als angemessener Ort für die Behandlung wahrgenommen. Diese Menschen

erleben dort den Alltag in einem Gefängnis und nicht etwa den Alltag in einer Klinik. Möglicherweise ist die Schweiz das einzige Land, in dem es gesetzlich zulässig ist, psychisch kranke Menschen in ein Gefängnis zu sperren, mit dem ausdrücklichen Ziel, dort behandelt zu werden.

**Die betroffenen Personen müssen sich einer stationären Massnahme im Sinne von Art. 59 Abs. 3 StGB unterziehen. Worunter leidet eine Person, die nach 59 StGB verurteilt wurde?**

Sie kann an einer Vielzahl bestehender psychischer Störungen leiden, wie z. B. psychotischen Störungen, Stimmungsschwankungen, geistiger Behinderung oder Persönlichkeitsstörungen. Ferner zählen Suchtprobleme und sexuelle Abweichungen dazu. Im Grunde kann jede erdenkliche Diagnose gefunden werden. Häufig weist eine Person mehr als eine Störung auf.



### Zur Person

Dominique Marcot ist Psychiater und Psychotherapeut. Er leitet die Abteilung für Rechtsmedizin im Neuenburger Psychiatriezentrum und ist Mitglied im Vorstand der Konferenz Schweizerischer Gefängnisärzte und -ärztinnen.





**Ist die inhaftierte Person in diesem Fall als Straftäterin bzw. Straftäter oder als Patientin bzw. Patient zu betrachten?**

Die betroffene Person muss als Patientin bzw. Patient betrachtet werden. Sie muss als eine Person aufgefasst werden, die behandelt werden muss, und nicht als eine Person, die es zu bestrafen gilt. Das ist allerdings eine komplizierte Angelegenheit, denn obwohl die Vollstreckung einer Strafe auch das Ziel der Wiedereingliederung verfolgt, ist der Sanktionscharakter in der Haft naturgemäss allgegenwärtig. Die Bedingungen in der Strafanstalt entsprechen nicht denen eines gewöhnlichen Lebens.

**Das Verhalten der inhaftierten Person im Vollzug einer Massnahme nach Art. 59 StGB und das Ver-**

**halten der inhaftierten Person im Vollzug einer Freiheitsstrafe werden vom Gefängnispersonal gleichermassen interpretiert. Stellt dies ein Problem dar?**

Ja, weil bei Personen im Massnahmenvollzug die aktuelle psychische Krankheit behandelt werden müsste, bevor man sich auf die vorangegangene kriminelle Laufbahn konzentriert. In der Strafanstalt werden sie aber in erster Linie als inhaftierte Personen wahrnehmen. Man begegnet hier schwierigen Persönlichkeiten mit eigenen Mitteln, die eine erzieherische oder disziplinarische Wirkung haben und auf Abschreckung beruhen. Für Personen, die aufgrund psychischer Störungen mit diesen Mitteln nicht zurechtkommen bzw. nicht imstande sind, daraus zu lernen, kann das sehr problematisch sein. Vielfach ist ihr Sicher-

Zeichnung: Patrick Tondeux

«Vielfach ist ihr Sicherheitsgefühl im Gefängnis durch die Krankheit beeinträchtigt.»



heits-Gefühl im Gefängnis durch die Krankheit beeinträchtigt. Es ist wichtig, dass sie sich in ihrer Umgebung sicher fühlen, dass sie den Personen, die sich um sie kümmern, vertrauen können und dass sie gute Beziehungen zu ihren Mitmenschen aufbauen können.

**Die «Behandlung von psychischen Störungen» ist eine von Schweizer Gerichten häufig angeordnete Massnahme (726 Mal im Jahr 2020, 737 Mal im Jahr 2021, 713 Mal im Jahr 2022). Haben Sie eine Erklärung dafür?**

Ihre im Vergleich zu anderen stationären Massnahmen häufige Anordnung ist vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen: Sie hat keine zeitliche Begrenzung, und sie kann im Gefängnis vollzogen werden. Dass die Massnahme nach Art. 59 Abs. 3 StGB im Gefängnis vollstreckt werden kann, ist unter anderem auf die Entwicklung der psychiatrischen Kliniken zurückzuführen, die danach streben, offene Einrichtungen mit kurzen Aufenthalten zu sein. Die stationäre Psychiatrie möchte heute als entgegenkommend wahrgenommen werden und dabei die Rechte der Patientinnen und Patienten wahren. Sie verzichtet auf die Anwendung von Restriktionen.

In den letzten Jahren sind viele geschlossene Abteilungen verschwunden. Es gibt also nicht mehr so viel Platz für jene Minderheit von Patientinnen und Patienten, die aufgrund ihrer psychischen Störungen eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen und die auch längere Aufenthalte in einem gesicherten stationären Rahmen benötigen. In der Westschweiz gibt es heute keine psychiatrischen Einrichtungen mehr, die in der Lage sind, diese Patienten aufzunehmen und ihnen den nötigen Halt zu bieten. Also schickt man die Patienten in die Gefängnisse, wo die psychiatrische Versorgung naturgemäss nur ambulant erfolgt, abgesehen von einigen wenigen Bereichen, die in Form von Tageskliniken eingerichtet wurden.

**Sie arbeiten seit 2013 im Westschweizer Strafvollzug. Wie sieht denn dort die Praxis aus?**

Es muss zwischen zwei Fällen unterschieden werden: Der Fall des Patienten, der eine schwere und dauerhafte psychische Störung aufweist. Die ambulante Versorgung im Gefängnis reicht nicht immer aus, um die betroffene Person ernsthaft zu stabilisieren. Sie kann sich über einen längeren Zeitraum in einem akuten und/oder instabilen Zustand befinden. Beim zweiten Fall handelt es

sich um eine Person mit weniger stark ausgeprägten psychischen Problemen oder mit Störungen, die das Verhältnis des Patienten zu sich selbst oder zur Realität nicht massiv beeinträchtigen. In diesem Fall ist durch die ambulante Versorgung eine potenziell befriedigende Entwicklung auch in einem Gefängnis möglich.

**Wie gehen Sie mit den begrenzten Möglichkeiten hinsichtlich der psychiatrischen Versorgung in Gefängnissen um?**

Wir versuchen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln das Bestmögliche zu bewirken. Im Gefängnis sind diese Mittel im Vergleich zu denen in einer psychiatrischen Klinik begrenzt.

So ist es beispielsweise nicht möglich, abends, wenn der Patient am ängstlichsten ist, ein Gespräch zu führen, weil er dann in seiner Zelle eingesperrt ist. Im Gefängnis hat das Pflegepersonal nicht täglich mit den inhaftierten Personen zu tun. Es hält sich in der medizinischen Abteilung des Gefängnisses auf, während sich die inhaftierten Personen in der Zelle oder in den Werkstätten befinden. Die inhaftierten Personen müssen in die Sprechstunde kommen – und manche weigern sich –, wohingegen in einer Psychiatrischen Klinik das Pflegepersonal und die Patienten in ständigem Kontakt zueinander stehen. Zudem kann das Pflegepersonal keinen Einfluss auf die Gefängnisumgebung nehmen, auch wenn die Patienten teilweise sehr schwere psychiatrische Dekompensationszustände aufweisen oder wenn ein hohes Suizidrisiko vorliegt. In Kliniken sind die zur Verfügung stehenden Mittel vielfältiger und auf das Individuum abgestimmt; die therapeutische Begleitung erfolgt engmaschiger.

**Erschweren diese Einschränkungen die Arbeit der Mediziner und des Pflegepersonals?**

Die psychiatrische Versorgung im Gefängnis stellt die Werte der Medizin auf die Probe. Ich möchte dies näher erläutern. Im Gefängnis erfordern schwierige Fälle, dass die Ärztin bzw. der Arzt mit der Gefängnisleitung kommuniziert, was in einem Spital nicht verlangt wird. Das Gefängnisumfeld stellt die ärztliche Schweigepflicht auf die Probe. Angesichts einer Gefängnisleitung, die für Kontrolle, Disziplin und Sicherheit zuständig ist, muss das Pflegepersonal im Gefängnis häufig darauf hinweisen, dass ein Rahmen des Vertrauens und der Vertraulichkeit für die Arbeit mit dem Patientinnen und Patienten unerlässlich ist.

«Die psychiatrische Versorgung im Gefängnis stellt die Werte der Medizin auf die Probe.»

**Ist eine umfassende psychiatrische Versorgung in Schweizer Gefängnissen eine Illusion?**

Das ist so. Das Gefängnis ist nicht der richtige Ort, um Menschen mit einer «schweren psychischen Störung» (gemäss Art 59 StGB) zu behandeln, die eine konsequente psychosoziale Behandlung benötigen.

**Wie kann man angesichts dieser Umstände an eine Resozialisierung denken?**

Für einige schwerkranke Menschen ist das einzige realistische Ziel die psychische Stabilität: Sie ist meist eine notwendige Voraussetzung für eine entspannte und vorhersehbare Beziehung zur Aussenwelt. Diejenigen, die ein besseres Verhältnis zur Realität haben oder besser strukturiert sind, können von einer weitergehenden Behandlung mit dem Ziel der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung profitieren. Allerdings muss man sich vor Augen führen, dass das Gefängnis eine Einrichtung ist, die für verantwortungsbewusste Straftäterinnen und Straftäter gedacht ist. Unverantwortliche oder auch nur teilweise verantwortungsbewusste Straftäterinnen und Straftäter ins Gefängnis zu stecken, bedeutet, sie in eine Umgebung zu versetzen, die nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist und deren Philosophie primär auf Delinquenz und Kriminalität abzielt.

**Menschen mit schweren psychischen Störungen können unberechenbar und möglicherweise auch gefährlich sein. Wie wirkt sich dies auf das Zusammenleben mit den anderen inhaftierten Personen aus?**

Die anderen inhaftierten Personen können Angst haben, zumal sie auf engstem Raum mit Menschen zusammenleben müssen, die schwere Störungen aufweisen. Es besteht also die Gefahr, dass die Situation eskaliert. Und oft sind die kranken Straftäterinnen und Straftäter der Gewalt der übrigen inhaftierten Personen ziemlich wehrlos ausgesetzt. Psychische Erkrankungen sind in der Regel ein grosser Vulnerabilitätsfaktor.

**Wie sieht es mit dem Personal aus?**

Den Vollzugsmitarbeitenden kommt bei dem Umgang mit psychisch kranken Straftäterinnen und Straftätern ein grosses Verdienst zu, da sie keine Pflegefachkräfte sind. Sie sind in der Regel die ersten Personen, die der Gewalt ausgesetzt sind, die aus einer psychischen Störung herrührt. Für Vollzugsmitarbeitende ist der Umgang mit psychisch kranken Menschen, die sich in einer Krise befinden,

eine grosse Belastung. Die meisten Angestellten verfügen nur über eine begrenzte Ausbildung in diesem Bereich.

**Was muss in der Westschweiz geschehen, damit Personen, die zu einer strafrechtlichen stationären Massnahme verurteilt wurden, eine geeignete Therapie erhalten?**

Es muss eine spezialisierte Einrichtung geschaffen werden, welche das gesamte Spektrum der therapeutischen Versorgung anbietet, die für die Begleitung der Patienten vom Beginn bis zum Ende der strafrechtlichen Massnahme erforderlich ist. Eine solche Einrichtung muss über unterschiedliche Räumlichkeiten und verschiedene therapeutische Mittel verfügen, um alle Phasen der Krankheit behandeln zu können, sowie über Mittel zur Rehabilitation und Wiedereingliederung. Die Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie in Merzig (D) ist ein Beispiel, das die Westschweiz als Vorbild nehmen könnte. In Deutschland gibt es in jedem Bundesland mindestens eine stationäre Einrichtung, die für die Durchführung von stationären therapeutischen Massnahmen konzipiert wurde.

**Sie haben sich für die öffentliche Psychiatrie entschieden, die sich mit den vielschichtigsten und schwierigsten Problemen befasst. Im privaten Gesundheitsbereich sucht sich die Therapeutin oder der Therapeut die Patientinnen und Patienten aus. Ihnen hingegen geht es darum, nicht wählen zu müssen. Warum?**

Nicht zu wählen bedeutet, nicht auszuschliessen. Ich ziehe es vor, jede Person zu behandeln, die zu mir kommt. Ich bin davon überzeugt, dass die Medizin ebenso auf Werten wie auf Kompetenzen beruht. Die Werte, die mir am Herzen liegen, sind humanistischer Natur. Ich interessiere mich für Menschen im Gefängnis oder für Menschen, die aufgrund einer strafrechtlichen Anordnung behandelt werden müssen, weil sie in den meisten Fällen psychisch extrem schutzbedürftig sind und immer wieder Widrigkeiten ausgesetzt sind. Sie sind sowohl mit den Verboten des Gesetzes als auch mit dem Versagen ihrer Psyche konfrontiert. Es ist die Aufgabe des Staates, ihnen einen Platz in der Gesellschaft zu verschaffen. Ich verweise gerne auf die Ausführungen des Philosophen Olivier Abel, der sagt, dass man jemanden nicht in seinem Unglück einsperren darf und dass es die Aufgabe der Institutionen ist, die Ansteckung mit dem Unglück zu stoppen.

«Es ist die Aufgabe des Staates, psychisch extrem schutzbedürftigen Menschen einen Platz in der Gesellschaft zu verschaffen.»



# Unter schwierigen Bedingungen Kompetenzen fürs Leben vermitteln

## Der Massnahmenvollzug bei jungen Erwachsenen steht vor Herausforderungen

**Einrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene müssen auf ein sich veränderndes Profil der Eingewiesenen reagieren: Diese sind immer jünger, stärker psychisch vorbelastet und verfügen über geringere kognitive Fähigkeiten. Ein Besuch im Massnahmenzentrum Arxhof im Kanton Baselland.**

Kaspar Meuli

Der mit Stacheldraht gesicherte Aufbau will nicht so recht ins Bild dieser Anlage passen. Die geschlossene Abteilung auf dem Dach eines der sonst eingeschossigen Pavillons wurde auch erst vor einigen Jahren eröffnet, und Francesco Castelli, der Direktor des Arxhofs sagt: «In unseren Anfängen wäre das undenkbar gewesen.» Das heutige Massnahmenzentrum wurde 1971 als pionierhafte offene Arbeitserziehungsanstalt gebaut. Der Arxhof verstand sich als Antwort auf die repressiven 1950er und 1960er-Jahre und galt damals, so Castelli, als «extrem avantgardistisch».

Doch die Zeiten ändern sich. Für Francesco Castelli ist der geschlossene Eintrittspavillon «ein Zeichen des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Gesellschaft». Zu diesem Bedürfnis beigetragen habe nicht zuletzt das veränderte Risikoprofil der Jugendlichen. Die kantonalen Stellen, welche die jungen straffälligen Männer einweisen, verlangten heute für den Beginn der Massnahme praktisch ausschliesslich nach der geschlossenen Abteilung. Die acht Plätze sind immer ausgebucht, es gibt eine Warteliste. Geradezu idyllisch liegt der Arxhof in der Hügellandschaft des Baselbieter Juras. Das Massnahmen-

Das Massnahmenzentrum Arxhof wurde 1971 im Stil eines «therapeutischen Dorfes» samt Wohnpavillons, Kirche, Turnhalle und Werkstätten gebaut.

Foto: Peter Schulthess, 2024



zentrum mit Platz für 46 junge Erwachsene ist im Stil eines «therapeutischen Dorfes» samt Wohnpavillons, Kirche, Turnhalle und Werkstätten gebaut. Herz der Anlage ist der grosszügige offene Innenhof mit viel Grün. So sah es hier nicht immer aus: Dort, wo heute ein Öko-Badeteich lockt, war bis in die 1990er Jahre der Appellplatz.

### Letzte Station nach einer langen Heimkarriere

Nicht nur die Umgebung hat sich verändert im Arxhof, sondern auch die Klientel. Die Eingewiesenen sind heute jünger, stärker psychisch vorbelastet und verfügen über geringere kognitive Fähigkeiten als die früheren Generationen. «Wir sehen, dass sich ihr Profil in den letzten fünf bis zehn Jahren stark verändert hat», erklärt Francesco Castelli. «Das hat einen enormen Einfluss auf unsere Angebotsentwicklung sowie auf unsere Arbeitsstrukturen und -prozesse.» Eine Entwicklung, die man nicht nur im Arxhof beobachtet, sondern auch in anderen auf junge Erwachsene spezialisierte Massnahmenzentren wie jene von Uitikon (ZH) und Kalchrain (TG). Dass die Lebensgeschichten der Eingewiesenen immer vertrackter werden, zeigen etwa die im Kalchrain erhobenen Zahlen: 2015 wiesen die Eintretenden im Mittel 2,5 vorgängige Platzierungen auf, heute sind es mehr als sieben. Im Arxhof verläuft diese Entwicklung ähnlich. «Wir sind die letzte Station nach einer langen Heimkarriere», fasst Francesco Castelli zusammen.

Die Frage, weshalb sich das Profil der jungen Männer derart verändert hat, ist nicht einfach zu beantworten. Von Bedeutung ist möglicherweise, dass die Zahl psychisch kranker junger Menschen allgemein zugenommen hat. Spezifische Daten für die Schweiz gibt es kaum, doch eine internationale Expertenkommission hat kürzlich im Auftrag des Fachmagazins «Lancet Psychiatry» einen wissenschaftlichen Bericht veröffentlicht, der zum Schluss kommt, die psychischen Probleme bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nähmen weltweit stark zu. Insbesondere Depressionen und Ängste breiteten sich aus – und das nicht erst seit der Coronapandemie.

Ein anderer Aspekt ist die Entwicklung der Heimlandschaft in der Schweiz. Gemäss einem 2023 in der «Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete» veröffentlichten Studie blieb die Anzahl strafrechtlicher Verurteilungen von Jugendlichen in etwa gleich, doch die Zahl der strafrechtlich Platzierten nahm in den letzten 10 Jahren ab – dementsprechend wurde das Angebot an Heimplätzen zurückgefahren. Die Folge: Es werden weniger, aber «schwierigere» Jugendliche platziert. Das scheint auch für den Massnahmenvollzug zu gelten. «Wir erhalten nur noch die anspruchsvollen Fälle», sagt Francesco Castelli. Darunter zunehmend junge Männer mit psychiatrischen Mehrfachdiagnosen.



### Deliktfrei und selbständig leben

Bei allem Wandel ist die Aufgabe des Arxhof geblieben: Das Massnahmenzentrum soll junge Straftäter zu einem deliktfreien und selbständigen Leben ermächtigen, die Eingewiesenen sollen resozialisiert werden. Bloss ist das mit der Resozialisierung so eine Sache. In vielen Fällen müsse man eher von einer «primären Sozialisierung» sprechen, erklärt der Arxhof-Direktor. «Manche der Jungs waren gar nie sozialisiert – wir üben fundamentale Lebenskompetenzen ein. Das war früher anders.» Die Vorbereitung auf ein Leben als Teil der Gesellschaft, um das sich hier alles dreht, stützt sich auf drei Pfeiler: Erstens: die Berufsausbildung. Alle Eingewiesenen machen eine Berufslehre. In den Lehrbetrieben müssen sich die Lehrlinge auf dem ersten Arbeitsmarkt bewähren. «Wir betreiben keine Beschäftigungswerkstätten», betont Castelli. Zweitens: Die Eingewiesenen stellen sich einer delikt- und risikoorientierten Psychotherapie («Sonst haben wir am Schluss einen Schreiner mit einer Impulskontrollstö-

Der Arxhof hat ein neues Tagesstrukturangebot im Berufsbildungsbereich aufgebaut. Dabei werden die Eingewiesenen vom Start der Massnahme bis zum Lehrbeginn eng arbeitsagogisch begleitet.

Foto: Peter Schulthess, 2024



«Das professionelle Sicherheitspersonal hat zu einer enormen Entspannung geführt.»

rung.») Und drittens: Dank enger sozialpädagogischer Betreuung erwerben die jungen Männer Sozial- und Lebenskompetenz. Sie arbeiten an ihren Fähigkeiten zu kommunizieren, Konflikte auszutragen und Beziehungen zu führen.

Soweit das bewährte Konzept, seine Umsetzung allerdings stellt die Sozialpädagoginnen, Lehrmeister und Therapeutinnen auf dem Arxhof vor wachsende Herausforderungen. So reichen zum Beispiel die kognitiven Fähigkeiten vieler Eingewiesener schlicht nicht mehr, um eine reguläre Berufslehre zu absolvieren. Da sind neue Ideen gefragt. Francesco Castelli sagt: «Wir müssen uns der veränderten Ausgangslage stellen und uns fragen, was es braucht, damit wir unseren gesetzlichen Auftrag weiterhin gut erfüllen können.»

### **Neue Profile der Klientel machen Anpassungen nötig**

Noch ist dieser Anpassungsprozess nicht abgeschlossen, aber einige gewichtige Neuerungen wurden bereits eingeführt. Als erste Massnahme nennt der Direktor den Aufbau eines Sicherheitsdienstes. Be-

gründung: Das heutige Risikoprofil der Jugendlichen macht die Anwesenheit von professionellem Sicherheitspersonal rund um die Uhr nötig. Die Sicherheitsprofis tragen zwar keine Uniform, markieren aber mit ihrer einheitlichen Kleidung klar Präsenz. Dass dieser personelle Ausbau unumgänglich war, fanden nicht zuletzt die Justizbehörden des Kantons Baselland, die der Finanzierung zustimmten. Seit Anfang 2024 sind die Sicherheitsleute nun unter anderem für die Besucherkontrolle und für die Erstintervention bei Ereignissen zuständig und übernehmen auch Aufgaben wie Zimmer filzen und Urinproben. «Das hat zu einer enormen Entspannung geführt», erklärt Francesco Castelli, «unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen sich heute wieder sicher und wohl.»

Ein ganzer Strauss von Neuerungen betrifft den Umgang mit kultureller Diversität. Dabei geht es einerseits um Sprachkurse für die Eingewiesenen, deren Deutschkenntnisse so schlecht sind, dass sie beispielsweise nicht in der Lage sind, Therapiesitzungen zu besuchen. Andererseits wird das Personal neu in interkulturellen Kursen geschult. Thema: Was bedeutet es, mit Jugendlichen zu arbeiten, die nicht in der Schweiz aufgewachsen sind? Dieses Pilotprojekt ist erfolgreich gestartet, aktuell durchlaufen zwei Eingewiesene mit geringen Deutschkenntnissen das intensive Sprachschulprogramm.

Auch auf den Wandel bei den Zuweisungen muss das Massnahmenzentrum reagieren. Weil die meisten Eingewiesenen die ersten Monate ihrer Massnahme in der geschlossenen Eintrittsabteilung verbringen – dort werden unter anderem ihre beruflichen Möglichkeiten abgeklärt –, sind die offenen Abteilungen unterbelegt. Nun wird einer dieser Wohnpavillons in einen «Übergangspavillon» umgebaut. Dort soll ein erfolgreicher Behandlungsübergang zwischen der geschlossenen Eintrittsabteilung und dem offenen Bereich ermöglicht werden. Dazu wird ein pädagogisch hoch strukturiertes Angebot geschaffen, kombiniert mit zusätzlichen baulichen Sicherungen.

### **Weder Lernbetriebe noch Jugendliche überfordern**

Im Arxhof können die jungen Erwachsenen sieben verschiedene Lehren absolvieren: von Forstwart über Metallbauer und Schreiner bis zu Koch. Die Werkstätten des Massnahmenzentrums sind staatliche Lehrbetriebe und wegen der Qualität ihrer Waren und Dienstleistungen bei der Kundschaft hochgeschätzt – und übrigens auch bei externen Lehrlingen: 16 der Lehrstellen werden immer von Aussenstehenden besetzt. Der Sprung in eine Lehre bedeutet für manche Eingewiesene im Gegensatz zu früher eine Überforderung. Grund dafür sind

Als Reaktion auf das veränderte Profil der Eingewiesenen hat der Arxhof unter anderem einen professionellen, rund um die Uhr anwesenden Sicherheitsdienst aufgebaut.

Foto: Peter Schulthess, 2024







Leistungs- und Lernschwächen sowie psychische Mehrfachbelastungen. Um solche Jugendliche optimal auf die Lehre vorzubereiten, baute der Arxhof ein neues Tagesstrukturangebot im Berufsbildungsbereich auf. Dabei werden die Eingewiesenen vom Start der Massnahme bis zum Lehrbeginn eng arbeitsagogisch begleitet und unterstützt. Zudem existieren Berufsabschlüsse, die den unterschiedlichen Niveaus der Lehrlinge entsprechen: vom individuellen Qualifikationszertifikat des Arxhofs als unterster Stufe über die beruflichen Grundbildungen mit Berufsattest EBA bis zum anspruchsvollsten Abschluss, dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ. «Wir haben so ein System gefunden, das dem neuen Profil der Eingewiesenen gerecht wird und weder die Lehrbetriebe noch die Jugendlichen überfordert», erklärt Francesco Castelli.

#### **Harte Lebensschule zahlt sich aus**

In der Schweiz sehen sich offenbar alle Massnahmenzentren für junge Erwachsene durch die Ver-

änderungen im Profil der Eingewiesenen vor Herausforderungen gestellt. Das bestätigt Andreas Wepfer, der die Entwicklung als Leiter des Massnahmenzentrums Kalchrain und als Autor von Fachpublikationen verfolgt. Der beobachtete Trend werde generelle Veränderungen in den Institutionen nötig machen, meint er: «Die Grundstruktur wurde in den 1980er Jahren geschaffen, als viel in die Heimlandschaft investiert wurde. Jetzt müssen wir über die Bücher und uns konzeptionell weiterentwickeln.» Eines aber wird sich bei aller Neuausrichtung kaum verändern: Ein mehrjähriger Aufenthalt in einem Massnahmenzentrum ist eine harte Lebensschule – doch eine, die sich in vielen Fällen auszahlt. Zu seinem 50-jährigen Jubiläum hat der Arxhof 2021 ein Büchlein mit Lebensgeschichten von Eingewiesenen veröffentlicht. Unter dem Titel «Die zweite und letzte Chance» schreibt ein Ehemaliger: «Ich hielt stand, fand ähnlich denkende Mitbewohner und schaffte es. Was für eine extrem harte und unglaublich lehrreiche Massnahme!»

Die Eingewiesenen empfinden ihre Massnahme im Arxhof als harte Lebensschule, doch im Rückblick sprechen viele von ihnen von einer sehr lehrreichen Zeit.

Foto: Peter Schulthess, 2024

# Traumaerfahrungen in die Betreuungsarbeit miteinbeziehen

## Trauma-informierte Arbeit im Justizvollzug



Nora Affolter, Psychologin MSc., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) und Kursleiterin des Lernprogramms Partnerschaft ohne Gewalt. Früher war sie mehrere Jahre im stationären Massnahmenvollzug tätig. Der vorliegende Artikel gibt ihren persönlichen Standpunkt zu dieser Thematik wieder und widerspiegelt nicht die Haltung des SKJV.

**Wenn problematisches oder unverständliches Verhalten auch als Nebenprodukt von posttraumatischem Stress verstanden wird, lässt sich die Grundlage dafür schaffen, in der Betreuungsarbeit gemäss den Grundwerten der trauma-informierten Praxis zu arbeiten. Das bedeutet auch, die straffällige Person als eine möglicherweise von Gewalt betroffene Person anzusehen. Dieser Ansatz ist anspruchsvoll, kann aber helfen, die psychische Gesundheit der Inhaftierten und die Zusammenarbeit zu stärken.**

Nora Affolter

Justizvollzugseinrichtungen sind auf die (delikt-orientierte) Arbeit mit Täterinnen und Tätern und nicht auf die Arbeit mit Opfern von Kriminalität ausgerichtet. Hört man sich in den entsprechenden Arbeitsfeldern um, scheint es schon fast eine Art von persönlicher Entscheidung zu sein, sich beruflich mit der einen oder der anderen Gruppe zu beschäftigen. Die Unterteilung in Täter- und Opfersein ist allerdings gar nicht immer so eindeutig, denn Studien zeigen auf, dass weit über die Hälfte der Gefangenengeneration eine traumabelastete Biografie vorweist. Inhaftierte Männer sind im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung deutlich häufiger von einem Trauma betroffen und das Risiko, an einer Traumafolgestörung zu erkranken, ist hoch. Deshalb könnte es wichtig sein, in die Arbeit mit straffälligen Menschen Traumaerfahrungen miteinzubeziehen. Die trauma-informierte Praxis (TIP) zielt darauf ab, Resilienz zu stärken und psychische Schädigungen von inhaftierten Personen zu minimieren, indem fünf Grundwerte in den Justizvollzug integriert werden: Sicherheit, Zusammenarbeit, Vertrauenswürdigkeit, Wahlmöglichkeit und Befähigung. Werte, die auf den ersten Blick nur schwer mit der Strafprozesskette und der Haftumgebung vereinbar zu sein scheinen.

### Trauma verstehen

Die WHO definiert in der elften Revision der International Classification of Diseases and Related Problems (ICD-11) ein Trauma als ein «extrem bedrohliches oder schreckliches Ereignis», wobei es sich um ein Einzelereignis oder eine Reihe von Ereignissen handeln kann. Auch Menschen wie Helfende oder Angehörige, die nicht unmittelbar selbst bedroht wurden, können posttraumatische Störungen entwickeln. Eine traumatische Reaktion zeichnet sich durch extreme emotionale Erregung und physiologisch (messbaren) Stress aus. Traumatisch wird eine solche Situation aber erst, wenn die Stressbelastung weiter ansteigt und es kein Entkommen gibt.

Es gibt zwei Typen von Traumata: Zum einen solche, die aufgrund von akuten, unvorhersehbaren und einmaligen Erlebnissen hervorgerufen werden. Beispielsweise Unfall, Erdbeben, Überfall oder Vergewaltigung (Typ I). Zum anderen solche, deren Ursache sich wiederholende und teilweise vorhersehbare Ereignisse sind wie etwa familiäre Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Krieg oder Hungersnot (Typ II). In Einrichtungen des Freiheitsentzugs dürfte man vorwiegend Personen des zweiten Typs begegnen.



In der Fachwelt versteht man unter einem Trauma das Auslöseereignis und mit der posttraumatischen Belastungsstörung (sog. PTBS) die definierte psychische Gewaltfolge. Dieses Krankheitsbild zeigt sich in Symptomen wie plötzlichen Erinnerungen an das Ereignis («Flashbacks»), Vermeidungsverhalten (z.B. das Vermeiden von Personen und Orten) und Hyperreaktivität (z.B. Schreckhaftigkeit, Nervosität, Reizbarkeit). Auch wenn ein traumatisches Erlebnis bei der Mehrheit der Menschen nicht zu einer posttraumatischen Belastungsstörung führt, können sich solche Erfahrungen im Alltag auf unterschiedliche Art und Weise bemerkbar machen. Unter anderem durch Angstzustände, Depressionen und Reizbarkeit aber auch durch Schlaf- und Essstörungen oder kardiovaskuläre Erkrankungen.

Traumatische Erfahrungen können auch zu Beziehungsschwierigkeiten (z.B. Aufbau und Aufrechterhalten von vertrauensvollen Beziehungen), Gefühlen wie Scham, Schuld und Hoffnungslosigkeit, zu Aggressionen und sozialem Rückzug, verminderter Impulskontrolle, oder zu Drogen- und Alkoholmissbrauch führen. Es ist naheliegend, dass solche Schwierigkeiten auch in betreuenden Settings – namentlich Einrichtungen des Justizvollzugs – in Erscheinung treten können. Psychische Traumata fallen auf den ersten Blick nicht unbedingt auf. Geringe Sprachkenntnisse, Angst, Scham und mangelndes Wissen sowie die häufige Überlagerung mit weiteren Problemen (z.B. Sucht) können die Erkennung weiter erschweren. Doch die hohe Anzahl traumabelasteter Biographien in der Haftpopulation ist wissenschaftlich gut belegt.

### **Trauma und der Zusammenhang mit Straffälligkeit**

Eine vorhandene Traumabelastung als kriminogener Risikofaktor anzusehen, würde bedeuten, dass dessen Behandlung zur Verringerung des Rückfallrisikos beitragen müsste. Der «Risk-Need-Responsivity»-Ansatz (RNR), an welchem sich die hiesige Arbeit mit straffälligen Menschen seit über 30 Jahren orientiert, betrachtet Trauma jedoch nicht als Risikofaktor, sondern als Faktor, der die Behandlungseffizienz beeinträchtigen kann.

Straffällige mit Missbrauchserfahrungen können beispielsweise aufgrund von emotionalem Stress und sozialen Defiziten in ihrer Behandlungsfähigkeit eingeschränkt sein.

### **Trauma im Zusammenhang mit der Inhaftierung**

Die Verhaftung und die Überführung in Untersuchungshaft treffen die beschuldigte Person in der Regel unerwartet und unvorbereitet. Weiss diese Person nicht, weshalb sie verhaftet wird, kann dies als Kontrollverlust erlebt werden und zu einem sogenannten «Haftchock» führen. Da zudem meist keine Zeit blieb, die Abwesenheit zu organisieren oder sich von der Familie zu verabschieden, stehen umgehend existentielle Fragen und Ängste im Raum. Eine Inhaftierung kann unter gewissen Umständen traumatisierend sein.

Zudem besteht in dieser Umgebung, die geprägt ist von Kontrollmassnahmen wie Abtasten oder Leibesvisitation, reglementierten Abläufen, unfreiwilligen Beziehungen und fehlender Privatsphäre, die Gefahr einer Retraumatisierung, die zu heftigen Gefühlen, Anspannungszuständen oder sonderbar wirkenden Verhaltensweisen führen kann (z.B. ein plötzliches Erstarren in einem Gespräch mit der Betreuung oder ein plötzliches Ausser-sich-Geraten).

### **Trauma im Zusammenhang mit einer erfolgreichen Rückfallprävention**

Mentale Gesundheit ist die Voraussetzung dafür, dass sich Menschen wohl fühlen, sich entwickeln können und am sozialen Leben in der Gesellschaft teilnehmen. Sie ist ein zentraler Aspekt für eine erfolgreiche Resozialisierung. Unverarbeitete Traumata können die psychische Gesundheit der Betroffenen beeinträchtigen, zu selbstverletzendem Verhalten und Gewalt führen, den Drogenmissbrauch fördern und die Beziehungsgestaltung beeinflussen. Zudem sind Inhaftierte durch das enge Zusammenleben und dem allgemein hohen Stressniveau vermehrt dem Risiko erneuter Traumatisierungen durch körperliche, verbale oder sexuelle Gewalt ausgesetzt.

«Die hohe Anzahl traumabelasteter Biographien in der Haftpopulation ist wissenschaftlich gut belegt.»

«Die Implementierung einer trauma-informierten Praxis könnte für den Justizvollzug aus mehreren Gründen von Vorteil sein.»

### Die fünf Grundwerte der trauma-informierten Praxis

Die trauma-informierte Praxis (TIP) beinhaltet ein Verständnis für die Häufigkeit und die Auswirkungen früherer traumatischer Erfahrungen auf das psychosoziale Funktionieren über die gesamte Lebensspanne. Eine trauma-informierte Organisation erkennt die Anzeichen und Symptome von Traumatisierungen, sie weiss um deren weitreichende Auswirkungen, und sie versteht die möglichen Wege zur Genesung.

Trauma-informierte Betreuung basiert auf den fünf Grundwerten: Sicherheit, Zusammenarbeit, Vertrauenswürdigkeit, Wahlmöglichkeit und Befähigung. Eine sichere Beziehung wird als Basis für die Betreuungsarbeit angesehen, wobei sich sichere Beziehungen durch Konsistenz, Vorhersehbarkeit und Mitgefühl auszeichnen. Trauma-informiert vorzugehen bedeutet in der individuellen Betreuung, das eigene professionelle Handeln nach diesen fünf Grundwerten auszurichten. So macht es für traumatisierte Inhaftierte einen grossen Unterschied, ob zum Beispiel das Verhalten einer Betreuungsperson berechenbar oder inkonsistent ist (Sicherheit). Auch ist es von Bedeutung, ob Unterstützung aktiv angeboten oder wenig Interesse am Befinden eines Inhaftierten gezeigt wird (Vertrauenswürdigkeit). Trauma-informiert verhält sich etwa, wer dem traumatisierten Gegenüber Wahlmöglichkeiten lässt und ihn zum Handeln ermutigt (Befähigung), nicht trauma-informiert hingegen zeigt sich, wer beispielsweise keinen Glauben an eine persönliche Entwicklung erkennen lässt oder nicht nach persönlichen Zielen fragt.

Gelingt es allen Fachdisziplinen des Justizvollzugs, problematisches oder unverständliches Verhalten (auch) als Nebenprodukt von post-traumatischem Stress zu kontextualisieren, ist die Grundlage dafür geschaffen, gemäss den Grundwerten der trauma-informierten Praxis zu arbeiten. Das bedeutet auch, die straffällige Person – also ein Täter oder eine Täterin – als eine möglicherweise von Gewalt betroffene Person – als Opfer – ansehen zu können. Diese so-

genannte kognitive Dissonanz gilt es auch in der Betreuungsarbeit zuzulassen, auszuhalten und am Ende für die individuelle professionelle Begleitung zu nutzen.

Auch wenn eine solche Auseinandersetzung anspruchsvoll sein kann, nimmt der Ansatz der trauma-informierten Praxis für sich in Anspruch, mit verhältnismässig geringen Mitteln eine positive Wirkung auf die psychische Gesundheit der Inhaftierten, die Zusammenarbeit sowie letztlich auch auf die Gesundheit des Personals erzielen zu können. Die Implementierung einer trauma-informierten Praxis könnte für den Justizvollzug aus mehreren Gründen von Vorteil sein: Sie reichen von der bedarfsgerechten Betreuung und einer verminderten Retraumatisierungswahrscheinlichkeit und Stärkung der Resilienz bis zur Förderung von positiven Beziehungen und einer erhöhten Sicherheit für das Personal und die Mitinhaftierten (dynamische Sicherheit). Noch existiert bei der trauma-informierten Praxis im Vollzugsalltag, wie erste Studien zeigen, eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Mehr Forschung auf diesem Gebiet ist wünschenswert.

### Weitere Informationen

- World Health Organization, International Classification of Diseases, Eleventh Revision (ICD-11), <https://icd.who.int/browse11>
- [www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-im-bereich-psychische-gesundheit.html](http://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-im-bereich-psychische-gesundheit.html)
- Trauma-Informed Forensic Practice – 1<sup>st</sup> Edition – Phil Willmot – Lawre ([routledge.com](http://routledge.com))
- Der vollständige Artikel in der Zeitschrift NKrim kann in einer pdf Version bei der Autorin angefordert werden ([Nora.Affolter@skjv.ch](mailto:Nora.Affolter@skjv.ch))



# Die Zusammenarbeit an der Spitze und an der Basis verstärken

## Wie lässt sich die psychiatrische Versorgung verbessern?

**Die psychiatrische Versorgung von inhaftierten Personen mit psychischen Erkrankungen erweist sich als grosse Herausforderung. Die verantwortlichen Gremien wollen durch eine verstärkte interdisziplinäre und interkantonale Zusammenarbeit die Situation verbessern. Auch an der Basis sollte das vernetzte Arbeiten zwischen dem Vollzugs- und Fachpersonal gefördert werden.**

Folco Galli

Im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV) in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten des Justizvollzugs und der Gesundheit das Handbuch «Psychiatrische Versorgung im Freiheitsentzug» erarbeitet. Das 2021 publizierte Handbuch konkretisiert die zuvor von einer interdisziplinären Expertengruppe erarbeiteten Grundsätze zur psychiatrischen Versorgung inhaftierter Personen. Es richtet sich an die obersten Verantwortlichen für den Justizvollzug und will mit seinen Erläuterungen, Hinweisen und Empfehlungen zur praktischen Umsetzung den Institutionen des Freiheitsentzugs Handlungssicherheit im Umgang mit psychisch kranken Personen vermitteln. Überdies will es für diese komplexe Thematik sensibilisieren und die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern.

Da das Handbuch in der Praxis teilweise noch zu wenig bekannt und etabliert ist und der Bedarf nach Betreuung und Behandlung vielerorts das Angebot übersteigt, haben die verantwortlichen Gremien in diesem Jahr die Arbeitsgruppe «Psychiatrische Behandlung im Freiheitsentzug» eingesetzt. Sie soll bis 2026 Vorschläge vorlegen, wie durch eine interdisziplinäre und interkantonale Zusammenarbeit die psychiatrische Betreuung und Behandlung von Personen im Freiheitsentzug verbessert werden kann. «Das Handbuch ist nach wie vor aktuell und umfassend, es ist keine Neuauflage nötig», betont Nora Affolter, die das SKJV in der Arbeitsgruppe vertritt. Sie hält aber fest, dass «die Sensibilisierung für diese Thematik noch nicht

abgeschlossen ist». In einer ersten Phase nimmt die Arbeitsgruppe eine Standortbestimmung zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen vor. Sie wird zudem laut Nora Affolter aufzeigen, vor welche Herausforderungen die psychiatrische Versorgung die Justizvollzugsanstalten stellt, und Beispiele von guten praktischen Umsetzungen der Empfehlungen sammeln.

### Mehr psychiatrische Notfälle

«Wir haben heute eine Gefängnispopulation, die zunehmend grössere Probleme mit dem Freiheitsentzug zeigt und entsprechend heftig reagiert», sagt Charles Jakober, Direktor der JVA Solothurn und

Das Handbuch vermittelt den Verantwortlichen Handlungssicherheit im Umgang mit psychisch kranken Personen.  
Foto: Peter Schulthess, 2024





Den Mitarbeitenden des Justizvollzugs kommt eine wichtige Rolle zu: Sie verbringen viel Zeit mit den Inhaftierten und können frühzeitig Symptome erkennen; oft müssen sie auch als erste eine Krisensituation auffangen. Foto: JuWe

«Die Module leben davon, dass die Teilnehmenden eigene Fälle einreichen und besprechen können.»

Mitglied der Arbeitsgruppe. Er erblickt darin einen allgemeinen Trend: Der Bedarf nach psychiatrischer Betreuung steige in der ganzen Gesellschaft immer mehr. Dies habe zur Folge, «dass die Mitarbeitenden im Justizvollzug immer häufiger mit psychiatrischen Notfällen konfrontiert sind». Sie müssten diese Situationen notgedrungen auffangen, indem sie mit der betroffenen Person ins Gespräch kommen und auf ihre Anliegen eingehen. Idealerweise verfügen sie über einen breiteren Handlungsspielraum und können je nach Umständen zum Beispiel die betroffene Person in den Spazierhof führen oder andere Entlastungen verschaffen. Eine psychiatrisch-therapeutische Intervention können diese Massnahmen aber kaum vollumfänglich ersetzen.

«Je mehr personelle Ressourcen eine Anstalt hat, desto besser gelingt es ihr, diese Situationen aufzufangen», stellt Charles Jakober fest. Entscheidend sei aber auch die Infrastruktur: Ist eine Person statt in einer Einzelzelle zusammen mit drei anderen Personen in einer Viererzelle untergebracht, schaffen

Suizidalität oder Angstzustände massiv mehr Probleme. Deshalb kommen kleinere, schlechter dotierte Anstalten oft rasch an den Anschlag.

Als Illusion bezeichnet Charles Jakober die Vorstellung, dass jede Anstalt über rund um die Uhr einsatzbereite psychologische und psychiatrische Fachpersonen verfügen könne. Die Lösung sieht er darin, dass die grösseren Anstalten Schwerpunkte setzen und sich aushelfen. Er veranschaulicht dies anhand eines Beispiels: «In der JVA Solothurn verfügen wir über einen gut dotierten Gesundheitsdienst und können deshalb Inhaftierte aus anderen Anstalten aufnehmen, die auf eine intensive Betreuung angewiesen sind. Umgekehrt haben wir keinen Hochsicherheitstrakt und versuchen, bei Bedarf die betreffenden Personen in eine andere Justizvollzugsanstalt zu versetzen.»

### Den richtigen Umgang lernen

Das SKJV verfolgt das Ziel, Mitarbeitende von Justizvollzugsanstalten zum richtigen Umgang mit

psychisch kranken inhaftierten Personen zu befähigen. Bereits die Grundausbildung vermittelt ihnen Grundkenntnisse, um Krankheitsbilder zu erkennen. In der Kursreihe «Psychiatrische Krankheitsbilder» wird in sechs dreitägigen Modulen nicht nur theoretisches Wissen vermittelt, sondern auch der praktische Umgang und die Kommunikation mit den psychisch kranken inhaftierten Personen thematisiert. In einzelnen Modulen haben die Mitarbeitenden teilweise die Möglichkeit, mit Patienten und Patientinnen ins Gespräch zu kommen, erklärt Eliane Zimmermann, Leiterin der Abteilung Weiterbildung. Und beim Thema Suizidprävention können sie überdies mit einem E-Learning-Programm lernen, wie sie Risikofaktoren erkennen und Präventionsmassnahmen einleiten können.

Die sechs Module können einzeln und in beliebiger Reihenfolge besucht werden. Viele Mitarbeitende besuchen alle Module, teilweise recht zügig oder über ein paar Jahre verteilt. Wer alle Module besucht hat, kann das erworbene Wissen in der Praxis vertiefen. Dieses zwei- bis dreiwöchige Praktikum in einer Abteilung der Akutpsychiatrie finden die Mitarbeitenden laut Eliane Zimmermann «äusserst hilfreich».

### Nahe an der Lebensrealität

Die vier von der Forensik Praxis Bern angebotenen Module «leben davon, dass die Teilnehmenden eigene Fälle einreichen und besprechen können. Darüber hinaus können sie mit Patienten sprechen und sie über ihre Erfahrungen befragen», betont Jens Sommer, der Leiter dieser Praxengemeinschaft. Die Teilnehmenden erhalten zwar Handouts, welche die komplexen Inhalte vom akademischen Niveau auf leicht verständliche, praxistaugliche Konzepte (inklusive Checklisten zur Erkennung von Krankheitszeichen) herunterbrechen. Doch die Theorie werde anhand der eingereichten Fälle vermittelt. So berichte zum Beispiel eine an Schizophrenie erkrankte (ehemals inhaftierte) Person rückblickend über ihre Erfahrungen im Vollzugsalltag. Die Teilnehmenden könnten ihrerseits aus einer anderen Rolle heraus Fragen stellen, zum Beispiel wie es sich anfühle, Stimmen zu hören. «Wir sind nahe an der Lebensrealität», sagt Jens Sommer. «Der Austausch ist intensiv, gerade auch im informellen Rahmen wie etwa während der Pausen.»

Die Teilnehmenden sind stark innerlich motiviert, «sie werden nicht von der Anstaltsleitung in die Weiterbildung geschickt». Die Module der Kursreihe sind besonders beliebt und meistens sofort ausgebucht, «weil sie den Wissensdrang der Teilnehmenden stillen und ihnen das Hand-

werkszeug geben, um mit ihrer anspruchsvollen Situation selbst besser zurechtzukommen und zugleich ihren Resozialisierungsauftrag besser erfüllen zu können», erläutert Jens Sommer. Hingegen kann die Kursreihe nur am Rande Selbsterfahrung vermitteln, was ein wesentlicher Teil der psychiatrischen und psychotherapeutischen Ausbildung ist. Sie ermögliche den Teilnehmenden eine erste – aber keine vertiefte – Selbstreflexion, was der Umgang mit psychisch kranken Personen in ihnen auslöst.

Die psychiatrische Versorgung ist gemäss SKJV-Handbuch von den Fachpersonen zu gewährleisten. Doch auch die Mitarbeitenden im Justizvollzug spielen eine wichtige Rolle: «Sie verbringen viel mehr Zeit mit den inhaftierten Personen als die Fachpersonen», so Jens Sommer, «und können deshalb früher Krankheitssymptome erkennen – gerade auch von Personen, die ohne Diagnose ihre Haft antreten oder erst während der Haft psychisch erkranken beziehungsweise auffällig werden.» Sie entwickeln Antennen, sind wie ein Frühwarnsystem und melden den Fachpersonen Auffälligkeiten zur psychologisch-psychiatrischen Abklärung. «Dieses vernetzte Arbeiten muss vermehrt gefördert werden», fordert der forensische Psychiater, «denn nicht immer werden die Meldungen der Mitarbeitenden weiterverfolgt.»

### Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken

Ein gemeinsames Verständnis und harmonisierte Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen psychiatrischen Kliniken und Justizvollzug schaffen: Dieses Ziel verfolgen der Bericht und die Empfehlungen der Konferenz der Kantonalen Leitenden Justizvollzug (KKLJV) und der Schweizerischen Gesellschaft für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie (SGFP) vom 26. August 2024.

Stationäre Massnahmen sind je nach Störungsbild in einer psychiatrischen Klinik zu vollziehen. Die Vollzugsbehörde ist in diesen Fällen dafür zuständig, die Planung des Klinikaufenthalts zu steuern und zu koordinieren, stellt der Bericht klar. Sie entscheidet beispielsweise über die Bewilligung von Ausgang und Urlaub oder die Verlegung in eine andere Einrichtung. Die Klinik ist ihrerseits für die Sicherheit und einen geordneten Betrieb verantwortlich. Sie erstellt namentlich gestützt auf die Vorgaben der Vollzugsbehörde und unter Einbezug der eingewiesenen Person den Vollzugs- bzw.

Behandlungsplan. Die Klinik entscheidet im Rahmen ihres Leistungs- und Versorgungsauftrags, welche Personen sie aufnimmt. Sie unterliegt keiner allgemeinen Aufnahmepflicht. «Eine professionelle, risikoorientierte Zusammenarbeit setzt den transparenten Informationsaustausch zwischen Vollzugsbehörde und Klinik voraus», unterstreicht der Bericht. Weiter definiert er einheitliche Sicherheitsstandards und schlägt einheitliche Strukturen für den Vollzugs- bzw. Behandlungsplan vor. Er enthält ferner Empfehlungen zu den Behandlungs- und Betreuungskonzepten, zur Beschäftigung der eingewiesenen Personen, zur Angehörigenarbeit, zu Vollzugsbesprechungen, zu Meldepflichten sowie zum Übergangsmanagement. Der Bericht und die Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen den psychiatrischen Kliniken und den für den Justizvollzug zuständigen Stellen ist auf der Website der KKLJV ([www.kkljv.ch](http://www.kkljv.ch)) sowie der SGFP ([www.swissforensic.ch](http://www.swissforensic.ch)) abrufbar.



# Erfahrungen mit schizophrenen Delinquenten in einem Massnahmenzentrum

## Ressourcen der forensischen Kliniken schonen

**Wie Erkenntnisse der JVA Solothurn zeigen, ist der Vollzug von stationären Behandlungsmassnahmen bei Delinquenten mit einer schizophrenen Störung unter Umständen auch in einem Massnahmenzentrum möglich. Allerdings braucht es dabei eine Selektion der Eingewiesenen. Gute Aussichten für einen erfolgreichen Massnahmenvollzug gibt es insbesondere bei Personen, die gut auf eine neuroleptische Medikation ansprechen.**

Lutz-Peter Hiersemenzel und Ewald Hollerbach



Lutz-Peter Hiersemenzel (oben), Dr. med., MBA, ist Chefarzt am Departement Forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Dienste der Solothurner Spitäler AG.

Ewald Hollerbach, Dr. med., ist Oberarzt am Departement Forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Dienste der Solothurner Spitäler AG. In dieser Funktion sind sie beide auch für die psychische Gesundheit der Gefangenen im Massnahmenvollzug der JVA Solothurn zuständig.

Wenn bei Begehung einer Straftat der Kategorie Vergehen oder Verbrechen eine erheblich schwere psychische Störung bedeutsam war, oder wenn von einem erheblichen Rückfallrisiko ausgegangen werden kann, und es eine günstige Behandlungsprognose gibt, dann sieht das Schweizer Strafrecht die Möglichkeit vor, eine therapeutische Massnahme anzuordnen. Dabei gibt es die Möglichkeit einer ambulanten, allenfalls haftbegleitenden therapeutischen Massnahme oder aber auch die einer stationären Behandlungsmassnahme nach Art. 59 StGB, die in einer dafür geeigneten Einrichtung vollzogen werden soll.

### Straftäter mit Persönlichkeitsstörung

Der grösste Teil dieser stationären Massnahmen wird in ärztlich geleiteten forensisch-psychiatrischen Kliniken vollzogen, ein kleinerer Teil in spezialisierten Einrichtungen der Justiz, sogenannten Massnahmenzentren. Die beiden Einrichtungen unterscheiden sich nicht zuletzt hinsichtlich ihrer Klientele: Die forensisch-psychiatrischen Kliniken nehmen fast ausschliesslich Delinquenten mit einer psychotischen Erkrankung auf, insbesondere jene mit einer Schizophrenie. In den Massnahmenzentren der Justiz hingegen werden vor allem Straftäter behandelt, die eine Persönlichkeitsstörung oder eine ausgeprägte sexuelle Devianz aufweisen. Bei diesen Störungsgruppen steht meist nicht eine medikamentöse Therapie im Fokus der Bemühungen zur Verbesserung der Legalprognose, sondern sozialpädagogisches und arbeitsagogisches Arbeiten im Verbund mit Psychotherapie.

### Zunahme schizophrener Delinquenten im Massnahmenvollzug

Eine Massnahmeneinrichtung, die geschlossen und mit hoher Sicherheit arbeitet, ist die JVA Solothurn. Sie verfügt über insgesamt rund 100 Betten, wobei die meisten für den Vollzug von stationären Behandlungsmassnahmen vorgesehen sind. Gemäss der oben skizzierten Aufteilung sollten an Schizophrenie erkrankte Delinquenten mit gutachterlich bestätigter Diagnose eigentlich in forensisch-psychiatrischen Kliniken behandelt werden. Doch in der Praxis haben wir festgestellt, dass die Einweisungen schizophrener Delinquenten in den Massnahmenvollzug der JVA Solothurn in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. In einer näheren Auswertung zeigte sich, dass der Anteil der Insassen mit einer Schizophrenie-Diagnose von um die 10 Prozent im Jahr 2015 auf 28 Prozent im Jahr 2021 angestiegen ist, wir konnten also einen ganz deutlichen Zuwachs dieser Störungsgruppe feststellen.

Die Gründe dafür dürften insbesondere darin zu suchen sein, dass es an forensisch-psychiatrischen Klinikplätzen mangelt, beziehungsweise, dass dafür Wartelisten und teilweise (jahre-!) lange Wartefristen bestehen. Insbesondere für Personen, die aus Kantonen kommen, die über keine eigene forensisch-psychiatrische Klinik verfügen.

Auf den ersten Blick scheinen Schizophrenie-erkrankte in einem Massnahmenzentrum Fehleinweisungen zu sein. Doch stimmt das wirklich? Wir haben versucht, anhand von Daten aus der JVA Solothurn zu zeigen, ob eine solche Fehleinweisung

möglicherweise doch mit einem positiven Massnahmenvollzug verbunden sein kann – oder eben nicht. Ein Massnahmenvollzug bei dieser Klientele setzt zunächst grundsätzlich eine enge ärztliche Betreuung voraus und verlangt genügend Know-how sowie die Beachtung der Leitlinien der Fachgesellschaften zur Behandlung von Schizophrenie. Es bedarf auch eines guten allgemeinen Betreuungsschlüssels, wie er jedoch in einer Massnahmeninstitution gegeben ist.

### **Nicht alle Schizophreniekranken profitieren im Massnahmenvollzug**

Wir haben festgestellt, dass sich mit Blick auf den Erfolg einer solchen Massnahme ungefähr drei gleich grosse Gruppen unterscheiden lassen: Der ersten Gruppe kann ein positiver Massnahmenverlauf attestiert werden; bei der zweiten Gruppe muss man eher von einer Stagnation sprechen, und dann gibt es eine dritte Gruppe, bei der es gar nicht erst gelingt, Gruppenfähigkeit zu erreichen.

Schizophreniekranken profitieren in der JVA Solothurn von einem breiten Arbeits- und Freizeitangebot sowie von der hohen Strukturierung der Institution. Foto: JVA Solothurn





Die Einweisungen schizophrener Delinquenten in den Massnahmenvollzug der JVA Solothurn hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Foto: JVA Solothurn



«Erfolgreiche Massnahmen tragen nicht zuletzt dazu bei, die Ressourcen der forensischen Kliniken zu schonen.»

Diese Personen können nicht vom Angebot der JVA profitieren, da ein regulärer Wohngruppenvollzug nicht möglich ist.

Günstige Verläufe zeigten sich insbesondere dann, wenn eine Person gut auf Medikamente anspricht, vielleicht schon vorher gut auf eine neuroleptische Medikation eingestellt war und grundsätzlich eine Medikation nicht ablehnt. Dabei muss man bedenken, dass eine Zwangsmedikation in einer JVA nicht möglich ist. Gerade Personen, die gut auf medikamentöse Behandlung ansprechen, profitieren vom breiten Arbeits- und Freizeitangebot in der JVA und von der hohen Strukturierung der Institution. Voraussetzung für einen günstigen Verlauf war letztlich auch ein ausreichend gutes soziales Leistungsvermögen, wie es eben nicht alle an einer Schizophrenie Erkrankten aufbringen können. Ungünstige Verläufe zeigen sich hingegen insbesondere bei Personen, die trotz ausreichend hoher neuroleptischer Medikation symptomreich waren. Sie konnten aus diesem Grund vom Arbeitsangebot der JVA nicht profitieren und hatten zu wenig Ressourcen, um sich in einen Gruppenvollzug einzufügen.

#### **Konzepte für Umgang mit schwer psychisch Kranken gefragt**

Als Fazit können wir den Schluss ziehen, dass ein Massnahmenzentrum nicht von vornherein gänzlich ungeeignet ist für den Vollzug einer stationären Be-

handlungsmassnahme bei einem Delinquenten mit einer schizophrenen Störung. Es bedarf allerdings einer Selektion: Gute Aussichten für einen erfolgreichen Massnahmenvollzug gibt es insbesondere bei Personen, die gut auf eine neuroleptische Medikation ansprechen und eine für den Gruppenvollzug ausreichende psychosozialen Leistungsfähigkeit mitbringen oder innert kürzerer Zeit aufbauen können. Diese Gruppe wird von dem breiten Freizeit- und Beschäftigungsangebot einer JVA profitieren können.

Wenn Massnahmen auf diese Weise erfolgreich vollzogen werden können, trägt das nicht zuletzt dazu bei, die Ressourcen der forensischen Kliniken mit ihrem chronischen «Bettenmangel» zu schonen. Weniger einleuchtend erscheint eine Einweisung hingegen nach Abbruch einer Klinikbehandlung, zum Beispiel wegen fehlender Erfolgsaussicht. Wie wir mehrfach erlebt haben, war in solchen Fällen die Behandlung der Krankheit auch in einem Massnahmenzentrum nicht erfolgreich. Diese Überweisungen aus einer psychiatrischen Klinik in eine JVA sind ein Zeichen dafür, dass es an grundsätzlichen Vorstellungen darüber fehlt, was mit als «aussichtslos» beurteilten schwer psychisch kranken Menschen weiter geschehen soll, insbesondere dann, wenn ihr Status vom Strafvollzug in eine sichernde Massnahme (Verwahrung) wechselt. Hier sind grundsätzliche Konzepte und überregionale Planungen gefragt.



# Fünf Fragen an Pascal Muriset

## «Wir versuchen Perspektiven aufzuzeigen und so eine Veränderungsbereitschaft zu erwirken»

Pascal Muriset ist Co-Leiter des Zürcher Projektes «Rückkehrorientierung und Rückkehrberatung im Sanktionenvollzug». Das Spezielle an diesem Projekt: Schon früh im Vollzugsprozess werden die betroffenen Personen mit der Ausreise konfrontiert und auf eine Zukunft ausserhalb der Schweiz vorbereitet.



**Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat vor zwei Jahren ein Pilotprojekt zur Rückkehrberatung und Rückkehrorientierung bewilligt. In Bern und Genf gibt es ähnliche Angebote, was ist das Spezielle am Zürcher Projekt?**

Wir implementieren die Rückkehrberatung im Sanktionenvollzug – diesen Ansatz gibt es auch in Bern und Genf. Dabei wird die Ausreise mit den inhaftierten Personen thematisiert und organisiert. Ergänzend dazu wird in Zürich mit Fokus auf die Rückkehrorientierung die Zukunft ausserhalb der Schweiz als Perspektive während des gesamten Sanktionenvollzugs thematisiert und die Vollzugsplanung darauf ausgerichtet. Die betroffenen Personen werden so schon früh im Prozess mit ihrer Ausreise konfrontiert, was eine bessere Planung für alle Beteiligten ermöglicht und zu einer höheren Akzeptanz der Situation führt.

**Wie fördern Sie die Akzeptanz konkret bei den Rückkehrern?**

Wir versuchen den Klientinnen und Klienten Perspektiven aufzuzeigen und so eine Veränderungsbereitschaft zu erwirken. Durch Beratungsgespräche, organisatorische Hilfe sowie Projekthilfe in Form von finanzieller Unterstützung können sie zum Beispiel eine berufliche Tätigkeit im entsprechenden Land ins Auge fassen, eine Weiterbildung angehen oder Wohnraum organisieren. Schliesslich kann einer Person auch aufgezeigt werden, dass durch die Kooperation eine frühere Entlassung

möglich ist oder die Ausreise erleichtert werden kann.

**Was ist der Mehrwert des Projektes für die Personen, die ausgewiesen werden?**

Es hat auf die inhaftierten Personen eine beruhigende Wirkung, da die Fachpersonen in den Gesprächen die wichtigsten Fragen beantworten, beispielsweise: Wieviel Gepäck darf ich mitnehmen? Ist mein Fahrzeugausweis in diesem Land noch gültig? Antworten auf solche Fragen schaffen Klarheit, und dies hat einen positiven Effekt auf das Wohlbefinden der Betroffenen. Zudem kann eine Zukunftsperspektive erarbeitet werden, die teils mit einem konkreten Wiedereingliederungsprojekt den Start am neuen Ort vereinfachen soll. Dies kann wiederum zu einer vorzeitigen Entlassung führen, was einen Mehrwert für die Betroffenen und die Haftplatzkapazität im Kanton Zürich schafft.

**Wo sehen Sie den Nutzen dieses Projekts für die Behörden?**

Der directionsübergreifende Ansatz erleichtert es, zwei gesetzliche Aufträge zu erfüllen: die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und den Wegweisungsvollzug. Der Wiedereingliederungsauftrag endet nämlich nicht an der Schweizer Grenze. Wir haben mit diesem Projekt eine Möglichkeit entwickelt, wie dieser Auftrag auch im Ausland professionell umgesetzt werden kann. Wird dadurch auch die Kooperationsbereitschaft dieser Personen gefördert, verein-

facht dies ebenfalls den Wegweisungsvollzug durch die Migrationsbehörden. Nicht zuletzt hat dieses Projekt auch die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Stellen stark verbessert. Alle ziehen am selben Strang; so können Ressourcen gebündelt und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

**Wo sehen Sie die Herausforderungen bei der Implementierung der Rückkehrorientierung und Rückkehrberatung im Sanktionenvollzug?**

Da unser Projekt nur für Klientinnen und Klienten aus dem Kanton Zürich bestimmt ist, gibt es teils Missgunst unter den Insassen. In der JVA Pöschwies stammen lediglich 50 Prozent der Fälle aus dem Kanton Zürich, die restlichen Insassen stammen aus anderen Kantonen. Für diese Inhaftierten gibt es nicht in allen Kantonen ein vergleichbares Projekt – das ergibt eine Ungleichbehandlung. Die Herausforderung lautet also: Wie können wir kantonsübergreifend sicherstellen, dass im Justizvollzug in der Schweiz der Auftrag der Wiedereingliederung ins Herkunftsland gewährleistet ist? (RL)

# Grosse Ehre für einen Pionier der Restaurativen Justiz

**Die Balzan Stiftung ehrt einen Forschungspionier und engagierten Praktiker der Restaurativen Justiz: den Australier John Braithwaite.**

**Mit John Braithwaite zeichnete die internationale Stiftung Balzan am 21. November einen «Champion der restaurativen Justiz» aus. Der hochdotierte Preis soll dazu beitragen, den revolutionären Ansatz der Restaurativen Justiz bekannter zu machen.**

Nicola Gattlen

Neben dem Nobelpreis (900'000 Dollar) zählt der Balzan-Preis (750'000 Franken) zu den höchstdotierten Preisen, die an Forschende vergeben werden. Seit 1961 zeichnet die internationale Stiftung Balzan jedes Jahr je einen Preisträger aus vier wissenschaftlichen Fachgebieten aus. Im Jahr 2024 war eines der auserwählten Fachgebiete die Restaurative Justiz. Ausgezeichnet wurde der australische Forscher John Braithwaite. Ihre Wahl begründet die Jury so: «John Braithwaite wird ausgezeichnet für seinen Beitrag zur theoretischen Entwicklung und praktischen Umsetzung der zeitgenössischen Restaurativen Justiz, für seinen Einsatz im Dienste der Institutionen und des sozialen Gefüges, sowie für sein Bemühen um die wissenschaftliche und verlegerische Verbreitung des Themas auf höchstem Niveau».

## Frühe Spuren in indigenen Kulturen

Braithwaites Interesse an der Restaurativen Justiz ist ein Nebeneffekt seiner Forschungsschwerpunkte zur Gewerbeaufsicht und zu den Problemen der Wirtschaftskriminalität, insbesondere der Korruption. Er betrachtete diese Probleme aus einer soziologischen Perspektive als «Erscheinungsformen wirtschaftlicher und sozialer ‚Herrschaft‘, welche das soziale Gefüge zerreissen». Daher konzentrierte er sich besonders auf die Auswirkungen von Verbrechen (z. B. betrügerische Versicherungsverträge mit Indigenen) auf die Opfer sowie auf deren Bedürfnisse. Das



John Braithwaite versteht die Restaurative Justiz als «Heilungsprozess». Ihre Methoden und Verfahren will er auch zur Friedensstiftung in kriegesischen Konflikten nutzen. Foto: zvg

brachte ihn dazu, die Unzulänglichkeit einer auf Vergeltung abzielenden Justiz und der traditionellen Gerichtsverfahren zu erkennen. Als Reaktion darauf entwickelte Braithwaite neue Formen der Gerechtigkeit, darunter die der Restaurativen Justiz, deren früheste Spuren in indigenen Kulturen zu finden sind. Der spirituelle Hintergrund dieser indigenen Praktiken wird in der Literatur oft unterschlagen; John Braithwaite jedoch weist mit Nachdruck darauf hin, und er beleuchtet auch die Probleme der Vereinnahmung von solchen Praktiken (cultural appropriation).

## Die Justiz als «Heilungsprozess»

Im Sinne von John Braithwaite bietet die Restaurative Justiz Opfern, Tätern und Gemeinschaften Wiedergutmachung an. «Es geht

um die Idee, dass die Justiz ‚heilen‘ soll, wo Verbrechen zu Schmerz geführt haben». Die Straftat wird in ihrer Dimension als Machtausübung auf das Opfer erfasst. Sie ist eine Gewaltanwendung, die eine physische, materielle oder moralische Wunde verursacht, wobei die Justiz als «Heilungsprozess» verstanden wird. Die von der Restaurativen Justiz angebotene Möglichkeit der «Heilung» besteht vor allem aus einer Reihe von akzeptierten Begegnungen (conferences) zwischen den Opfern, den Tätern und möglicherweise anderen Personen, die für beide Seiten von Bedeutung sind.

Mit der Hilfe eines Vermittlers werden einfache, aber entscheidende Fragen gestellt: Was ist passiert? Warum? Welche Personen waren betroffen? Warum gerade diese? Was kann man tun, um allen Beteiligten eine Zukunftsperspektive zu eröffnen? Diese Treffen zielen darauf ab, dass der Täter oder die Täterin vor den Opfern und der betroffenen Gemeinschaft die Verantwortung übernimmt und somit reintegriert werden kann, ohne öffentlich gedemütigt zu werden: «reintegrative shaming» heisst das Konzept, das John Braithwaite in diesem Zusammenhang entwickelt hat. «Der beste Weg, Scham zu überwinden, ist, den Schaden zu reparieren», erklärt er in einem Interview.

## Forschung zu kriegesischen Konflikten

In den letzten Jahren hat John Braithwaite Überlegungen zur Restaurativen Justiz in Bezug auf die grossen Probleme unserer Zeit entwickelt: Krieg, Frieden, Klimawandel, Finanzkrisen, Gesundheit, Verbrechensbekämpfung. In einem Forschungsprojekt untersucht er etwa, worin sich kriegesische Konflikte sowie die durchgeführten oder abgebrochenen Friedensstiftungsprozesse unterscheiden und inwiefern restaurative Verfahren hilfreich sind.

# «Die Schweiz hinkt der internationalen Entwicklung hinterher»

**Interview mit Ineke Pruin, Professorin am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern**

Im Interview mit #prison-info erklärt Strafrechtsprofessorin Ineke Pruin, wie die Restaurative Justiz im Schweizer Strafrecht und im Justizvollzug verankert ist, wie andere europäische Länder vorgehen und was die Vor- und Nachteile einer parallel zum Strafrecht etablierten Restaurativen Justiz sind.

Nicola Gattlen

**Frau Pruin, die Restaurative Justiz entwickelt sich weltweit als ergänzende Form zur traditionellen Strafjustiz und findet zunehmend auch Eingang im Strafvollzug. Wie ist dieser Ansatz in der Schweiz etabliert?**

**Ineke Pruin:** Im Strafvollzug hat sich der Ansatz dank einzelnen Pionierinstitutionen und privaten Initiativen, ganz besonders jene des Swiss RJ Forum verbreitet. Als Vorreiterin gilt die JVA Saxerriet, die in den 1990er Jahren das Modell der «Wiedergutmachung» einführte. Die JVA Lenzburg bietet seit 2017 «restaurative Dialoge» an und ermunterte weitere JVA, dieses Verfahren einzuführen. Inzwischen werden zunehmend auch Formen eines direkten Dialogs zwischen Opfern und Tätern praktiziert. So wird beispielsweise in der Genfer JVA La Brenaz in Zusammenarbeit mit der privaten «Association pour la Justice Restaurative en Suisse» ein Mediationsprogramm angeboten. Es ist allerdings nicht so, dass solche Formate im Schweizer Strafvollzug Standard sind.

**Wie viele Angebote dieser Art gibt es?**

Pro Jahr beteiligen sich etwa 30 von insgesamt mehr als 6000 Inhaftierten an einem Format der Restaurativen Justiz. Eine konsequente und umfassende Umsetzung restaurativer Massnahmen ist also im Schweizer Strafvollzug noch nicht erfolgt, obwohl diese Massnahmen dazu beitragen könnten, die gesetzliche Verpflichtung der Justizvollzugsanstalten zum



Die JVA Lenzburg bietet seit 2017 Restaurative Dialoge an und ermunterte weitere JVA, solche Verfahren einzuführen. Noch aber ist das Angebot an RJ-Formaten im Schweizer Justizvollzug dünn. Foto: Peter Schulthess, 2019



Einbezug von Elementen der Wiedergutmachung in die Vollzugsplanung umzusetzen.

### **Wie ist die restaurative Justiz im Schweizer Strafrecht verankert?**

Nur rudimentär. Das Jugendstrafrecht ermöglicht es in bestimmten Fällen, ein Strafverfahren zu sistieren und stattdessen ein Mediationsverfahren durchzuführen. Ob solche Mediationen dann auch angewendet werden, hängt massgeblich davon ab, ob die dazu nötige Infrastruktur bereit steht. In den Kantonen Zürich und Freiburg etwa, wo vergleichsweise viele Mediationen durchgeführt werden, wurden offizielle Stellen für die Durchführung der Mediationsverfahren eingerichtet. In anderen Kantonen fehlen diese, entsprechend tief sind dort die Zahlen der durchgeführten Mediationen.

### **Wie viele Mediationen werden in der Schweiz jährlich durchgeführt?**

Die Datenlage ist leider recht dünn: Auf nationaler Ebene veröffentlicht das Bundesamt für Statistik seit 2020 Daten zu «Entscheiden zur Konfliktlösung» für eine Auswahl von jugendstrafrechtlichen Delikten. Zur Ergänzung und Präzisierung dieser Daten wurde in einer jüngeren Studie eine Umfrage sowohl bei den Strafbehörden als auch bei Mediatoren durchgeführt. Sie zeigt eine sehr heterogene kantonale Praxis. Im Durchschnitt der sechs untersuchten Jahre – 2015 bis 2020 – wurden in der Schweiz jährlich rund 450 strafrechtliche Mediationen eingeleitet, an denen etwa 1'200 Personen beteiligt waren. Bezogen auf alle Jugendstrafrechtsfälle ist das wenig.

### **Und welche Optionen bietet das Schweizerische Erwachsenen-Straf(prozess)recht?**

Sehr wenige. Diesbezüglich hinkt die Schweiz der internationalen Entwicklung hinterher. Es gibt bei uns unter bestimmten, eng gesetzten Voraussetzungen die Möglichkeit einer «Wiedergutmachung» als Alternative zu Strafverfolgung, Anklageerhebung oder Bestrafung. Vielfach handelt es sich dabei um eine finanzielle Entschädigung. Andere Länder wie zum Beispiel Deutschland, Österreich oder Frankreich gehen deutlich weiter. Sie bieten im Strafverfahren Mediationen, Täter-Opfer-Dialoge und weitere Formate der restaurativen Justiz an. Der zulässige

Strafraahmen variiert von Land zu Land: Manche Staaten schliessen zum Beispiel Straftaten aus dem Bereich der häuslichen Gewalt für Mediationen grundsätzlich aus, andere lassen sie explizit zu.

### **Hat der mutmassliche Täter oder die Täterin während des Strafverfahrens grundsätzlich das Recht auf eine Mediation oder ein anderes Verfahren der restaurativen Justiz?**

Nein, solch ein Automatismus ist mir aus keinem Land bekannt. Die Staatsanwaltschaft hat jeweils die Fäden in der Hand. Sie entscheidet, ob ein Format der restaurativen Justiz angeboten wird oder nicht.

### **Wirkt sich die Teilnahme an der Mediation strafmildernd aus?**

Das Straf- oder Strafverfahrensrecht dieser Länder bietet unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, ein Strafverfahren einzustellen oder eine Strafe zu mildern. Letztlich entscheiden die Staatsanwaltschaften oder die Gerichte darüber.

### **2018 hat der Europarat den Mitgliedstaaten empfohlen, die restaurative Justiz in Strafsachen zu stärken. Ist die Schweiz dieser Empfehlung nachgekommen?**

Wir sind mitten im politischen Prozess. In einem parlamentarischen Postulat aus dem Jahr 2018 mit dem Titel «Wiedergut-

machungsjustiz in unsere Rechtsordnung integrieren» wurde der Bundesrat beauftragt zu prüfen, wie Instrumente der restaurativen Justiz in unsere Rechtsordnung, namentlich in das Opferhilfegesetz, integriert werden können. Ein entsprechender Regelungsvorschlag wurde zwar vom Parlament abgelehnt; der Bundesrat wurde jedoch beauftragt, eine weitere Rechtsgrundlage für die Verankerung der restaurativen Justiz in der Strafprozessordnung zu entwickeln. Diese Arbeiten sind noch im Gange.

### **Manche plädieren dafür, die restaurative Justiz parallel zum Strafrecht aufzubauen. Ist das aus Ihrer Sicht sinnvoll?**

Eine solche Parallelität hat Vor- und Nachteile. Eine Institutionalisierung der Restorative Justice im Straf(verfahrens)recht würde dazu führen, dass ihre Anwendung in den geeigneten Fällen ernsthaft geprüft werden müsste und Ressourcen für die Finanzierung und Durchführung von RJ-Verfahren zur Verfügung stehen müssten. Andererseits wird aktuell in Europa die Diskussion geführt, ob eine starke strafrechtliche Institutionalisierung letztendlich dazu führt, dass die Grundideen der RJ zu stark verwässert werden – weil zum Beispiel echte Freiwilligkeit der Teilnahme an einem RJ-Verfahren durch die «Motivation» einer Strafmilderung in Frage stehen könnte.

#### **Zur Person**

Ineke Pruin lehrt am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern Strafrecht und Kriminologie und forscht u.a. zur restaurativen Justiz. Aktuell arbeitet sie an einer weltweiten Enzyklopädie zur restaurativen Justiz, die im Frühjahr 2025 erscheinen soll. Pruin ist bei diesem Projekt mitverantwortlich für den Bereich Europa (inkl. Schweiz). Untersucht werden dabei u.a. die Gesetzgebung in den Ländern, Forschungsaktivitäten und die Verankerung der restaurativen Justiz in der Rechtspraxis.



# Lückenhafte Umsetzung von Wiedereingliederungsmassnahmen

## Beispielhafte Evaluation in Genf

**Während des Gefängnisaufenthalts soll die inhaftierte Person lernen, sich so zu sozialisieren, dass sie ein straffreies Leben führen kann. Dazu bedarf es geeigneter Resozialisierungsmassnahmen. Der Rechnungshof des Kantons Genf liess die Umsetzung dieser Massnahmen systematisch und mit wissenschaftlicher Genauigkeit prüfen. Sein Vorgehen könnte anderen Kantonen als Beispiel dienen.**

Patricia Meylan

Welchen Zweck erfüllt die Strafe? Soll sie die verurteilte Person bestrafen, sie in Verurteilung bringen, sie moralisieren, erziehen oder sozialisieren? Die Antwort auf diese Frage ist von Land zu Land und von Epoche zu Epoche unterschiedlich.

### Zweck der Strafe nach dem Schweizer Strafgesetzbuch

Seit dem 1. Januar 2007 sieht der neue Art. 75 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB) in der Schweiz für Strafvollzug folgendes Ziel vor: «Der Strafvollzug hat das soziale Verhalten des Gefangenen zu fördern, insbesondere die Fähigkeit, straffrei zu leben». Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zu dieser strafrechtlichen Bestimmung betont die Botschaft des Bundesrates, dass die Entwicklung der sozialen Fähigkeiten des Häftlings, insbesondere seine Fähigkeit, straffrei zu leben, an erster Stelle als eines der während des Vollzuges anzustrebenden Ziele steht. Er fügt hinzu, dass die Aufgabe der Vollzugsbehörden in erster Linie darin besteht, Angebote für soziale Lernprozesse zu machen.

Das Ziel, eine verurteilte Person dazu zu bringen, nicht rückfällig zu werden, ist gleichbedeutend mit «Spezialprävention». In einem Urteil aus dem Jahr 2008 schreibt das Bundesgericht bei der Auslegung von Art. 75 Abs. 1 StGB, dass von allen

vorrangigen Strafzwecken grundsätzlich die Spezialprävention an oberster Stelle steht. Es versichert wiederum, dass das Schweizer Strafrecht nicht in erster Linie der Vergeltung, sondern der Verbrechensverhütung dient.

Die Zeit im Gefängnis muss also genutzt werden, um die inhaftierte Person zu resozialisieren. Es obliegt jedem Kanton, die geforderten Resozialisierungsmassnahmen in jeder Vollzugsanstalt und für jede inhaftierte Person umzusetzen. Die inhaftierte Person muss den schrittweisen Erwerb neuer sozialer Kompetenzen nachweisen und im progressiven Strafvollzug bestätigen können.

### Unabhängige und autonome Institution

Der Rechnungshof des Kantons Genf liess nun in einer umfassenden Studie die Wirksamkeit des bestehenden Systems bewerten. Der Rechnungshof ist dem Staatsrat gleichgestellt. Er verfügt über weitreichende Kompetenzen in seinen Aufgaben als unabhängige und eigenständige Kontrollinstanz der kantonalen Verwaltung und ihrer Einheiten. Er stellt sicher, dass die öffentlichen Gelder zweckmässig verwendet werden, und führt auch Bewertungen der öffentlichen Politik durch. Letztere Kompetenz setzt er in seinem Bericht Nr. 177 mit dem Titel «Évaluation – Les mesures de réinsertion proposées au prison» («Die vorgeschlagenen Wiedereingliederungsmassnahmen im Gefängnis») um. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass er sich aus freien Stücken mit dieser Problematik befasst hat. Er hat sich folgende Hauptziele gesetzt: «Als Erstes wollen wir den Umsetzungsgrad der verschiedenen Wiedereingliederungsmassnahmen bewerten, die den 700 Personen, die in vier Strafanstalten (Champ-Dollon, La Brenaz, Le Vallon und Villars) inhaftiert sind, angeboten werden. Das zweite Ziel besteht darin, die Rolle zu bewerten, die Wiedereinglie-

dungsmassnahmen bei der Erlangung von Hafterleichterungen spielen».

Die Arbeit des Rechnungshofs folgt einer bestimmten Methodik, und seine Schlussfolgerungen basieren auf empirischen Daten. Für seine Bewertung führte er Interviews mit inhaftierten Personen, Werkstattleitern, Vollzugsangestellten, Vereins- und Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern usw.; er erstellte ein Verzeichnis über die Arten von Wiedereingliederungsmassnahmen, unterschied verschiedene Typologien von inhaftierten Personen und stellte Zahlen zusammen (Anzahl der Anstalten, der inhaftierten Personen, der Telefonkabinen, der virtuellen Besuche mittels Internet, der zertifizierenden und nicht zertifizierenden Ausbildungen, der nutznussenden Personen, der Personen auf der Warteliste, die Dauer der Wartezeiten usw.). Der Rechnungshof stützte sich auch auf Dokumente, die von der kantonalen Verwaltung erstellt wurden, insbesondere auf die «Réforme du concept de réinsertion et de désistance de l'Office cantonal de la détention».

### Wiedereingliederungsmassnahmen

Auf der Grundlage der Bestandesaufnahme der bestehenden Leistungen im Konzept zur Wiedereingliederung und zum Ausstieg aus der Kriminalität wählt der Rechnungshof die folgenden Wiedereingliederungsmassnahmen (oder strategischen Schwerpunkte) aus:

- Berufliche Ausbildungen (intern und extern), z. B. Berufszweige, Workshops, Kompetenznachweise
- Bereitstellung von gesicherten Computern für den Fernunterricht
- Sensibilisierung für die Rückkehrhilfe, die ausgewiesenen Straftäterinnen und Straftätern gewährt wird (RESTART)
- Virtuelle Besuche mittels Internet zur Aufrechterhaltung der Beziehungen zu entfernten Verwandten
- Spezifische Begleitung junger Erwachsener

- Qualität der Eltern-Kind-Beziehungen (REPR)
- Zugang zu Informationen, die das Verständnis des Gefängnisumfelds erleichtern
- Entwicklung soziokultureller und sportlicher Aktivitäten zu Bildungszwecken
- Ausstieg aus der Kriminalität (Projekte «TIM-E» und «Objectif désistance»)
- Mediation im Strafvollzug und restaurative Justiz (AJURES)

Nach Ansicht des Rechnungshofs sind die im Konzept vorgesehenen Wiedereingliederungsmassnahmen «gut durchdacht, relevant und entsprechen den in Artikel 75 StGB festgelegten Grundsätzen».

### Bewertete Strafanstalten

Acht Strafanstalten beherbergen die inhaftierten Personen im Kanton Genf. Die Analyse bezieht sich nur auf die Anstalten, welche die Phasen des progressiven Systems strukturieren oder strukturieren sollten: ordentlicher Vollzug im geschlossenen Vollzug, Übergang in den offenen Vollzug, Gewährung von Urlaub, Arbeitsexternat, Arbeits- und Wohnexternat, bedingte Entlassung, endgültige Entlassung. Der Rechnungshof hielt fest:

- Champs-Dollon, eine Anstalt für Untersuchungshaft, die de facto auch dem Strafvollzug gewidmet ist (398 Plätze für 508 Insassinnen und Insassen)
- La Brenaz, eine geschlossene Strafanstalt (168 Plätze für 167 Insassinnen und Insassen)
- Villars, offene Anstalt mit geschlossener Abteilung (19 Plätze für 15 Insassen)
- Le Vallon, offene Anstalt (24 Plätze für 9 Insassen).

Die Bewertung betraf 699 Insassinnen und Insassen (bei 609 Haftplätzen), von denen sich 302 im Strafvollzug befanden (Stand Oktober 2022).

### Wirksamkeit der Umsetzung

Die grössten Mängel wurden im Gefängnis Champ-Dollon festgestellt. Die Umsetzung von Wiedereingliederungsmassnahmen ist dort aus zwei Gründen erschwert: Zum einen ist das Gefängnis überbelegt, zum anderen ist Champ-Dollon als Anstalt für Untersuchungshaft konzipiert (eingeschränkte Kontaktmöglichkeiten), obwohl es 163 Personen im Strafvollzug beherbergt (Stand Oktober 2022).

So wird beispielsweise die gesetzliche Arbeitspflicht nicht eingehalten, da keine angemessenen Infrastrukturen vorhanden sind; der Zugang zu den Werkstätten ist den inhaftierten Personen des Ostflügels vorbehalten, und der Zugang zu diesem Flügel ist mit einer Wartezeit von sechs Monaten verbunden; Frauen haben keinen Zugang zu den Arbeitsstätten, sie «beschäftigen» sich mit Handarbeiten oder in der Wäscherei; die Wartezeit für den Besucherraum beträgt 10 bis 15 Tage; mit nur drei Telefonkabinen kommt es zu langen Wartelisten; die Telefongespräche sind auf 15 Minuten begrenzt; Ferngespräche werden nicht angeboten.

Auf der anderen Seite werden einige der bestehenden Wiedereingliederungsmassnahmen nicht vollständig umgesetzt. Im September 2022 befanden sich zum Beispiel sechs inhaftierte Personen in einer zertifizierten Berufsausbildung (bei 15 verfügbaren Plätzen).

### Unvorbereitete Entlassungen

Die Bewertung des Rechnungshofs weist auf einen «Kaskadeneffekt» hin: Eine geringe Umsetzung von Wiedereingliederungsmassnahmen wirkt sich auf das Vollzugsregime aus. Da die inhaftierte Person keine neuen sozialen Kompetenzen vorweisen kann, ist sie nicht dazu berechtigt, Erleichterungen zu beantragen. Folglich vollzieht sie ihre gesamte Freiheitsstrafe im geschlossenen Vollzug. Die Fälle Adeline und Marie haben die Behörden bei der Gewährung von Hafterleichterungen vorsichtiger werden lassen.

Das Strafrecht schreibt vor, dass die inhaftierte Person die verhängte Strafe zunächst im geschlossenen, dann im offenen Vollzug vollzieht, die Freiheit im Rahmen von Hafturlaub und dann durch Arbeit ausserhalb des Gefängnisses testet, bevor sie den Vollzug in Form von Arbeit und Wohnen ausserhalb des Gefängnisses fortsetzt, die bedingte Entlassung in Anspruch nimmt und letzten Endes die endgültige Entlassung erlangt.

In Genf gibt es für die verurteilte Person oft nur zwei Stufen des Vollzugs einer Freiheitsstrafe: den Vollzug in einer geschlossenen Anstalt und die endgültige Entlassung. Die Rede ist auch von einer «trockenen» (unvorbereiteten) Entlassung.

In einer Mitteilung zu diesem Bericht, die im Januar 2024 veröffentlicht wurde,

kommt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass «der Kanton Genf daher das Bundesrecht nicht vollständig einhalten und das kantonale Wiedereingliederungsprogramm sowie das Programm zum Ausstieg aus der Kriminalität nicht vollständig umsetzen kann».

### Verbesserungsmöglichkeiten und Empfehlungen

Der Bericht zeigt Verbesserungsmöglichkeiten auf und gibt Empfehlungen für die verschiedenen Anstalten sowie für das Departement für Sicherheit, Bevölkerung und Gesundheit und das kantonale Gesundheitsamt. Bezüglich des Gefängnisses in Champ-Dollon wird zum Beispiel empfohlen, inhaftierte Personen in Untersuchungshaft (Einzelhaft, wenig Kontakt) nicht mit inhaftierten Personen im Strafvollzug (Arbeitspflicht, Sozialisierung) zu vermischen. Zudem wird empfohlen, Ausbildungswerkstätten für Frauen zu entwickeln. Die Anstalten müssen das progressive System umsetzen, um unvorbereitete Entlassungen zu vermeiden. Der Kanton wird aufgefordert, «Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine vollständige Umsetzung der Konzepte zur Wiedereingliederung und zum Ausstieg aus der Kriminalität unterstützen». Der Bericht gibt ausserdem Empfehlungen an das Departement ab.

### Instrument für andere Kantone?

Der Bericht Nr. 177 «Évaluation – Les mesures de réinsertion proposées en prison» basiert auf Genfer Daten und wurde für die Genfer Anstalten erstellt. Es handelt sich also um ein Arbeitsinstrument, das dem Kanton und seinen Anstalten zur Verfügung steht, um sie bei der Einführung der zur Einhaltung des Bundesrechts erforderlichen Massnahmen zu orientieren. Und doch kann der Bericht auch für andere Kantone hilfreich sein. Denn die Bewertung, die Gegenstand dieses 80-seitigen Berichts ist, wurde auf methodische und wissenschaftliche Weise durchgeführt. Die Fragen, Bestandesaufnahmen oder auch die Tabellen sind übertragbar. Das Instrument ist so umfassend, dass es als Modell für jede Anstalt oder jeden Kanton dienen kann.

### Link zum Bericht

[www.cdc-ge.ch/publications](http://www.cdc-ge.ch/publications)



## Köche, Sommeliers, Schauspieler und Juweliere

Verschiedene Justizvollzugsanstalten in Frankreich, Italien und England haben beispielhafte Wiedereingliederungsprojekte lanciert. Das Besondere an diesen Projekten ist, dass sie die Inhaftierten in ein reales Arbeitsumfeld einbeziehen. Die inhaftierten Personen erhalten so eine wettbewerbsfähige Berufsausbildung, während gleichzeitig negative Vorurteile bekämpft werden, indem der Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, direkten Kontakt mit inhaftierten Personen zu haben, die sich in einem beruflichen Umfeld bewegen.

Im Gefängnis Beaumettes (Marseille) wurde der ehemalige Frauenstrahl im Jahr 2022 zu «Les Beaux Mets». Es handelt sich um das erste öffentlich zugängliche Gefängnisrestaurant in Frankreich, das zur sozialen und beruflichen Eingliederung der inhaftierten Personen beiträgt. Rund zehn Inhaftierte kochen und servieren hier anspruchsvolle Menüs mit Zutaten aus der Region.

The Clink («das Gefängnis» in altem britischem Slang) wird als «ein nicht alltägliches Restaurant» gepriesen. Und das aus gutem Grund, denn es wurde 2009 im High Down Gefängnis in Surrey (GB) eröffnet. Inzwischen gibt es auch in Gefängnissen in London (Brixton), Cardiff und Cheshire ein The Clink Restaurant. Diese Restaurants werden allesamt von inhaftierten Personen betrieben (von der Küche über das Management bis zur Bedienung) und haben einen hervorragenden Ruf: Man muss oft monatelang warten, bis man einen Tisch bekommt.

Die italienische Strafanstalt Milano-Bollate verfügt neben einem Restaurant (InGalera, 50 Plätze) auch über ein öffentlich zugängliches Theater und eine eigene Theatergruppe (Teatro in-stabile) samt Technikercrew. Das Theater bietet Platz für etwa 150 Zuschauerinnen und

Brixton, London: Das Restaurant The Clink ist in einem umgebauten Gouverneurshaus im Zentrum des Gefängnishofs untergebracht. Im Inneren bietet es einen eleganten Speisesaal.  
Fotos: The Clink Charity



Zuschauer; es wird – intern – auch als Kinosaal und für themenbezogene Schulungen genutzt. Auch das Gefängnis Beaumettes in Marseille plant ein eigenes, öffentlich zugängliches Theater (laut dem französischen Justizministerium soll das Bauwerk bis Mitte 2025 fertiggestellt sein). An den Bauarbeiten für Beaumettes 3 sind derzeit auch inhaftierte Personen beteiligt.

Ebenfalls am Standort Beaumettes gibt es Arbeitswerkstätten, in denen die inhaftierten Personen mit externen Partnern zusammenarbeiten. In der Brandschutzwerkstatt erstellen sie detaillierte Karten von verschiedenen Gebäuden, auf denen Notausgänge, Standorte von Feuerlöschern und Feueralarmen verzeichnet sind, und entwerfen die Fluchtwege. Die Schmuckwerkstatt ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Gefängnis und einem Unternehmen, das Modeschmuck vertreibt. Die inhaftierten Personen entwerfen den Schmuck, wählen die Materialien aus, stellen die Stücke her, kontrollieren die Qualität, verpacken sie und liefern sie fristgerecht aus.

All diese Tätigkeiten ermöglichen den Erwerb von Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Zugleich bauen sie eine Brücke zur Aussenwelt.

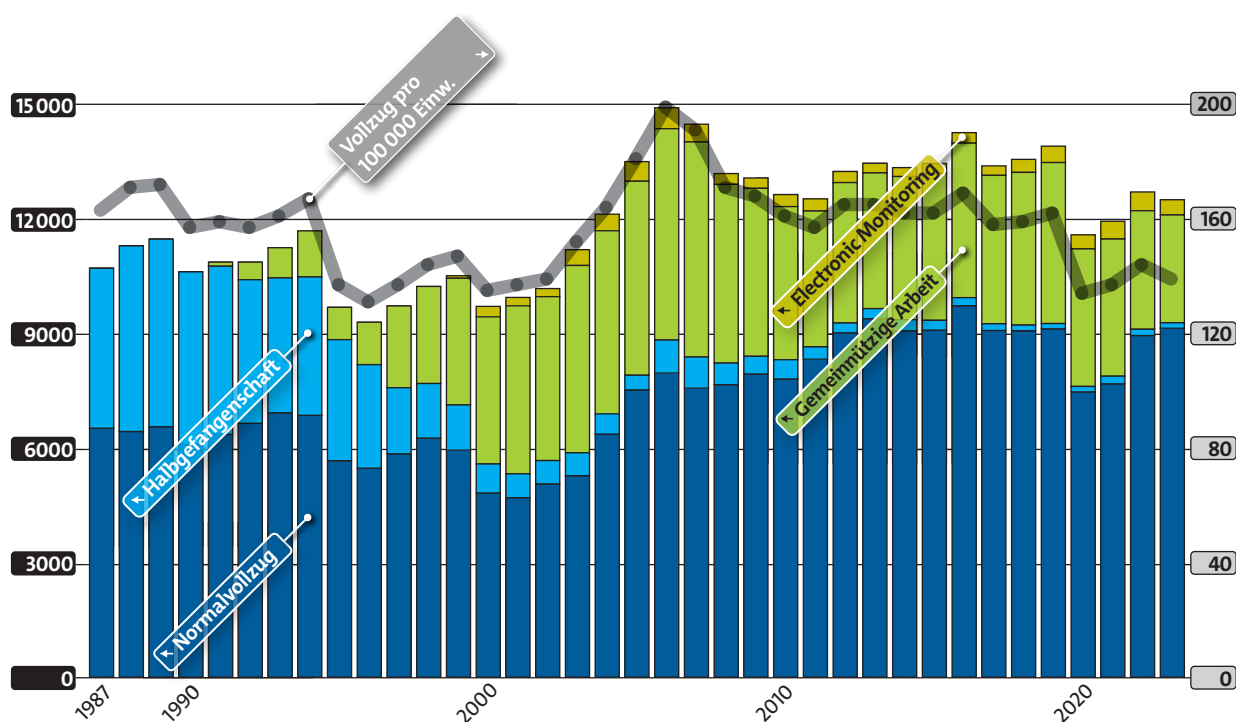


Öffentliche Theateraufführung in der Strafanstalt Bollate im Norden Mailands.

**Quelle:** François Paychère und Étienne Antille: «La préparation à la réinsertion en détention: un mythe?», in: «Aktuelle juristische Praxis – Pratique juridique actuelle», 4/2024

# Trends und Zahlen zum Straf- und Massnahmenvollzug

## Statistik des Vollzugs von Sanktionen des BFS



Im Jahr 2023 sind in der Schweiz 12 519 Strafen und Massnahmen angetreten worden (–1,6% im Vergleich zum Vorjahr). Davon waren 9297 (74,3%) **Einweisungen in eine Justizvollzugseinrichtung**, entweder in den **Normalvollzug** oder in die **Halbfangenschaft**.

Die übrigen 25,7% der im Jahr 2023 begonnenen Sanktionsvollzüge entfielen auf die beiden alternativen Vollzugsformen **Gemeinnützige Arbeit** (2823 oder 22,5%) und **elektronisch überwachter Strafvollzug** (Electronic Monitoring, 399 oder 3,2%), wie aus der Statistik des Vollzugs von Sanktionen des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervorgeht. Seit einigen Jahren verliert die Vollzugsform der Gemeinnützigen Arbeit an Bedeutung.

Der seit 2006 beobachtete Rückgang des Sanktionenvollzugs setzte sich auch 2023 fort, wie die Entwicklung des Vollzugs pro 100 000 Bewohner zeigt (▼ rechte Skala).

**Vollzugsform nach Staatszugehörigkeit:** Einweisungen und Einsätze 2023. Im Strafvollzug waren ausländische Personen am stärksten vertreten (67%), im Massnahmenvollzug waren hingegen **Schweizer Staatsangehörige** in der Mehrheit (64%). In den beiden alternativen Vollzugsformen Gemeinnützige Arbeit und Electronic Monitoring betrug der Anteil der Schweizer Staatsangehörigen 61%.

### Einweisung in Straf- und Massnahmenvollzug:



### Einweisung nur Massnahmenvollzug:



### Gemeinnützige Arbeit:



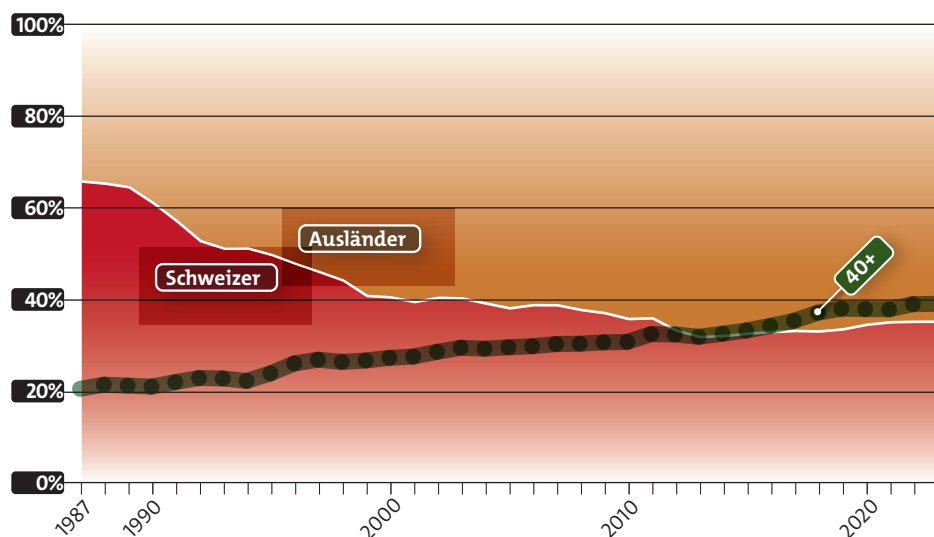
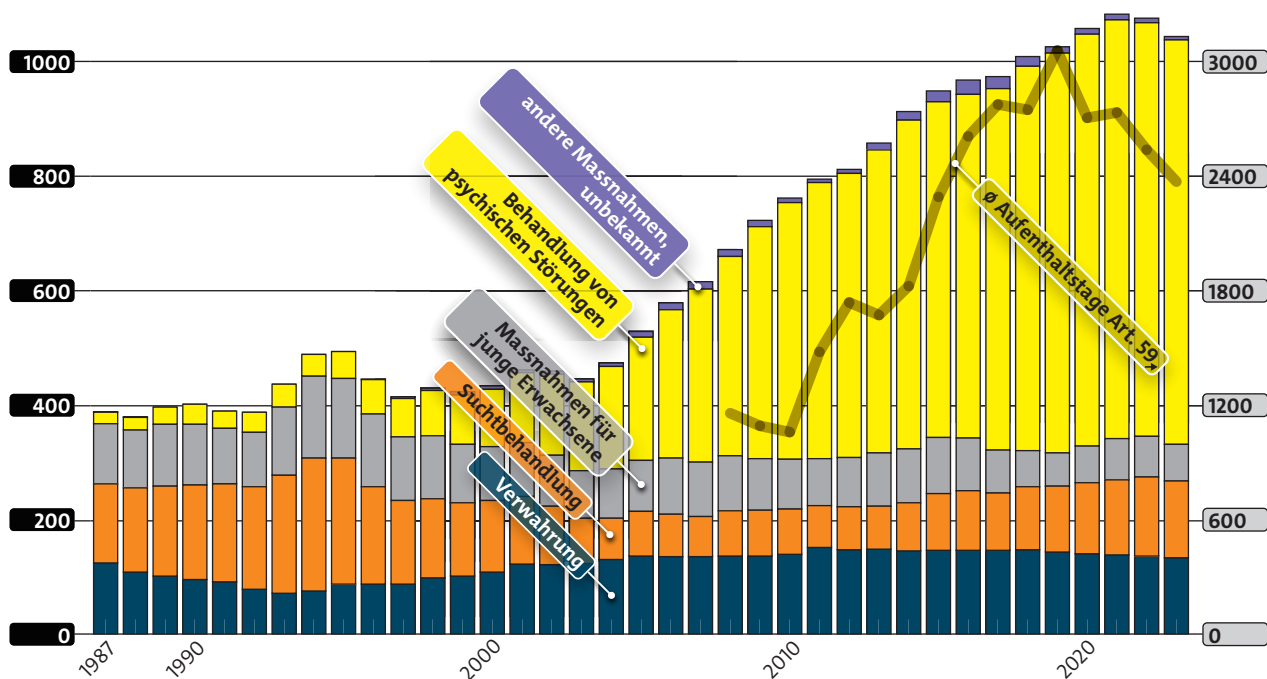
### Electronic Monitoring:



Bei 68% der insgesamt 1043 Personen, die sich im Jahr 2023 im **Massnahmenvollzug** befanden, wurde eine **Behandlung wegen psychischen Störungen** (Art. 59 StGB) angeordnet, bei 13% eine **Verwahrung** (Art. 64 StGB), bei 13% eine **Suchtbehandlung** (Art. 60 StGB) und bei 6% eine **Massnahme für junge Erwachsene** (Art. 61. StGB).

Die starke **Zunahme des Bestands von Personen, die wegen psychischen Störungen behandelt** werden, liegt insbesondere an der längeren Dauer ihrer Behandlung (↗ rechte Skala). Nach Einführung des Art. 59 im Jahr 2007 stieg die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 1200 auf 3000 Tage (8 ½ Jahre) im Jahr 2019. Die **Einweisungen** in den Voll-

zug von Art. 59 gingen seit 2020 von 104 auf 47 Personen (2023) stark zurück.



Im Durchschnitt werden die **Eingewiesenen im Straf- und Massnahmenvollzug** älter. Der Anteil der Gruppe 40-jährige und älter ↗ hat sich von 1986 (19,3%) bis 2023 (39%) verdoppelt. Bei den Nationalitäten zeichnet sich seit 2018 eine Trendumkehr ab. Der Anteil von Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft ■ hat von 32% auf 35% leicht zugenommen. 1987 lag der Anteil von Schweizer Staatsangehörigen im Straf- und Massnahmenvollzug noch bei 66%.



# Massive Eingriffe in das Leben von Hunderttausenden

## Forschungsprogramm zum Funktionieren des Schweizer Sozialwesens

**Das Nationale Forschungsprogramm «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart, Zukunft» (NFP 76) beleuchtet die Auswirkungen von Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen und gibt Denkanstösse für Verbesserungen im heutigen Massnahmen- und Strafvollzug.**

Kaspar Meuli

Der Aufwand war beachtlich: Im NFP 76 arbeiteten rund 150 Forscherinnen und Forscher aus Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaften während sechs Jahren zusammen. Sie untersuchten mit einem Budget von 18 Millionen Franken «Merkmale, Mechanismen und Wirkungen von Fürsorgepolitik und -praxis». Dabei verfolgte das interdisziplinäre Programm mit seinen insgesamt 29 Einzelprojekten zwei grosse Ziele: Einerseits galt es in der Vergangenheit zugefügtes Unrecht und Leid zu dokumentieren und neue Erkenntnisse über das Funktionieren des Schweizer Sozialwesens hervorzubringen. Andererseits sollte das NFP 76 Grundlagen für künftiges Handeln in Politik und Praxis erarbeiten. Mit anderen Worten: Das Programm verknüpfte die historische Aufarbeitung mit gegenwarts- und zukunftsbezogenen Perspektiven. Im Synthesebericht heisst es denn auch: «Dringlich stellt sich die Frage, welche Konsequenzen wir für die Gegenwart ziehen.»

### Opfer von Missbrauch und Ausbeutung

In unserem Land waren im 20. Jahrhundert mehrere hunderttausend Personen von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffen – die genaue Zahl lässt sich nicht mehr feststellen. Viele dieser Menschen wurden Opfer von Misshandlung, Missbrauch und wirtschaftlicher Ausbeutung. Dazu gehören unter anderem Kinder, die aus ihren Familien genommen und in Heimen oder Pflegefamilien unter-

gebracht wurden. Seit mehr als 15 Jahren befasst sich die Schweiz nun mit diesem problematischen Kapitel ihrer Vergangenheit. Das NFP 76 ist Teil dieser Aufarbeitung, doch anders als bei vielen anderen historischen Studien, die sich in erster Linie an Gesellschaft und Politik richten, wurden die Themen dieses Forschungsprogramms auch mit Blick auf Leute gewählt, die heute und in Zukunft Verantwortung für Jugendliche tragen, die in Heimen oder Pflegefamilien aufwachsen.

Aus diesem Grund betont Alexander Grob, Professor für Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie an der Universität Basel und Präsident der Leitungsgruppe des NFP 76: «Erst wenn Akteurinnen und Akteure in Politik und Verwaltung und besonders im Sozialwesen versuchen, sich in ihrer Praxis von den im Programm gewonnen Erkenntnissen leiten zu lassen, leistet das NFP seinen vollen Beitrag zur Anerkennung des Leids, zur Aufarbeitung der Geschichte und zur Gestaltung einer Gesellschaft, die allen Individuen erlaubt, sich in Selbstverantwortung zu entwickeln und selbstbestimmt zu leben.»

### Denkanstösse für die Politik

Das NFP 76 hat seinen Auftrag von der Politik erhalten. Mit der Synthese der Forschungsergebnisse, so schreiben die Autorinnen und Autoren, spiele die Leitungsgruppe des Programms den Ball nun zurück. Und zwar in der Form von zehn prägnant formulierten «Impulsen». Sie beinhalten keine Rezepte, wie die ideale Praxis des Sozialwesens ausgestaltet werden sollte, sondern geben Denkanstösse.

### Rechte und Mitwirkung von Betroffenen stärken

Die Gedankenanstösse der Forschenden betreffen die unterschiedlichsten Felder: Von der Forderung, Menschen, die von Zwangs-

massnahmen und Fremdplatzierungen betroffen waren, sollten einfacher Unterstützung erhalten; über die Empfehlung, die Verfahren und die Finanzierung im Kindes- und Erwachsenenschutz auf Bundesebene zu harmonisieren; bis zum Aufruf «Normen hinterfragen und Professionalität stärken». Konkret: Fachpersonen sollten zeitliche und finanzielle Ressourcen erhalten, um im Berufsalltag ihre Haltung zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Für die Praxis im Massnahmen- und Strafvollzug relevant sind besonders die folgenden zwei Denkanstösse: Zum einen «Rechte und Mitwirkung von Betroffenen stärken». Die Forschenden betonen dazu, der Kindes- und Erwachsenenschutz müsse so umgesetzt werden, dass die Sichtweisen und Anliegen der betroffenen Personen während des gesamten Verfahrens berücksichtigt würden. Dazu brauche es nicht zuletzt «adressatengerechte Kommunikation» – deren Bedeutung, so die Ergebnisse der Befragungen, wird von Fachpersonen vielfach unterschätzt. Weiter finden die Forschenden, es sei wichtig, einen selbstkritischen und realistischen Umgang mit asymmetrischen Beziehungen zu entwickeln. «Es wäre falsch, bestehende Machtverhältnisse auszublenden oder zu verharmlosen.» Hintergrund dieser Empfehlung: Im Sozialwesen werde häufig das Ideal einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe beschworen, besonders im Kindes- und Jugendschutz. Die Befragungen hätten gezeigt, dass sich die Fachleute vom autoritären Auftreten von früher abgrenzen wollten und von der «Fiktion der Horizontalität» leiten liessen. Den Betroffenen werde so der falsche Eindruck vermittelt, ihre Zusammenarbeit mit den Behörden sei freiwillig.

### Lebenswege von fremdplatzierten Jugendlichen

Der zweite besonders bedenkenswerte Impuls nennt sich «Übergänge ins Erwach-



senenleben erleichtern» und stützt sich vor allem auf Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt «Lebenswege fremdplatzierter Jugendlicher und der Erwerb von Human- und Sozialkapital» ab. Erarbeitet haben diese vergleichende Studie über Chancen und Begrenzungen im Leben von Jugendlichen die Pädagogische Hochschule Luzern und die Universität Freiburg unter der Leitung des emeritierten Professors für Geschichte und Geschichtsdidaktik Markus Furrer. Die Forschenden stützen sich auf 260 Personendossiers platzierter Jugendlicher und führten Interviews mit 60 betroffenen Personen. Anhand dieser Daten

untersuchten sie, wie Menschen in der Zeit von 1950 bis 1985 in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Luzern und den beiden Basel auf das Leben ausserhalb der Institutionen vorbereitet wurden.

Das Projekt ging der Frage nach, welche Kenntnisse und Fähigkeiten sich diese Jugendlichen für das Erlernen eines Berufs und die Lebensbewältigung aneignen konnten. Ziel dabei war, «übergeordnete Mechanismen und Rahmenbedingungen der sozialen und beruflichen Integration» von Jugendlichen aufzuzeigen. Dieses Wissen soll dazu beitragen, künftig Diskriminierungen und Marginalisierungen zu vermeiden.

Gruppenbild der in der damaligen Toggenburgischen Erziehungsanstalt Hochsteig untergebrachten Knaben. Die Aufnahme ist ca. 1918 entstanden. Bild: Staatsarchiv des Kantons St. Gallen.

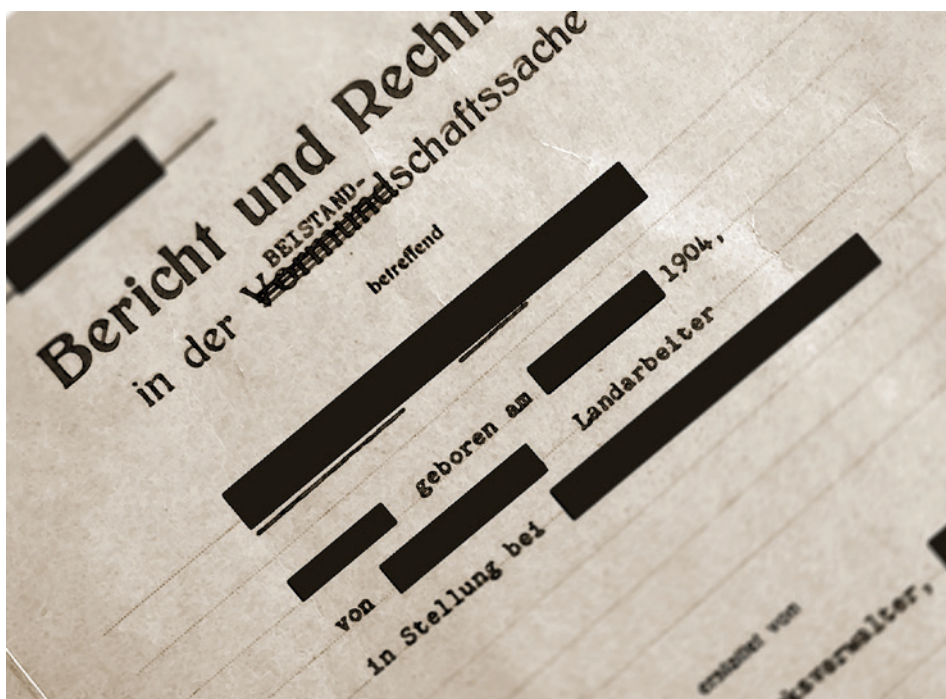


Denn wie die Befragungen zeigten, litten fremdplatzierte Jugendliche ein Leben lang unter einer mangelhaften Ausbildung und unter fehlenden beruflichen und gesellschaftlichen Perspektiven.

Wie die Studie zeigt, hatten platzierte Jugendliche während des ganzen untersuchten Zeitraums kaum die Chance, einen Beruf zu erlernen, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprach. Sie waren als Heimkinder stigmatisiert und galten bei Berufsberaterinnen, Lehrern oder Arbeitgebenden generell als «minderbegabt». Auch bei hervorragenden Schulnoten blieb ihnen eine höhere Bildung verwehrt. Stigmatisierungen und Diskriminierungen wirkten sich auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt aus, behinderten die berufliche und soziale Integration und verhinderten, dass die Jugendlichen ein gesundes Selbstvertrauen entwickeln konnten. Das Forschungsteam betont «die enorme Bedeutung einzelner Personen, die prägend im Leben von platzierten Jugendlichen wirkten», darunter Betreuungspersonen, Freunde und Bekannte, aber auch wichtige Personen aus Institutionen und dem Fürsorgewesen. Umgekehrt könnten «negativ wirkende Personen» einen Lebensweg stark beeinträchtigen. Zudem zeigte die Untersuchung, dass platzierte Kinder und Jugendliche oftmals kaum Bezugspersonen ausserhalb der Einrichtung hatten, was sich hemmend auf die Aneignung von Sozial- und Humankapital auswirkte. «Der Mangel an tragfähigen sozialen Netzwerken wirkte sich erschwerend auf den weiteren Lebensweg aus.»

### Nicht alle Betroffenen wurden krank

Wie die Forschungsergebnisse weiter zeigten, führten die traumatischen Erlebnisse bei vielen Betroffenen zu einer psychischen Erkrankung. Gar die Mehrheit der platzierten Kinder und Jugendlichen litt in der Vergangenheit oder leidet aktuell unter Problemen wie Angst-, Traumafolge- und somatische Belastungsstörungen sowie unter psychotischen Symptomen. Doch nicht alle Betroffenen wurden psychisch krank. Bedeutsam sei der Befund, dass bei etwa einem Drittel der befragten Erwachsenen nie eine psychische Störung diagnostiziert wurde, auch wenn sie aufgrund ihrer Lebensbedingungen leicht eine solche hätten aufweisen können. «Dass sie



Platzierte Jugendliche hatten kaum die Chance, einen Beruf zu erlernen, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprach. Hier die Akte eines Platzierten, der Landarbeiter wurde. Bild: Staatsarchiv des Kantons Aargau

gesund blieben», so die Studie, «hängt auch mit ihrer Resilienz zusammen.» Die Auswertung der Daten zeige, dass eine wichtige Resilienzressource das Selbstwertgefühl sei. Es schwäche die schädlichen Auswirkungen von emotionalem Missbrauch und Vernachlässigung ab.

Vor diesem Hintergrund betont die Studie bei ihren Empfehlungen für die heutige Bildungspolitik und Sozialarbeit die grosse Bedeutung von konstanten, ressourcenfördernd wirkenden Bezugspersonen. Ebenso wichtig sei es, tragfähige Beziehungen ausserhalb der Einrichtungen zu fördern. Zu Gleichaltrigen, aber auch zu Coaches, die den Jugendlichen auch über verschiedene Platzierungen hinweg als konstante Bezugsperson zur Verfügung stehen. Zudem sollten die Heime Care Leaver-Stellen einrichten, um die Jugendlichen frühzeitig auf ihren Austritt vorzubereiten und auch nach dem Heimaustritt zu begleiten.

### In der Vergangenheit lief nicht alles schief

Die Forscherinnen und Forscher, die im NFP 76 mitgearbeitet haben, erhoffen sich, dass ihre Ergebnisse nicht bloss zur Kenntnis genommen werden, sondern auch im

heutigen Massnahmen- und Strafvollzug Wirkung zeigen. Doch wie? «Wir Forschenden können nicht direkt Handlungsanleitungen vorschlagen. Diese müssen mit Personen aus der Praxis und idealerweise auch mit Betroffenen dialogisch entwickelt werden», sagt Markus Furrer von der PH Luzern, Leiter des Projekts «Lebenswege fremdplatzierter Jugendlicher». Allerdings stosse die Diskussion über Verbesserungen in der Praxis immer auch an Grenzen des ökonomisch, organisatorisch und politisch Machbaren.

Die Synthese des NFP «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart, Zukunft» schliesst mit folgendem Fazit: «Nicht alles lief in der Vergangenheit schief und zuungunsten der Betroffenen – genauso wenig, wie heutzutage alles optimal verläuft. Auch die heutige Gesellschaft bringt Unrecht hervor. Dennoch bleibt die Erkenntnis: Eingriffe in das Leben von Menschen wirkten und wirken sich massiv auf ihre Biografie und die ihrer Nachkommen aus. Das Leid und das Unrecht, das Menschen zugefügt wurde, können nicht wiedergutmacht werden.»

Download aller Publikationen und weitere Informationen unter [www.nfp76.ch](http://www.nfp76.ch)



# Vom Heim ins Leben: Wer schafft es?

## Abgeschlossener Modellversuch «JAE: Jugendhilfeverläufe – Aus Erfahrungen lernen»

**Welche Entwicklungsverläufe haben junge Erwachsene, die in ihrer Kindheit in einer Erziehungseinrichtung fremdplatziert waren? Welche Lehren und Erkenntnisse können Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen daraus ziehen? Jetzt liegen die Ergebnisse der umfassenden, gesamtschweizerischen Längsschnittstudie «JAE» vor.**

Regula Fierz Wengert

Gemäss Schätzungen leben in der Schweiz ca. 0,7 bis 0,9% aller Kinder und Jugendlichen in sozialpädagogischen Institutionen. Zu den langfristigen Auswirkungen ausserfamiliärer Platzierungen in der Schweiz gibt es allerdings erst wenige Untersuchungen, was das Forschungsteam von Marc Schmid (Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel) dazu veranlasste, den Modellversuch «JAE» zu initiieren.

«JAE» baut auf dem «Modellversuch Abklärung und Zielerreichung in stationären Massnahmen» auf, in dessen Rahmen im Zeitraum von 2007 bis 2012 insgesamt 592 Kinder und Jugendliche aus 64 Erziehungseinrichtungen in der Schweiz untersucht wurden. Im nun abgeschlossenen Modellversuch «JAE» wurden rund zehn Jahre später 231 der mittlerweile jungen Erwachsenen erneut befragt und deren Entwicklungsverlauf seit der Heimplatzierung erforscht. Mit dem längsschnittlichen Studiendesign konnten sowohl voraus- als auch rückwärtsgerichtet Risiko- und Schutzfaktoren herausgearbeitet werden. Damit die Erkenntnisse in die Praxis zurückfliessen, wurde mit Unterstützung des Bundesamts für Justiz ein E-Learning-Programm für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen entwickelt.

### Aufwendige Rekrutierung der Stichprobe

Das Auffinden der ehemaligen Heimjugendlichen, auch Careleaverinnen/Careleaver genannt, war mit einem grossen Arbeits-

einsatz von Seiten des Forschungsteams verbunden. Damit die beachtliche Probandengrösse von insgesamt 231 jungen Erwachsenen erreicht werden konnte, machten die Forschenden 3327 Telefonate und schrieben 3087 Briefe, 1674 E-Mails und 793 Kurznachrichten.

Mit Hilfe von Fragebögen erhoben Marc Schmid und sein Team bei den Probanden Daten zu deren Gesundheit, Ausbildung, sozioökonomischen Lage, Delinquenz und Beziehungsnetz. Zudem führten die Forschenden der UPK Basel mit den Teilnehmenden mehrstündige Face-to-Face Interviews, um Gelingens- und Belastungsfaktoren während der Heimplatzierung und beim Übergang in die Verselbständigung ermitteln zu können. Alle diese Interviews wurden aufgenommen, wörtlich transkribiert und dann qualitativ ausgewertet.

### Wichtigste Ergebnisse

In der Zeitperiode der Platzierung (zwischen 2007 und 2012) waren bei 70% der Teilnehmenden eine aktuelle oder vergangene psychische Erkrankung diagnostiziert worden. Auch ca. zehn Jahre später erweisen sich die (ehemaligen) Heimjugendlichen als belastete Gruppe: 45% der Teilnehmenden haben Probleme mit der psychischen Gesundheit; 56% sind in einer schwierigen sozioökonomischen Lage betreffend ihrer Ausbildung, Arbeit und Finanzen; 46% haben Schwierigkeiten im Bereich der Beziehungen.

Zwei Drittel der befragten jungen Erwachsenen gaben an, mindestens einen Elternteil zu haben, der in psychologisch/psychiatrischer Behandlung war, Probleme mit Alkohol oder Drogen habe oder strafrechtlich verurteilt worden sei. Erfahrungen von Vernachlässigung, insbesondere emotionale Vernachlässigung, schienen eher die Regel als die Ausnahme zu sein. Fast die Hälfte der jungen Menschen hatte mindestens einen Elternteil mit einem oder mehreren der potenziellen Problembereiche «Arbeitslosigkeit», «Sozialhilfeabhängigkeit» oder «Rentenbezug».

Die folgenden Interviewausschnitte von Careleaverinnen und Careleavern geben einen Einblick in die familiären Belastungen:

«Es ist mal mal einer dort (im Heim) gewesen, wo die Eltern noch zusammen gewesen sind, alle anderen geschiedene Eltern, kaputte Familien. Aber eben, ich bin mal nicht der Einzige gewesen mit diesem Problem.»

«Also ich meine, mein Alltag war, nach Hause kommen. Liegt sie im Bett. Da die Kotze drüber. Medis reingehauen. Schlafmittel. Da aufgeschnitten, alles. Keine Ahnung, in die Toilette rennen, WC-Papier-Rolle nehmen, sie verbinden, den Vater anrufen.»

«Wenn man als Kind einfach immer wieder – also mein Vater war ja kein guter Vater. Und wenn man als Kind immer geschlagen wird, und ins Heim kommt, dann hat man einfach psychisch sein Leben lang – egal, welche Therapien man macht. Es bleibt einem einfach, und – ich weiss schon, dass man nach vorn schauen sollte. Aber ab und zu holt dich die Vergangenheit einfach [...] wieder ein, und ich weiss nicht, wie ich das sagen soll, es ist einfach alles schiefgelaufen in meiner Kindheit.»

### Wie gelingt der Heimeintritt?

«JAE» zeigt, dass es für die subjektive Wahrnehmung der betroffenen Kinder und Jugendlichen enorm wichtig ist, dass sie von Anfang an, d.h. bereits im Vorfeld einer Platzierung, beim Heimeintritt und während der Unterbringung miteinbezogen und über alles informiert werden. Die zentrale Bedeutsamkeit von Partizipation und Informiertheit bzw. das Gegenteil davon, d.h. wie eine Fremdplatzierung nicht ablaufen sollte, zeigt folgendes Zitat:

«Man kommt in ein Heim hinein. Die Erwachsenen haben halt alles schon besprochen. [...] Das weiss ich nicht einmal. Das sind eben Sachen, die ich nie mitbekam. Sie redeten immer hinter meinem Rücken. Auch die meisten Standortgespräche. Man

wird einfach informiert. So. Du bleibst noch zwei Jahre länger. Du wirst dann da und da in ein Heim gehen. Und du denkst einfach so: 'Und darf ich auch mal etwas dazu sagen?' und dann heisst es einfach 'Nein! Es ist so entschieden.' [...] Das finde ich eigentlich sehr schade.»

### Zeit zum Ankommen

Die Erziehungseinrichtung wird für die Betroffenen von einem Tag auf den andern zur neuen Lebenswelt, die sie zuerst einmal für sich integrieren müssen. Es ist für sie wichtig, dass sie sowohl emotional als auch im Alltagsleben des Heims «ankommen», sich in einer Gruppe neu orientieren und neue Beziehungen zum Personal, zur Bezugsperson und in der Wohngruppe aufbauen.

Wie das folgende Zitat einer Studienteilnehmerin zeigt, brauchen betroffene Jugendliche für dieses Ankommen in der Erziehungseinrichtung vor allem eines: Zeit.

«Zeit ist das wichtigste, weil du willst eigentlich am Anfang gar nichts wissen, du willst einfach nur ins Zimmer, auspacken und deine fucking Ruhe haben[...] also es ist wie[...] wenn du den Fisch kaufst, dann lässt du ihn ja auch in dem Plastiksack mit dem Wasser vom alten Becken und dann lässt du ihn dann mal so im Aquarium im Sackschwimmen und dann wenn du denkst, so er hat sich jetzt an die andere Wassertemperatur gewöhnt, machst du es oben auf und lässt ihn ins andere Wasser einschwimmen aber du tust ihn nicht einfach zack ins andere Wasser reinschmeissen, weil sonst ist er überfordert der Fisch,[...] neue Luft, neues Wasser, ah ich kann nicht mehr schwimmen[...] also einfach Step by Step, die Person nicht überfordern.»

### Das Heim – ein sicherer Ort

Was macht eine Erziehungseinrichtung für die häufig stark belasteten Kinder und Jugendliche, die fremdplatziert werden müssen, zu einem sicheren Ort? Für die jungen Careleaver und Cateleaverinnen sind insbesondere zuverlässige Beziehungen wichtig, d.h.

- Zeit für flexible, individuelle Betreuung, die Halt gibt
- Personal, das bleibt und Stabilität vermitteln kann

- ein vielfältiges Team für vielfältige junge Menschen
- eine solide erarbeitete Vertrauensbasis
- jemand, der mich sieht und für den ich nicht «nur ein Projekt auf Zeit» bin
- jemand, der authentisch und nahbar ist
- jemand, der über den Tellerrand hinweg denkt.

Zwei Zitate von Studienteilnehmenden:

«...jemand, der zuhört, mir was zutraut, mich auffängt und mit mir den Weg geht.»

«Er (der Sozialpädagoge) sagte ich gebe dir eine Chance.[...] Wir fangen von Null an. Ich nehme dich so, wie du bist. Egal, was du gemacht hast, was für Scheisse du gebaut hast. Ich will es gar nicht wissen. Du wirst sicher auf mich zukommen. Wenn du mit mir reden möchtest, ich bin immer für dich da, ich höre dir gerne zu [...]er hat mich voll von innen gegen aussen verändert ...»

Aber nicht nur die Beziehungen im Heim sind wichtig, sondern auch der (Wieder) Aufbau von Kontakten und Beziehungen ausserhalb des Heimes:

«dass man einfach sagt, geh geh keine Ahnung geh ins Turnen [...] weil dann hast du wieder die Leute ähm wo du mal gekannt hast [...] und kannst wieder irgendwie soziale Bindungen aufbauen, weil mir ist das einfach, das R. (Name der Erziehungseinrichtung) ist für mich so ein Cut. Es gibt vor dem R. und es gibt nach dem R. Leute»

### Das Heim – kein sicherer Ort

Der Modellversuch «JAEI» hat leider auch ergeben, dass Jugendliche während der stationären Unterbringung Erfahrungen in Form von Mobbing von Seiten von Mitbewohnerinnen oder Mitbewohnern, Grenzverletzungen, verbale oder körperliche Gewalt, sexuelle Nötigung oder gar Missbrauch gemacht haben. 45% der Teilnehmenden gaben an, in der Erziehungseinrichtung absichtlich geschlagen, getreten, verprügelt, gestossen, gewürgt oder auf andere Weise angegriffen worden zu sein. Die Gewalt und Nötigung erfolgten zumeist durch andere Jugendliche, aber auch durch das Personal. 2% der JAEI-Teilnehmenden gaben an, vom Personal der Erziehungseinrichtung sexuell belästigt worden zu sein. In der Literatur wird von viel höheren Prozentzahlen ausgegangen, man rechnet mit einer hohen Dunkelziffer.

### Heimwechsel vermeiden

Der Modellversuch «JAEI» zeigte zudem einen Zusammenhang zwischen einer höheren Anzahl an Unterbringungen und einem langfristig negativen Entwicklungsverlauf. Hierbei schienen insbesondere die Anzahl der subjektiv als frühzeitig empfundenen Abbrüche der stationären Unterbringungen entscheidend für die Betroffenen zu sein. Dieses Ergebnis weist auf die Wichtigkeit der Kontinuität der Unterbringung und des Vermeidens von Abbrüchen hin.

«Er (der Sozialpädagoge) sagte mir, du kannst Vertrauen haben, dass wir dich nicht aus der Massnahme schmeissen, auch wenn du einen Fehler machst [...]. Und dann konnte ich mir plötzlich auch Fehler erlauben und über meine Fehler reden».

### Alltags- und lebensweltorientierte Unterstützung beim Übergang in die Selbständigkeit

Weitere Analysen in Bezug auf die Austrittsvorbereitungen ergaben, dass eine höhere Anzahl von Misshandlungs- und Vernachlässigungserfahrungen mit mehr Problemen in gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Lebensbereichen einhergehen. Ressourcen-, resilienz- und traumaorientierte pädagogische Ansätze sensibilisieren die Professionellen darauf, Misshandlungserfahrungen in der Vorgeschichte zu erkennen.

Für alle sozialpädagogischen Interventionen bedeutet diese Erkenntnis aber auch, dass die jungen Menschen neben einer therapeutischen Unterstützung auch konkrete, lebensweltorientierte Hilfen für die Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben benötigen. Für einen gelungenen Übergang in die Selbständigkeit braucht es vor dem Heimaustritt, wie folgendes Zitat aus einem Interview zeigt, unbedingt auch eine Orientierung und Vorbereitung zum Umgang mit Behörden, zu administrativen und finanziellen Fragen sowie auch Zugänge bzw. Informationen zum Bildungs- und Arbeitsmarkt.

«Welche Institutionen gibt es? Wo-wie macht man eine Steuererklärung? Was ist halt das, und-Krankenkasse: Was ist eine Zusatzversicherung? Und, und, und, oder. Du hast halt so viele Aspekte beim Erwachsenwerden [...], Ich musste es halt selbst für mich herausfinden.»

### Entwicklungsverläufe nach dem Heimaustritt

Ein erfreuliches Erkenntnis von «JAE» ist, dass sich 40% der Careleaverinnen und Careleaver nach dem Heimaufenthalt positiv entwickelt haben und gesellschaftlich integriert sind. Bei 39% sind die Verläufe neutral, d.h. sie haben ca. zehn Jahre nach der stationären Platzierung in einzelnen Lebensbereichen Schwierigkeiten. Leider zeigt «JAE» aber auch, dass ein Fünftel der ehemaligen Heimjugendlichen in mehreren Lebensbereichen bedeutsame Probleme aufweisen, die sich teilweise bereits im jungen Erwachsenenalter chronifiziert haben.

### E-Learning-Programm für Sozialpädagoginnen und -pädagogen

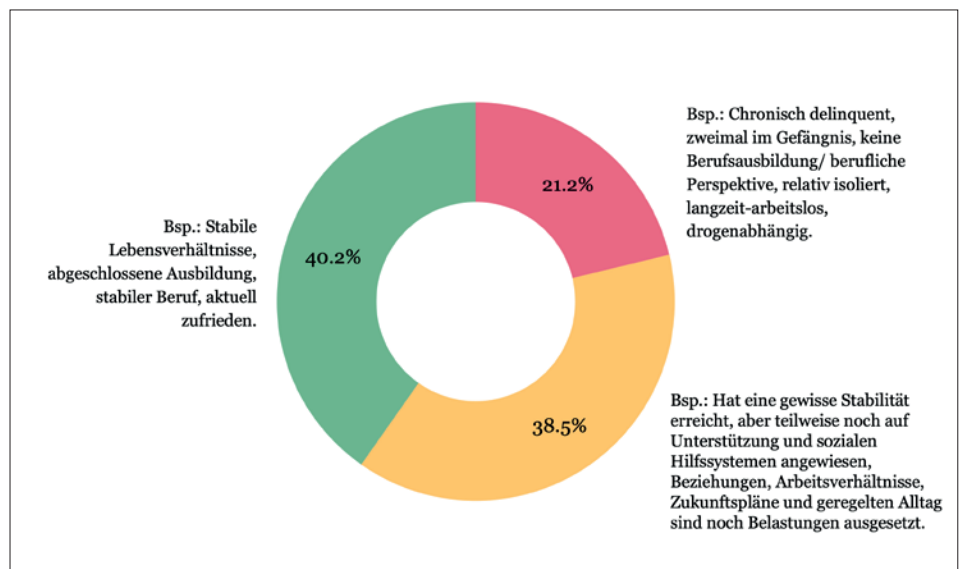
Für den Transfer der vielen Erkenntnisse aus «JAE» in die Praxis wurde ein webbasiertes Weiterbildungsprogramm entwickelt ([www.jael-elearning.ch](http://www.jael-elearning.ch)).

Ziel des E-Learning-Programmes ist es, die pädagogischen Fachkräfte für Risikobereiche zu sensibilisieren und Reflexions- und Interventionsideen zu vermitteln.

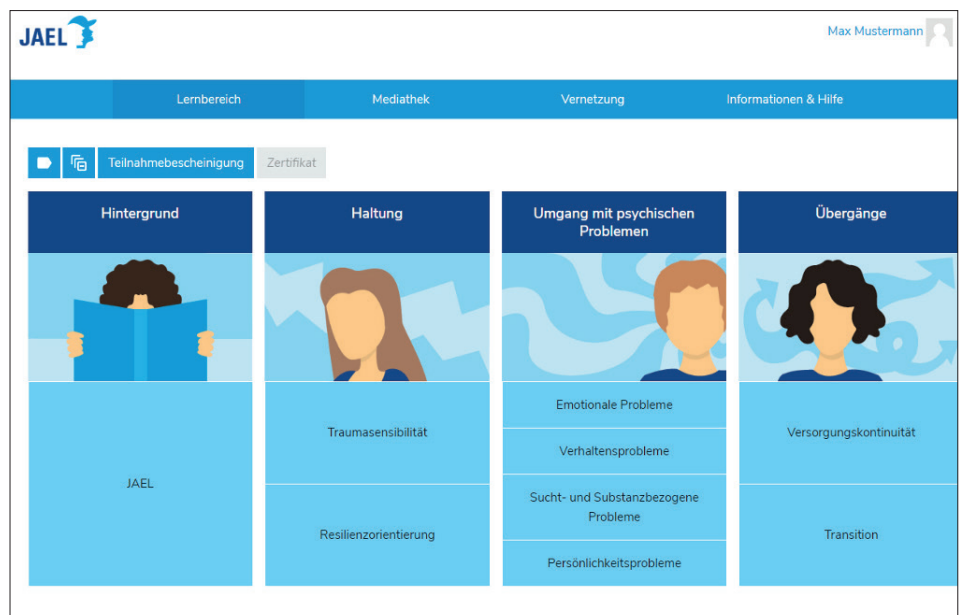
Das Programm besteht aus den vier Modulen «Hintergrund des Modellversuches», «Haltung», «Umgang mit psychischen Problemen» und «Übergänge». Im Modul «Haltung» wird in den Lernbereichen Traumasensibilität und Resilienzorientierung auf wichtige Schutzfaktoren für einen positiven Verlauf in der stationären Jugendhilfe eingegangen. Im Modul «Umgang mit psychischen Problemen» werden in den Lerneinheiten Emotionale Probleme und «Persönlichkeitsprobleme» verschiedene Risikofaktoren thematisiert. Im Abschlussmodul «Übergänge» werden die Themen Versorgungskontinuität und Transition behandelt.

### Ziel von «JAE» erreicht

Der Hauptzweck von «JAE» war es, die langfristige Wirkung von stationären Massnahmen der Schweizer Kinder- und Jugendhilfe zu verbessern. Aufgrund des Modellversuches liegt ein riesiger quantitativer und qualitativer Datensatz zu jungen Menschen vor, welche in ihrer Jugend in einem Heim platziert waren. Diese Daten bieten eine solide Grundlage für weiterführende Untersuchungen. Zudem können die Profes-



Bei den negativen Verläufen (rot) zeigte sich, dass Careleaverinnen und Careleaver mit einer aktuell hohen psychischen Belastung bereits vor ca. zehn Jahren emotionale Probleme und Verhaltensprobleme hatten. Dieses Ergebnis unterstreicht die Wichtigkeit, dass Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen psychische Belastungen und Auffälligkeiten bei den ihnen anvertrauten Jugendlichen erkennen und therapeutische Unterstützungen frühzeitig aufgleisen. Das auf der Basis der JAE-Ergebnisse entwickelte E-Learning Programm kann hierzu wertvolle Inputs geben.



Für den Transfer der vielen Erkenntnisse aus JAE in die Praxis wurde ein webbasiertes Weiterbildungsprogramm entwickelt.

sionellen der stationären Jugendhilfe von einer Online-Weiterbildung profitieren, deren Evaluation eine hohe Zufriedenheit der Teilnehmenden ergab. Für das Bundesamt für Justiz ist klar, dass der Modellversuch «JAE» sein Ziel erreicht hat.

Der Schlussbericht des Modellversuches «JAE» ist zu finden auf: [www.bj.admin.ch](http://www.bj.admin.ch) (Berichte zu abgeschlossenen Modellversuchen).



# Verwahrung im Jugendstrafrecht

## Gesetzesänderung soll «Sicherheitslücke» schliessen

**Das Parlament hat das Jugendstrafrecht verschärft: Neu können die Gerichte eine Verwahrung anordnen für Personen, die als Minderjährige einen Mord begangen haben und von denen nach Abschluss der jugendstrafrechtlichen Massnahmen ernsthaft zu erwarten ist, dass sie einen weiteren Mord begehen.**

Nicola Gattlen

Im Juni 2024 hat das Schweizer Parlament eine Änderung im Jugendstrafrecht verabschiedet. Neu können Personen, die als Minderjährige nach dem 16. Geburtstag einen Mord begangen haben, verwahrt werden. Dazu muss bei ihnen nach Beendigung der jugendstrafrechtlichen Sanktion ernsthaft die Gefahr bestehen, dass sie erneut eine solche Tat begehen.

Das Gesetz sieht auch Überprüfungen vor: Wenn die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gegeben ist, kann der Verurteilte aus der Verwahrung entlassen werden. Mordtaten von Jugendlichen sind in der Schweiz selten. In seiner Botschaft zur Änderung des Jugendstrafgesetzes erwähnte der Bundesrat zwölf Minderjährige, die zwischen 2010 und 2020 wegen Mordes verurteilt wurden. Dass Minderjährige nicht nur ein Schwerstverbrechen begehen, sondern nach Abschluss der jugendstrafrechtlichen Sanktionen immer noch als gefährlich gelten, kommt nach Auffassung des Bundesrats «sehr selten» vor. Es handle sich jedoch um «durchaus mögliche aller-schwerste Fälle».

Nicht in die Reform aufgenommen wurde hingegen die vom Nationalrat ins Spiel gebrachte Erhöhung der Höchststrafe für jugendliche Mörderinnen und Mörder (16 und älter) von vier auf sechs Jahre. Der Ständerat verwies auf eine breite Analyse der Strafraumen im Jugendstrafrecht, die bis Ende 2025 vom Bundesrat vorgelegt werden soll. Erst nach dieser Gesamtschau sollen allfällige Verschärfungen diskutiert werden.



Verschärfung im Jugendstrafrecht: Mit der verabschiedeten Gesetzesrevision wird vom ehemaligen Grundsatz der zeitlichen Begrenzung von Schutzmassnahmen im Jugendstrafrecht abgewichen. Foto: Peter Schulthess, 2017

### Junges Gesetz – stetig unter Druck

Das Jugendstrafgesetz wurde erst 2007 in Kraft gesetzt und 2011 durch die Jugendstrafprozessordnung ergänzt. Trotz der positiven Evaluation des neuen Gesetzes und dessen Anklang in der Praxis wurden in den letzten Jahren im Parlament mehrere politische Vorstösse zur Verschärfung des Jugendstrafrechts eingereicht – oft als Reaktion auf schockierende Einzeltaten. Die Vorstösse wurden bisher allerdings alle abgelehnt, vorwiegend mit dem Hinweis auf das erst junge Gesetz und dessen gute Evaluation. Mit der Motion 16.3142 «Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen», eingereicht am 17. März 2016 von Andrea Caroni, änderte sich die Ausgangslage. Im Motionstext ist festgehalten, dass aufgrund der zwingenden Obergrenze bei den jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen eine «gefährliche Lücke» kaffe bei Tätern, welche die Sicherheit Dritter schwerwiegend bedrohen. Die Räte nahmen die Motion an und beauftragten den Bundesrat, «die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, damit gegenüber Jugendlichen, deren jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen wegen Erreichen der

Altersgrenze beendet werden müssen, nötige Massnahmen angeordnet bzw. weitergeführt werden können, wenn dies wegen schwerwiegender Nachteile für die Sicherheit Dritter notwendig ist.»

### Abweichung vom Grundsatz der zeitlichen Beschränkung

Mit der nun verabschiedeten Gesetzesrevision wird vom ehemaligen Grundsatz der «zeitlichen Begrenzung von Schutzmassnahmen» im Jugendstrafrecht ein weiteres Mal abgewichen. Erstmals abgewichen von diesem Grundsatz ist man mit der 2015 in Kraft getretenen Einführung von Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverboten ins Jugendstrafrecht. Diese spezifischen Schutzmassnahmen können nach Vollendung des 25. Altersjahres der betreffenden Jugendlichen als erwachsenenstrafrechtliche Massnahme nach Art. 67 oder Art. 67b StGB weitergeführt werden.

Als Alternative zu einem strafrechtlichen Verfahren besteht weiterhin die Möglichkeit, die zivilen Behörden, zum Beispiel die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, einzuschalten.

# Regeln für den Einsatz von KI

## Empfehlungen des Europarats zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz

**Die Künstliche Intelligenz ist auch im Justizvollzug auf dem Vormarsch – und wirft ethische Fragen auf. Das Ministerkomitee des Europarats hat im Oktober Empfehlungen zum Einsatz von KI im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe verabschiedet.**

Nicola Gattlen

Mit der Künstlichen Intelligenz (KI) sind grosse Hoffnungen verbunden: Sie soll den Justizvollzug effektiver und effizienter machen. Im Wochentakt kommen neue Applikationen auf den Markt; das Spektrum reicht von der Gesichtserkennung und Kommunikationsüberwachung über Sprachassistenzen bis zur Risikoanalyse. Auch KI-gestützte «All-in-one»-Systeme sind auf dem Markt, darunter das mit EU-Geldern entwickelte Tätermanagementsystem HORUS360. Der Einsatz von KI ist jedoch heikel: KI-Systeme können menschliche Grundrechte verletzen, demokratische Grundprinzipien untergraben und durch Intransparenz und fehlende Rechenschaft mit rechtsstaatlichen Grundsätzen in Konflikt geraten. Vor diesem Hintergrund

liess der Europarat Empfehlungen für den Einsatz von KI im Justizvollzug erarbeiten. Im Oktober 2024 hat das Ministerkomitee die neuen Empfehlungen verabschiedet.

Zuoberst steht der Grundsatz, dass bei der Entwicklung und Verwendung von KI die Rechte und Würde aller von der Nutzung betroffenen Menschen respektiert werden. Ein wesentlicher Aspekt ist der Schutz von persönlichen Daten. Auch gilt es, Diskriminierung und Voreingenommenheit zu vermeiden sowie der Entstehung von Ungleichheiten zwischen Personen oder Gruppen aktiv entgegenzuwirken. Dass die Sorge um Diskriminierung berechtigt ist, zeigt das Beispiel «COMPAS» (siehe Box auf S. 47). Das Risikobewertungstool löste in den USA eine hitzige Debatte über «rassistische Algorithmen» aus.

### Transparenz und Kontrolle

Der Europarat fordert die Staaten zudem auf, den Einsatz von KI transparent zu machen und der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Sowohl die direkt Betroffenen wie die Gesellschaft sollen darüber informiert sein, wo, in welcher Form und zu welchem Zweck

KI zum Einsatz kommt. Auch das Design der Programme muss transparent und überprüfbar sein. Der Europarat empfiehlt, dass die Entwicklung der KI-Applikationen «in einer sicheren und geprüften technischen Umgebung erfolgt» und «zertifizierte Technologie» verwendet wird.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist, dass der menschliche Kontakt im Justizvollzug nicht durch KI ersetzt wird, da menschliche Aktivitäten vornehmlich einen positiven Einfluss auf Straftäterinnen und Straftäter haben. Die KI-Programme sollten darauf ausgelegt sein, die Mitarbeitenden zu unterstützen – und nicht, ihre Rolle zu untergraben. Sollte eine Entscheidung auf dem Einsatz von KI basieren und die Menschenrechte tangieren, müssen die Betroffenen die Möglichkeit haben, in Berufung zu gehen (Recht auf menschliche Beurteilung).

### Pilotprojekte in Finnland

Noch hat die KI nur vereinzelt Eingang in den europäischen Justizvollzug gefunden. Doch das dürfte sich bald ändern: In mehreren Ländern werden derzeit Pilotprojekte

Ob bei der Überwachung, als Übersetzungshilfen oder beim Management von Prozessen und Dienstleistungen, KI-Applikationen versprechen viele Vorteile – ihr Einsatz ist aber heikel. (Symbolbild: Gefängnis Limmattal)  
Foto: Peter Schulthess, 2016







In Deutschland wird derzeit eine Software entwickelt, die auf Videos von überwachten Bereichen kritische Situationen – z. B. Gewaltanwendung, Suizidversuche – erkennt und Alarm schlägt. In den Schweizer Justizvollzugsanstalten (im Bild JVA Grosshof LU) wird derzeit keine KI in der Überwachung eingesetzt. Foto: Peter Schulthess, 2023



mit KI durchgeführt. Finnland zählt zu den Pionieren. Im Mai 2022 führte das Justizministerium ein neues Tätermanagementsystem namens ROTI ein – mit einer KI-Funktion (RISE AI). «RISE AI dient dazu, die Risiken und Bedürfnisse von Straftätern zu analysieren und Dienstleistungen zu empfehlen, die zur Verringerung der Rückfälligkeit beitragen», erklärt Pia Puolakka in einem Beitrag für das Fachmagazin «Blickpunkte». Die forensische Psychologin arbeitet seit 2012 für den finnischen Strafvollzug und Bewährungsdienst und war massgeblich an der Entwicklung der neuen Empfehlungen des Europarats zum Einsatz von KI im Justizvollzug beteiligt. Ihr ist es wichtig zu betonen, dass RISE AI «kein automatisiertes Entscheidungsfindungstool» ist, sondern ein «Empfehlungssystem», das hilft, den Strafplanungsprozess effizienter und effektiver zu gestalten und die Bedürfnisse der Straftäter besser mit den Dienstleistungen und Programmen abzustimmen, die ihnen während ihrer Haftzeit angeboten werden.

Darüber hinaus nimmt der Strafvollzugs- und Bewährungsdienst Finnlands am Pilotprojekt «Aurora AI» teil. Das nationale KI-Programm hilft den Bürgerinnen und Bürgern Finnlands, notwendige und relevante öffentliche Dienstleistungen auf einer gemeinsamen

Plattform von öffentlichen Dienstleistern zu finden. Der finnische Strafvollzugs- und Bewährungsdienst testet derzeit die Benutzeroberfläche von «Aurora AI» für Straftäter in zwei Gefängnissen und einem Bewährungsbüro. Ziel ist es, dass die Straftäter jene Dienste finden können, die ihnen bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft helfen. Bei der Entwicklung des Systems arbeite man eng mit den Nutzern zusammen, erklärt Pia Puolakka. Die gemeinsame Entwicklung sei für menschenzentrierte und ethische KI-Systeme unerlässlich.

### KI in der Suizidprävention

In Deutschland werden derzeit verschiedene KI-Pilotprojekte zur Gewalt- und Suizidprävention durchgeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen etwa gab 2019 die Entwicklung einer Software in Auftrag, die auf Videos gefährliche Gegenstände und auffälliges Verhalten von suizidgefährdeten Häftlingen erkennen soll. Obschon der künftige Einsatz nur im Rahmen einer Videoüberwachung möglich ist und die meisten Suizide ausserhalb von Videoüberwachungen stattfinden, erhofft man sich Fortschritte bei der Prävention.

Trainiert wurde die KI mit Aufnahmen von Schauspielern in einer nachgebauten

Zelle. Nach Projektende im Jahr 2021 zogen die Verantwortlichen eine durchgezogene Bilanz: Der Algorithmus sei für den Einsatz in JVA noch zu wenig ausgereift, es brauche zusätzliche Trainingsdaten. Idealerweise wird der Algorithmus mit Daten aus Videosequenzen von Inhaftierten (Echtdaten) gefüttert, aus Datenschutzgründen wird dies von den Projektverantwortlichen aber als unzulässig erachtet. Nun wartet man in Nordrhein-Westfalen auf die Ergebnisse eines ähnlichen Forschungsprojekts in Niedersachsen und will dann prüfen, ob man deren Daten verwenden kann.

Das KI-Projekt in Niedersachsen wird seit 2022 über einen Zeitraum von drei Jahren durchgeführt. Neben der Suizidprävention hat das Projekt die Verbesserung der Sicherheit zum Ziel. So wird eine Software entwickelt, die auf Videos von überwachten Bereichen kritische Situationen (Gewaltanwendung, Suizidversuche) erkennt und Alarm schlägt. In JVA mit vielen videoüberwachten Zonen sei es für die Beamten nahezu unmöglich, alle Bilder gleichzeitig zu überwachen, erklärt das Justizministerium. KI könne hier Hilfe leisten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz der KI in JVA wurden 2022 mit einer Gesetzesrevision geschaffen.

## Rassistische Algorithmen?

In den USA werden seit mehr als zwanzig Jahren Algorithmen eingesetzt, um einzuschätzen, ob ein Straftäter wieder rückfällig werden könnte. Eines der populärsten dieser Programme heisst COMPAS. Das Programm wird mit 137 Parametern gefüttert. Heraus kommt am Ende eine Zahl auf einer Zehnerskala und eine damit korrespondierende Einteilung in die Risikogruppen niedrig (1-4), mittel (5-7) und hoch (8-10). Das Ergebnis beeinflusst, ob der Angeklagte bis zum Prozess gegen Kaution freikommt oder ob er in Haft muss. Studien attestieren COMPAS eine recht hohe «Trefferquote» von 62 bis 70 Prozent. Allerdings wird COMPAS immer wieder mangelnde Fairness, ja sogar rassistische Diskriminierung vorgeworfen. Das Recherche-Portal «Pro Publica» fand heraus, dass Afroamerikaner in der Gruppe der fälschlicherweise als rückfallgefährdet eingestuft Personen stark überproportional vertreten waren.

Afroamerikaner würden vom Algorithmus also unfair beurteilt, obschon die Hautfarbe kein Parameter ist. ProPublica vermutet, dass die Entwickler beim Schreiben des Algorithmus implizit waren.

Jon Kleinberg, renommierter KI-Experte und Professor an der Cornell University, wies diese Unterstellung 2017 in einem Aufsatz zurück. Er zeigte, dass sich Fairnessprobleme in KI-Systemen aus mathematischen Gründen kaum vermeiden lassen. Denn unterschiedliche Fairnesskriterien – und diese gilt es beim Programmieren eines Algorithmus zu –definieren – können sich gegenseitig ausschliessen. Die Gesellschaft müsse festlegen, welche Fairness-Kriterien ihr am wichtigsten seien.

In der Schweiz werden derzeit keine KI-Programme zur Risikobeurteilung eingesetzt. Rechtliche Gründe sprechen dagegen. «Aktuell handelt

es sich bei KI-Algorithmen um rein quantitative Analysen, die aufgrund von statistischen Analysen erfolgt sind», erklärt Jérôme Endrass, Leiter der Abteilung Forschung & Entwicklung beim Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) des Kantons Zürich. «Das Bundesgericht verlangt, dass die Risikoeinschätzung primär aufgrund der Berücksichtigung von einzelfallbezogenen Kriterien erfolgt. KI-Algorithmen sind zudem adaptiv und können Jahre später nicht mehr ohne Weiteres reproduziert werden, was für gerichtliche Verfahren problematisch ist.» Aber auch die Aussagekraft der Algorithmen lasse noch zu wünschen übrig, sagt Endrass: «Sie zeigen ein Rückfallrisiko auf, ohne dass dabei klar wird, was die entscheidenden Faktoren sind. Eine qualitative Analyse hingegen hilft, die relevanten Faktoren zu erkennen und diese im Strafvollzug und der Bewährungshilfe anzugehen.»

# Kurzinformationen

## Bundesgericht: Leibesvisitationen von Insassen nach Besuchen weiterhin zulässig

Das Bundesgericht wies in einem am 8. Oktober 2024 veröffentlichten Urteil die Beschwerde eines Verwahrten ab, der seine Grundrechte verletzt sah, und bestätigte die Sicht des Berner Obergerichts, wonach in der Justizvollzugsanstalt Thorberg (BE) «oberflächliche Leibesvisitationen» von Insassen nach Besuchen von Aussen zulässig sind. Die Insassen stünden mit den Besuchern in direktem Kontakt und würden die gleichen Toiletten benützen. Aufgrund dieser räumlichen Situation sei man in der JVA Thorberg regelmässig mit der Einfuhr unerlaubter Gegenstände oder Substanzen konfrontiert. Würden die Leibesvisitationen nicht mehr bei allen Insassen gleichermassen durchgeführt, könnten weniger Besuche zugelassen werden. Dies sei nicht im Interesse der Betroffenen, schreibt das Bundesgericht.

Mögliche Massnahmen wie Trennscheiben, Metalldetektoren oder die verstärkte Kontrolle vor und während des Besuchs hätten wiederum Nachteile sowohl in Bezug auf die Sicherheit als auch für den Schutz des Privat- und Familienlebens. Als zutreffend erachtete bereits das Obergericht die Rüge des Beschwerdeführers zum Ort der Visitationen: Es wies die JVA Thorberg an, für einen ausreichenden Sichtschutz während der Kontrollen zu sorgen und sicherzustellen, dass es zu keinen Störungen durch Personen kommt, die nicht mit der Leibesvisitation beauftragt sind.

## Bundesrat: Getrennter Strafvollzug von Jugendlichen und Erwachsenen

Der Freiheitsentzug nach Jugendstrafrecht und jener nach Erwachsenenstrafrecht sollen nicht gemeinsam, sondern getrennt durchgeführt werden. Der Bundesrat hat seine Verordnung dazu nach der Vernehmlassung angepasst und auf den 1. Juli 2025 in Kraft gesetzt. Nötig wurde dies, weil jemand, der vor und nach Vollendung des 18. Altersjahres straffällig geworden ist, künftig grundsätzlich in getrennten Verfahren beurteilt werden soll. Damit ist es möglich, dass eine Person gleichzeitig zu einer Freiheitsstrafe nach Jugendstrafgesetz und zu einer nach Strafgesetzbuch verurteilt wird. Ist dies der Fall, sollen die Strafen getrennt vollzogen werden. Denn für beide Formen des Freiheitsentzugs gelten unterschiedliche Bestimmungen: Im Jugendstrafgesetz stehen Schutz und Erziehung der Minderjährigen im Vordergrund.

## Studie über die Insassen in Europas Gefängnissen

Im Auftrag des Europarates erstellt die Universität Lausanne jährlich einen Bericht über die Insassen in Europas Gefängnissen. Gemäss dem jüngsten Bericht sassen im Jahr 2022 über eine Million Menschen in Europa in einem Gefängnis (45 europäische Staaten wurden berücksichtigt, Bosnien-Herzegowina lieferte keine Zahlen). Pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner sind das 124 Personen. In der Türkei war dieser Wert mit 408 am höchsten, gefolgt von Georgien (256). Die Schweiz zählte 73 Insassen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Jeder vierte Insasse in Europa hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dieser Wert ist je nach Region sehr unterschiedlich. In mittel- und osteuropäischen Ländern ist er tiefer als im übrigen Europa. Das deckt sich gemäss der Mitteilung des Europarates mit der natürlichen Bewegung der europäischen Bevölkerung von Mittel-, Südost- und Osteuropa nach West, Süd- und Nordeuropa. In der Schweiz lag der Anteil an ausländischen Staatsangehörigen bei 71 Prozent und war somit der Zweithöchste von den Ländern mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Nur in den Strafvollzugsanstalten in Luxemburg (78 Prozent) war er höher.

Der Bericht beziffert auch die Suizidraten. Durchschnittlich nahmen sich in Schweizer Haftanstalten im Jahr 2022 von 10 000 Insassen 20,2 das Leben. Europaweit lag dieser Wert bei 5,3. Lediglich Lettland (21,7) hatte eine höhere Selbstmordrate bei Gefängnisinsassen. In absoluten Zahlen nahmen sich in der Schweiz im Jahr 2022 13 Inhaftierte das Leben. Allerdings zeigt das Jahr 2022 einen Peak in der Statistik, Covid dürfte eine Rolle gespielt haben. In der Schweiz oszillierte die Zahl der Suizide in den letzten Jahren zwischen 2 und 14 pro Jahr (2023: 8 Suizide). Schaut man sich die Zahlen über einen Zeitraum von einem Jahrzehnt an, weisen Frankreich, Belgien und die skandinavischen Länder deutlich höhere Suizidraten auf als die Schweiz.



Das Bundesgericht stützt in seinem Urteil die Leibesvisitations-Praxis in der JVA Thorberg (BE). Foto: Peter Schulthess 2017

## LU/BE: Zusätzliche Haftplätze in Gefängniscontainern

Mehr als die Hälfte der Haftantritte in der Schweiz erfolgt wegen einer Ersatzfreiheitsstrafe. Die meisten Verurteilten bleiben nur wenige Tage im Freiheitsentzug, doch die Belastung für die Gefängnisse ist gross. Besonders zu spüren bekommen dies derzeit der Kanton Luzern und in noch stärkerem Ausmass der Kanton Bern, wo sich aufgrund einer IT-Panne die nicht bezahlten Bussen und Geldstrafen stapeln und zu verjähren drohen. Der Berner Regierungsrat wollte mit Gefängniscontainern 40 zusätzliche Haftplätze für den Vollzug von Kurzstrafen schaffen, doch das Kantonsparlament lehnte den Kredit im September per Stichentscheid ab.

Auch die Regierung des Kantons Luzern möchte neue Haftplätze schaffen. Den Justizvollzugsanstalten Wauwilermoos und Grosshof fehlen zwischen 60 und 70 Haftplätze, insbesondere für die U-Haft und für Ersatzfreiheitsstrafen. Im Wauwilermoos ist nun ein Containerprovisorium mit 20 zusätzlichen Haftplätzen geplant – vornehmlich für Ersatzfreiheitsstrafen.



In der JVA Witzwil waren während Umbauarbeiten Container im Einsatz. Einen Ausbau der Haftplatzkapazitäten mittels Gefängniscontainer lehnte das Berner Parlament nun ab. Foto: Marco Finsterwald

## LU: Handynutzung im offenen Justizvollzug

Künftig dürfen Insassen der Justizvollzugseinrichtung Wauwilermoos private Handys und andere Kommunikationsmittel zumindest für gewisse Aufgaben nutzen – ein Novum in der Schweiz. Ermöglicht wird die eingeschränkte Nutzung eines privaten Handys durch eine Teilrevision der Verordnung über den Justizvollzug, die der Luzerner Regierungsrat im September 2024 beschlossen hat. Die Lockerung entspreche den Grundsätzen des offenen Vollzugs, teilte das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) des Kantons mit. Ziel dieser Vollzugsform sei es, den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit wie möglich zu entsprechen. In einem ersten Schritt darf das Handy punktuell und unter Aufsicht für die Wohnungs- und Arbeitssuche sowie für die Erledigung der Hausaufgaben beim Absolvieren einer Lehre genutzt werden. Aus den Erfahrungen mit diesem Versuch wird sich laut JSD zeigen, ob weitere Lockerungsschritte möglich sind.

## SG: Neue Forensikstation in Will



Will hat eine lange Vergangenheit als Psychiatriestandort. Nun kommt auf dem Areal der Psychiatrie St. Gallen eine neue Forensikstation hinzu. Der zweigeschossige Holzbau soll ab Sommer 2027 Platz bieten für 16 psychisch kranke Menschen, die im Freiheitsentzug sind und denen ein «mittleres Sicherheitsrisiko» attestiert wird. Neben den Patientenzimmern umfasst das Gebäude drei Intensivbetten sowie Aufenthalts-, Therapie- und Beschäftigungsräume. Ausserdem entstehen innerhalb des Gebäudes ein Innenhof, ein Aussenspielfeld und ein Spazierhof. Die Forensik-Station ist für die Polizei und die Sanitätsdienste gut zugänglich und an die zentralen Klinikeinrichtungen angebunden. Mit dem Bau der Station wird Raum für einen dringenden Bedarf geschaffen: Für psychisch kranke Personen im Straf- und Massnahmenvollzug fehlen im Kanton St. Gallen bisher angemessene Plätze in psychiatrischen Kliniken. Betroffene müssen ausserkantonale untergebracht oder in ein Gefängnis eingewiesen werden.



## ZH: Familien-Mobil in Pöschwies



Anfang Juli lancierten die Infostelle für Angehörige von team72 und die Beratungsstelle ExtraMural der beiden Landeskirchen ein viermonatiges Pilotprojekt. Sie platzierten vor der Justizvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf ein «Familien-Mobil», das als niederschwelliges Kontaktangebot diente. Ziel war es, einen Begegnungsort zu schaffen, wo Angehörige mit ihren Anliegen und Bedürfnissen wahrgenommen und angehört werden und auch weiterführende Beratung und Begleitung aufgelegt werden kann. Mit dem neuartigen Angebot erhoffte man sich, dass auch Personen angesprochen werden können, die nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um sich selbständig Unterstützung zu holen, sei es aufgrund von Sprachschwierigkeiten, Hemmungen, Scham und Angst vor Stigmatisierung oder einfach aus Unkenntnis bezüglich der vorhandenen Beratungsangebote. Nach vier Monaten ziehen die Initianten eine positive Bilanz: Es habe sich gezeigt, dass der Bedarf gross sei. Ob das Angebot institutionalisiert wird, ist offen.

## BE/FR: Gefängnisausbau im Grossen Moos

Das Berner Kantonsparlament hat an der Sommersession den Kredit für den Gefängnisneubau in Witzwil genehmigt. Der Neubau soll einerseits das alte Regionalgefängnis in Biel ersetzen, das vorallem für die Untersuchungshaft verwendet wird. Neben 50 Plätzen für die Untersuchungs- und Sicherheitshaft werden in dem Neubau aber auch 150 Plätze für den geschlossenen Vollzug geschaffen. Sie ersetzen die Plätze der Strafanstalt Thorberg, die nach dem Bauabschluss in Witzwil saniert und danach weiterhin für den Justizvollzug genutzt wird.

Auf der Freiburger Seite des Grossen Moos ist Ähnliches geplant: Die Strafanstalt Bellechasse, die 2024 vier neue Gebäude erhalten hat, soll durch einen zusätzlichen Neubau (Untersuchungshaft) erweitert werden; zudem will man die Kapazitäten für den vorzeitigen Vollzug von Freiheitsstrafen erhöhen. Die Strafanstalt Bellechasse soll langfristig der einzige Standort des kantonalen Straf- und Massnahmenvollzugs sein. Das Zentralgefängnis in der Altstadt von Freiburg wird geschlossen.



Altes Regionalgefängnis in Biel.  
Foto: Peter Schulthess, 2021

## FR: Neues Betreuungsangebot für straffällige Mädchen



Der Kanton Freiburg startete in Villars-sur-Glâne das Pilotprojekt «Time Up»: Das Projekt reagiert auf den von Westschweizer und Tessiner Jugendgerichten geäusserten Bedarf, für minderjährige Mädchen aus der Westschweiz Schutzmassnahmen durch Platzierungen zu gewährleisten. «Time Up» entspricht einer solchen geschlossenen Platzierung mit dem Ziel einer schrittweisen Öffnung. Die neue Betreuungsstruktur ist für Mädchen ab 14 Jahren bestimmt, die gemäss einem Strafentscheid eines Jugendgerichts eingewiesen werden. Für maximal 18 Monate erhalten die Mädchen eine sozialpädagogische und therapeutische Betreuung. «Time Up» wird von der Freiburger Stiftung für die Jugend (FFJ) innerhalb der bestehenden Struktur «Time Out» angeboten. Die Einrichtung wurde im Frühling um hohe Zäune ergänzt, damit sich die Mädchen auch draussen aufhalten können. Sie bietet Platz für zehn Jugendliche, wovon nun bis zu vier Mädchen im Rahmen von «Time Up» betreut werden können. Nach zwei Jahren soll das Pilotprojekt von einer unabhängigen Stelle evaluiert werden. Fällt die Evaluation positiv ausfällt, wird das Projekt fortgeführt.

## VD: Ausbau in Orbe nimmt Gestalt an

Die Waadtländer Regierung hat im Juni Pläne und Visualisierungen von drei Bauprojekten präsentiert, die den Ausbau der Gefängnisinfrastrukturen des PPNV (Pôle pénitentiaire du Nord Vaudois) in Orbe komplettieren. Bei allen drei Projekten – der neuen «offenen Kolonie», dem medizinischen Zentrum und dem Gastronomie-Zentrum – werden nachhaltige Materialien wie Holz oder Recycling-Beton eingesetzt. Auch achtete man darauf, dass sich die Neubauten sorgsam in die Kulturlandschaft einfügen. Die «offene Kolonie» ersetzt einen Altbau aus den 1920er-Jahren und ist für 80 Personen ausgerichtet. Die radial um einen Innenhof angeordneten Gebäude assoziiert man nicht mit einem Gefängnisbau; sie sehen vielmehr aus wie Wohnhäuser, die sich zu einem Weiler fügen. Vorgesehen ist, dass die Gebäude 2030 bezugsbereit sind.



## OW: Carla Fries wird neue Leiterin der Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug



Am 1. September 2024 übernahm Carla Fries die Leitung der Dienststelle Straf- und Massnahmenvollzug des Kantons Glarus und trat damit die Nachfolge von Sonnie Burch-Chatti an. Die 42-jährige Juristin Carla Fries war über 15 Jahre lang Gerichtsschreiberin am Bezirksgericht und Jugendgericht in Luzern und bringt gemäss Mitteilung des Kantons aus dieser Tätigkeit beste Kenntnisse und Qualifikationen für das neue Amt mit. Nebst dem Vollzug von Strafen und Massnahmen in der Zuständigkeit des Kantons ist die Dienststellenleiterin auch für die Beaufsichtigung der Bewährungshilfe und des kleinen Gefängnisses in Sarnen verantwortlich.

## ZH: Neue Leitungsstruktur im Zentrum für Ausländerrechtliche Administrativhaft



Das Zentrum für Ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) im Kanton Zürich entwickelt sich stetig weiter. Den vielfältigen Anforderungen wurde per 1. August 2024 durch eine angepasste Führungsstruktur und somit einer Trennung der Leitung in «Operative Geschäfte» und «Projekte und Weiterentwicklung» Rechnung getragen. Jeannette Bucher, bisher stv. Zentrumsleiterin, übernimmt die «Operative Leitung ZAA», während der bisherige Zentrumsleiter Rico Vincenz für «Projekte und Weiterentwicklungen ZAA» zuständig ist. Die beiden Leitungspersonen arbeiten eng zusammen, um sowohl die strategischen als auch die operativen Ziele des ZAA umzusetzen.

## TI: Giorgio Battaglioni verstorben



Giorgio Battaglioni, der ehemalige Direktor der Abteilung Justiz des «Dipartimento delle Istituzioni» des Kantons Tessin ist nach langer Krankheit verstorben. Der 1956 geborene Jurist war 32 Jahre in der kantonalen Verwaltung tätig und spielte unter anderem eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der

Botschaft zur Verfassungsrevision. Er trug auch massgeblich dazu bei, das Bundesstrafgericht nach Bellinzona zu holen. Zudem war Giorgio Battaglioni langjähriges Mitglied der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF).

*Bild: CdT / Chiara Zocchetti*

## BL: Wiedereröffnung des Gefängnisses von Sissach

Im Februar 2020 wurde das Gefängnis Sissach (BL) vorübergehend geschlossen, nachdem der Kanton Basel-Stadt durch die Eröffnung einer neuen Institution wieder über genügend eigene Haftplätze verfügte und nicht mehr darauf angewiesen war, sich in Sissach einzumieten. Nun wurde das Gefängnis Sissach, das Platz für 16 Insassen bettet, wiedereröffnet. Gründe für die Wiederinbetriebnahme, so die Sicherheitsdirek-

tion des Kantons Basel-Landschaft, waren die allgemein steigende Zahl von Häftlingen sowie die geplante Sanierung des Gefängnisses in Arlesheim. Vor seiner Wiedereröffnung wurde die Infrastruktur des Gefängnis Sissach instandgesetzt und den aktuellen gesetzlichen Vorgaben entsprechend modernisiert. Unter anderem wurde es mit modernster Überwachungstechnologie ausgestattet.

## BS: Keine privaten Sicherheitsdienste mehr in Basler Gefängnissen

Künftig sollen nur noch staatliche Mitarbeitende und keine privaten Sicherheitsdienste in Basler Gefängnissen arbeiten. Der Grosse Rat hat einer entsprechenden Neuorganisation des Justizvollzugs zugestimmt. Die Neuorganisation kostet 3,85 Millionen Franken. Dazu gehören 29 neue Vollzeitstellen sowie Aus- und Weiterbildung des Personals und der Ausbau der Betreuung in den Gefängnissen. Zudem wird im Untersuchungsgefängnis Waaghof die Anzahl Plätze reduziert, um den Inhaftierten eine Unterbringung zu ermöglichen, die den neuen Standards entspricht. Mehrfachbelegungen von Zellen sollen nur noch in Ausnahmefällen möglich sein.

## JU: Gefängnis von Pruntrut wird geschlossen

Die jurassische Kantonsregierung hat nach wiederholter Kritik beschlossen, das Gefängnis von Pruntrut zu schliessen. Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter hatte die dortigen Haftbedingungen als erniedrigend und rechtswidrig bezeichnet. Als Begründung für die Schliessung wurde angeführt, das Gefängnis im alten Schloss von Pruntrut könne nicht so umgebaut werden, dass es möglich sei, die geforderten Verbesserungen zu erreichen. Die nun fehlenden Plätze sollen teilweise mit dem Angebot des Gefängnisses von Moutier kompensiert werden, das neu zum Jura gehören wird.



# Neuerscheinungen

## «Wall as Horizon»

Laurence Rasti

144 Seiten

ISBN: 978-3-85881-894-2



«Wall as Horizon» heisst das neuste Buch der Genfer Fotografin Laurence Rasti, für das sie Zugang zur Strafanstalt La Promenade in La Chaux-de-Fonds erhielt. Rastis Recherche basiert auf einem künstlerischen und kollaborativen Ansatz, bei dem die inhaftierten Personen selbst mit Lochkameras Bilder aufnehmen. Im Mittelpunkt dieser Arbeit, die über Zusammenhänge zwischen Gefängnis, Prekariat und Migration reflektiert, stehen die Betroffenen selbst.

Laurence Rasti wurde 1990 als Tochter iranischer Eltern in der Schweiz geboren. Sie erwarb 2014 einen Bachelor in Fotografie an der Hochschule für Kunst und Design Lausanne (ECAL) und 2019 einen Master in Bildender Kunst an der Genfer Hochschule für Kunst und Design (HEAD). In ihren Fotografien erforscht sie die Konzepte von Identität und Schönheit.

Das 150-seitige Buch «Wall as Horizon» mit Fotos und Texten (Englisch und Französisch) ist im Zürcher Kunstverlag Scheidegger&Spiess erschienen. Die Arbeit von Laurence Rasti ist auch Teil der Ausstellung «Pr<sup>3</sup>: Prison, Protest, Print» im Musée des Beaux-Arts Le Locle (MBAL), wo die Künstlerin eine Installation zeigt, die sie in Zusammenarbeit mit Inhaftierten aus La Promenade realisiert hat. Die Ausstellung dauert bis am 16. März 2025.



## «Le traitement pénal des délinquants sexuels»

Aimée H. Zermatten  
465 Seiten  
ISBN: 978-3-7190-4855-6



In ihrer Dissertation analysiert Aimée H. Zermatten den Umgang mit Sexualdelinquenz in der Schweiz. Ausgehend vom Beispiel eines mehrfach wegen Vergewaltigung und sexueller Nötigung verurteilten Mannes, der sich nicht richtig auf die angeordneten therapeutischen Massnahmen einlässt, untersucht die Autorin die Frage, wie die Gesellschaft mit einem solchen Fall und generell mit Sexualdelinquenz umgehen soll. Dazu befasst sie sich im ersten Teil ihrer juristischen und interdisziplinären Analyse mit dem Begriff des «Sexualstraftäters», bevor sie im zweiten Teil den Umgang mit dieser Täterkategorie analysiert – die «Behandlung». Diese beinhaltet sowohl strafrechtliche Aspekte (vor allem Sanktion) als auch therapeutisch-medizinische (Heilung). Schliesslich muss die Behandlung auch gesellschaftliche Erwartungen erfüllen und die Wiedereingliederung ermöglichen. Die Analyse kommt zum Schluss, dass aufgrund der sehr heterogenen kriminellen Population der Sexualstraftäter die Behandlung anhand einer Vielzahl von Kriterien und nicht nur anhand des Rückfallrisikos jeweils individuell angepasst werden muss.

Das Buch liegt auf Französisch vor und bietet Zusammenfassungen auf Deutsch, Italienisch und Englisch. Es ist auch im Open Access auf der Website des Verlags verfügbar.

## «the portuguese prison photo project»

Luis Barbosa (Bd. 1), Peter Schulthess (Bd. 2),  
Daniel Fink u.a. (Bd. 3)  
324 Seiten, über 300 Bilder  
ISBN 978-3-905731-14-9



Der Fotograf und Publizist Peter Schulthess dokumentiert seit über zwanzig Jahren die Einrichtungen des Justizvollzugs. Seine Bilder sind auch regelmässig im #prison-info zu sehen. Mit Daniel Fink als Initiator lancierte Schulthess vor zehn Jahren «the portuguese prison photo project» und führte zusammen mit einem portugiesischen Fotografen zwischen 2017 und 2024 vier Ausstellungen

in Porto, Lissabon und Portimão durch. Das dreibändige Gesamtwerk erschien Ende Oktober und umfasst je einen Bildband der beiden Fotografen Luis Barbosa und Peter Schulthess sowie einen Textband (in den Sprachen Englisch und Portugiesisch) mit Erläuterungen zum Projekt, zu den Ausstellungen und den fotografierten vierzehn Gefängnissen.





# Fehler darf man machen, aber nicht denselben zwei Mal

## Was sich aus einem historischen Forschungsprojekt für die Praxis lernen lässt

**Im Rahmen eines gross angelegten Forschungsprogramms wurde die Vergangenheit des Schul- und Berufsbildungsheims Albisbrunn durchleuchtet. Dabei wurde klar, wie wichtig das Sammeln von Daten für die Zukunft einer Institution ist. Und es zeigte sich, wie wenig in der Vergangenheit die Partizipation der Jugendlichen gefordert und gelebt wurde.**

Philipp Eder

Als wäre dies mit weiser Voraussicht so geplant worden, sind die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» (NFP 76) just in dem Jahr erschienen, in dem das Albisbrunn sein 100-Jahr-Jubiläum feierte. Zufall, oder hat das eine etwas mit dem anderen zu tun?

Das NFP 76 hatte in einem von insgesamt 29 Forschungsprojekten die Aufgabe, die stationäre Erziehung in der Schweiz wissenschaftlich aufzuarbeiten. Das Teilprojekt «Grammatik der stationären Erziehung im Kontext» untersuchte Kontinuität und Wa-

del der stationären (heilpädagogischen) Erziehung im 20. Jahrhundert am Beispiel des Landerziehungsheims Albisbrunn – wie es damals genannt wurde – im Kanton Zürich. Die Schwerpunkte der Analysen lagen auf der Veränderung von Heimpraxis, Organisation/Konzepten und Kontexten.

Dass Albisbrunn dank der vielen im Staatsarchiv zugänglichen Akten in diesem Teilprojekt des Forschungsprogramms berücksichtigt worden ist, finde ich grossartig. Das hat mich als Gesamtleiter des heutigen Albisbrunn schon zu Beginn des Projektes begeistert, und ich bin dem Projektteam sehr dankbar, wurde ich doch immer aus erster Hand mit interessanten Informationen beliefert.

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Heimgeschichte (am Beispiel Albisbrunn) finde ich zwingend. Denn ich frage mich oft: Was wird man in 100 Jahren über unser Handeln denken, über unsere Pädagogik und über das, was wir den Nachfolgenden hinterlassen? Natürlich setzen wir alles daran, auch noch in 50 oder 100 Jahren als fortschrittlich, professionell und jugendlichengerecht beurteilt

zu werden. Die humanistische Grundhaltung und die traumapädagogische Ausrichtung unserer Institution ist sicher zeitgemäss. Aber wohin die Zukunft wohl führt? Die fortschreitende Digitalisierung hat bereits vieles verändert, die künstliche Intelligenz wird ebenfalls ihren Einfluss haben, und auch all die politischen Auseinandersetzungen werden dazu beitragen, dass sich die Gesellschaft und somit auch die Jugendlichen wandeln. Eine Institution und ihr Wirken werden immer von der Gesellschaft beeinflusst, denn von ihr fassen wir schliesslich unseren Auftrag.

### Als Institution von der Vergangenheit lernen

Wer wissen möchte, wohin er will, muss wissen, woher er kommt. Die Geschichte ist wichtig, und auch wenn nicht alle gleiches Interesse an Vergangenem haben, wird doch aufmerksam zugehört, wenn man von früher erzählt. Denn gerade in unserem sensiblen Umfeld ist es zentral, dass wir aus der Vergangenheit lernen und die aus ihr gewonnen Erkenntnisse gewinnbringend umzusetzen



Philipp Eder ist seit 2018 Gesamtleiter des Schul- und Berufsbildungsheims Albisbrunn in Hausen am Albis (ZH). Er war zuerst Lehrer, hat danach an der Agogis in Zürich Sozialpädagogik studiert und sich an der Universität St. Gallen in Management und Leadership weitergebildet.

Aus dem Forschungsprojekt «Grammatik der stationären Erziehung im Kontext», das Kontinuität und Wandel der stationären Erziehung im 20. Jahrhundert am Beispiel des Landerziehungsheims Albisbrunn untersuchte, sind drei Publikationen hervorgegangen, die sich an Fachleute und an die Öffentlichkeit richten: «Erziehen, Erfassen, Erforschen», «Nobelhotel für Versager» sowie der Roman «Der Junge». Bilder: zvg





versuchen. Fehler darf man machen, aber nicht denselben zwei Mal.

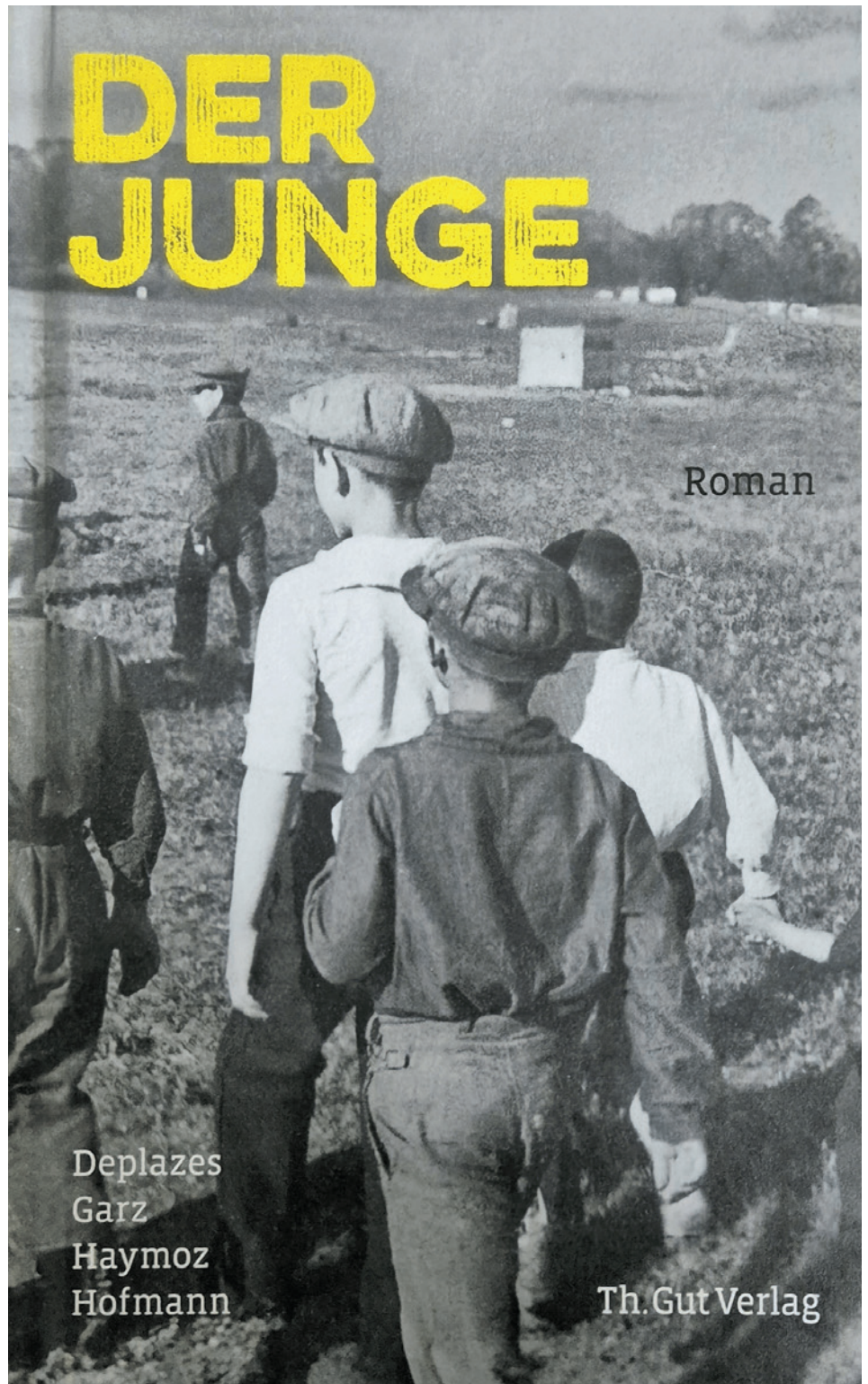
Was sich immer gleich bleibt, ist die Tatsache, dass die Jugend unsere Zukunft gestaltet. Als Institution der Jugendhilfe haben wir den Auftrag, mit den Veränderungen mitzugehen, zu lernen und uns zu entwickeln – nur so können wir den Bedürfnissen der uns anvertrauten Jugendlichen stets gerecht werden.

Doch was können wir von Projekten wie «Grammatik der stationären Erziehung im Kontext» als Institution konkret lernen? «Da das Forschungsprojekt historisch angelegt war und sich die Forschungsaktivitäten nicht auf die Zeit seit den 1990er-Jahren konzentrierten, lassen sich auf der Grundlage der Ergebnisse nur indirekt Empfehlungen für die heutige Praxis formulieren. Dagegen können aus dem Projekt durchaus Erkenntnisse und Empfehlungen für die künftige historische Forschung im Bereich Fürsorge und Zwang abgeleitet werden.» Heisst es in der Zusammenfassung der Ergebnisse des Projektes.

Diesen Einschränkungen zum Trotz lassen sich aus den Forschungsergebnissen wichtige Empfehlungen für die heutige Praxis formulieren. So zeigte sich aufgrund des Forschungsprojektes, wie wichtig Statistiken, Daten und die Stimmen von Beteiligten sind. Das ist das Elementare. Man kann unterschiedlicher Meinung über den richtigen Ansatz sein, wie man mit herausfordernden Verhaltensweisen von Jugendlichen umzugehen hat und wie die stationäre Jugendhilfe zu gestalten ist – zentral bleibt, dass man den künftigen Generationen unsere Erfahrungen zugänglich macht. Das geht nur über Akten, Kennzahlen und Statistiken, welche Entwicklungen nachvollziehbar machen und Objektivität gewährleisten.

#### **Das Sammeln von Daten ist von Bedeutung für die Zukunft**

Archive sind wichtig: Das ist ein wichtiger Lerneffekt, den das Teilprojekt des NFP 76 für den Albisbrunn mit sich brachte. Die nachvollziehbare Ansicht, dass allzu viel Dinge notiert werden müssen und dass der administrative Aufwand stetig zunimmt, gibt es gewiss in vielen Institutionen. Deshalb besteht die grosse Herausforderung darin, den Aufwand so klein wie nur möglich zu halten – etwas, das mit den heutigen digitalen Möglichkeiten durchaus machbar ist.



Die Hauptaufgabe aller Mitarbeitenden ist und bleibt, Zeit mit den Jugendlichen zu verbringen. Doch das Forschungsprojekt zum Albisbrunn hat uns gezeigt, wie wichtig für die Zukunft auch das Sammeln von Daten ist.

Und was mir mit Blick auf die Forschungsergebnisse des NFP 76 zudem erwähnenswert erscheint, ist, wie wenig in der Vergangenheit die Partizipation der Jugendlichen in Institutionen gefordert und gelebt worden





So sah das damalige Landerziehungsheim Albisbrunn 1949 aus. Heute nennt sich die Institution in Hausen am Albis (ZH) Schul- und Berufsbildungsheim Albisbrunn. Bild: zvg

ist. Heutzutage wird ein solches Vorgehen generell eingefordert – auch von oberster eidgenössischer Instanz. Die Rechte eines Kindes und einer heranwachsenden erwachsenen Person sowie deren Mitbestimmung sind ohne Wenn und Aber zu gewährleisten. Das ist nichts als richtig, auch wenn diese Forderung stationäre Mitarbeitende oft einem Dilemma aussetzt: Gesetzliche Grundlagen z.B. schränken die Partizipation in geschlossenen Institutionen oft ein. Welche Partizipation ist an welchem Ort möglich? Jederzeit die grösstmögliche Partizipation und Selbstbestimmung zu gewährleisten, ist mittlerweile eine der zentralen Aufgaben einer Institution – und zugleich eine ihrer grossen Herausforderungen. Doch institutionelle Regelungen können die Mitbeteiligung und -bestimmung der platzierten Jugendlichen durchaus ermöglichen, gerade in offenen Institutionen. Wie weit diese Möglichkeiten allerdings auch genutzt werden, ist eine Frage der Bereitschaft und des Vertrauens.

#### **Am Jubiläumsfest wurde die Geschichte auf emotionale Weise spürbar**

Mir wurde unter anderem die Frage gestellt, was das Forschungsprojekt in Albisbrunn ausgelöst hat. Da wir dieses Jahr unser 100-Jahr-Jubiläum gefeiert haben und gleichzeitig das Forschungsprojekt seinen

Abschluss fand, habe ich die Gelegenheit genutzt, dem Projekt und den Publikationen, die daraus entstanden sind, einen würdigen Rahmen zu geben. Denn was eignet sich besser, um der Geschichte Aufmerksamkeit zu verschaffen, als ein Jubiläumsfest? Es braucht in einer Institution derartige Anlässe, damit Geschichte in der Gegenwart spürbar wird. An einem Jubiläum sollen sich auch Ehemalige willkommen fühlen, und zwar nicht nur die Langjährigen, sondern auch aktuelle Care Leavers. Die Begegnungen mit ehemaligen Jugendlichen, ob aus den 1960er und 1980er Jahren oder auch aus viel jüngerer Zeit waren eindrücklich und wunderschön zugleich.

Alle Mitarbeitenden spürten am Jubiläumsfest, welche Emotionen dieser Ort auslöst. Nicht zuletzt deshalb ist für mich als Gesamtleiter klar, dass ich nicht nur für die gegenwärtig platzierten Jugendlichen da sein will, sondern auch für alle Ehemaligen. Ich merke, dass man auch nach Jahrzehnten einiges zur Aufarbeitung und zur Verarbeitung beitragen kann. Geschichte braucht die Gegenwart, das ist spürbar. Was mir Ehemalige während und nach unserem Jubiläumsfest berichtet haben, hat mich zutiefst gerührt.

Insofern haben das Jubiläumsfest und das Forschungsprojekt, das ein zentraler inhaltlicher Bestandteil des Festes war, sehr viel ausgelöst. Vielen Menschen in der Festgemeinde

war wohl nicht bewusst, dass man mit dem, was man tut oder lässt, jeden Tag Geschichte schreibt. Dank den Publikationen rund um das Forschungsprojekt ist nachvollziehbar geworden, welche grosse Bedeutung die Geschichte hat, die in Albisbrunn geschrieben worden ist – teilweise stellvertretend für viele vergleichbare Institutionen in der Schweiz.

Auch wenn mir die Geschichte unabhängig vom Forschungsprojekt ein zentrales Anliegen ist, wäre der Stellenwert der Vergangenheit am Jubiläum ohne die Forschungsarbeit des Teams rund um Prof. Lucien Criblez von der Universität Zürich nicht vergleichbar gewesen. Der Austausch mit dem Forschungsteam war immer sehr angenehm. Die Zusammenarbeit war bereichernd, aufschlussreich, interessant und weckte Bewunderung. Und die Bereitschaft von Dr. Daniel Deplazes, an unserem offiziellen Festakt eine Rede zu halten, war für mich Beweis, dass Wissenschaft und Praxis zusammengehören, genauso wie Geschichte und Gegenwart. Sie stehen in enger Beziehung und sind abhängig voneinander. Dass ausgerechnet die Institution, die ich zusammen mit vielen Mitarbeitenden gestalten darf, einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der stationären Erziehung in der Schweiz leisten konnte, hat im Albisbrunn nicht nur mich stark berührt.

# «Als Seelsorgerin darf ich mich der Täterin gegenüber empathisch zeigen und die Perspektive des Opfers ausblenden.»

Annemarie Reinhard-Scheidegger, Seelsorgerin Justizvollzugsanstalt Hindelbank  
26.9.2024 Der Bund

---

## Impressum

**Herausgeber:** Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna ([ronald.gramigna@bj.admin.ch](mailto:ronald.gramigna@bj.admin.ch))

**Redaktion:** Nicola Gattlen ([nicola.gattlen@bj.admin.ch](mailto:nicola.gattlen@bj.admin.ch)), Kaspar Meuli ([kaspar.meuli@bj.admin.ch](mailto:kaspar.meuli@bj.admin.ch))

**Redaktionelle Mitarbeit:** Reto Liniger ([reto.liniger@bj.admin.ch](mailto:reto.liniger@bj.admin.ch)), Folco Galli ([folco.galli@bluewin.ch](mailto:folco.galli@bluewin.ch)), Patricia Meylan ([patricia.meylan@unifr.ch](mailto:patricia.meylan@unifr.ch)), Regula Fierz Wengert ([regula.fierzwengert@bj.admin.ch](mailto:regula.fierzwengert@bj.admin.ch))

**Übersetzung:** Raffaella Marra, Evelyne Carrel

**Administration und Logistik:** Marie-Lys Erard ([marie-lys.erard@bj.admin.ch](mailto:marie-lys.erard@bj.admin.ch))

**Layout, Druck und Versand:** Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

**Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:**

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern; +41 58 462 41 46, [marie-lys.erard@bj.admin.ch](mailto:marie-lys.erard@bj.admin.ch)

**Internetversion:** [www.prison-info.ch](http://www.prison-info.ch)

**Copyright / Abdruck:** © Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

**50. Jahrgang, 2024 / ISSN 2571-5119**

---





**Mit Farbe die Psyche beeinflussen:** Das spezielle Baker-Miller-Pink soll beruhigend wirken und wird in vielen US-amerikanischen Gefängnissen verwendet. Auch in den Schweizer Justizvollzugsanstalten gibt es pinke Zellen (im Bild: Zelle im Etablissement de la Plaine de l'Orbe VD). Der Effekt ist allerdings umstritten. Studien nach heutigen wissenschaftlichen Standards – u.a. in der JVA Pöschwies – zeigen ernüchternde Resultate. Foto: Peter Schulthess, 2019



# #prison-info

## Die letzte Seite

**Blick zurück.** Rituale, Gemeinschaft, Singen und Glauben – es gibt vieles, das positiv auf die Psyche wirkt, beruhigt, strukturiert, Angst nimmt, Zuversicht gibt. Das Bild zeigt eine Weihnachtsfeier in der JVA Lenzburg.

Historische Aufnahme, Foto: Milou Steiner.





# #prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

2/2024

## Troubles mentaux

4

**Projet pilote JAEL**  
**41**

**IA dans l'exécution  
des sanctions**  
**45**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ



La rédaction de #prison-info:  
Nicola Gattlen, Kaspar Meuli,  
Ronald Gramigna (éditeur en chef)



Chères lectrices, chers lecteurs,

Les prisons sont le reflet de la société. Que cette affirmation qu'on entend souvent soit vraie ou fausse, le fait est que le système pénitentiaire doit s'adapter aux évolutions de la société. Récemment, il a, par exemple, dû le faire avec les nouveaux moyens de communication. L'omniprésence des téléphones portables dans notre société représente un défi de taille pour les établissements pénitentiaires. Les drones constituent une autre avancée technologique qui les affecte : de nombreux établissements sont contraints de mettre en place des dispositifs spécifiques pour contrer cette menace. Ils ne passeront pas non plus au travers de la dernière mégatendance qu'est l'intelligence artificielle (IA). C'est pourquoi le Conseil de l'Europe a récemment adopté une recommandation sur l'utilisation de l'IA par les services pénitentiaires et de probation (voir article p. 45).

Les établissements pénitentiaires sont habitués à s'adapter aux progrès technologiques. Mais comment réagissent-ils face aux changements concernant les personnes qui leur sont confiées ? Ces changements reflètent eux aussi – du moins en partie – l'évolution de la société. Ainsi, la détérioration de la santé mentale, en particulier chez les jeunes, pose problème à l'ensemble de la société. La proportion de personnes atteintes de troubles psychiques dans la population carcérale est toutefois supérieure à la moyenne : plusieurs études montrent qu'entre un tiers et la moitié des personnes détenues souffrent de graves problèmes mentaux. Ce numéro de #prison-info est donc principalement consacré aux « troubles psychiques en milieu carcéral ».

Les défis liés à la prise en charge psychiatrique en milieu carcéral sont considérables, car de nombreux établissements ne disposent pas des structures nécessaires. Une experte parle de « conditions catastrophiques constituant une violation massive du principe d'équivalence » et de « privation de soins médicaux essentiels » dans notre article, p. 8. Il est incontestable qu'il est nécessaire d'améliorer significativement la prise en charge des personnes détenues atteintes de troubles psychiques en Suisse, mais mettre cette exigence en œuvre est loin d'être simple. En effet, il y a également une pénurie de spécialistes en psychiatrie à l'extérieur. Il existe un peu partout de longues listes d'attente pour obtenir une place en thérapie. Il n'est donc pas exagéré d'affirmer qu'il devrait être bien plus difficile de combler les lacunes en matière de prise en charge psychiatrique que de faire respecter les interdictions de téléphones portables.

Version en ligne :



# Sommaire

## Coup de projecteur : Troubles mentaux

Les personnes détenues atteints de troubles mentaux sont de plus en plus nombreuses dans les établissements pénitentiaires. Dans bien des cas, leur prise en charge est insuffisante en raison d'un manque d'offres (appropriées) et de personnel psychiatrique. Des experts plaident pour une adaptation du régime de détention et du quotidien carcéral ainsi que pour la formation du personnel.

- 4 « Il faudrait un système à plusieurs niveaux »
- 8 Il y a les ambitions, et la réalité
- 12 « La prison n'est pas un lieu de soins pour les graves troubles mentaux »
- 16 Développer l'aptitude à vivre en société dans un contexte plus compliqué
- 20 Prendre en compte des traumatismes dans la prise en charge
- 23 Renforcer la collaboration à tous les niveaux
- 26 Préserver les ressources des cliniques forensiques
- 29 Cinq questions à Pascal Muriset



Photo: Peter Schulthess

## Justice restaurative

La Fondation internationale Balzan a récompensé en octobre John Braithwaite, « champion de la justice restaurative ». Un aperçu de la vie et de l'œuvre de l'Australien.

- 31 « La Suisse accuse un certain retard par rapport à d'autres pays »
- 33 Mise en œuvre lacunaire des mesures de réinsertion en prison
- 36 Exécution des peines et des mesures : chiffres et tendances
- 38 Des interventions lourdes de conséquences dans la vie de centaines de milliers de personnes
- 41 De la vie en foyer vers une vie autonome : qui y parvient ?
- 44 Internement dans le droit pénal des mineurs
- 45 Règles d'utilisation de l'IA
- 48 Brèves
- 53 Publications
- 55 On a le droit de faire des erreurs, mais pas de les reproduire



Photo: Peter Schulthess, 2019



Photo de couverture :  
Igor Stevanovic, Alamy Stock Photo



# « Il faudrait un système à plusieurs niveaux »

## Prise en charge psychiatrique des personnes détenues

**Coprésident de la Conférence des médecins pénitentiaires suisses, Hans Wolff explique dans notre interview pourquoi les maladies psychiques sont en hausse dans les établissements pénitentiaires. Il souligne l'influence du régime de détention et de l'organisation du quotidien carcéral sur la santé mentale et préconise un système de prise en charge à plusieurs niveaux.**

Nicola Gattlen

« La demande de soutien psychologique et psychiatrique augmente dans toute la société. »

**Monsieur Wolff, le nombre de personnes détenues qui présentent des troubles mentaux semble en constante augmentation dans les établissements pénitentiaires helvétiques. Partagez-vous ce point de vue ?**

**Hans Wolff :** Oui, c'est une tendance que l'on observe clairement en Suisse, mais aussi dans d'autres pays d'Europe.

**Faut-il y voir un simple reflet de l'évolution de la société ou d'autres éléments entrent-ils en ligne de compte ?**

Les changements sociétaux jouent un rôle central. Autrefois, l'individu pouvait s'appuyer sur des liens forts au sein du cercle familial et villageois. Depuis quelques années, cette cohésion sociale s'effrite, ce qui n'est pas sans conséquences : l'isolement et

le délitement du lien social sont pour beaucoup dans l'apparition de maladies psychiques et somatiques. La demande de soutien psychologique et psychiatrique augmente dans toute la société, et ce phénomène se reflète dans les prisons. La hausse des troubles psychiques dans les prisons helvétiques est toutefois en partie aussi imputable à l'aversion croissante de la société pour le risque. Les personnes souffrant de troubles mentaux condamnées pour une grave infraction et soumises à une mesure au sens de l'art. 59 CP restent toujours plus longtemps en milieu fermé dans le cadre de l'exécution de cette mesure. Beaucoup sont placées dans un établissement pénitentiaire au lieu d'une clinique de psychiatrie légale, faute de places. Ces vingt dernières années, le nombre de personnes qui séjournaient dans un établissement



### Carte d'identité

Hans Wolff est professeur de médecine à l'Université de Genève et médecin-chef du service de médecine pénitentiaire aux Hôpitaux universitaires de Genève. Il partage avec Anne Iten la présidence de la Conférence des médecins pénitentiaires suisses (CMPS). Au niveau européen, il représente la Suisse au Conseil de l'Europe en tant que vice-président du Comité européen pour la prévention de la torture (CPT).

pénitentiaire pendant l'exécution de leur mesure a plus que doublé.

**Des directeurs d'établissements pénitentiaires rapportent qu'ils sont de plus en plus souvent confrontés à des migrants qui souffrent de troubles du stress post-traumatique. Comment s'explique ce phénomène ?**

Le déplacement des routes migratoires constitue probablement une explication. Frontex, l'agence européenne de surveillance des frontières, a durci ses pratiques, de sorte que les migrants se tournent vers de nouveaux itinéraires plus risqués. Beaucoup font des expériences traumatisantes au cours de leur fuite, comme des refoulements ou d'autres violences. Le droit d'asile est également soumis à des pressions croissantes dans le monde. Nous sommes très éloignés de la culture d'accueil qui prévalait il y a dix ans. La société accepte moins bien les migrants, ce qui se reflète dans l'état psychique de ces derniers, avec des troubles mentaux plus prononcés.

**On manque de données fiables sur la santé mentale dans les prisons helvétiques. Comment jugez-vous la situation dans son ensemble ?**

On peut estimer que 50 à 75 % des personnes détenues présentent des problèmes psychiques tels que dépressions, addictions, troubles de la personnalité, psychoses ou troubles du stress post-traumatique. Une méta-analyse internationale sur les maladies psychiques dans les prisons occidentales montre que, selon la pathologie considérée, la population carcérale est deux à dix fois plus touchée que la moyenne de la population. Les psychoses et les dépressions, par exemple, sont environ quatre fois plus fréquentes. Les actes autodommageables et les suicides sont également beaucoup plus répandus : en Suisse, le taux de suicide est à peu près dix fois plus élevé derrière les barreaux qu'en liberté.

**Le risque de suicide est particulièrement élevé durant la détention avant jugement. Comment le diminuer ?**

En général, l'arrestation arrache brutalement les personnes concernées à leur entourage. Le choc qu'elle provoque, la coupure avec les proches, la honte et la peur de l'avenir peuvent peser très lourd sur le psychisme. On peut réduire sensiblement le risque de troubles sévères en limitant l'isolement au strict minimum, en autorisant les contacts avec les proches et en clarifiant rapidement la situation sur le plan privé et professionnel. Les cantons de Berne et de Zurich ont amorcé des changements

majeurs dans ce domaine. Les personnes détenues peuvent passer davantage de temps hors de leur cellule ; elles apprennent à mieux gérer le stress et peuvent, au début de la détention provisoire, faire le point sur leur situation privée et professionnelle dans le cadre d'un « entretien sur les conditions de vie ». Cela permet d'enlever une bonne partie de la pression.

**L'exécution de la sanction peut également être éprouvante : les prisons sont souvent bruyantes, le décor est nu, métallique. Parfois, il y a des menaces de la part de personnes codétenues. Cet environnement peut-il déclencher des troubles mentaux chez une personne en bonne santé ? Ou a-t-il plutôt tendance à accentuer des pathologies déjà présentes ?**

La détention peut aussi bien révéler des maladies psychiques que les favoriser ou les engendrer. Les éléments qui influent le plus sur la santé des personnes détenues sont le régime de détention et la façon dont le quotidien carcéral est organisé. Un bon régime de détention n'a pas seulement un effet préventif ; il peut aussi atténuer certains troubles préexistants, comme l'anxiété.

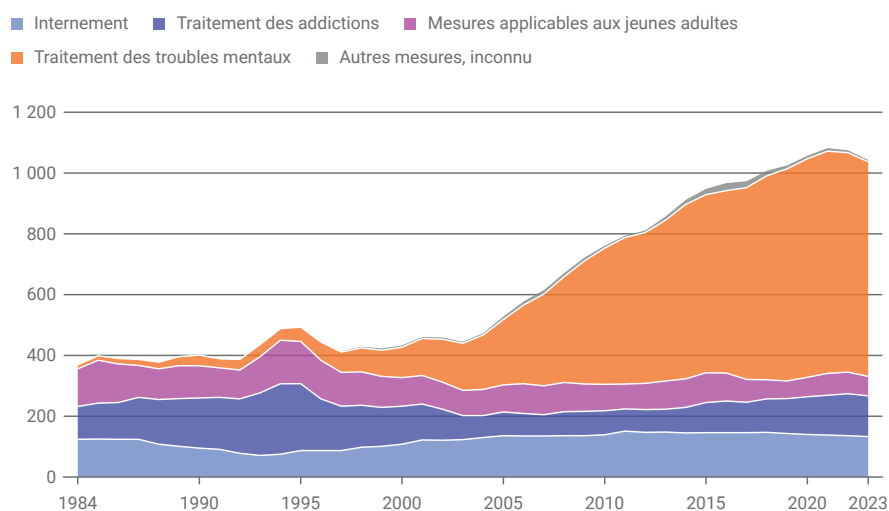
**A quoi ressemble un « bon » régime de détention ?**

Il est important que les personnes détenues puissent passer beaucoup de temps hors de leur

« Il est important que les personnes détenues puissent passer beaucoup de temps hors de leur cellule. »

## Exécution des mesures

Effectif moyen selon le type de mesure



État des données: 09.10.2024

Source: OFS – Statistique de l'exécution des sanctions (SVS)

gr-f-19.04.02.02-je

© OFS 2024

Cet effectif moyen prend en compte les personnes qui ont séjourné au moins un jour dans un établissement pénitentiaire pendant l'exécution de leur mesure. Celles qui ont séjourné exclusivement dans des établissements privés (foyers, cliniques psychiatriques forensiques, etc.) ne sont pas relevées dans la statistique.





**La prison de Limmattal dispose, depuis 2019, d'un service d'intervention d'urgence pour les personnes détenues en proie à une crise psychique aiguë durant la détention avant jugement. La durée moyenne des séjours dans ce service est de deux à trois semaines. Photo: JuWe**

cellule – huit heures au moins selon les recommandations du Conseil de l'Europe. Il est également fondamental qu'elles puissent avoir une occupation judiciaire. En Suisse, il existe quelques approches positives, mais il y a une certaine inertie inhérente au système. On rechigne à procéder aux adaptations nécessaires, ce qui est très décevant au vu des compétences et des moyens financiers dont dispose le pays. Les administrations pénitentiaires devraient être plus ouvertes à la comparaison avec d'autres cantons ou à d'autres exemples qui pourraient les inspirer à l'étranger. La Hollande, l'Espagne et la Norvège, en particulier, ont mis en œuvre des changements révolutionnaires qui n'améliorent pas seulement les conditions de détention, mais qui bouleversent complètement la formation et la façon de travailler du personnel pénitentiaire.

#### **Qu'en est-il de la prise en charge psychiatrique des personnes détenues en Suisse ?**

Elle est clairement insuffisante, en particulier dans les régions rurales. La pénurie de personnel qualifié s'est aggravée partout ces dernières années, y compris dans la société « libre ». Il y a une telle demande que les jeunes médecins et le personnel infirmier peuvent choisir librement où ils souhaitent travailler. L'univers carcéral vient rarement en tête de liste. A Genève, nous nous employons à mieux faire connaître le travail en milieu carcéral durant la formation, par exemple, à travers un stage. Une fois leur cursus terminé, un grand nombre de participants retournent dans ce milieu, car ils ont trouvé le travail en prison utile, varié et passionnant. Des stages de ce type devraient être proposés systématiquement dans toute la Suisse.

#### **Faut-il également davantage de places dans les services sécurisés des cliniques psychiatriques ?**

Les cliniques psychiatriques fermées ont un passé « chargé ». Il y a plus de cinquante ans, bon nombre d'établissements de psychiatrie générale ont été progressivement ouverts. Aujourd'hui, il est difficile de maintenir des personnes atteintes de troubles mentaux sévères et considérées comme « dangereuses » dans les services psychiatriques ordinaires, en particulier en Suisse romande et au Tessin. Ces personnes sont de plus en plus fréquemment placées derrière les barreaux, souvent après des infractions liées à une maladie. Dans l'exécution des peines et des mesures, nous devrions nous affranchir d'un système bipolaire avec traitement ambulatoire en établissement pénitentiaire et traitement stationnaire en clinique. Il faudrait un système à plusieurs niveaux qui permette de répondre à des cas très différents.

#### **Qu'entendez-vous par là ?**

Un système à plusieurs niveaux comprend, par exemple, outre les offres traditionnelles, des thérapies dans des « cliniques de jour » ou un transfert dans le « service d'intervention d'urgence » d'un établissement pénitentiaire. La prison de Limmat, qui a mis en place un service de ce type en 2019, fait œuvre de pionnier dans ce domaine. Il faudrait que les prisons disposent également des locaux supplémentaires pour la mise en œuvre des thérapies de groupe ou d'autres modes de thérapie et des sections spécialisées, où les besoins spécifiques des personnes vulnérables – les personnes âgées ou souffrant de troubles mentaux ou du développement, p. ex. – pourraient mieux être pris en compte.

#### **Quels sont les avantages d'un système à plusieurs niveaux ?**

Avec une offre différenciée de ce type, on peut prodiguer aux personnes détenues qui souffrent de maladies psychiques et à d'autres personnes vulnérables, des soins plus appropriés et plus efficaces. Quand ces personnes vont mal, elles sont prises en charge au niveau supérieur, et quand elles vont bien, elles passent au niveau inférieur. La Hollande applique ce système depuis plusieurs années avec de bons résultats. Une prise en charge psychologique et psychiatrique adéquate a par ailleurs aussi des effets bénéfiques pour les personnes codétenues et le personnel, car elle enlève une grosse pression dans le système. On peut partir du principe que cela a également des répercussions positives au niveau de la réhabilitation, c'est-à-dire de la période qui suit la détention.

#### **Quel rôle joue le personnel pénitentiaire ?**

Les agents de détention sont souvent les premiers à être confrontés à la détresse des personnes détenues et aux urgences psychiatriques. Ils doivent gérer ces situations d'une manière ou d'une autre. Il est donc important qu'ils soient formés en conséquence, notamment dans le domaine des techniques de communication. En Norvège, la réhabilitation et la réinsertion sociale constituent la principale mission du personnel pénitentiaire. Chaque agent de détention officie en général comme mentor pour trois personnes détenues. Il s'entretient personnellement avec elles au moins une heure par semaine. Ces discussions portent sur l'infraction commise, les relations avec les autres personnes détenues, la famille et les connaissances, et permettent également d'aborder la période qui suivra la détention et de planifier la recherche d'un emploi, d'un logement. En Norvège, le taux de récidive a diminué de plus de la moitié ces vingt-cinq dernières années, ce qui souligne combien le travail effectué par le personnel pénitentiaire est utile pour la société.

« Les cliniques psychiatriques fermées ont un passé chargé. »



# Il y a les ambitions, et la réalité

## De plus en plus de personnes détenues souffrent de maladies psychiques

**Les personnes détenues ont droit au même accès aux soins médicaux de base que le reste de la population, y compris lorsqu'elles sont atteintes de maladies psychiques. C'est ce qu'exige le principe d'équivalence, mais ce dernier n'est pas toujours simple à respecter.**

Kaspar Meuli

La santé mentale des personnes détenues pose de plus en plus problème dans l'exécution des sanctions pénales. Kiran Trost, chef de l'unité Sondervollzug & Fachdienste à la prison de Cazis Tigne, explique à ce sujet: « Nous avons de plus en plus affaire à des personnes détenues qui présentent des troubles psychiques et psychiatriques, c'est un fait ! ». Compte tenu de cette situation, il est étonnant de constater qu'il existe peu d'informations fiables sur le nombre de personnes détenues concernées dans les établissements pénitentiaires suisses. Personne ne sait combien d'entre eux ont besoin d'une prise en charge psychiatrique. Une collecte de données précises est en cours de planification à l'initiative de la Table ronde sur la prise en charge médicale en milieu carcéral.

Des études sur la santé en milieu carcéral sont régulièrement réalisées à l'échelle internationale. En 2023, l'Organisation mondiale de la santé (OMS) a ainsi publié une étude sur la base de données d'enquête

de 36 pays européens, dont la Suisse, mais celle-ci ne contenait aucune information relative à la santé mentale. Ses conclusions révèlent que l'affection la plus répandue chez les personnes incarcérées était les troubles mentaux, qui touchent 32,8% de la population carcérale, mais ce chiffre est probablement nettement sous-estimé, selon le rapport. Parmi les plus grandes lacunes du système pénitentiaire européen, l'OMS cite la « surpopulation » et le « manque de services pour la santé mentale », et ce, bien que les troubles mentaux constituent le principal besoin de santé chez les personnes incarcérées en Europe.

Même si l'on ne dispose pas de chiffres à l'échelle nationale pour la Suisse, il semble indéniable que la proportion de personnes souffrant de problèmes psychiques soit nettement plus élevée dans les prisons qu'à l'extérieur. On dispose d'ailleurs des informations concrètes sur l'ampleur de ce phénomène.

Il ressort ainsi d'une étude, non encore publiée, sur la santé mentale dans les prisons zurichoises que près de la moitié des personnes détenues souffrent de problèmes psychiques cliniquement pertinents. Selon Jérôme Endrass, professeur de psychologie forensique et directeur adjoint de l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (JuWe), cette forte proportion s'explique notamment par un effet de transfert: « Les personnes nécessitant des soins socio-psychiatriques se retrouvent de plus en plus souvent dans les établissements pénitentiaires, ce qui nous confronte à de nouveaux défis ». Une étude sur l'exécution des mesures dans l'établissement pénitentiaire de Soleure a, quant à elle, révélé que la part des personnes détenues diagnostiquées schizophrènes était passée d'environ 10 % en 2015 à 28 % en 2022 (voir l'article à la page 26).

L'importance des soins psychiatriques en milieu carcéral est évidente, mais les personnes détenues souffrant de troubles mentaux bénéficient-elles au-

Seuls les établissements dotés d'un service psychiatrique et psychothérapeutique bien développé proposent une psychothérapie aux personnes privées de liberté. A l'image, une scène reconstituée. Photo : JuWe





jourd'hui d'une prise en charge appropriée ? Simone Hänggi, qui est médecin spécialiste en psychiatrie et psychothérapie, mais aussi médecin-chef au sein du service de psychiatrie de Bâle-Campagne et vice-présidente de la Conférence des médecins pénitentiaires suisses, évoque des « conditions catastrophiques », qui représentent une « violation massive du principe d'équivalence », et une « privation de soins médicaux essentiels ». Elle estime que « la prise en charge des détenus sur le plan psychiatrique est insuffisante ». Le principal problème réside dans le manque criant de places dans les cliniques de psychiatrie forensique, tant pour les patients faisant l'objet d'une mesure que pour les personnes détenues qui ont temporairement besoin de soins psychiatriques en milieu institutionnel. S'ajoute à cela le fait que les établissements de privation de liberté ne disposent pas, tous, d'une offre de psychiatrie ambulatoire ni d'un service d'urgence pour les cas psychiatriques aigus.

### **Des disparités importantes dans la prise en charge psychiatrique**

En examinant la situation de plus près, force est de constater que l'étendue et la qualité des soins psy-

chiatriques varient considérablement d'un établissement à l'autre. En Suisse, tous les établissements pénitentiaires sont tenus de respecter le principe d'équivalence, en vertu duquel « les personnes privées de liberté ont droit au même accès aux soins médicaux de base que le reste de la population afin de protéger leur santé physique et mentale », comme l'indique le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) sur son site Internet. Si les ambitions sont élevées, il existe dans la pratique des disparités importantes entre les cantons.

Ce sont les établissements de grande taille situés dans les cantons urbains qui tendent à offrir la meilleure prise en charge, ce qui n'est guère étonnant. C'est le cas, par exemple, de l'établissement pénitentiaire de Pöschwies (ZH), qui, avec une capacité d'accueil de près de 400 places, est le plus grand de Suisse. Il dispose d'un service de psychiatrie interne avec des psychologues et des psychiatres en poste permanent, ce qui permet « d'assurer une grande continuité dans la prise en charge », selon Jérôme Endrass. Ce dernier estime que les détenus bénéficient « d'une excellente prise en charge psychiatrique », peut-être même meilleure que celle actuellement proposée à

Selon une étude zurichoise, jusqu'à trois détenus sur cinq souffrent de problèmes psychiques sévères. Les 18 à 20 ans, les plus de 60 ans et les femmes sont les plus touchés.

Photo: JuWe





Le canton de Zurich innove avec son projet pilote dans le domaine de la détention provisoire. Le programme « Prison Stress Management » vise à permettre aux détenus de gérer leur stress et leurs problèmes ; il utilise notamment la visiophonie.

Photo : JuWe

l'extérieur. « Quand on voit le temps que les jeunes, notamment, doivent attendre avant d'obtenir une place, nous pouvons dire que nous faisons bonne figure. A Pöschwies, il n'y a pas de liste d'attente pour les personnes détenues qui ont besoin d'un suivi psychiatrique ».

Les rapports de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) font régulièrement état d'une réalité toute autre dans les établissements de plus petite taille. Dans son rapport sur la visite de la prison de Delémont (JU), publié en 2021, est écrit ce qui suit : « Il a été rapporté à la Commission que les personnes qui ont besoin d'un examen psychiatrique sont amenées à l'hôpital. En outre, un psychiatre visite l'établissement en cas de besoin. La commission rappelle qu'une prise en charge psychiatrique de base doit être assurée pour les personnes détenues de manière régulière et recommande de développer la prise en charge psychiatrique en recourant dans la mesure du possible à des synergies cantonales ». Invitées à prendre position, les autorités cantonales ont affirmé qu'une collaboration avait depuis lors été mise en place avec le centre médico-psychologique du canton du Jura, principalement sous la forme de visites régulières du personnel infirmier.

Suite à sa visite de la prison cantonale de Biberbrugg dans le canton de Schwyz en 2022, la CNPT a également pointé du doigt des problèmes dans la prise en charge psychiatrique, soulignant que le psychiatre externe compétent n'effectuait pas de visites régulières et qu'il était appelé la plupart du temps en raison de risques suicidaires et plus rarement pour d'autres problèmes psychiatriques. Les maladies psy-

chiques seraient principalement traitées à l'aide de médicaments dans cet établissement. La commission a ainsi constaté qu'environ 20 % des personnes qui y étaient détenues recevaient des psychotropes. En conclusion, elle a recommandé « une présence accrue et régulière de spécialistes en psychiatrie dans l'établissement ». Selon des informations du Département de la sécurité du canton de Schwyz, des efforts ont depuis lors été déployés pour mettre sur pied une offre de consultations psychiatriques hebdomadaires assurées par un psychiatre exerçant dans un cabinet privé.

### **Les patients des cantons dépourvus de clinique psychiatrique désavantagés**

La mise en place des structures nécessaires pour assurer une prise en charge psychiatrique de base ne constitue que l'un des défis auxquels les établissements pénitentiaires doivent faire face. La pénurie de personnel qualifié leur pose en effet particulièrement problème. Il était, par exemple, initialement prévu que l'établissement pénitentiaire de Cazis Tigne, qui a ouvert ses portes en 2020, dispose de deux sections de neuf places chacune, pour accueillir des personnes souffrant de troubles mentaux. Faute de personnel qualifié, l'une de ces deux sections de détention spéciale destinées aux détenus nécessitant une prise en charge intensive n'est toujours pas opérationnelle à ce jour.

En outre, il n'est pas toujours évident de savoir quel type de traitement les personnes détenues atteintes de maladies psychiques, mais qui ne sont pas soumises à une mesure thérapeutique ordonnée par un juge, souhaitent réellement. Dans des établissements qui disposent d'un excellent service de psychiatrie et de psychothérapie, comme à Pöschwies, elles ont la possibilité de bénéficier d'une psychothérapie mais, d'après Jérôme Endrass, elles demanderaient surtout des « entretiens de soutien » et des traitements médicamenteux.

De plus, la collaboration entre les services de santé internes des établissements pénitentiaires et les établissements psychiatriques à l'extérieur ne se déroule pas toujours sans problème. Certes, le nombre de cliniques de psychiatrie forensique a fortement augmenté en Suisse au cours des vingt dernières années, mais les interventions de crise auprès des détenus constituent pour elles une « activité secondaire peu appréciée », selon Simone Hänggi, qui précise qu'elles répondent par ailleurs en premier lieu aux besoins du canton dans lequel elles sont situées. Il semble que, de manière générale, les personnes détenues provenant de cantons dépourvus de clinique de psychiatrie forensique soient souvent désavantagés, se retrouvant, par exemple, sur des listes d'attente pour obtenir une place en clinique.



La pénurie de personnel qualifié dans les soins a également des répercussions sur la prise en charge des détenus atteints de troubles mentaux. Dans l'établissement pénitentiaire de Cazis Tigne, qui a ouvert ses portes en 2020, l'une des deux unités de détention spéciale destinées aux détenus nécessitant une prise en charge intensive n'est toujours pas en service. Photo : établissement pénitentiaire de Cazis Tigne

### Les thérapeutes externes se montrent peu patients

Enfin, la coopération entre le personnel psychiatrique interne et externe ne se passe pas toujours de manière optimale. Un directeur de service médical d'une prison, qui souhaite garder l'anonymat, se plaint que des expériences et des attentes différentes entraînent des problèmes. Il parle de spécialistes externes qui mettent fin prématurément aux thérapies parce qu'ils manquent de patience face aux détenus. « Chez nous, rares sont ceux qui sont motivés à l'idée de suivre une thérapie. Il faut y travailler, ce qui demande du temps ». L'interruption d'une thérapie peut toutefois avoir de lourdes conséquences pour les personnes détenues, même si elles n'y mettent pas du leur. « Cela peut renforcer le sentiment d'abandon ressenti par les détenus vis-à-vis de la société ».

Fournir une prise en charge psychiatrique appropriée aux détenus semble être une tâche difficile, qui place les institutions face à de plus en plus de défis. Ne pas les relever ne doit en aucun cas constituer une op-



tion, car comme l'indique le rapport de l'OMS, « tous les citoyens ont droit à des soins de santé de bonne qualité, quel que soit leur statut juridique. L'incarcération ne devrait jamais devenir une condamnation à une mauvaise santé ». Une exigence qui s'applique sans aucun doute aussi à la santé mentale.



# « La prison n'est pas un lieu de soins pour les graves troubles mentaux »

**Exécution en établissement pénitentiaire d'une mesure thérapeutique au sens du « fameux » art. 59, al. 3, CP.**

Faute de place dans des établissements psychiatriques adéquats, des personnes dont la délinquance découle de graves troubles mentaux sont enfermées dans des prisons ordinaires où les outils de soins sont limités. Entretien avec le Dr Dominique Marcot, médecin-psychiatre, chef de la Filière légale du Centre Neuchâtelois de Psychiatrie.

Patricia Meylan

« Ces personnes croient qu'elles sont en prison pour effectuer une peine privative de liberté. »

**#prison-info : Le Code pénal suisse permet l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles dans un établissement pénitentiaire. Les personnes concernées sont pourtant atteintes de maladie mentale. Comment réagissent-elles lorsqu'elles commencent à exécuter la sanction prononcée dans les murs d'une prison ?**

**Dominique Marcot:** Ces personnes croient qu'elles sont en prison pour effectuer une peine privative de liberté. Il est en effet difficile de leur faire comprendre qu'elles sont en prison... pour soigner leurs troubles mentaux. La prison n'est pas perçue comme un lieu légitime de soins. En prison, ces personnes voient la réalité de la prison, pas celle de

l'hôpital. La Suisse est peut-être le seul pays où il est légal d'enfermer des malades psychiques en prison dans le but explicite d'y être soigné.

**Les personnes concernées doivent subir une mesure institutionnelle au sens de l'art. 59, al. 3, CP. De quoi souffre une personne « condamnée à un 59 CP » selon une expression populaire désormais consacrée ?**

Elle peut souffrir de toute la palette des troubles psychiques existants comme les troubles psychotiques, les troubles de l'humeur, les retards mentaux ou les troubles de la personnalité. Il y a également les problèmes d'addictions et les déviances sexuelles, en fait tous les diagnostics peuvent être retrouvés. Et bien souvent, une personne présente plus d'un trouble.



## Carte d'identité

Dominique Marcot est psychiatre-psychothérapeute. Il dirige la filière légale du Centre Neuchâtelois de Psychiatrie et est membre du comité de la Conférence des médecins pénitentiaires suisses.



**Un tel détenu doit-il être considéré comme un délinquant ou un patient ?**

Il doit être considéré comme un patient. Il doit être abordé comme une personne qui a besoin d'être soignée, pas comme une personne qu'il faut punir. Mais c'est compliqué, parce que même si l'exécution d'une sanction poursuit aussi un but de réinsertion, la prison est par nature un environnement punitif et ne correspond pas à des conditions de vie ordinaire.

**Le comportement de la personne détenue en exécution d'une mesure au sens de l'art. 59 CP et le comportement de la personne détenue en exécution d'une peine privative de liberté sont lus de la même manière par le personnel carcéral. Faut-il comprendre que cette lecture est problématique ?**

Oui, car chez la personne en exécution d'une mesure, il faut traiter la maladie psychique actuelle avant de se focaliser sur le parcours délinquant passé, si on veut agir sur ce qui altère le rapport à soi-même, à autrui et à la réalité, et qui a fait le lit du délit. Mais du fait que ces personnes malades se trouvent en prison amène les collaborateurs de l'établissement pénitentiaire à les voir en priorité comme des détenus. La prison gère les personnalités difficiles avec ses propres outils qui ont une portée éducative ou disciplinaire et reposent sur la dissuasion. Pour des personnes qui, en raison de troubles psychiques, ne peuvent pas tirer un enseignement de ces outils – inadaptés pour eux – c'est compliqué et ça peut être compliqué longtemps. Il est important pour une personne qui souffre de problèmes psychiques de se sentir en sécurité

Dessin: Patrick Tondeux

« Un patient incarcéré peut présenter un état instable durant une longue période, car son sentiment de sécurité est altéré par la maladie. »



dans son environnement tout comme de pouvoir faire confiance à ceux qui s'occupent de lui, de nouer des relations de qualité avec ceux qui l'entourent. Un patient incarcéré peut présenter un état instable durant une longue période, car son sentiment de sécurité est altéré par la maladie; en prison, il est de surcroît altéré par le monde carcéral qui est anxiogène.

**Le « traitement des troubles mentaux » est une mesure massivement prononcée par les tribunaux suisses (726 fois en 2020, 737 fois en 2021, 713 fois en 2022). Pouvez-vous expliquer « ce succès » ?** Elle connaît « un grand succès » par rapport aux autres mesures institutionnelles pour deux raisons principales : elle n'a pas de durée limite et elle peut être exécutée en prison. Si l'art. 59, al. 3, CP peut être exécuté en prison, c'est notamment en raison de l'évolution des hôpitaux psychiatriques qui aspirent à être des lieux ouverts et des séjours de courte durée. La psychiatrie hospitalière veut désormais être perçue comme accueillante et respectueuse des droits des patients. Elle ne veut plus utiliser la restriction et les unités fermées disparaissent. Il n'y a donc plus tellement de place pour la minorité de patients dont les troubles psychiques les exposent à être dangereux pour autrui et qui ont besoin d'une contenance, y compris par des murs, mais aussi de séjours prolongés dans un cadre hospitalier. En Suisse romande, de tels patients (qui sont passés à l'acte contre autrui) ne peuvent finalement plus que se retrouver en milieu carcéral, car il n'existe pas d'hôpital capable de les accueillir en leur offrant la contenance nécessaire en cas de troubles impliquant une dangerosité récurrente... ce que, pourtant, pouvaient faire la plupart des hôpitaux psychiatriques aux 19<sup>e</sup> et 20<sup>e</sup> siècles ! Relevons qu'entre autres difficultés, les soins psychiatriques dans les prisons sont par nature des soins ambulatoires, sauf dans de rares secteurs aménagés sous forme d'hôpital de jour, j'y reviendrai.

**Vous travaillez dans le milieu carcéral suisse romand depuis 2013. Dans la pratique, comment ça se passe ?**

Il y a deux cas de figure. Le cas du patient qui présente des troubles psychiques importants et durables. Les soins ambulatoires dispensés en prison ne sont pas toujours suffisants pour lui permettre de réellement se stabiliser. Il peut rester longtemps dans un état aigu et/ou instable. Le second cas de figure est celui du patient qui présente des problèmes psychiques de moindre intensité, ou n'altérant pas massivement le rapport à soi ou à

la réalité. Les soins ambulatoires permettent une évolution potentiellement satisfaisante même dans un cadre carcéral.

**Comment gérez-vous les options limitées en matière de soins psychiatriques dans les prisons ?**

Nous faisons du mieux possible en fonction des outils à disposition. En prison en effet, ces moyens sont limités par rapport à ceux qui existent dans un hôpital psychiatrique. En prison, par exemple, nous ne pouvons pas avoir un entretien avec le patient en soirée lorsqu'il est le plus angoissé, car il est enfermé dans sa cellule. En prison, les soignants ne côtoient pas les détenus au quotidien, il y a très peu d'ateliers thérapeutiques ou de thérapie de groupe. Les soignants sont au service médical (il existe de rares unités aménagées) de la prison alors que les détenus sont au cellulaire ou dans les ateliers. En prison, les détenus doivent venir en consultation – et certains refusent – alors que dans un hôpital, soignants et patients se côtoient en permanence. En prison, nous pratiquons une médecine ambulatoire dans des conditions limitantes – les soignants n'ont pas de prise sur l'environnement carcéral – alors même que les patients peuvent présenter des états de décompensation psychiatrique parfois très graves, un risque suicidaire élevé ou un risque pour autrui. En milieu hospitalier, les moyens à disposition sont plus variés et individualisables, l'accompagnement thérapeutique est plus serré.

**Les obligations imposées par le milieu carcéral rendent-elles l'exercice encore plus difficile ?**

Oui. La médecine en prison met à l'épreuve les valeurs de la médecine. Je m'explique : en prison, les cas difficiles requièrent du médecin psychiatre qu'il communique avec la direction. Dans un hôpital, il ne communique pas avec la direction générale. L'environnement pénitentiaire met à l'épreuve le secret médical. Face à une direction qui a des responsabilités de contrôle, de discipline et de sécurité, les soignants en prison sont souvent tenus de rappeler qu'un cadre de confiance et de confidentialité est indispensable à leur travail avec le patient.

**Des soins psychiatriques complets dans les prisons suisses, est-ce une illusion ?**

Oui. Les prisons ne sont pas le bon endroit pour prendre en charge les personnes qui ont besoin de traitements conséquents de santé mentale. La prison n'est pas un lieu de soins pour les graves troubles mentaux ; je rappelle que l'existence d'un « grave trouble mental » est nécessaire selon le Code pénal pour ordonner un traitement institutionnel.

« La médecine en prison met à l'épreuve les valeurs de la médecine. »

**Dans ces conditions, comment est-il possible d'envisager une réinsertion sociale ?**

Pour certaines personnes malades lourdement atteintes, le seul objectif réaliste est la stabilité psychique, condition la plus souvent nécessaire pour une relation apaisée et prévisible avec l'environnement. Celles qui ont un meilleur rapport à la réalité ou qui sont mieux structurées peuvent bénéficier d'une prise en charge plus ambitieuse avec des buts de réinsertion professionnelle et sociale.

Mais il faut garder à l'esprit que la prison est une institution pensée pour les délinquants responsables. Mettre en prison des « délinquants » irresponsables voire seulement partiellement responsables consiste à les immerger dans un environnement qui n'est pas conçu pour répondre à leurs besoins et dont la philosophie s'adresse d'abord à la délinquance et à la criminalité.

**Une réelle prise en charge thérapeutique doit-elle donc être dispensée par un hôpital psychiatrique ?**

Bien sûr. Mais il n'y a pas de clinique de psychiatrie médico-légale – ou forensique – en Suisse romande pour les personnes condamnées à un traitement institutionnel des troubles mentaux. Il y a Curabilis, qui n'est pas un hôpital mais une prison à vocation de soins hospitaliers. Cet établissement dispose de 77 places pour des prises en charge thérapeutiques institutionnelles et de 15 places en unité hospitalière de psychiatrie pénitentiaire (UHPP) pour les soins aigus.

Certaines prisons ont de petits secteurs aménagés spécifiquement pour des personnes condamnées :

- il y a une unité psychiatrique aux EPO, de 8 lits, qui fonctionne comme un hôpital de jour ;
- il existe, depuis 2022, à Bellechasse, un programme thérapeutique de jour en milieu pénitentiaire (PTJ-MP), pour 5 patients, dédié aux personnes sous article 59.

Pour la Suisse latine : c'est tout !

**Les personnes présentant de graves troubles mentaux peuvent être imprévisibles, voire aussi dangereuses. Quelles sont les conséquences au niveau de la cohabitation avec les autres personnes détenues ?**

Les codétenus peuvent avoir peur ; d'autant plus qu'ils doivent cohabiter dans des espaces réduits avec des personnes qui présentent des graves troubles psychiques. Alors ça peut dégénérer. Les personnes détenues malades sont exposées à la violence des autres détenus. En règle générale, la maladie psychique est un grand facteur de vulnérabilité – bien davantage que de dangerosité – elle ne permet pas de se défendre de manière adéquate.

**Et pour le personnel ?**

Les agents de détention ont beaucoup de mérite de s'occuper de ces personnes détenues souffrant de troubles mentaux, car ils ne sont pas des professionnels des soins. Ils sont en général les premiers exposés à la violence qui découle d'un trouble psychique. Pour les agents de détention, devoir s'occuper de personnes souffrant de troubles mentaux en crise est, à mon avis, un facteur important de pénibilité, car ces agents ne disposent que d'une formation légère en la matière.

**Qu'est-ce qui doit être entrepris en Suisse romande pour que les personnes condamnées à une mesure pénale institutionnelle bénéficient de thérapies adéquates ?**

Il faut créer un établissement spécialisé offrant toute la palette des soins thérapeutiques nécessaires pour accompagner le patient du début à la fin de la mesure pénale. Un tel établissement doit pouvoir disposer d'espaces différenciés et de divers médias thérapeutiques pour soigner toutes les phases de la maladie, sans oublier des moyens de réhabilitation et de réinsertion afin de soutenir le rétablissement des patients. La *Saarländische Klinik für forensische Psychiatrie* (c'est un établissement hospitalier conçu pour l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles) est un exemple dont la Suisse romande pourrait s'inspirer. En Allemagne, il en existe au moins un dans chaque Land.

**Vous avez opté pour la psychiatrie publique, celle qui s'occupe des problématiques les plus complexes et les plus lourdes. Dans le privé, le thérapeute choisit ses patients. Vous, au contraire, ce qui vous intéresse c'est de ne pas choisir. Pourquoi ?**

Ne pas choisir, c'est ne pas exclure. Je préfère accepter tous les patients qui se présentent à moi. Je suis convaincu que la médecine est fondée sur des valeurs tout autant que sur des compétences. Celles qui me tiennent à cœur sont humanistes. Je m'intéresse aux personnes en prison, ou à celles qui sont frappées d'injonctions de soins par décision pénale, parce qu'elles sont dans la plupart des cas extrêmement vulnérables sur le plan psychique et elles ont des parcours d'adversités répétées. Elles sont confrontées à la fois aux interdits de la loi et aux défaillances de leur psyché. Il est de la mission de l'Etat de leur donner une place dans la société. J'aime relever les propos du philosophe Olivier Abel qui disent qu'il ne faut pas enfermer quelqu'un dans son malheur et que c'est le rôle des institutions d'arrêter la contamination du malheur.

« Il est de la mission de l'Etat de leur donner une place dans la société. »



# Développer l'aptitude à vivre en société dans un contexte plus compliqué

## L'exécution des mesures pour jeunes adultes face à des défis

**Les institutions pour mineurs et jeunes adultes doivent s'adapter au changement de profil des délinquants qu'elles accueillent : ceux-ci sont toujours plus jeunes, présentent davantage de troubles mentaux et disposent de moins bonnes capacités cognitives. Visite au Centre d'exécution des mesures Arxhof dans le canton de Bâle-Campagne.**

Kaspar Meuli

Avec ses barbelés, la nouvelle extension s'accorde mal avec le reste des bâtiments. Il faut dire que la section fermée érigée sur le toit d'un des pavillons de plain-pied a été construite il y a quelques années à peine. Comme le souligne le directeur de l'établissement, Francesco Castelli, « cela aurait été inconcevable à nos débuts. » Le centre d'exécution des mesures Arxhof a vu le jour en 1971. A l'époque, Le Centre Arxhof était une maison d'éducation au travail considérée comme pionnière. Bâti en réponse à la vague répressive des années 1950 et 1960, il était, selon Francesco Castelli, « à la pointe de l'avant-garde ».

Mais les temps changent. Pour le directeur, le pavillon d'entrée fermé est « un signe du besoin accru de sécurité de la société », ce qui n'est pas étranger au profil de risque actuel des jeunes pensionnaires. Aujourd'hui, les services cantonaux qui placent les jeunes délinquants demandent presque systématiquement qu'ils passent par la section fermée au début de la mesure. Les huit places sont toujours occupées, et il y a une liste d'attente.

Le Centre d'exécution des mesures Arxhof se dresse dans un cadre enchanteur, au milieu des collines du Jura bâlois. Disposant de 46 places pour de jeunes adultes, il est édifié dans le style d'un « village

Le Centre d'exécution des mesures Arxhof a été construit en 1971 dans le style d'un « village thérapeutique » avec pavillons d'habitation, église, salle de gymnastique et ateliers.  
Photo : Peter Schulthess, 2024



thérapeutique » avec pavillons d'habitation, église, salle de gymnastique et ateliers. Avec son abondante végétation, la vaste cour intérieure ouverte forme le cœur de l'infrastructure. Elle n'a pas toujours eu un tel aspect : l'étang de baignade a été aménagé sur la place où, jusque dans les années 1990, l'appel se faisait entendre.

### L'ultime étape d'un long parcours en institution

Si le cadre n'est plus le même, la clientèle a elle aussi changé. Les hommes placés dans le centre sont plus jeunes, présentent davantage de troubles mentaux et disposent de moins bonnes capacités cognitives que les générations précédentes. « Nous constatons un net changement dans le profil des pensionnaires ces cinq à dix dernières années », commente Francesco Castelli, « cela a une énorme influence sur le développement de notre offre ainsi que sur nos structures et processus de travail. » Une évolution que l'on n'observe pas seulement au Centre Arxhof, mais aussi dans d'autres centres d'exécution de mesures pour jeunes adultes, comme ceux d'Uitikon (ZH) et de Kalchrain (TG). Le parcours des jeunes placés dans ces établissements est toujours plus chaotique, les chiffres recensés à Kalchrain en témoignent. En 2015, les nouveaux arrivants avaient été placés en moyenne 2,5 fois ; aujourd'hui, ils en ont plus de sept. Au Centre Arxhof, le constat est identique. « Nous sommes l'ultime étape d'un long parcours en institution », résume Francesco Castelli.

Mais comment expliquer pareil changement dans le profil des pensionnaires ? Il n'y a pas de réponse simple à cette question. La hausse des troubles psychiques chez les jeunes en général joue probablement un rôle. On ne dispose pas de données spécifiques pour la Suisse, mais un rapport scientifique publié récemment par une commission internationale d'experts mandatée par le magazine *Lancet Psychiatry* arrive à la conclusion que les problèmes psychiques explosent chez les adolescents et les jeunes adultes dans le monde. La dépression et l'anxiété, en particulier, sont en augmentation, un phénomène qui ne date pas seulement de la pandémie de Covid-19.

L'évolution du paysage institutionnel en Suisse peut apporter un autre embryon de réponse. Selon une étude parue dans la revue *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete* en 2023, le nombre de condamnations pénales de mineurs est resté à peu près constant ces dix dernières années, alors que celui des jeunes délinquants placés pénalement a diminué. Cela a entraîné, d'après la publication, un recul de l'offre de places en établissement d'éducation. Conséquence : les jeunes placés en foyer sont moins nombreux, mais « plus difficiles ». Ce constat semble aussi valable dans l'exécution des mesures. « Nous n'accueillons plus que les cas les plus



complexes », déclare Francesco Castelli, à savoir un nombre croissant de jeunes hommes qui présentent des problématiques psychiatriques multiples.

### Une vie autonome et sans infraction

Malgré tous ces changements, la mission du Centre Arxhof est restée la même : donner à de jeunes délinquants les compétences nécessaires pour mener une vie autonome, sans infraction, et favoriser leur resocialisation. Le problème, c'est que la resocialisation n'est pas si simple. Dans bien des cas, il faudrait plutôt parler de « socialisation primaire », précise le directeur. « Bon nombre de ces jeunes n'ont jamais été socialisés ; nous essayons de développer des compétences psychosociales fondamentales. C'était autrefois différent ».

La préparation à la vie en société, qui constitue le cœur de la mission du Centre, repose sur trois piliers. Premièrement, la formation professionnelle. Tous les jeunes placés au Centre Arxhof effectuent un apprentissage. Au sein des entreprises formatrices, les apprentis doivent faire leurs preuves sur le marché du travail primaire. « Nous ne gérons pas des ateliers d'occupation », souligne Francisco Castelli.

Le Centre Arxhof a mis en place une nouvelle structure journalière dans le domaine de la formation professionnelle. Les jeunes placés dans le Centre bénéficient d'un suivi socio-professionnel étroit dès le début de la mesure jusqu'au commencement de leur apprentissage.

Photo : Peter Schulthess, 2024



« Le service de sécurité professionnel a sensiblement contribué à apaiser l'atmosphère. »

Deuxièmement, les pensionnaires se soumettent à une psychothérapie orientée vers le risque et l'infraction (« Sinon, nous nous retrouvons au final avec un menuisier incapable de contrôler ses impulsions »). Et troisièmement, grâce à un encadrement socio-pédagogique étroit, les jeunes hommes acquièrent des compétences psychosociales. Ils exercent leurs capacités à communiquer, à résoudre les conflits et à entretenir des relations.

Voilà pour le concept. Bien qu'il ait fait ses preuves, son application place toutefois les éducateurs sociaux, les responsables d'apprentissage et les thérapeutes face à des défis croissants au Centre Arxhof. Ainsi, les capacités cognitives de nombre de jeunes hommes ne suffisent plus pour une formation professionnelle normale. Ces lacunes appellent de nouvelles idées « Nous devons nous adapter au changement de contexte et nous interroger sur les conditions qui doivent être réunies pour que nous puissions continuer à accomplir notre mission correctement », souligne Francesco Castelli.

#### **Le nouveau profil de la clientèle requiert des adaptations**

Ce processus d'adaptation n'est pas encore terminé, mais quelques nouveautés importantes ont déjà été

introduites. Comme première mesure, le directeur mentionne la mise en place d'un service de sécurité. Motif: compte tenu du profil de risque actuel des jeunes, il est nécessaire d'avoir un personnel de sécurité professionnel sur place 24 heures sur 24. Même si ces agents ne portent pas l'uniforme, ils n'en marquent pas moins leur présence avec leur tenue aisément reconnaissable. La nécessité d'étoffer le personnel n'a pas échappé aux autorités judiciaires de Bâle-Campagne, qui ont approuvé le financement de ce service. Depuis le début de 2024, les agents de sécurité sont notamment chargés de contrôler les visiteurs et d'intervenir, en premier, en cas d'incident; ils assument également d'autres tâches, comme la fouille des chambres et la collecte des échantillons d'urine. « Cela a sensiblement contribué à apaiser l'atmosphère », analyse Francesco Castelli. « Le malaise a disparu, et nos collaborateurs se sentent de nouveau en sécurité aujourd'hui ».

Toute une série de nouveautés concerne la gestion de la diversité culturelle. D'une part, des cours de langue ont été mis en place pour les pensionnaires dont les connaissances en allemand sont si mauvaises qu'ils ne sont, par exemple, pas en mesure de suivre des séances thérapeutiques. D'autre part, une formation interculturelle est organisée à l'intention du personnel. Le thème: qu'implique le fait de travailler avec des jeunes qui n'ont pas grandi en Suisse? Ce projet pilote a démarré avec succès. Actuellement, deux jeunes hommes ayant de maigres connaissances en allemand suivent des cours intensifs de langue.

Le centre d'exécution des mesures doit également gérer les changements dans la répartition des jeunes hommes dans les différents pavillons. Etant donné que la plupart des nouveaux arrivants passent les premiers mois de leur mesure dans la section fermée, où l'on évalue notamment leurs possibilités sur le plan professionnel, les sections ouvertes sont sous-occupées. L'un des pavillons d'habitation sera donc transformé en « pavillon de transition ». Objectif: assurer une transition réussie entre la section fermée et la section ouverte. Pour ce faire, une offre pédagogique très structurée sera créée, en combinaison avec des mesures de sécurité supplémentaires sur le plan architectural.

#### **Eviter une pression excessive sur les entreprises et les jeunes**

Au Centre Arxhof, les jeunes adultes peuvent effectuer sept apprentissages différents, de la formation de garde-forestier à la métallurgie en passant par la menuiserie et la cuisine. Les ateliers du centre d'exécution des mesures sont des entreprises formatrices publiques appréciées pour la qualité de leurs produits et de leurs services par la clientèle et par les apprentis externes. Sur les places d'apprentissage, seize

En réaction au changement de profil des jeunes délinquants, le Centre Arxhof a notamment mis en place un service de sécurité professionnel présent vingt-quatre heures sur vingt-quatre.  
Photo: Peter Schulthess, 2024





sont systématiquement occupées par des jeunes qui viennent de l'extérieur. Mais contrairement à autrefois, la formation professionnelle représente un saut trop important pour bon nombre de pensionnaires en raison de leurs faibles capacités d'apprentissage et de performance et de problématiques psychiques multiples. Pour préparer ces jeunes à l'apprentissage de manière optimale, le Centre a mis en place une nouvelle structure de jour dans le domaine de la formation professionnelle. Les jeunes qui y sont placés bénéficient d'un suivi sociopédagogique étroit et d'un soutien dès le début de la mesure jusqu'au début de l'apprentissage. Par ailleurs, il existe des diplômes professionnels pour tous les niveaux, de l'attestation individuelle de compétences délivrée par le Centre Arxhof à la formation professionnelle initiale avec attestation fédérale jusqu'au diplôme le plus exigeant, le certificat fédéral de capacité (CFC). « Nous avons trouvé un système qui tient compte du changement de profil des jeunes placés chez nous et qui ne soumet ni les entreprises formatrices ni les jeunes à une pression excessive », estime Francesco Castelli.

En Suisse, tous les centres d'exécution des mesures pour jeunes adultes font manifestement face à

de nouveaux défis en raison du changement de profil des jeunes qui y sont placés. Andreas Wepfer, qui suit l'évolution en tant que directeur de l'établissement de Kalchrain et auteur de publications spécialisées, le confirme également. La tendance observée va, selon lui, nécessiter des changements globaux dans les institutions : « La structure de base a été instaurée dans les années 1980, à une époque où l'on investissait beaucoup dans les établissements d'éducation. Nous devons à présent réexaminer la situation et mettre en place de nouveaux concepts ».

Malgré tous ces bouleversements, une chose reste immuable : un séjour de plusieurs années dans un centre d'exécution des mesures est une dure école de vie. Toutefois, en général, elle est efficace. A l'occasion de son 50<sup>e</sup> anniversaire, en 2021, Le Centre d'exécution des mesures Arxhof a publié un recueil de témoignages de jeunes délinquants ayant séjourné dans l'institution. Dans un récit intitulé « Deuxième et dernière chance », un ancien pensionnaire écrit : « J'ai tenu le coup, j'ai trouvé d'autres jeunes qui partageaient ma vision des choses et j'ai réussi. Quelle mesure extrêmement dure, mais aussi incroyablement formatrice ! »

Si les pensionnaires considèrent l'exécution de leur mesure au Centre Arxhof comme une dure école de vie, beaucoup parlent rétrospectivement d'une période extrêmement formatrice.

Photo : Peter Schulthess, 2024



# Prendre en compte des traumatismes dans la prise en charge

## Approche axée sur les traumatismes dans l'exécution des sanctions pénales



Nora Affolter, psychologue MSc., est collaboratrice scientifique au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) et chargée de cours dans le cadre du programme d'apprentissage « *Partnerschaft ohne Gewalt* » (« Vie en couple sans violence »). Elle a auparavant travaillé plusieurs années dans le domaine de l'exécution des mesures en milieu institutionnel. Cet article reflète son opinion personnelle sur le sujet et non celle du CSCSP.

**Le fait de considérer certains comportements problématiques ou incompréhensibles comme pouvant aussi être secondaires à un stress post-traumatique, peut servir de base pour établir une prise en charge qui intègre les principes fondamentaux de la pratique axée sur les traumatismes, ce qui implique également de voir l'auteur de l'infraction comme une personne qui a peut-être, elle aussi, été victime de violence. Bien qu'exigeante, cette approche peut contribuer à améliorer la santé mentale des personnes détenues et à favoriser la collaboration.**

Nora Affolter

Les établissements pénitentiaires concentrent leurs efforts sur les auteurs d'infraction (travail axé sur l'infraction) et non sur les victimes. En se renseignant auprès des différents milieux professionnels concernés, force est de constater que le fait de travailler avec les uns ou les autres semble souvent relever d'un choix personnel. La distinction entre l'auteur et la victime n'est cependant pas toujours aussi évidente. Des études révèlent, en effet, que plus de la moitié des personnes incarcérées ont un parcours de vie marqué par des traumatismes. Les hommes placés en détention sont ainsi nettement plus souvent touchés par des traumatismes que les autres, ce qui les expose à un risque plus élevé de développer des troubles post-traumatiques.

C'est pourquoi, il pourrait être essentiel de prendre en compte ces traumatismes dans le travail avec les auteurs d'infraction. La pratique axée sur les traumatismes vise à renforcer la résilience de ces derniers et à réduire les dommages causés sur leur santé psychique en appliquant à l'exécution des sanctions pénales cinq principes fondamentaux qui sont la sécurité, la collaboration, la fiabilité, le choix et l'autonomisation, des principes qui semblent, à première vue, difficilement compatibles avec la chaîne pénale et l'environnement carcéral.

### Comprendre les traumatismes

Dans la onzième révision de la Classification internationale des maladies et des problèmes de santé connexes (CIM-11), l'OMS définit le traumatisme comme l'exposition à un « événement ou une série d'événements extrêmement menaçants ou terrifiants ». Des personnes telles que les soignants ou les proches, qui n'ont pas été elles-mêmes directement confrontées à l'événement menaçant, peuvent, elles aussi, développer des troubles post-traumatiques. De tels troubles se traduisent par une hyperexcitation émotionnelle et un état de stress physiologiquement quantifiable. On ne parle toutefois de situation traumatique que lorsque le stress ne cesse d'augmenter et qu'il devient impossible de s'en sortir.

On distingue deux types de traumatismes : les traumatismes de type I, causés par des événements graves, inattendus et uniques (p. ex. les accidents, les tremblements de terre, les agressions ou les viols), et les traumatismes de type II, qui résultent d'événements répétés et parfois prévisibles (p. ex. les violences domestiques, l'exploitation sexuelle, la guerre ou la famine). Dans les établissements pénitentiaires, on s'attend à être plutôt confronté à des personnes souffrant de traumatismes de type II.

Dans les milieux spécialisés, le terme « traumatisme » renvoie à l'événement déclencheur, tandis que le trouble de stress post-traumatique (TSPT) désigne la conséquence psychique qui en résulte. Ce tableau clinique se traduit par des symptômes tels que des souvenirs soudains de l'événement (« flashbacks »), des comportements d'évitement (p. ex. de personnes et de lieux) et une hyperréactivité (p. ex. des réactions de sursaut, de nervosité, d'irritabilité). Même si la plupart des personnes ayant vécu un événement traumatique ne développent pas de TSPT, cette expérience peut avoir des répercussions sur leur vie quotidienne qui se manifestent sous différentes formes, telles que l'anxiété, la dépression, l'irritabilité, les troubles du sommeil et de l'alimentation ou les maladies cardiovasculaires. Les expériences traumatiques peuvent par ailleurs engendrer des problèmes relationnels (p. ex. difficultés à établir et maintenir des relations de confiance), des sentiments de honte, de culpabilité et de désespoir, de l'agressivité, un retrait social, une perte de contrôle des impulsions ou encore des problèmes d'alcoolisme et de toxicomanie. Il est évident que ces difficultés peuvent également survenir dans des milieux tels que les établissements pénitentiaires. Les traumatismes psychiques ne sont pas forcément visibles au premier abord. Des connaissances linguistiques limitées, la peur, la honte et le manque de connaissances, mais aussi le fait que d'autres problèmes viennent souvent se superposer (p. ex. les problèmes de dépendance) peuvent les rendre plus difficiles à détecter. Il est pourtant prouvé scientifiquement que de nombreuses personnes incarcérées ont un parcours de vie marqué par des traumatismes.

### **Lien entre traumatisme et délinquance**

Si l'on considère l'exposition à un traumatisme comme un facteur de risque criminogène, cela signifie que le traiter pourrait contribuer à réduire le risque de récidive. Le modèle fondé sur les principes du risque, des besoins et de la réceptivité (« Risk-Need-Responsivity »), qui est utilisé depuis plus de 30 ans dans le travail avec les délinquants,

perçoit cependant le traumatisme non pas comme un facteur de risque, mais plutôt comme un élément susceptible de compromettre l'efficacité du traitement. Les expériences d'abus peuvent, par exemple, entraver la capacité d'un détenu à suivre un traitement en raison du stress émotionnel et des déficits sociaux qu'elles ont engendrés.

### **Lien entre traumatisme et détention**

L'arrestation et le placement en détention provisoire surviennent le plus souvent de manière inattendue, sans que la personne concernée y ait été préparée. Le fait de ne pas connaître les raisons de son arrestation peut générer un sentiment de perte de contrôle et ainsi provoquer ce que l'on appelle un « choc carcéral ». De plus, comme la personne n'a généralement pas eu le temps de prendre ses dispositions ou de faire ses adieux à sa famille, elle se retrouve rapidement confrontée à des questions existentielles et à des angoisses. L'incarcération peut, dans certains cas, se révéler traumatisante.

En outre, cet environnement marqué par des mesures de contrôle telles que les palpations et les fouilles corporelles, des procédures strictes, des relations imposées et un manque d'intimité, favorise le risque d'une « retraumatisation », susceptible d'entraîner des émotions intenses, un état de tension ou des comportements étranges (p. ex. une personne peut se figer brusquement ou perdre soudainement son sang-froid au cours d'une discussion avec un membre du personnel).

### **Lien entre traumatisme et efficacité de la prévention de la récidive**

La santé psychique est une condition essentielle au bien-être d'un individu, à son épanouissement et à sa participation à la vie de la société. Elle constitue un élément-clé d'une resocialisation réussie. Les traumatismes non traités peuvent avoir un impact sur la santé mentale des personnes concernées, les amener à s'automutiler ou à être violentes, les inciter à consommer de la drogue ou influencer la manière dont elles construisent leurs relations. De plus, la promiscuité et le niveau généralement

« Il est pourtant prouvé scientifiquement que de nombreuses personnes incarcérées ont un parcours de vie marqué par des traumatismes. »



« L'approche axée sur les traumatismes pourrait présenter plusieurs avantages pour le système carcéral. »

élevé de stress exposent davantage les détenus à un risque de nouveaux traumatismes liés à des actes de violence physique, verbale ou sexuelle.

### **Les cinq principes fondamentaux de la pratique axée sur les traumatismes**

La pratique axée sur les traumatismes est une approche qui tient compte de la prévalence des traumatismes vécus et de leur impact sur le fonctionnement psychosocial d'une personne tout au long de sa vie. Une institution qui adopte cette approche est capable de reconnaître les signes et les symptômes d'un traumatisme, est consciente de l'impact considérable qu'ils peuvent avoir et sait qu'il existe plusieurs voies à de possibles guérisons.

Une prise en charge axée sur les traumatismes repose sur cinq principes fondamentaux : la sécurité, la collaboration, la fiabilité, le choix et l'autonomisation. Une relation fondée sur une base stable, c'est-à-dire caractérisée par la cohérence, la prévisibilité et l'empathie, est considérée comme essentielle au travail de prise en charge. Adopter cette approche implique pour les professionnels de prendre en compte ces cinq principes dans l'accompagnement individuel. Pour les personnes détenues ayant vécu des traumatismes, la prévisibilité ou l'incohérence du comportement d'un membre du personnel d'encadrement fait ainsi une grande différence (sécurité). Le fait de bénéficier d'un soutien actif ou de constater, au contraire, qu'on manifeste peu d'intérêt à leur égard a également son importance (fiabilité) pour eux. Offrir des choix à des personnes traumatisées et les encourager à prendre des initiatives (autonomisation) s'inscrit, par exemple, dans une telle approche. À l'inverse, montrer que l'on doute de leur potentiel de développement personnel ou ne pas s'intéresser à leurs objectifs personnels relève d'une approche qui ne tient pas compte des traumatismes.

Si tous les domaines de l'exécution des peines reconnaissent que certains comportements problématiques ou incompréhensibles peuvent (aussi) être secondaires à un stress post-traumatique, on disposera de la base nécessaire pour travail-

ler selon les principes de l'approche axée sur les traumatismes. Il s'agit de considérer la personne qui commet une infraction – c'est-à-dire l'auteur – comme une personne qui a peut-être fait l'objet de violence et donc comme une victime. Il est essentiel pour les professionnels d'accepter cette dissonance cognitive et de la prendre en considération dans l'accompagnement individuel qu'ils fournissent. Même si elle peut être exigeante, cette approche peut avoir des effets bénéfiques sur la santé mentale des personnes détenues, sur la collaboration et même sur la santé du personnel, et ce avec des ressources relativement limitées. Elle pourrait présenter plusieurs avantages pour le système carcéral : elle permet d'assurer une prise en charge adaptée aux besoins, de réduire le risque de retraumatisation, de renforcer la résilience, d'encourager le développement de relations positives et d'accroître la sécurité tant pour le personnel que pour les personnes détenues (sécurité dynamique). Comme le révèlent les premières études, il existe toutefois un fossé entre les ambitions et la réalité pour ce qui est de l'application de cette pratique dans les prisons. Il serait donc souhaitable de mener davantage de recherches dans ce domaine.

### **Liens**

- Organisation mondiale de la santé Classification internationale des maladies,
- Onzième révision (CIM-11), <https://icd.who.int/browse/2024-01/mms/fr>
- <https://www.bag.admin.ch/bag/fr/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-im-bereich-psychische-gesundheit.html>
- Trauma-Informed Forensic Practice – 1<sup>st</sup> Edition – Phil Willmot – Lawre ([routledge.com](https://www.routledge.com))
- Une version intégrale au format PDF de l'article paru dans la revue NCrim peut être obtenue auprès de l'auteure ([Nora.Affolter@skjv.ch](mailto:Nora.Affolter@skjv.ch)).

# Renforcer la collaboration à tous les niveaux

## Comment améliorer la prise en charge psychiatrique ?

**La prise en charge des détenus atteints de maladies psychiques représente un défi de taille. Les organes responsables veulent améliorer la situation en renforçant la collaboration interdisciplinaire et intercantonale. Il serait également souhaitable d'encourager le travail en réseau entre le personnel pénitentiaire et les professionnels de la santé.**

Folco Galli

Sur mandat de la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP), le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) a publié, en 2021, le manuel «Prise en charge psychiatrique dans le cadre de la privation de liberté», en étroite collaboration avec des professionnels des domaines de l'exécution des sanctions pénales et de la santé. Ce manuel concrétise les principes relatifs à la prise en charge psychiatrique des personnes détenues, qui ont été élaborés par un groupe d'experts interdisciplinaire et approuvés par la CCDJP en 2016. Destiné aux plus hauts responsables de l'exécution des sanctions pénales, il vise, par ses explications, ses remarques et ses recommandations pratiques, à conférer aux établissements de privation de liberté une sécurité en matière d'action dans les relations avec les personnes détenues souffrant de troubles psychiques. Il entend en outre sensibiliser les professionnels à cette problématique complexe et encourager la collaboration interdisciplinaire.

Comme ce manuel est parfois encore trop peu connu des professionnels et utilisé dans la pratique, et que les besoins en matière de traitement et de prise en charge vont au-delà de ce que de nombreux établissements sont en mesure d'offrir, les organes responsables ont décidé cette année de mettre sur pied le groupe de travail «Prise en charge psychiatrique dans le cadre de la privation de liberté». Ce dernier doit présenter, d'ici à 2026, des propositions en vue d'améliorer la prise en charge et le traitement psychiatriques des personnes détenues en renforçant la collaboration interdisciplinaire et intercantonale. Nora Affolter, qui représente le CSCSP au sein de ce groupe souligne que «le manuel reste d'actualité et complet, et qu'il n'a pas besoin d'être réédité». Elle note cependant que «le travail de

sensibilisation sur cette question n'est pas encore terminé». Le groupe de travail est en train, dans un premier temps, de faire un point sur l'état de la mise en œuvre des recommandations. Nora Affolter explique qu'il va également recenser les défis que pose la prise en charge psychiatrique aux établissements pénitentiaires et rassembler des exemples de mise en œuvre réussie des recommandations.

### Hausse des urgences psychiatriques

«Nous faisons aujourd'hui face à une population carcérale qui est en proie à des problèmes de plus en plus importants en lien avec la détention, ce qui provoque des réactions violentes de sa part», indique Charles Jakober, directeur de l'établissement pénitentiaire de Soleure et membre du groupe de travail. Ce constat s'inscrit, selon lui, dans une

Le manuel vise à conférer aux établissements de privation de liberté une sécurité en matière d'action dans les relations avec les personnes détenues souffrant de troubles psychiques.







Les collaborateurs des établissements de privation de liberté jouent un rôle important. Passant beaucoup de temps avec les détenus, ils peuvent détecter rapidement les signes de la maladie ; souvent, ils sont aussi les premiers à intervenir en cas de crise.

« L'enseignement théorique se fait cependant à travers l'analyse des cas soumis par les participants. »

tendance générale : le besoin de prise en charge psychiatrique ne cesse de s'accroître dans notre société, si bien que « les collaborateurs des établissements de privation de liberté se retrouvent de plus en plus souvent confrontés à des urgences psychiatriques ». Ils n'ont d'autre choix que de gérer ces situations en engageant le dialogue avec les personnes concernées et en prêtant une oreille attentive à leurs préoccupations. Dans le meilleur des cas, ils disposent d'une plus grande marge de manœuvre, qui leur permet par exemple, selon les circonstances, de les emmener dans la cour de promenade ou de les soulager d'une autre manière. Ces solutions ne sauraient toutefois en aucun cas se substituer complètement à une intervention psychiatrique ou thérapeutique.

« Plus un établissement dispose de personnel, plus il est en mesure de faire face à ces situations », constate Charles Jakober. L'infrastructure joue également un rôle déterminant : placer une personne dans une cellule avec trois autres détenus plutôt que dans une cellule individuelle peut engendrer des problèmes supplémentaires, notamment si elle a des pensées suicidaires ou si elle souffre d'anxiété. C'est pourquoi les établissements de petite taille, qui disposent de ressources plus limitées, se retrouvent souvent rapidement dépassés.

Charles Jakober considère qu'il est illusoire de penser que chaque institution pourrait disposer de spécialistes en psychologie et en psychiatrie 24h/24. Pour lui, la solution consiste à ce que les établissements de grande taille définissent des priorités et mettent en place un système d'entraide. Pour illustrer ses propos, il donne l'exemple suivant : « Dans l'établissement pénitentiaire de Soleure, nous disposons d'un service de santé bien doté, ce qui nous permet d'accueillir des détenus d'autres établissements nécessitant une prise en charge intensive. Nous n'avons en revanche pas de quartier de haute sécurité et nous nous efforçons de transférer les détenus concernés dans un autre établissement pénitentiaire lorsque cela s'avère nécessaire. »

#### **Apprendre à adopter la bonne approche**

Le CSCSP a pour objectif de former les collaborateurs des établissements pénitentiaires afin qu'ils puissent adopter la bonne approche avec les personnes détenues atteintes de troubles psychiques. La formation de base leur permet déjà d'acquérir des connaissances élémentaires pour détecter de tels troubles. La formation « Personnes détenues souffrant de troubles mentaux », qui comprend six modules de trois jours, vise à leur transmettre des connaissances théoriques, tout en abordant des

aspects pratiques et la manière de communiquer avec les détenus concernés. Dans certains modules, les collaborateurs ont même la possibilité d'interagir avec des patients, comme le souligne Eliane Zimmermann, responsable du département Formation continue. Par ailleurs, en ce qui concerne la prévention du suicide, ils peuvent bénéficier d'un programme d'e-learning qui leur apprend à identifier les facteurs de risque et à mettre en place des mesures préventives.

Les six modules peuvent être suivis séparément et dans n'importe quel ordre. De nombreux collaborateurs choisissent de suivre l'ensemble des modules, soit en une fois, soit sur plusieurs années. Ceux qui ont suivi la formation dans son intégralité peuvent approfondir les connaissances acquises en effectuant un stage pratique de deux à trois semaines dans un service de psychiatrie aiguë, que les collaborateurs trouvent « extrêmement utile », selon Eliane Zimmermann.

### Au plus près de la réalité

Les quatre modules proposés en Suisse alémanique par le cabinet Forensik Praxis Bern « reposent sur l'implication des participants, qui peuvent soumettre leurs propres cas pour en discuter. Ils peuvent en outre échanger avec des patients et les interroger sur leurs expériences », précise Jens Sommer, le directeur du cabinet. Les participants se voient remettre une documentation (incluant des listes de contrôle pour les aider à détecter les signes de la maladie) qui présente une version simplifiée de concepts de niveau académique complexes, les rendant ainsi plus accessibles et utilisables dans des situations concrètes. L'enseignement théorique se fait cependant à travers l'analyse des cas soumis par les participants. Par exemple, un ancien détenu souffrant de schizophrénie fait part de son expérience pendant son séjour en prison, ce qui donne l'occasion aux participants de lui poser des questions sous une autre perspective et de lui demander, par exemple, ce que cela fait d'entendre des voix. « Nous sommes au plus près de la réalité », indique Jens Sommer. « Les échanges sont intenses, même dans un cadre plus informel, comme lors des pauses. »

Les participants sont extrêmement motivés, « ce n'est pas la direction de leur établissement qui les oblige à suivre la formation ». Les modules que cette dernière comprend sont particulièrement appréciés et affichent généralement complets très rapidement, « car ils répondent à la soif d'apprendre des participants et leur fournissent les outils nécessaires pour mieux gérer eux-mêmes les situations difficiles auxquelles ils sont confrontés et ainsi accomplir plus efficacement leur mission de

resocialisation », explique Jens Sommer. La formation ne leur permet en revanche d'acquérir qu'une expérience thérapeutique personnelle limitée, qui est une composante essentielle de la formation en psychiatrie et psychothérapie. Elle leur permet d'engager une première réflexion – mais qui n'est pas approfondie – sur eux-mêmes et sur ce que la gestion des personnes atteintes de troubles psychiques provoque en eux.

D'après le manuel du CSCSP, la prise en charge psychiatrique doit être assurée par des spécialistes. Les collaborateurs des établissements de privation de liberté ont cependant, eux aussi, un rôle essentiel. Comme l'explique Jens Sommer, « ils passent beaucoup plus de temps avec les détenus que les spécialistes, ce qui leur permet de détecter plus rapidement les signes de la maladie, notamment chez ceux qui ne font l'objet d'aucun diagnostic à leur arrivée dans l'établissement ou qui ne développent des troubles ou une instabilité psychiques qu'au cours de leur détention ». Ils développent un sens particulier de l'observation, agissent comme un système d'alerte précoce et signalent tout problème aux spécialistes pour qu'ils procèdent à un examen psychologique et psychiatrique. Le psychiatre forensique insiste sur « la nécessité d'encourager davantage ce travail en réseau car les signalements des collaborateurs ne sont pas toujours suivis d'effet ».

### Collaboration avec des cliniques psychiatriques

Le document « rapport et orientation de la Conférence des chefs des services pénitentiaires cantonaux (CCSPC) et de la Société suisse de psychiatrie et psychothérapie forensique (SSPF) », daté du 26 août 2024, vise à établir une compréhension commune ainsi que des conditions-cadres harmonisées pour la collaboration entre les cliniques psychiatriques (forensiques) et les instances compétentes en matière d'exécution des sanctions pénales.

Les mesures thérapeutiques institutionnelles doivent être exécutées, selon les troubles diagnostiqués, dans un établissement psychiatrique. L'autorité d'exécution est, dans ces cas, chargée d'établir et de coordonner le plan de l'ensemble du séjour. Elle décide par exemple de l'octroi de sorties ou de congés ou du transfert dans un autre établissement. La clinique est, quant à elle, responsable de la sécurité et du bon fonctionnement de l'établissement. Elle établit les plans d'exécution et de traitement sur la base des directives de l'autorité d'exécution, avec la

participation de la personne placée. Elle décide, dans le cadre de son mandat de prestations et de prise en charge, quelles personnes elle admet. Il n'existe pas d'obligation générale d'admission. Le rapport souligne qu'« une collaboration professionnelle, orientée vers les risques, suppose un échange d'informations transparent entre l'autorité d'exécution et la clinique ». Il définit par ailleurs des normes de sécurité uniformes et propose une structure harmonisée pour les plans d'exécution et de traitement. Il formule en outre des recommandations concernant les concepts de traitement et de soins, l'occupation des personnes placées, le travail avec les proches, les entretiens relatifs à l'exécution, les obligations de déclaration et la gestion de la transition. Le rapport et les recommandations concernant la collaboration entre les cliniques psychiatriques et les instances compétentes en matière d'exécution des sanctions pénales peuvent être consultés sur le site Internet de la CCSPC ([www.kkljv.ch](http://www.kkljv.ch)) et de la SSPF ([www.swissforensic.ch](http://www.swissforensic.ch)).



# Préserver les ressources des cliniques forensiques

## Prise en charge de délinquants schizophrènes dans un établissement d'exécution des mesures

**L'expérience de l'établissement pénitentiaire de Soleure montre que les délinquants schizophrènes, qui ont été condamnés à un traitement institutionnel, peuvent, sous certaines conditions, aussi être pris en charge dans un centre d'exécution des mesures. Une sélection rigoureuse des cas est toutefois nécessaire. La mesure a des chances de succès notamment pour ceux qui répondent bien à un traitement neuroleptique.**

Lutz-Peter Hiersemenzel et Ewald Hollerbach



Lutz-Peter Hiersemenzel, Dr. med., MBA, est médecin-chef au département de psychiatrie forensique des services psychiatriques des hôpitaux de Soleure SA.

Ewald Hollerbach, Dr. med., est chef de clinique au département de psychiatrie forensique des services psychiatriques des hôpitaux de Soleure SA. Dans le cadre de leurs fonctions, ils sont tous deux également en charge de la santé mentale des personnes détenues en exécution de mesures au sein de l'établissement pénitentiaire de Soleure.

Le code pénal suisse prévoit la possibilité d'ordonner une mesure thérapeutique lorsque l'auteur a commis un crime ou un délit en relation avec un grave trouble mental ou qu'on estime qu'il existe un risque élevé de récidive et que le traitement a des chances de succès. Cette mesure peut prendre la forme d'un traitement ambulatoire, qui peut être ordonné en complément d'une peine privative de liberté, ou d'un traitement institutionnel au sens de l'art. 59 CP, qui doit être effectué dans un établissement approprié.

Ces traitements institutionnels sont dispensés, pour la plupart, dans des cliniques de psychiatrie forensique dirigées par des médecins, mais il arrive aussi – même si plus rarement – qu'ils le soient dans des centres d'exécution des mesures. Ces deux types d'établissements se distinguent notamment par le profil des personnes prises en charge. Les cliniques de psychiatrie forensique accueillent presque exclusivement des délinquants souffrant de troubles psychotiques, notamment de schizophrénie, tandis que les centres d'exécution des mesures permettent surtout de prendre en charge des délinquants présentant des troubles de la personnalité ou une déviance sexuelle prononcée. Pour ces derniers, l'amélioration du pronostic légal ne signifie généralement pas un traitement médicamenteux, mais plutôt un accompagnement socio-éducatif et socioprofessionnel, associé à une psychothérapie.

### Hausse du nombre de schizophrènes en exécution de mesures

L'établissement pénitentiaire de Soleure dispose d'une unité fermée pour l'exécution des mesures,

qui répond à des normes de sécurité élevées. Il compte au total une centaine de places, dont la plupart sont réservées à l'exécution des mesures thérapeutiques institutionnelles. Il ressort de ce qui précède que les délinquants schizophrènes dont le diagnostic a été confirmé par une expertise devraient en principe être pris en charge dans des cliniques de psychiatrie forensique. Cependant, nous avons constaté ces dernières années, une augmentation significative du nombre de délinquants schizophrènes admis au sein de l'unité d'exécution des mesures de l'établissement pénitentiaire de Soleure. Une analyse plus approfondie a révélé que le taux des détenus diagnostiqués schizophrènes est passée d'environ 10 % en 2015 à 28 % en 2021, ce qui représente une proportion beaucoup plus élevée. Cette hausse pourrait notamment s'expliquer par un manque de places dans les cliniques de psychiatrie forensique, ce qui entraîne des listes et des délais d'attente parfois très longs (pouvant aller jusqu'à plusieurs années !), en particulier pour les personnes provenant de cantons où il n'existe pas de telles cliniques.

A première vue, on pourrait penser que des personnes atteintes de schizophrénie n'ont pas leur place dans un centre d'exécution des mesures. Mais est-ce réellement le cas ? Nous avons cherché à savoir, en nous appuyant sur des données de l'établissement pénitentiaire de Soleure, si ces placements pouvaient malgré tout donner des résultats probants. Dans de tels cas, la mise en œuvre de la mesure nécessite de mettre en place un suivi médical rigoureux, mais aussi de disposer du savoir-faire nécessaire et de respecter les recommandations des sociétés spécialisées dans le traitement

de la schizophrénie. De plus, il est important que le taux d'encadrement global soit suffisant, ce qui est effectivement le cas dans un établissement d'exécution des mesures.

**Le placement dans un centre d'exécution des mesures n'est pas bénéfique pour tous les schizophrènes**

Les résultats obtenus permettent de distinguer trois groupes d'individus de taille plus ou moins

égale : ceux sur lesquels le placement a un impact positif, ceux qui ne connaissent pas d'évolution et ceux qui n'ont pas réussi à développer une aptitude à évoluer au sein d'un groupe, ce qui les empêche de bénéficier des offres proposées par l'établissement, car leur situation ne permet pas une exécution en groupe.

Une évolution favorable peut être observée en particulier chez les personnes qui réagissent bien aux traitements médicamenteux, qui avaient peut-

Dans l'établissement pénitentiaire de Soleure, les personnes schizophrènes profitent d'une large offre en matière de travail et de loisirs et de la forte structure mise en place.

Photo : établissement pénitentiaire de Soleure





Ces dernières années, le nombre de délinquants schizophrènes en exécution de mesure a sensiblement augmenté dans l'établissement pénitentiaire de Soleure.  
Photo : établissement pénitentiaire de Soleure



« Le fait que les mesures puissent être exécutées avec succès contribue notamment à préserver les ressources des cliniques forensiques. »

être déjà bénéficié auparavant d'un traitement neuroleptique avec une posologie adaptée et qui n'étaient pas réticentes à l'idée de prendre des médicaments. Il est important de souligner qu'une médication forcée n'est pas possible dans un établissement pénitentiaire. Les personnes qui réagissent bien aux traitements médicamenteux bénéficient tout particulièrement de l'éventail de possibilités de travail et de loisirs offertes par l'établissement et de la structure solide mise en place. Pour parvenir à une évolution positive, il est également nécessaire de disposer d'un certain niveau de compétences sociales, ce qui n'est pas le cas de toutes les personnes atteintes de schizophrénie. Une évolution défavorable peut en revanche être constatée, en particulier chez les personnes qui présentaient des symptômes significatifs malgré un traitement neuroleptique adapté. Elles ne pouvaient donc pas bénéficier de l'offre de travail proposée par l'établissement et ne disposaient pas de ressources suffisantes pour s'intégrer dans un groupe.

#### **Des concepts pour la prise en charge des personnes souffrant de graves troubles mentaux requis**

En conclusion, nous pouvons dire qu'un centre d'exécution des mesures n'est pas en soi totalement inadapté à l'exécution d'une mesure thérapeutique institutionnelle ordonnée à l'encontre d'un délinquant atteint de schizophrénie. Une sé-

lection des cas est toutefois nécessaire : les chances de succès de la mesure sont d'autant plus élevées si les personnes répondent bien à une médication neuroleptique et disposent de compétences sociales suffisantes pour une exécution en groupe ou sont capables d'en développer rapidement. Ces personnes peuvent ainsi profiter de la vaste offre en matière de travail et de loisirs proposée par les établissements pénitentiaires.

Le fait que les mesures puissent être ainsi exécutées avec succès contribue notamment à préserver les ressources des cliniques forensiques, qui font face à un manque chronique de places. L'idée de placer une personne dans un centre d'exécution des mesures après l'interruption d'un traitement en clinique, en raison, par exemple, du fait que ce dernier paraissait voué à l'échec, semble, en revanche, moins évidente. Comme nous l'avons constaté à plusieurs reprises, la prise en charge dans un tel centre n'a pas non plus donné dans ces cas-là de résultats probants. Les transferts d'une clinique psychiatrique vers un établissement pénitentiaire témoignent d'un manque de réflexion fondamentale sur ce qu'il adviendra des personnes souffrant de graves troubles mentaux, dont le traitement semble voué à l'échec, en particulier lorsque leur peine privative de liberté est convertie en mesure de sûreté (internement). Des concepts de base et des planifications interrégionales sont ici nécessaires.

# Cinq questions à Pascal Muriset

**« Nous essayons de montrer des perspectives afin de susciter une volonté de changement »**

Pascal Muriset est coresponsable du projet zurichois « Rückkehrorientierung und Rückkehrberatung im Sanktionenvollzug » (Information et conseil en matière de retour dans l'exécution des sanctions). La particularité de ce projet ? Dans le cadre de l'exécution, il place très tôt les personnes concernées devant le fait qu'elles devront quitter le pays et les prépare à un avenir hors de Suisse.



**Monsieur Muriset, le Conseil d'État du canton de Zurich a approuvé un projet pilote d'information et de conseil en matière de retour il y a deux ans. Il existe des offres similaires à Berne et à Genève. En quoi le projet zurichois s'en différencie-t-il ?**

Nous mettons en œuvre le conseil en matière de retour dans l'exécution des sanctions, une approche qui est effectivement aussi proposée à Berne et à Genève et qui vise à aborder et à organiser avec les personnes détenues leur départ de la Suisse. Le projet zurichois a ceci de particulier que, dans le cadre de l'information sur le retour, il se concentre sur la perspective d'un avenir hors de Suisse durant toute l'exécution de la sanction ; le plan d'exécution est élaboré sur cette base. Les personnes concernées sont ainsi placées très tôt devant le fait qu'elles devront quitter la Suisse, ce qui permet à toutes les parties impliquées de mieux planifier les choses et entraîne une meilleure acceptation de la situation.

**Comment procédez-vous concrètement pour améliorer l'acceptation ?**

Nous essayons de montrer des perspectives aux clients afin de favoriser une volonté de changement. Grâce aux entretiens-conseils, à une aide au niveau de l'organisation et à une contribution sous forme de soutien financier à un projet, ils peuvent par exemple envisager une activité professionnelle dans le pays de retour, entreprendre une formation ou trouver un logement. Enfin, la personne peut également voir qu'en coopérant,

elle pourra être relâchée plus tôt ou que son départ sera plus facile.

**Quelle est la plus-value de ce projet pour les personnes en attente de renvoi ?**

Le projet a un aspect rassurant pour les détenus, car les principales questions qu'ils se posent – combien de bagages pourrai-je emporter ? mon permis de conduire est-il encore valable dans ce pays ? – trouvent une réponse durant les discussions. Ces informations contribuent à clarifier les choses, ce qui a un effet positif pour les personnes concernées. Le projet permet en outre d'élaborer des perspectives qui faciliteront les débuts dans le nouvel endroit, en partie à travers un projet concret de réinsertion. Cela peut conduire à une libération anticipée, ce qui apporte une plus-value aux personnes concernées et contribue à détendre la situation sur le front des places de détention dans le canton de Zurich.

**Quel bénéfice ce projet apporte-t-il aux autorités ?**

Cette approche, qui implique la collaboration entre plusieurs directions, facilite la mise en œuvre de deux mandats prévus par la loi : la réinsertion dans la société et l'exécution du renvoi. Le mandat de resocialisation ne s'arrête en effet pas à la frontière suisse. Avec ce projet, nous avons créé une possibilité pour le concrétiser de façon professionnelle à l'étranger également. Si cela favorise la volonté de coopérer des personnes concernées, l'exécution du renvoi

par les autorités compétentes en matière de migration s'en trouve aussi simplifiée. Enfin, ce projet a sensiblement amélioré la collaboration entre les services impliqués. Tout le monde tire à la même corde, ce qui permet de regrouper les ressources et d'éviter les doublons.

**Quels sont les défis qui se posent dans la mise en œuvre de l'information et du conseil en matière de retour dans l'exécution des sanctions ?**

Etant donné que notre projet concerne exclusivement les clients du canton de Zurich, il suscite une certaine jalousie parmi les autres détenus. A Pöschwies, seules 50 % des personnes incarcérées viennent de la région zurichoise. Pour celles des autres cantons, il n'existe toujours pas de projet comparable, ce qui entraîne une inégalité de traitement. Le défi peut donc se résumer comme suit : comment garantir dans tous les cantons la mise en œuvre du mandat de réinsertion dans le pays d'origine prévu dans le cadre de l'exécution des sanctions en Suisse ? (RL)



# Une distinction de prestige pour un pionnier de la justice restaurative

**La Fondation Balzan rend hommage à un pionnier de la recherche et un praticien engagé de la justice restaurative : l'Australien John Braithwaite.**

Le 21 novembre, la Fondation internationale Balzan a décerné un prix à John Braithwaite, un « champion de la justice réparatrice ». Ce prix prestigieux doit contribuer à mieux faire connaître cette approche révolutionnaire.

Nicola Gattlen

Les Prix Balzan (750 000 francs) comptent parmi les prix les mieux dotés décernés à des chercheurs, derrière les prix Nobel (900 000 dollars). Depuis 1961, la Fondation internationale Balzan décerne chaque année quatre prix dans quatre domaines différents. Or, c'est la première fois qu'un chercheur dans le domaine de la justice restaurative est récompensé en la personne de John Braithwaite : « Pour sa contribution au développement théorique et à la diffusion de la pratique de la justice réparatrice contemporaine, pour son engagement au service des institutions et de la construction sociale, pour son travail de haute diffusion scientifique et éditoriale, pour sa dédication à l'acculturation des jeunes générations aux valeurs de la justice réparatrice. »

## Premières traces trouvées dans les cultures indigènes

L'intérêt de John Braithwaite pour la justice restaurative découle de ses recherches sur la régulation économique et les problèmes de la criminalité économique et, en particulier, de la corruption. D'un point de vue sociologique, il considérerait ces problèmes comme des manifestations de « domination économique et sociale qui déchire le tissu social ». C'est pourquoi il s'est particulièrement intéressé aux effets de la criminalité (p. ex., les contrats d'assurance frauduleux avec des indigènes) sur les victimes et à leurs besoins, ce qui l'a amené à reconnaître l'in-



John Braithwaite voit la justice restaurative comme un « processus de guérison ». Il souhaite en utiliser les méthodes au service de la paix lors de conflits armés.

déquation de la justice rétributive et des procédures judiciaires traditionnelles et, en réponse, à développer de nouvelles formes de justice, parmi lesquelles la justice restaurative, dont les premières traces peuvent être trouvées dans les cultures indigènes. La dimension spirituelle présente dans ces pratiques indigènes est souvent passée sous silence dans la littérature spécialisée ; John Braithwaite insiste sur ce point, ainsi que sur les problèmes d'appropriation culturelle de ces pratiques.

## La justice vue comme un « processus de guérison »

Dans l'esprit de John Braithwaite, la justice restaurative répare les victimes, les délin-

quants et les communautés. Il estime que, « parce que le crime blesse, la justice doit guérir ». L'infraction est saisie dans sa dimension d'exercice d'un pouvoir sur la victime. Il s'agit d'un acte de violence qui entraîne des blessures (physiques, matérielles ou morales) et la justice doit être un « processus de guérison ». La possibilité de « guérison » offerte par la justice restaurative repose sur une série de rencontres librement acceptées (des conférences) entre les victimes, les auteurs d'infractions et, éventuellement, d'autres personnes importantes pour les uns et les autres.

Avec l'aide d'un médiateur, des questions simples mais décisives sont abordées : que s'est-il passé ? Pourquoi ? Quelles personnes ont été touchées ? Pourquoi elles ? Que peut-on faire pour offrir des perspectives d'avenir à toutes les personnes concernées ? Ces rencontres visent à ce que le délinquant assume ses responsabilités devant les victimes et la communauté concernée et puisse ainsi être réinséré sans être humilié publiquement, ce que John Braithwaite appelle la « honte réintégrative ». « La meilleure façon de surmonter la honte est de réparer le dommage causé », a-t-il expliqué dans une interview.

## Recherche sur les conflits armés

Ces dernières années, John Braithwaite a développé une réflexion sur la justice restaurative en relation avec les grands problèmes de notre temps que sont la guerre, la paix, le changement climatique, la finance, la santé et la prévention de la criminalité. Dans le cadre d'un projet de recherche, il examine, par exemple, en quoi les conflits armés et les processus de consolidation de la paix mis en œuvre ou interrompus se distinguent, et dans quelle mesure les processus réparateurs se révèlent utiles.

# « La Suisse accuse un certain retard par rapport à d'autres pays »

**Entretien avec Ineke Pruin, professeure à l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne**

Dans l'interview accordée à #prison-info, Ineke Pruin, professeure de droit pénal, commente la place de la justice restaurative dans le droit pénal et l'exécution des sanctions en Suisse. Elle met en lumière les approches adoptées par d'autres pays européens et explique les avantages et les inconvénients d'une justice réparatrice en complément au droit pénal.

Nicola Gattlen

**Madame Pruin, la justice restaurative se développe partout dans le monde en complément de la justice pénale traditionnelle. Il s'agit d'une pratique de plus en plus répandue dans le cadre de l'exécution des peines. Où en est-on en Suisse dans ce domaine ?**

**Ineke Pruin:** Cette approche s'est développée dans le domaine de l'exécution des peines grâce à des institutions pionnières et à des initiatives privées, en particulier celle du Swiss RJ Forum. L'établissement pénitentiaire de Saxerriet, qui a introduit le modèle de « réparation » dans les années 1990, fait figure de pionnier en la matière. L'établissement pénitentiaire de Lenzbourg propose, quant à lui, depuis 2017 des « dialogues restauratifs » et a encouragé d'autres établissements à lui emboîter le pas. Parallèlement, les formes d'échange direct entre victimes et auteurs se multiplient. La prison genevoise de La Brenaz propose, par exemple, un programme de médiation, en collaboration avec l'Association privée pour la justice restaurative en Suisse. On ne peut toutefois pas dire que cette pratique soit courante dans le système pénitentiaire suisse. Près de 30 sur les quelque 6000 personnes détenues que compte la Suisse participent chaque année à un programme de justice restaurative. Il reste encore un long chemin à parcourir pour que ces mesures soient mises en œuvre de manière systématique et généralisée, bien



L'établissement pénitentiaire de Lenzbourg propose depuis 2017 des « dialogues restauratifs » et encourage d'autres établissements à en faire de même. L'offre en matière de justice restaurative est toutefois encore maigre dans le système d'exécution des sanctions pénales en Suisse.

qu'elles pourraient permettre aux établissements pénitentiaires de satisfaire à leur obligation légale d'intégrer des aspects liés à la réparation du dommage dans les plans d'exécution.

### **Quelle place le droit pénal suisse fait-il à la justice restaurative ?**

Une place très limitée. Le droit pénal des mineurs permet, dans certains cas, de suspendre une procédure pénale pour engager à la place une procédure de médiation, dont l'organisation dépend en grande partie de l'existence de l'infrastructure requise. Par exemple, les cantons de Zurich et de Fribourg, où un nombre relativement élevé de médiations ont lieu, disposent de services officiels chargés de les organiser. En revanche, dans d'autres cantons où de tels services font défaut, le nombre de médiations est faible.

### **Combien de médiations sont organisées chaque année en Suisse ?**

Il existe malheureusement très peu de données à ce sujet : au niveau national, l'Office fédéral de la statistique publie depuis 2020, des données sur les jugements et les autres modes de résolution des conflits pour un certain nombre d'infractions commises par des mineurs. Pour enrichir ces données, une enquête a récemment été menée auprès des autorités pénales et des médiateurs et a révélé des disparités importantes entre les cantons. Entre 2015 et 2020, quelque 450 médiations pénales, auxquelles ont participé environ 1200 personnes, ont été engagées chaque année en moyenne en Suisse, ce qui est peu au regard du nombre total de cas relevant du droit pénal des mineurs.

### **Et quelles possibilités offre le droit pénal suisse pour les adultes ?**

Très peu. Dans ce domaine, la Suisse accuse un certain retard par rapport à d'autres pays. Chez nous, l'auteur a la possibilité, sous certaines conditions strictement définies, de « réparer » le dommage, auquel cas l'autorité compétente renonce à le poursuivre, à le renvoyer devant le juge et à lui infliger une peine. Cette réparation prend souvent la forme d'une compensation financière. D'autres pays, comme l'Allemagne, l'Autriche ou la France, vont beaucoup plus loin. Ils proposent des médiations, des dialogues entre auteurs et victimes ainsi que d'autres formes de justice restaurative

au cours des procédures pénales. Le cadre légal applicable à ces mesures varie d'un pays à l'autre : certains excluent d'office la médiation en cas de violences domestiques, tandis que d'autres l'autorisent expressément.

### **L'auteur présumé d'une infraction a-t-il automatiquement le droit de participer à une médiation ou à un autre processus de justice restaurative pendant la procédure pénale ?**

Non, il n'existe, à ma connaissance, aucun pays qui accorde ce droit d'office. C'est le ministère public qui a la main sur cette décision. C'est lui qui détermine si une mesure de justice restaurative est proposée ou non.

### **La participation à une médiation peut-elle entraîner une atténuation de la peine ?**

La législation pénale de ces pays permet, sous certaines conditions, de suspendre la procédure pénale ou d'atténuer la peine. La décision finale revient aux procureurs ou aux tribunaux.

### **En 2018, le Conseil de l'Europe a recommandé aux Etats membres de développer la justice restaurative en matière pénale. La Suisse a-t-elle mis en œuvre cette recommandation ?**

Le processus politique est en cours. Dans un postulat de 2018 intitulé « Intégration de la justice restaurative dans notre législation, un progrès nécessaire », le Conseil fédéral a

été chargé d'évaluer comment intégrer des outils de justice restaurative dans le corpus législatif et, notamment, dans la loi sur l'aide aux victimes. Une proposition de réglementation en ce sens a été rejetée par le Parlement, mais le Conseil fédéral a été chargé d'élaborer une autre base légale visant à inscrire la notion de « justice restaurative » dans le code de procédure pénale. Les travaux correspondants sont en cours.

### **Certains soutiennent qu'il faudrait régler la question de la justice restaurative en dehors du droit pénal. Qu'en pensez-vous ?**

Une telle approche présente à la fois des avantages et des inconvénients. Une inscription de la notion de justice restaurative dans le droit pénal aurait pour conséquence de devoir examiner attentivement le recours à cette pratique dans les cas appropriés, et de s'assurer que les ressources nécessaires pour financer et mettre en œuvre les mesures correspondantes soient disponibles. Par ailleurs, un débat est actuellement ouvert en Europe sur le risque qu'une institutionnalisation excessive de la justice restaurative dans le droit pénal puisse nuire à ses principes fondamentaux. On pourrait, par exemple, s'interroger sur les véritables motivations des personnes souhaitant participer à un processus de justice restaurative, en se demandant si leur intérêt n'est pas lié à la possibilité de voir leur peine atténuée.

#### **Carte d'identité**

Professeure de droit pénal et de criminologie à l'Institut de droit pénal et de criminologie de l'Université de Berne, Ineke Pruin mène entre autres, des recherches sur la justice restaurative. Elle travaille actuellement à l'élaboration d'une encyclopédie mondiale sur cette pratique, dont la parution est prévue pour le printemps 2025. Elle est coresponsable de la partie consacrée à l'Europe (y compris la Suisse). Ce projet s'intéresse notamment à la législation en matière de justice restaurative des différents pays, aux travaux de recherche sur le sujet et à la place qui lui est faite dans la pratique juridique.





# Mise en œuvre lacunaire des mesures de réinsertion en prison

## Travail d'introspection exemplaire effectué à Genève

**Pendant son incarcération, la personne détenue doit apprendre à se sociabiliser de manière à pouvoir vivre sans commettre d'infractions. Elle doit bénéficier de mesures de réinsertion adaptées et d'un régime progressif d'exécution. Ces exigences sont-elles pleinement respectées à Genève? La Cour des Comptes de la République et Canton de Genève s'est saisie de ces questions et y répond dans une évaluation élaborée avec méthode et rigueur scientifique. Un rapport qui pourrait être utile à d'autres.**

Patricia Meylan

Quel est le but de la peine? Doit-elle punir la personne condamnée, l'infamer, le moraliser, l'éduquer ou le socialiser? La réponse varie d'un pays à l'autre, d'une époque à l'autre.

En Suisse, depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2007, le nouvel article 75, al. 1 du Code pénal (CP) assigne à l'exécution de la peine privative de liberté le but suivant: «améliorer le comportement social du détenu, en particulier son aptitude à vivre sans commettre d'infractions». Dans le cadre des travaux préparatoires relatifs à cette disposition pénale, le message du Conseil fédéral souligne que le développement des capacités sociales du détenu, notamment sa capacité à respecter la loi, est le premier des objectifs à atteindre. Il ajoute que la tâche des autorités d'exécution consiste en premier lieu à mettre en place des processus de socialisation.

Amener une personne condamnée à ne pas récidiver revient à faire de la «prévention spéciale». Dans un arrêt de 2008, lorsqu'il interprète l'art. 75, al. 1, CP, le Tribunal fédéral écrit que de tous les objectifs prioritaires poursuivis par l'exécution de la peine, le premier est en principe la prévention spéciale. Il assure à son tour que le droit pénal suisse ne sert pas en premier lieu à la rétribution, mais à la prévention des crimes.

Le temps passé en détention doit donc être mis à profit pour resocialiser la personne détenue. Il appartient à chaque canton de mettre en œuvre, dans chaque établissement pénitentiaire et pour chaque personne détenue, les mesures de réinsertion exigées par cet art. 75, al. 1, CP. Celle-ci doit pouvoir prouver l'acquisition progressive de nouvelles compétences sociales en les exerçant lors de l'octroi des allègements prévus par le régime progressif d'exécution (prévu par le Code pénal aux art. 77 ss CP).

### Institution indépendante et autonome

A Genève, la Cour des Comptes s'est saisie de cette thématique pour en évaluer l'efficacité.

La Cour des comptes de la République et Canton de Genève est de même rang que le Conseil d'État. Elle possède des compétences étendues dans ses missions de contrôle indépendant et autonome de l'administration cantonale et de ses entités. Elle s'assure du bon emploi de l'argent public et mène des évaluations de politiques publiques. C'est cette dernière compétence qu'elle met en œuvre dans son rapport N° 177 intitulé «Évaluation – Les mesures de réinsertion proposées en prison».

Dans l'introduction de son rapport, la Cour rappelle le but que la loi pénale pose à la détention carcérale: «il est nécessaire que le détenu perd en prison ses habitudes nocives et qu'il conserve ou acquiert un mode de fonctionnement qui se rapproche de la vie extérieure et des valeurs que la société démocratique défend». Elle formule ensuite la question qui soutient ses recherches «face au phénomène de surpopulation que connaissent certaines prisons genevoises, l'administration pénitentiaire est-elle en mesure de mettre en œuvre les mesures nécessaires à la resocialisation des personnes en exécution d'une peine privative de liberté?».

La Cour précise qu'elle s'est librement saisie de cette problématique. Elle a fixé les objectifs principaux suivants: «Premièrement, évaluer le niveau de mise en œuvre des différentes mesures de réinsertion proposées aux 700 personnes détenues dans quatre établissements pénitentiaires (Champ-Dollon, la Brenaz, le Vallon et Villars); deuxièmement, évaluer le rôle que les mesures de réinsertion jouent dans le cadre de l'obtention d'un allègement de régime».

Le travail de la Cour des comptes respecte une méthodologie et ses conclusions reposent sur des données empiriques. Pour mener cette évaluation, elle a conduit des entretiens avec des personnes détenues, des chefs d'ateliers, des agents de détention, des représentants d'association et de syndicats, etc.; elle a répertorié des types de mesures de réinsertion, déterminé des typologies de détenus et a également compilé des chiffres (nombre d'établissements, de personnes détenues, de cabines téléphoniques, de parloirs internet, de formations certifiantes ou non certifiantes, de bénéficiaires des formations certifiantes, de personnes sur liste d'attente, la durée des attentes, etc.).

### Mesures de réinsertion

Sur la base de l'inventaire des prestations existantes figurant dans le Concept réinsertion et désistance, la Cour retient les mesures de réinsertion (ou axes stratégiques) suivantes:

- les formations professionnelles (internes et externes), telles que les filières métiers, ateliers, attestations de compétences
- la mise à disposition d'ordinateurs sécurisés pour la formation à distance
- la sensibilisation à l'aide au retour accordée à des condamnés expulsés (RESTART)
- les parloirs internet pour le maintien des liens avec les proches éloignés

- l'accompagnement spécifique des jeunes adultes
- la qualité de relations parents-enfants (REPR)
- l'accès aux informations facilitant la compréhension du milieu carcéral
- le développement d'activités socioculturelles et sportives à but éducatif
- la désistance (projets TIM-E et Objectif désistance)
- la médiation carcérale et la justice restaurative (AJURES).

Pour la Cour des comptes, les mesures de réinsertion prévues par le concept sont «bien conçues, pertinentes et répondent aux principes fixés par l'article 75 CP».

### Établissements pénitentiaires évalués

Huit établissements abritent la population carcérale du canton de Genève. L'analyse ne porte que sur les établissements qui structurent (ou devraient structurer) les phases du régime progressif (exécution ordinaire en milieu fermé, passage en milieu ouvert, octroi de congés, travail externe, travail et logement externes, libération conditionnelle, libération définitive). La Cour a retenu:

- Champs-Dollon, un établissement de détention avant jugement, qui dans les faits, est également dédié à l'exécution des peines (398 places pour 508 détenus et détenues)
- La Brenaz, un établissement pénitentiaire fermé (168 places pour 167 détenus)
- Villars, établissement ouvert avec section fermée (19 places pour 15 détenus)
- Le Vallon, établissement ouvert (24 places pour 9 détenus).

Selon ces chiffres de l'Office cantonal de la détention (au 31 octobre 2022), l'évaluation a concerné 699 personnes détenues (pour 609 places en détention) dont 302 se trouvaient en exécution de peines.

### Effectivité de la mise en œuvre

Les lacunes les plus sévères sont constatées à Champ-Dollon. La mise en œuvre des mesures de réinsertion y est compromise pour deux raisons principales: la surpopulation carcérale, puis le fait que cette prison est conçue pour un régime de détention préventive (restriction des contacts) alors

qu'elle accueille 163 personnes en exécution de peine (chiffre d'octobre 2022).

Par exemple, à défaut d'infrastructures adéquates, l'obligation légale de travail n'est pas respectée; le délai d'attente au parloir est de 10 à 15 jours (1 à 3 jours à Villars et au Vallon); les cabines téléphoniques au nombre de trois induisent des listes d'attente et des appels limités à 15 minutes (16 téléphones à La Brenaz, téléphones portables autorisés à Villars et au Vallon); les parloirs à distance sont inexistant; l'accès aux ateliers est réservé aux détenus de l'aile Est et l'accès à cette aile implique un délai d'attente de six mois; les femmes n'ont pas accès aux ateliers de travail, elles «s'occupent» au travaux à l'aiguille ou à la buanderie.

D'autre part, certaines mesures de réinsertion existantes ne sont pas pleinement mises en œuvre; par exemple, six détenus suivaient une formation professionnelle certifiante en septembre 2022 (pour 15 places disponibles). Selon une autre constatation, des ateliers restent fermés – et leurs bénéficiaires assignés en cellule – pour une durée aussi longue que l'arrêt de travail du chef d'atelier.

### Sorties sèches

L'évaluation de la Cour des comptes met en évidence un «effet cascade»: une faible mise en œuvre des mesures de réinsertion a des répercussions sur le régime d'exécution. Faute de pouvoir se prévaloir de nouvelles compétences sociales, le détenu n'est pas légitimé à demander des allègements. Il exécute dès lors l'entier de sa peine en milieu fermé. Un autre facteur relevé par la Cour des Comptes met un frein au processus du régime progressif: «Les affaires Adeline et Marie ont rendu les autorités plus prudentes quant à l'octroi d'allègements de peine».

La loi pénale commande que la personne détenue exécute la peine prononcée en milieu fermé, puis en milieu ouvert, qu'elle teste la liberté lors de congés, puis par un travail à l'extérieur de la prison avant de poursuivre l'exécution sous la forme du travail et logement externes, de bénéficier de la libération conditionnelle et d'obtenir finalement la libération définitive.

À Genève, la personne condamnée ne connaît souvent que deux étapes d'exécution de la

peine privative de liberté: l'exécution en milieu fermé et la libération définitive. On parle de «sortie sèche».

Dans un communiqué relatif à ce rapport, publié en janvier dernier, la Cour conclut que «le canton de Genève ne peut donc pas respecter pleinement le droit fédéral ni appliquer totalement le programme cantonal de réinsertion et de désistance que l'OCD a conçu».

### Axes d'amélioration possible et recommandations

Le rapport fournit des axes d'amélioration et émet des recommandations aux différents établissements et au Département de la sécurité, de la population et de la santé ainsi qu'à l'Office cantonal de la santé. Pour Champ-Dollon, il est par exemple recommandé de ne pas mélanger les détenus en détention préventive (régime cellulaire, contacts réduits) et les détenus en exécution de peine (obligation de travail, sociabilisation); et pour les femmes de développer des ateliers de formation. Les établissements doivent mettre en œuvre le régime progressif pour éviter les sorties sèches. Le canton est lui invité à «mettre en place des conditions-cadres soutenant le déploiement complet des concepts de réinsertion et de désistance». Il émet également des recommandations à l'adresse du Département.

### Outil pour d'autres cantons?

Le rapport n° 177 «Évaluation – Les mesures de réinsertion proposées en prison» repose sur des données genevoises et il est élaboré à l'intention des institutions genevoises. Il s'agit donc d'un outil de travail à disposition du canton et de ses établissements pour l'orienter vers l'adoption des mesures nécessaires au respect du droit fédéral. L'évaluation qui fait l'objet de ce rapport de 80 pages a toutefois été menée de manière méthodique et scientifique. Les questions, les inventaires ou encore les tableaux peuvent être transposés. Cet outil est à ce point complet qu'il pourrait se voir comme un modèle à disposition de quiconque (établissement ou canton) souhaiterait procéder à une telle introspection.

### Lien vers le rapport

[www.cdc-ge.ch](http://www.cdc-ge.ch) (publications)

## Quand les sommeliers, comédiens et bijoutiers sont des détenus

Plusieurs établissements pénitentiaires en France, en Italie et en Angleterre réinsèrent les personnes détenues en les faisant travailler dans des restaurants et des théâtres ouverts au public ou en les impliquant dans des ateliers de bijouterie, d'épicerie ou de lutte incendie soumis au marché concurrentiel. Toutes ces activités permettent d'acquérir des compétences compétitives sur le marché du travail tout en créant des ponts avec le monde extérieur.

A la prison des Beaumettes (Marseille), l'ancien quartier des femmes est devenu « Les Beaux Mets » en 2022. Il s'agit du « premier restaurant en détention ouvert au public en France qui contribue à l'inclusion sociale et professionnelle des personnes incarcérées ».

The Clink (la prison en vieil argot britannique) est présenté comme « un restaurant pas ordinaire ». Et pour cause, puisqu'il a été ouvert en 2009 à la prison de High Down, à Surrey. Il existe désormais également un restaurant The Clink à l'intérieur des prisons à Londres (Brixton), à Cardiff et à Cheshire. Les restaurants gastronomiques sont tenus par des personnes incarcérées et jouissent d'une excellente réputation : il faut souvent attendre des mois pour obtenir une table.

La prison italienne de Milano-Bollate dispose d'un théâtre accessible au public et de sa propre troupe de théâtre (Teatro in-stabile) comprenant une équipe technique. Le théâtre peut accueillir environ 150 spectateurs ; il est également utilisé en interne comme salle de cinéma et pour des formations thématiques.

La prison des Beaumettes, à Marseille, prévoit également son propre théâtre ouvert au public. Notons que des personnes détenues

Brixton, Londres : Le restaurant The Clink se dresse au centre de la cour de la prison, dans une ancienne maison de gouverneur transformée. Il abrite une salle à manger élégante. Photo : The Clink Charity



participent actuellement aux travaux de construction des Beaumettes 3.

Il existe encore des ateliers de travail sur le site des Beaumettes, dans lesquels les personnes détenues collaborent avec des partenaires

externes. Dans le cadre de l'atelier incendie, ils élaborent des cartes détaillées de différents bâtiments, indiquant des sorties de secours, les emplacements des extincteurs, des alarmes incendie, etc. L'atelier bijouterie est une collaboration entre la prison et une entreprise qui commercialise des bijoux fantaisie. Les personnes détenues les conçoivent, sélectionnent les matériaux, les fabriquent, contrôlent la qualité, les emballent et les livrent dans les délais. (nig)



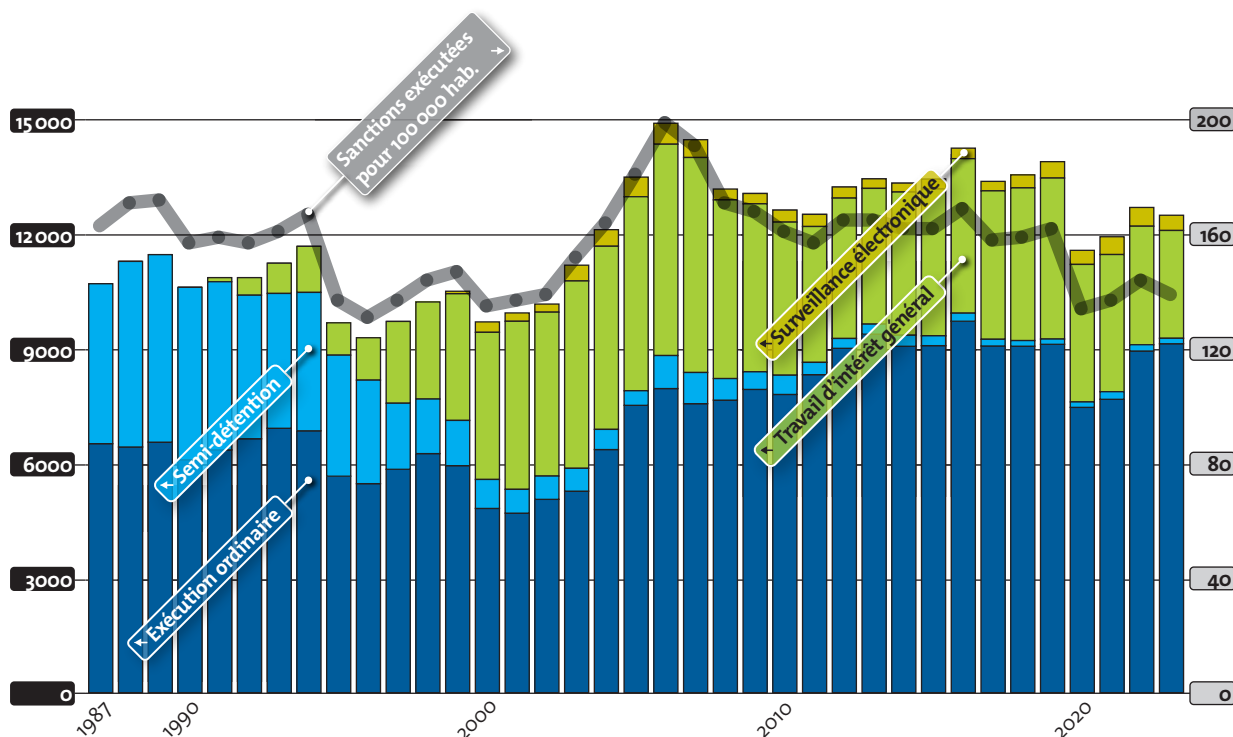
Pièce de théâtre publique dans l'établissement pénitentiaire de Bollate au nord de Milan.

**Source :** François Paychère (magistrat à la Cour des comptes du canton de Genève) et Etienne Antille (responsable de mission à cette même Cour), coauteurs d'un article relatif à l'évaluation des mesures de réinsertion dans les prisons genevoises : « La préparation à la réinsertion en détention : un mythe ? » publié dans la revue *Pratique Juridique Actuelle* 4/2024.



# Exécution des peines et des mesures : chiffres et tendances

## Statistique de l'exécution des sanctions de l'OFS



Graphiques: Peter Schulthess / Données: bfs.admin.ch

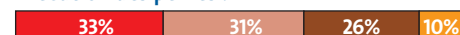
En 2023, 12 519 personnes ont commencé à exécuter une peine ou une mesure en Suisse (−1,6 % par rapport à l'année précédente), dont 9 297 (74,3 %) dans un **établissement pénitentiaire, soit sous le régime de l'exécution ordinaire** ■, soit en ■ semi-détention.

Pour les 25,7 % restants, la sanction a été exécutée sous une forme alternative, à savoir ■ le **travail d'intérêt général** (2 823 personnes, soit 22,5 %) et ■ la **surveillance électronique** (electronic monitoring, 399 personnes, soit 3,2 %), d'après les chiffres publiés par l'Office fédéral de la statistique (OFS). L'exécution sous forme de travail d'intérêt général perd du terrain depuis quelques années. Si on considère le nombre de peines et de mesures exécutées pour 100 000 habitants (échelle de droite ↗), on constate que le recul observé depuis 2006 s'est poursuivi en 2023.

**Exécution selon la nationalité:** incarcérations et travaux engagés en 2023

Les étrangers représentaient la plus grande part des incarcérations (67 %), mais les ■ Suisses étaient majoritaires en ce qui concerne l'exécution de mesures (64 %). La proportion de ressortissants helvétiques dans les deux modes alternatifs d'exécution (travail d'intérêt général et surveillance électronique) s'élevait à 61 %.

### Exécution des peines :



### Exécution des peines :



### Travail d'intérêt général :



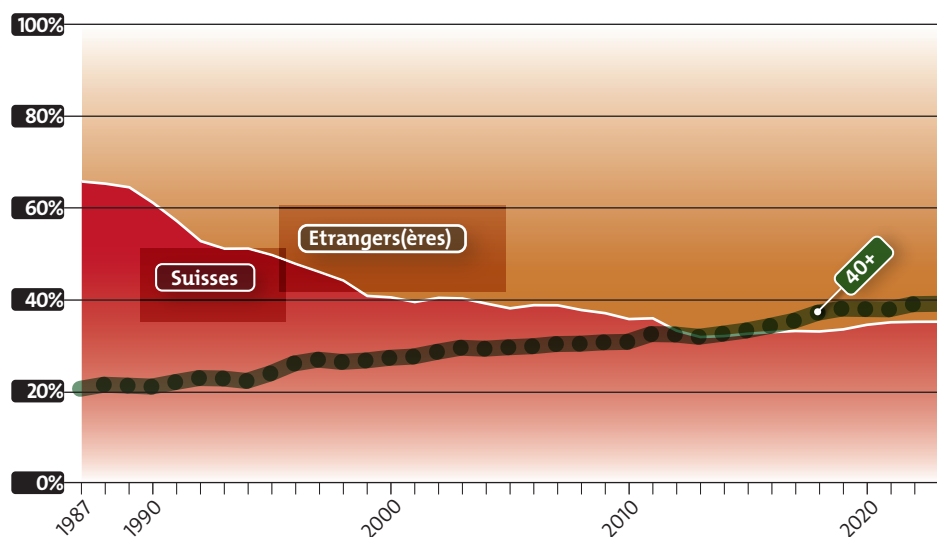
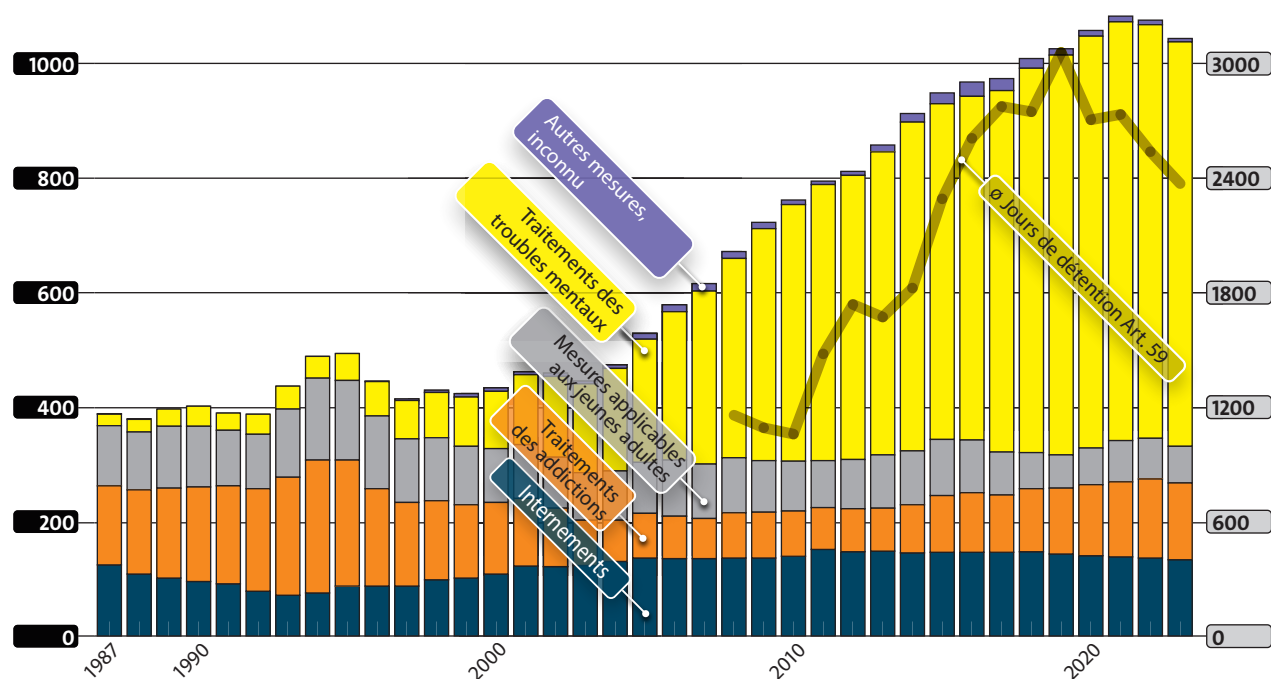
### Surveillance électronique :



Parmi les 1043 personnes au total qui exécutaient une mesure en 2023, 68 % faisaient l'objet d'une mesure de ■ traitement des troubles mentaux (art. 59 CP), 13 % d'un ■ internement (art. 64 CP), 13 % d'une ■ mesure de traitement des addictions (art. 60 CP) et 6 % ■ d'une mesure applicable aux jeunes adultes (art. 61 CP).

La forte augmentation de l'effectif des personnes exécutant une mesure de traitement ■ des troubles mentaux s'explique notamment par l'allongement de la durée de cette mesure (↗ échelle de droite). Après l'introduction de l'art. 59 en 2007, la durée moyenne de séjour est passée de 1200 à 3000 jours (8½ ans) en 2019. Le nombre d'entrées en

exécution de mesure au sens de l'art. 59 a nettement reculé, de 104 en 2020 à 47 en 2023.



En moyenne, les personnes qui commencent à exécuter une peine ou une mesure sont plus âgées ↗. La part des 40 ans et plus a doublé entre 1986 (19,3 %) et 2023 (39 %). Pour ce qui est de la nationalité, une inversion de tendance se dessine, avec une légère hausse de la proportion de ressortissants helvétiques ■, de 32 % en 2018 à 35 % en 2023 ; celle-ci était en baisse depuis 1987, où elle atteignait encore 66 %.

# Des interventions lourdes de conséquences dans la vie de centaines de milliers de personnes

## Programme de recherche sur le fonctionnement du système social suisse

**Le Programme national de recherche « Assistance et coercition – passé, présent et avenir » (PNR 76) met en lumière les conséquences des mesures de coercition et des placements extrafamiliaux et propose des pistes de réflexion pour apporter des améliorations dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures.**

Kaspar Meuli

Quelque 150 chercheuses et chercheurs en sciences humaines et sociales ont collaboré pendant six ans au PNR 76, témoignant de l'investissement considérable qui a été consacré à ce dernier. Au total, 29 projets de recherche ont été menés pour analyser « les caractéristiques, les mécanismes et les effets de la politique et de la pratique suisses en matière d'assistance ». Doté d'un budget de 18 millions de francs, ce programme fondé sur une approche interdisciplinaire avait pour objectif de documenter les injustices et les souffrances du passé et de fournir des informations sur le fonctionnement du système social suisse. Il visait également à poser les fondements des futures politique et pratique en matière d'aide sociale. En somme, le PNR 76 a établi des liens entre le travail de mémoire historique et les enjeux actuels et futurs. Le rapport de synthèse souligne d'ailleurs qu'« il est urgent de s'interroger sur les conséquences à en tirer pour le présent ».

Au XX<sup>e</sup> siècle, plusieurs centaines de milliers de personnes – il n'existe pas de chiffres officiels précis – ont été concernées par des mesures de coercition à des fins d'assistance ou des placements extrafamiliaux dans notre pays. Nombre d'entre elles ont été victimes de maltraitance, d'abus et/ou d'exploitation économique, dont des enfants retirés à leur famille pour être placés dans des foyers ou

des familles d'accueil. Depuis plus de 15 ans, la Suisse mène un travail de mémoire sur ce sombre chapitre de son histoire. Le PNR 76 s'inscrit dans cette démarche mais à la différence de nombreuses autres études historiques qui s'adressent principalement aux acteurs du monde politique et à la société, il traite de thèmes choisis en pensant aux personnes qui assument, aujourd'hui et à l'avenir, la responsabilité des jeunes qui grandissent ou grandiront dans des foyers ou des familles d'accueil.

Par conséquent, Alexander Grob, Professeur de psychologie du développement et de la personnalité à l'Université de Bâle et Président du comité de direction du PNR 76, insiste sur le fait que ce dernier ne pourra pleinement contribuer à la reconnaissance des souffrances, au travail de mémoire et à l'avènement d'une société où tous ses membres peuvent s'épanouir et vivre de manière responsable et autonome qu'à la condition que les acteurs de la politique, de l'administration et du système social transposent dans la pratique les impulsions tirées des projets de recherche.

Le PNR 76 repose sur un mandat politique. La synthèse rend compte des résultats des différents projets menés à bien dans ce cadre, sous la forme de dix « impulsions » formulées de façon percutante. Il ne s'agit pas de recettes toutes faites pour une pratique idéale du système social, mais plutôt de pistes de réflexion à explorer.

### **Renforcer les droits et la participation des personnes concernées**

Les chercheurs proposent des pistes de réflexion dans des domaines divers et variés. Ils réclament ainsi un accès facilité aux offres de soutien pour les personnes ayant fait l'objet de mesures de coercition et de placements extrafamiliaux, appellent à « questionner les

normes et renforcer le professionnalisme » et recommandent une harmonisation des procédures et du financement au niveau fédéral dans le domaine de la protection de l'enfant et de l'adulte. En d'autres termes, ils estiment nécessaire que les spécialistes disposent de ressources temporelles et financières appropriées pour pouvoir mener une réflexion approfondie sur leurs pratiques et y apporter des améliorations qui s'imposent.

Des dix impulsions formulées, deux revêtent un intérêt tout particulier pour la pratique de l'exécution des peines et mesures. La première, intitulée « Renforcer les droits et la participation des personnes concernées », met en évidence le fait que la protection de l'enfant et de l'adulte doit être mise en œuvre de manière à ce que les points de vue et les demandes des personnes concernées soient prises en compte tout au long de la procédure. Pour y parvenir, il est essentiel d'adopter une « communication adaptée à ses destinataires », même si de nombreux professionnels interrogés sous-estiment son importance. Les chercheurs insistent par ailleurs sur la nécessité pour les professionnels de développer une approche à la fois autocritique et réaliste à l'égard des relations asymétriques. « Vouloir occulter ou minimiser les rapports de force existants serait faire fausse route », expliquent-ils. Cette recommandation s'inscrit dans un contexte où le système social clame encore et toujours son idéal d'un travail fondé sur le partenariat, en particulier dans le domaine de la protection des mineurs. Les entretiens menés montrent que les professionnels veulent tellement se démarquer de la démarche autoritaire du passé qu'ils se laissent guider par une « fiction d'horizontalité », donnant ainsi aux personnes concernées la fausse impression que leur coopération avec les autorités est facultative.





### Parcours de vie des jeunes placés

La deuxième impulsion qui mérite réflexion s'intitule « Faciliter la transition vers la vie d'adulte » et s'appuie notamment sur les résultats du projet de recherche « Adolescents placés et acquisition de capital humain et social ». Cette étude comparative sur les possibilités offertes aux jeunes concernés et des limitations qu'ils ont subies dans leur vie a été réalisée par la Haute Ecole pédagogique de Lucerne et l'Université de Fribourg, sous la direction de Markus Furrer, Professeur émérite d'histoire et de didactique de l'histoire. Les chercheurs ont analysé 260 dossiers d'adolescents placés et mené 60 entretiens

avec des personnes concernées. Sur la base des données recueillies, ils ont étudié comment les jeunes qui, entre 1950 et 1985, ont été placés hors de leur famille dans les cantons de Fribourg, Neuchâtel, Lucerne et les deux cantons de Bâle, ont été préparés à la vie après le placement.

Ils se sont intéressés à la question de savoir quelles connaissances et compétences ces jeunes ont pu acquérir pour apprendre un métier et, d'une manière générale, prendre leur vie en main. Leur objectif était de « mettre en lumière les conditions-cadres et les mécanismes généraux de l'intégration sociale et professionnelle des jeunes » et de

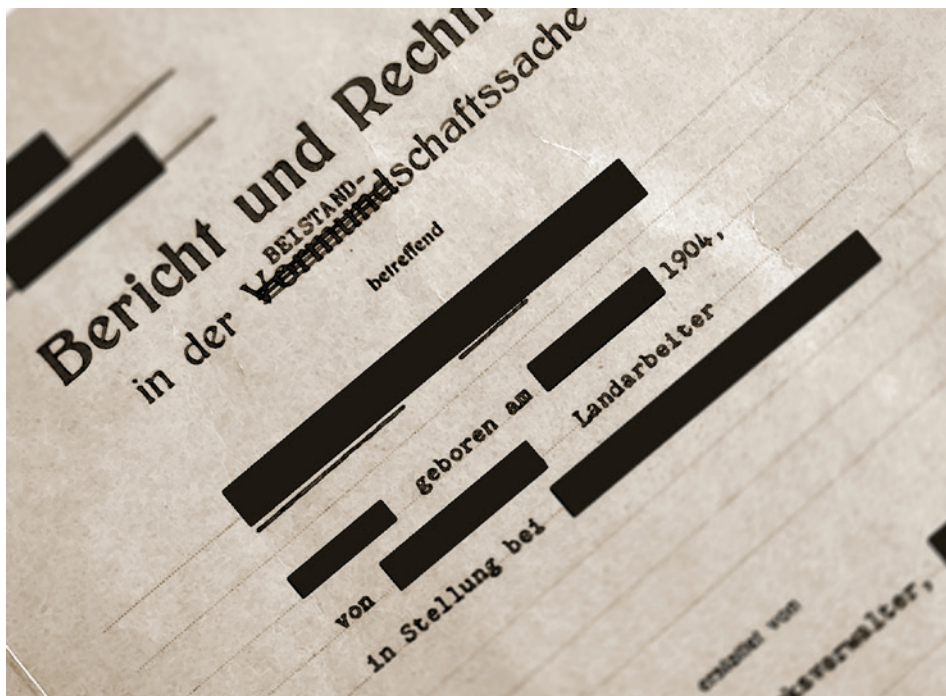
Photo de groupe des garçons placés dans l'établissement d'éducation Hochsteig dans le Toggenbourg. Le cliché a été pris vers 1918.  
Photo : Archives cantonales saint-galloises

« contribuer à éviter que de telles discriminations et marginalisations ne se reproduisent à l'avenir ». Les entretiens réalisés ont en effet montré que les jeunes placés ont souffert, tout au long de leur vie, d'un manque de formation ainsi que de perspectives professionnelles et sociales.

Il ressort de l'étude que les jeunes placés avaient rarement l'opportunité d'apprendre un métier qui répondait à leurs affinités et capacités durant la période examinée. Ils ont été stigmatisés en tant qu'enfants placés et généralement considérés comme « sous-doués » par les conseillers en orientation professionnelle, les enseignants et les employeurs. Malgré d'excellentes notes, l'accès à des formations supérieures leur était refusé. Ces stigmatisations et ces discriminations les ont pénalisés sur le marché du travail et ont eu un impact négatif sur leur insertion professionnelle et sociale ainsi que sur leur confiance en soi. L'équipe de recherche relève « l'importance cruciale de certaines personnes qui ont marqué profondément la vie des jeunes concernés », y compris le personnel d'encadrement, les amis et les proches, mais aussi des personnes clés au sein des institutions et des œuvres sociales. A l'inverse, « celles dont l'attitude à leur égard était négative » ont eu parfois des effets très délétères sur leur parcours de vie. En outre, l'enquête a révélé que, dans la majorité des cas, les enfants et les adolescents placés n'avaient pas de personne de référence en dehors de l'institution, ce qui constituait une entrave à l'acquisition de capital humain et social. « Il leur manquait un réseau social solide », ce qui les a pénalisés dans leur parcours de vie ultérieur.

### De nombreux jeunes placés ont souffert de problèmes psychiques, mais pas tous

Les résultats de l'étude montrent par ailleurs que les expériences traumatisantes ont entraîné des problèmes psychiques chez un bon nombre de jeunes placés. La plupart d'entre eux ont connu ou connaissent encore des difficultés telles qu'un trouble anxieux, un trouble de stress post-traumatique, des problèmes somatiques ou même un trouble psychotique. Toutefois, ce n'est pas le cas de tous les jeunes placés. Il est important de noter qu'aucun trouble psychique n'a été diagnostiqué chez environ un tiers des adultes interrogés, même si cela aurait tout à fait



Les jeunes placés avaient rarement l'occasion d'apprendre un métier qui répondait à leurs aspirations et capacités. À l'image, le dossier d'un garçon placé devenu ouvrier agricole.

Photo : Archives cantonales argoviennes

pu être le cas au vu de leurs conditions de vie. Selon l'étude, « cela tient notamment à ce qu'on appelle la résilience ». L'analyse des données montre que l'estime de soi a été identifiée comme une ressource de résilience importante, dans la mesure où elle atténue les effets délétères de la maltraitance émotionnelle et de la négligence.

Dans ce contexte, les auteurs de l'étude soulignent, dans leurs recommandations pour les politiques actuelles de formation et de travail social, l'importance considérable des personnes de référence stables pour aider les jeunes à acquérir les ressources nécessaires. Ils estiment également qu'il est essentiel de promouvoir des relations solides en dehors des institutions, que ce soit avec des pairs ou des coachs qui accompagnent les adolescents et leur servent de personnes de référence stables pendant toute la durée de leur(s) placement(s). En outre, les institutions doivent s'investir davantage dans la préparation en amont des jeunes concernés et dans leur accompagnement ultérieur.

### Tout n'était pas noir dans le passé

Les chercheurs qui ont collaboré au PNR 76 espèrent que les résultats de leur étude ne

resteront pas lettre morte, mais qu'ils seront pris en compte dans la pratique de l'exécution des peines et des mesures. Mais comment y parvenir ? « Nous, les chercheurs, ne pouvons pas proposer de solutions toutes faites. Celles-ci doivent être développées en dialoguant avec les acteurs de terrain et, idéalement, avec les personnes concernées », explique Markus Furrer. Toutefois, les débats sur les améliorations à apporter dans la pratique se heurtent toujours à des contraintes économiques, organisationnelles et politiques.

La synthèse du PNR 76 dresse le bilan suivant : « Bien sûr, tout n'était pas noir dans le passé, au même titre que tout n'est pas rose aujourd'hui. La société actuelle produit elle aussi son lot d'inégalités. Ce qui est certain, c'est que les interventions dans la vie des personnes concernées sont lourdes de conséquences pour ces dernières tant sur le moment que durant toute leur vie, et que cette souffrance se répercute sur leur descendance. Les injustices subies ne peuvent être réparées. »

Vous trouverez toutes les publications et d'autres informations à l'adresse suivante : [www.nfp76.ch](http://www.nfp76.ch)



# De la vie en foyer vers une vie autonome : qui y parvient ?

**Projet pilote achevé : « Grandir en foyer : quels enseignements tirer de l'expérience ? (JAEL-GEF) »**

**Comment les enfants et les adolescents qui ont été placés dans une institution socio-éducative ont-ils évolué par la suite ? Quels enseignements le personnel socio-éducatif peut-il en tirer ? Les résultats de la vaste étude longitudinale menée à l'échelle nationale JAEL-GEF sont désormais disponibles.**

Regula Fierz Wengert

Selon des estimations, environ 0,7 à 0,9 % des enfants et des adolescents vivent dans des institutions socio-éducatives en Suisse. Il existe toutefois peu d'études sur l'impact à long terme des placements extrafamiliaux dans notre pays, ce qui a incité l'équipe de recherche dirigée par Marc Schmid (Cliniques psychiatriques universitaires de Bâle ou UPK) à lancer le projet pilote JAEL-GEF. Ce dernier fait suite au projet « Recherche pilote pour l'évaluation et l'atteinte d'objectifs dans le cadre de mesures de placement (MAZ-REO), auquel avaient participé, entre 2007 et 2012, 592 enfants et adolescents de 64 établissements d'éducation en Suisse. Dans le cadre du projet pilote JAEL-GEF, qui est à présent achevé, 231 de ces participants, désormais de jeunes adultes, ont été réinterrogés une dizaine d'années plus tard afin de savoir ce qu'ils étaient devenus après avoir quitté leur foyer. La nature longitudinale de l'étude a permis d'obtenir des informations à la fois prospectives et rétrospectives sur les facteurs de risque et de protection. Afin de mettre en pratique les enseignements tirés de ce projet, un programme d'apprentissage en ligne destiné au personnel socio-éducatif a été développé avec le soutien de l'Office fédéral de la justice.

## Un échantillon difficile à constituer

La recherche d'anciens jeunes placés en institution, également appelés les « care leavers », a nécessité une énorme charge de travail pour l'équipe de recherche. Pour parvenir à consti-

tuer ce vaste échantillon de 231 jeunes adultes, les chercheurs ont passé 3327 appels téléphoniques, écrit 3087 lettres et 1674 courriels ainsi que 793 courts messages.

A l'aide de questionnaires, Marc Schmid et son équipe ont recueilli des données auprès des participants sur leur état de santé, leur formation, leur situation socio-économique, leur parcours délictuel et leurs relations sociales. En outre, les chercheurs de l'UPK ont mené avec eux des entretiens individuels de plusieurs heures afin d'identifier les facteurs de réussite et de stress pendant leur séjour en institution et la phase de transition vers la vie autonome. Tous ces entretiens ont été enregistrés, transcrits et soumis à une analyse qualitative.

## Principaux résultats

Au cours de la période de placement (entre 2007 et 2012), un diagnostic de maladie psychique, existante ou passée, avait été posé chez 70 % des participants. Une dizaine d'années plus tard, les jeunes (anciennement) placés en institution restent nombreux à présenter une charge psychosociale élevée : 45 % d'entre eux sont atteints de troubles psychiques, 56 % se trouvent dans une situation socio-économique difficile et 46 % rencontrent des problèmes relationnels.

Deux tiers des jeunes adultes interrogés ont indiqué qu'au moins un de leurs parents suivait un traitement psychologique et/ou psychiatrique, avait des problèmes d'alcool ou de drogue ou avait fait l'objet d'une condamnation pénale. Les expériences de négligence, notamment émotionnelle, semblaient plutôt être la règle que l'exception. Près de la moitié des jeunes ont déclaré qu'au moins un de leurs parents était confronté à une ou plusieurs difficultés telles que le chômage, la dépendance à l'aide sociale ou la perception d'une rente.

Les déclarations suivantes, tirées d'entretiens avec des participants au projet, donnent

un aperçu des difficultés familiales auxquelles ceux-ci sont confrontés :

« Il y en avait un (au foyer) qui avait encore ses parents ensemble, mais tous les autres avaient des parents divorcés, des familles brisées. J'étais pas le seul à avoir ce problème ».

« En gros, mon quotidien c'était ça : je rentrais à la maison, je la retrouvais couchée dans son lit, avec du vomi partout sur elle. Elle avait pris des médicaments. Des somnifères. Elle avait des coupures partout. Je savais pas quoi faire, j'ai couru aux toilettes, j'ai pris du papier toilette et j'ai essayé de lui faire un pansement, j'ai appelé mon père ».

« Quand, enfant, on est tout le temps battu – mon père n'était pas un bon père – et qu'on est placé en foyer, on garde des séquelles toute sa vie, les thérapies y changent rien. Ça reste en nous. Je sais qu'il faut aller de l'avant, mais parfois le passé nous rattrape [...]. Je sais pas comment le dire, mais tout est allé de travers dans mon enfance ».

## Comment faire en sorte que l'arrivée dans une institution se passe au mieux ?

Le projet pilote JAEL-GEF montre que, du point de vue des enfants et des jeunes concernés, il est extrêmement important d'être informés de ce qui se passe et être impliqués dans les processus dès le début, c'est-à-dire avant le placement, mais aussi à l'admission et pendant leur séjour dans l'établissement. L'affirmation suivante montre l'importance de la participation et de l'information, ou plutôt, la manière dont un placement ne devrait pas se dérouler :

« On arrive dans un foyer. Les adultes ont déjà discuté de tout. [...] Moi, je suis au courant de rien. C'est des choses dont j'ai jamais entendu parler. Ils parlaient tout le temps dans mon dos. C'était pareil pour la plupart des entretiens de suivi. On est juste informé et voilà. Tu vas rester deux ans de plus. Tu iras ensuite dans ce foyer-ci ou dans celui-là. Et tu te dis juste : « Est-ce que je peux avoir mon mot



à dire ? » mais en fait on te répond : « Non ! C'est décidé ». [...] Je trouve ça très dommage ».

### Laisser aux jeunes le temps d'arriver

Les enfants placés en foyer se retrouvent du jour au lendemain dans un environnement qu'ils ne connaissent pas et avec lequel ils doivent d'abord apprendre à se familiariser. Pour eux, il est important de gérer émotionnellement leur arrivée et de prendre pied dans ce nouveau quotidien, mais aussi de trouver leurs repères au sein d'un groupe et de créer de nouvelles relations avec le personnel, avec leur référent ainsi qu'avec les autres jeunes de leur groupe de vie.

Comme le montre la déclaration suivante d'un participant, ce dont les jeunes concernés ont surtout besoin, c'est de leur laisser le temps d'arriver.

« Le temps, c'est ce qu'il y a de plus important, parce qu'au début tu veux rien savoir, tu veux juste aller dans ta chambre, déballer tes affaires et qu'on te fiche la paix. [...] En fait, c'est comme [...] quand tu achètes un poisson rouge : tu le laisses dans un sac en plastique avec l'eau de l'ancien aquarium et tu le mets dans son nouvel aquarium en le laissant là-dedans. Ensuite, quand tu penses qu'il s'est habitué à la nouvelle température de l'eau, tu ouvres le sac et tu le laisses nager dans l'autre eau, mais tu le mets pas directement dedans, parce que, sinon, il se sentirait perdu, [...] Nouvel air, nouvelle eau, ah je sais plus nager [...] donc il faut vraiment y aller étape par étape, pour pas que la personne se sente dépassée par la situation ».

### Le foyer, un lieu sûr

Qu'est-ce qui fait d'un foyer un lieu sûr pour les enfants et les adolescents qui doivent être placés et qui sont souvent soumis à une charge psychosociale élevée ? Ce sont surtout les relations fiables qui sont importantes aux yeux des anciens jeunes placés et à cet égard, il leur faut :

- du temps pour une prise en charge flexible et individuelle, qui leur apporte le soutien dont ils ont besoin ;
- un personnel qui ne change pas et qui peut leur procurer un sentiment de stabilité ;
- une équipe diversifiée au service de jeunes aux profils très différents ;
- une relation de confiance solide ;
- quelqu'un qui les voit et pour qui, ils ne sont pas qu'un « projet limité dans le temps » ;

- quelqu'un d'authentique et accessible ;
- quelqu'un qui voit plus loin que le bout de son nez.

Voici deux déclarations de participants qui illustrent ces propos :

« ...quelqu'un qui m'écoute, me fait confiance, me soutient et m'accompagne ».

« Il (l'éducateur social) m'a dit : « Je te donne une chance. [...] On recommence de zéro. Je t'accepte tel que tu es. Peu importe ce que tu as fait, les bêtises que tu as faites. Je veux rien savoir. Tu finiras par venir vers moi. Si tu veux discuter, je serai toujours là pour toi, je serai à ton écoute. » [...] Il m'a complètement transformé... ».

Les relations au sein de l'institution ne sont toutefois pas les seules à prendre en compte. Il est aussi essentiel de (re)développer des contacts et des relations à l'extérieur :

« Que l'on dise simplement, va, je ne sais pas, va à la gym [...] parce que tu retrouveras des gens que tu connais [...] et que tu pourras à nouveau créer des liens sociaux, parce que pour moi c'est aussi simple que ça, le R. (nom de l'institution) a marqué un vrai tournant pour moi. Il y a les gens que j'ai connus avant le R. et ceux que j'ai connus après ».

### Le foyer, un lieu pas si sûr

Le projet pilote JAEL-GEF a malheureusement aussi révélé que certains jeunes avaient subi du harcèlement de la part des autres pensionnaires pendant leur séjour en foyer, mais aussi des violences verbales et physiques, des agressions sexuelles et même des abus sexuels. Des participants, 45 % ont déclaré avoir été intentionnellement giflés, frappés à coups de pied, battus, bousculés, étranglés ou agressés d'une autre façon. Les actes de violence et d'agression étaient, la plupart du temps, commis par d'autres jeunes, mais parfois aussi par le personnel. De plus, un taux de 2 % des participants au projet ont ainsi indiqué avoir été victimes de harcèlement sexuel de la part de ce dernier. Dans la littérature spécialisée, il est question de pourcentages beaucoup plus élevés, ce qui laisse penser qu'un grand nombre de cas ne sont pas signalés.

### Eviter les changements d'institution

Le projet pilote JAEL-GEF a en outre démontré que plus le nombre de placements vécus par les jeunes était important, plus ils étaient susceptibles à long terme d'évoluer défavorablement. A cet égard, le nombre d'interrup-

tions dans la prise en charge jugées précoces semblait être particulièrement le facteur déterminant pour les personnes concernées. Ce résultat montre à quel point il est important d'assurer une continuité dans l'accompagnement et d'éviter les interruptions.

« Il (l'éducateur social) m'a dit : « Tu peux avoir confiance, même si tu fais une erreur, nous ne te renverrons pas du foyer. » [...] J'ai tout à coup pu me permettre de faire des erreurs et d'en parler ».

### Un soutien adapté aux besoins quotidiens et aux réalités de la vie durant la transition vers la vie autonome

D'autres analyses concernant la préparation à la sortie ont révélé qu'il existe une corrélation entre le nombre d'expériences de mauvais traitements et de négligence vécues et les problèmes rencontrés dans divers domaines tels que la santé, les finances et les relations sociales. Les approches éducatives axées sur les ressources, la résilience et les traumatismes sensibilisent les professionnels à l'importance de détecter les expériences de mauvais traitements qui ont pu être vécues dans le passé, ce qui implique que toute intervention socio-éducative doit tenir compte du fait que les jeunes concernés requièrent non seulement un soutien thérapeutique, mais aussi une aide concrète et adaptée à leurs besoins quotidiens, afin qu'ils puissent faire face aux défis auxquels ils sont confrontés dans leur phase de développement. Comme il ressort de l'affirmation ci-dessous lors d'un entretien, pour que la transition vers la vie autonome se passe bien, il faut impérativement informer et préparer les jeunes qui s'apprentent à quitter un foyer aux démarches administratives qu'ils auront à entreprendre et aux questions administratives et financières qu'ils auront à gérer. Il faut également leur donner des moyens d'accéder au marché de la formation et du travail ou du moins les informer sur le sujet.

« Quelles sont les institutions qui existent ? Comment et où fait-on une déclaration d'impôts ? Mais c'est quoi en fait une déclaration d'impôts ? Et la caisse-maladie et une assurance complémentaire, c'est quoi ? etc., etc. Y'a tellement de choses à faire quand on devient adulte [...], j'ai dû découvrir ça par moi-même ».

### Evolution après le départ du foyer

L'un des résultats réjouissants du projet pilote JAEL-GEF est qu'environ 40 % des parti-

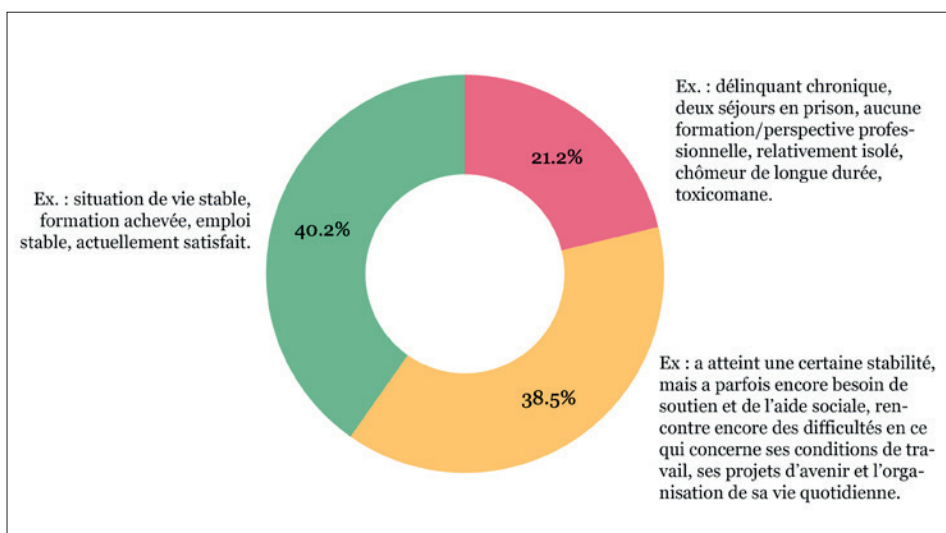
cipants ont connu une évolution positive après avoir quitté leur foyer et se sont bien insérés dans la société. Près de 39 % présentent un parcours neutre, c'est-à-dire qu'ils rencontrent des difficultés dans certains domaines de la vie une dizaine d'années environ après la fin de leur placement. Il est également regrettable de constater qu'un cinquième des jeunes autrefois placés en institution connaissent des problèmes significatifs dans plusieurs domaines de la vie, dont certains sont déjà devenus chroniques dès le début de l'âge adulte.

Parmi les participants ayant connu une évolution défavorable (en rouge), il est apparu que ceux qui présentent actuellement une charge mentale élevée rencontraient déjà, depuis une dizaine d'années, des problèmes émotionnels et comportementaux. Ce constat met en lumière l'importance pour le personnel socio-éducatif d'identifier les troubles psychiques et comportementaux chez les jeunes qui leur sont confiés afin de pouvoir mettre en place le plus rapidement possible le soutien thérapeutique dont ils ont besoin. Le programme d'apprentissage en ligne développé sur la base des résultats du projet pilote JAEI-GEF peut fournir de précieuses informations à cet égard.

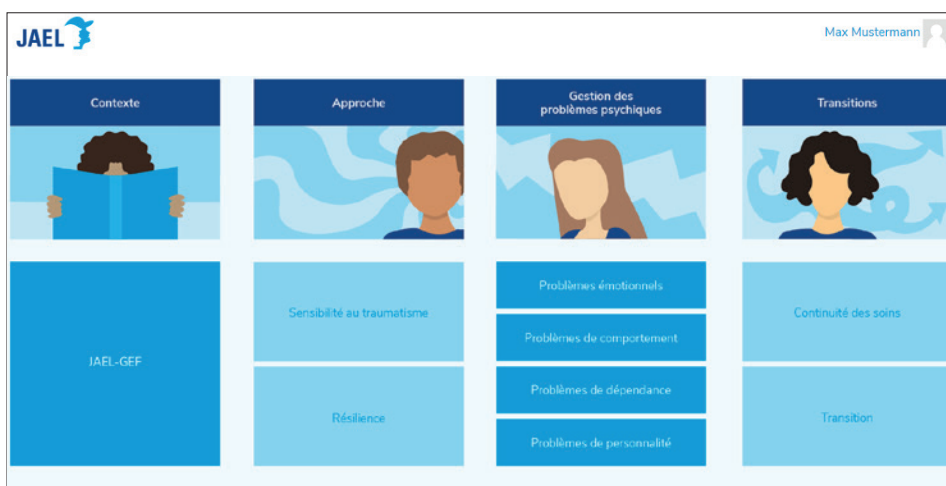
### Programme d'apprentissage en ligne destiné au personnel socio-éducatif

Un programme d'apprentissage en ligne a été développé afin que les nombreuses connaissances acquises dans le cadre du projet pilote JAEI-GEF puissent être prises en compte dans la pratique ([www.jael-elearning.ch](http://www.jael-elearning.ch)).

L'objectif de ce programme est de sensibiliser le personnel socio-éducatif aux facteurs de risque et de leur fournir des pistes de réflexion et des idées d'intervention. Le programme comprend quatre modules : « Contexte », « Approche », « Gestion des problèmes psychiques » et « Transitions ». Dans le module « Approche », les unités d'apprentissage « Sensibilité au traumatisme » et « Résilience » traitent des facteurs de protection importants pour favoriser une évolution positive dans l'aide à la jeunesse en milieu institutionnel. Dans le module « Gestion des problèmes psychiques », les unités d'apprentissage « Problèmes émotionnels » et « Problèmes de personnalité » abordent différents facteurs de risque. Le dernier module « Transitions » se penche, quant à lui, sur les questions de la continuité des soins et de la transition.



Concernant les évolutions négatives (en rouge), il s'est avéré que les careleavers présentant actuellement une charge psychique élevée avaient déjà des problèmes émotionnels et comportementaux il y a environ dix ans. Ce résultat souligne l'importance pour les éducateurs sociaux de reconnaître les charges psychiques et les anomalies chez les jeunes qui leur sont confiés et de mettre en place un soutien thérapeutique à temps. Le programme d'apprentissage en ligne développé sur la base des résultats du projet pilote JAEI peut fournir des informations précieuses à cet égard.



Un programme d'apprentissage en ligne a été mis au point pour permettre le transfert des nombreuses connaissances acquises dans le cadre du projet pilote JAEI dans la pratique.

### L'objectif du projet pilote JAEI-GEF atteint

L'objectif principal du projet pilote JAEI-GEF était d'améliorer l'impact à long terme des mesures institutionnelles mises en œuvre dans le cadre de l'aide suisse à l'enfance et à la jeunesse. Ce projet a permis de recueillir une quantité importante de données quantitatives et qualitatives sur des jeunes adultes qui ont été placés en institution durant leur enfance, ce qui permet de disposer d'une base solide pour mener des études plus

approfondies. En outre, les professionnels du secteur de l'aide à la jeunesse en milieu institutionnel peuvent bénéficier d'un programme d'apprentissage en ligne, dont l'évaluation a révélé une grande satisfaction de la part des utilisateurs. Pour l'Office fédéral de la justice, il apparaît clairement que le projet pilote JAEI-GEF a atteint son objectif.

La version définitive du rapport est publiée sur le site Internet de l'Office fédéral de la justice (Projets pilotes achevés).

# Internement dans le droit pénal des mineurs

## Modification de la loi visant à « combler une lacune en matière de sécurité »

**Le Parlement a durci le droit pénal des mineurs (DPMIn) : les tribunaux peuvent désormais ordonner l'internement des personnes qui ont commis un assassinat alors qu'elles étaient mineures s'il existe un risque sérieux de récidive à l'expiration des mesures prononcées en application du DPMIn.**

Nicola Gattlen

En juin 2024, les Chambres fédérales ont adopté une modification du DPMIn. Un mineur de plus de 16 ans condamné pour assassinat, pourra être interné s'il existe un risque sérieux qu'il soit encore dangereux à l'expiration de la sanction prononcée en application du droit pénal des mineurs. Un réexamen de la situation est prévu : l'internement pourra être levé dès lors qu'il n'y a plus mise en danger de la sécurité publique. En Suisse, les assassinats commis par des mineurs ne sont pas fréquents. Dans son message sur la modification du code pénal et du droit pénal des mineurs, le Conseil fédéral mentionne douze cas de condamnations de mineurs pour assassinat entre 2010 et 2020. Il estime qu'il est « rare » qu'un jeune délinquant condamné pour une infraction très grave soit toujours considéré comme dangereux au moment où il doit être libéré d'une sanction du DPMIn. Il s'agit néanmoins de créer une solution « pour des cas très rares d'une extrême gravité ».

Le relèvement de la peine minimale de quatre à six ans souhaité par le Conseil national pour les jeunes délinquants de plus de 16 ans ayant commis un assassinat n'a en revanche pas été repris dans la réforme. Le Conseil des Etats a renvoyé à un rapport du Conseil fédéral attendu d'ici à la fin 2025. Ce n'est qu'après cette analyse globale des sanctions du DPMIn qu'un éventuel durcissement pourra être discuté.

### Un droit jeune sous pression

La loi fédérale régissant la condition pénale des mineurs (droit pénal des mineurs, DP-



La modification adoptée constitue une nouvelle dérogation au principe de la « limitation temporelle des mesures de protection » dans le droit pénal des mineurs qui prévalait jusque-là.

Min) n'est entrée en vigueur qu'en 2007. Elle a été complétée en 2011 par la loi sur la procédure pénale applicable aux mineurs. Malgré l'évaluation positive de la nouvelle loi accueillie favorablement dans la pratique, plusieurs interventions politiques visant un durcissement ont été déposées ces dernières années, souvent en réaction à des actes isolés choquants. Elles ont cependant toutes été rejetées, principalement en raison du caractère juvénile de la nouvelle loi et de sa bonne appréciation.

La motion 16.3142 « Droit pénal des mineurs. Comblant une lacune en matière de sécurité », déposée le 17 mars 2016 par Andrea Caroni, marque un changement. Selon le texte, en raison du plafond obligatoire pour les mesures de protection prévu par le DPMIn, il existe « une lacune dangereuse » en ce qui concerne les auteurs d'infractions qui mettent gravement en danger la sécurité de tiers. Les Chambres ont adopté la motion et chargé le Conseil fédéral « de proposer des modifications législatives afin que l'autorité compétente puisse ordonner les mesures nécessaires ou la poursuite des mesures nécessaires à l'encontre

de jeunes qui compromettent gravement la sécurité de tiers lorsque des mesures de protection relevant du droit pénal des mineurs ordonnées à leur rencontre prennent fin parce qu'ils ont atteint l'âge limite fixé par la loi ».

### Une réglementation qui déroge au principe en vigueur

La modification adoptée constitue une nouvelle dérogation au principe de la « limitation temporelle des mesures de protection » dans le droit pénal des mineurs qui prévalait jusque-là. La première remonte à 2015, avec l'entrée en vigueur de l'interdiction d'exercer une activité, de l'interdiction de contact et de l'interdiction géographique dans le DPMIn. Ces mesures de protection spécifiques peuvent, lorsque l'auteur de l'infraction atteint l'âge de 25 ans, être poursuivies en tant que mesures pénales pour adultes au sens des articles 67 ou 67b du code pénal.

Comme alternative à une procédure de droit pénal, il est toujours possible de s'adresser à une autorité civile telle que l'Autorité de protection de l'enfant et de l'adulte.



# Règles d'utilisation de l'IA

## Recommandations du Conseil de l'Europe sur l'utilisation de l'intelligence artificielle

**L'intelligence artificielle (IA) gagne aussi du terrain dans le domaine de l'exécution des sanctions pénales, ce qui n'est pas sans soulever des questions éthiques. Le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe vient d'adopter des recommandations sur son utilisation par les services pénitentiaires et de probation.**

Nicola Gattlen

L'IA est porteuse de grands espoirs : elle doit rendre l'exécution des peines et des mesures plus efficace et plus efficiente. De nouvelles applications arrivent chaque semaine sur le marché. Parmi elles figurent aussi bien la reconnaissance faciale et la surveillance des communications que l'analyse des risques ou encore l'assistance linguistique. Il existe également des systèmes « tout-en-un » basés sur l'IA, dont le système de gestion des délinquants HORUS360, qui a été développé grâce à des fonds européens. L'utilisation de l'IA est toutefois délicate : les systèmes d'IA peuvent porter atteinte aux droits humains fondamentaux, mettre à mal les principes de base de la démocratie et entrer en conflit avec les principes de l'Etat de droit en raison d'un manque de transparence et de l'absence d'obligation de rendre des comptes. C'est dans ce contexte que le Conseil de l'Europe a demandé l'élaboration de recommandations sur l'utilisation de l'IA dans l'exécution des peines et des mesures, lesquelles ont été adoptées par le Comité des Ministres en octobre 2024.

Ces recommandations reposent en premier lieu sur le principe selon lequel, lors de la conception, du développement et de l'utilisation de l'IA, la dignité humaine et les droits fondamentaux des personnes exposées aux effets de son utilisation devraient être respectés. La protection des données personnelles est un aspect essentiel. Il convient également d'éviter la discrimination et les biais, mais aussi de prendre des mesures pour prévenir toute inégalité entre les individus ou groupes d'individus. L'exemple de « COMPAS » (voir encadré) montre que les préoccupations en matière de discrimination sont légitimes. Cet outil d'évaluation des risques a suscité un vif débat aux Etats-Unis sur les « algorithmes racistes ».

### Transparence et contrôle

Le Conseil de l'Europe demande par ailleurs aux Etats de rendre les processus d'utilisation de l'IA transparents et de les soumettre à la surveillance du public. Tant les personnes directement concernées que la société doivent être informées de l'utilisation de l'IA, de la méthode employée et de l'objectif visé. Les

processus de conception des programmes doivent, eux aussi, être transparents et traçables. Le Conseil de l'Europe recommande que la conception de l'IA intervienne « dans un environnement technologique sûr et vérifiable », en utilisant « des sources certifiées ».

Une autre préoccupation majeure est que, dans l'exécution des peines et des mesures, l'IA ne vienne pas se substituer aux contacts humains, dont les effets sont la plupart du temps positifs sur les délinquants. Les programmes d'IA devraient être conçus pour aider le personnel et non pour mettre à mal son rôle. Lorsqu'une décision repose sur l'utilisation de l'IA et touche aux droits humains, les personnes concernées doivent avoir la possibilité de former un recours contre celle-ci (droit à un contrôle humain sur les décisions prises).

### Projets pilotes en Finlande

Seuls quelques systèmes pénitentiaires européens ont pour l'heure recours à l'IA, mais la situation devrait bientôt changer. Plusieurs pays sont en effet en train de mener des projets pilotes avec l'IA, la Finlande comp-

Que ce soit dans le domaine de la surveillance, de l'aide à la traduction ou de la gestion de processus et services, les applications d'IA comportent de nombreux avantages. Leur utilisation est toutefois délicate. (Photo d'illustration : prison de Limmattal)







**L'Allemagne développe actuellement un logiciel qui détecte les situations critiques (violences, tentatives de suicide) sur les vidéos des zones surveillées et donne l'alerte. En Suisse, l'IA n'est pas encore utilisée à des fins de surveillance dans les établissements pénitentiaires (photo d'illustration: Grosshof LU).**

Photo: Peter Schulthess, 2023



tant parmi les pionniers. En mai 2022, le Ministère de la justice a ainsi introduit dans le pays « ROTI », un nouveau système de gestion des auteurs d'infractions doté d'une fonction d'IA (RISE AI). « RISE AI sert à analyser les risques et les besoins des délinquants et à recommander des services qui contribuent à réduire la récidive », explique Pia Puolakka, psychologue médico-légale, dans un article publié dans le magazine spécialisé *Blickpunkte*. Travaillant depuis 2012 pour l'Agence finlandaise des sanctions pénales, elle a joué un rôle clé dans l'élaboration des nouvelles recommandations du Conseil de l'Europe sur l'utilisation de l'IA par les services pénitentiaires et de probation. Elle tient à souligner que RISE AI « n'est pas un outil automatisé de prise de décision », mais un « système de recommandation » qui permet de rendre le processus de planification des peines plus efficace et plus efficient et de mieux faire correspondre les besoins des délinquants avec les services et les programmes qui leur sont proposés pendant leur détention.

L'Agence finlandaise des sanctions pénales participe par ailleurs au projet pilote « Aurora AI », un programme national d'IA qui vise à aider les citoyens du pays à accéder aux services publics dont ils ont besoin via une plateforme commune de services pu-

blics. Elle teste actuellement l'interface utilisateur d'« Aurora AI » pour les délinquants dans deux prisons et un bureau de probation<sup>4</sup>; l'objectif étant de leur permettre de trouver les services qui les aideront à se réinsérer dans la société. Le développement du système se fait en étroite collaboration avec les utilisateurs, explique Pia Puolakka, qui estime qu'il s'agit là d'un élément essentiel pour créer des systèmes d'IA éthiques et centrés sur l'humain.

### L'IA dans la prévention du suicide

En Allemagne, plusieurs projets pilotes sont actuellement menés avec l'IA pour prévenir la violence et le suicide. Le Land de Rhénanie du Nord-Westphalie, par exemple, a commandé en 2019 un logiciel capable de détecter sur des vidéos les objets dangereux et les comportements inhabituels chez les détenus suicidaires. Bien que son utilisation future ne soit possible que dans le cadre d'une vidéosurveillance et que la plupart des suicides se produisent hors du champ des caméras, des progrès sont attendus en matière de prévention.

Le système d'IA a été entraîné à l'aide d'enregistrements d'acteurs dans une cellule reconstituée. A la fin du projet en 2021, les responsables ont tiré un bilan mitigé :

l'algorithme n'est pas encore suffisamment abouti pour être utilisé dans les établissements pénitentiaires, des données d'entraînement supplémentaires étant nécessaires. L'idéal serait qu'il soit alimenté par des données issues de séquences vidéo de détenus (données réelles), mais les responsables du projet estiment que ce n'est pas licite pour des raisons de protection des données. En Rhénanie du Nord-Westphalie, les résultats d'un projet de recherche similaire mené en Basse-Saxe sont attendus afin d'évaluer si l'on pourra utiliser des données récoltées.

Lancé en 2022 pour une durée de trois ans, le projet d'IA de Basse-Saxe vise non seulement à prévenir le suicide mais aussi à améliorer la sécurité. Il prévoit la création d'un logiciel qui permet de détecter des situations critiques (violences, tentatives de suicide) sur les vidéos de zones surveillées et de donner l'alerte. Dans les établissements pénitentiaires où de nombreuses zones sont placées sous vidéosurveillance, il est presque impossible pour les agents d'avoir un œil sur toutes les images en même temps, explique le Ministère de la justice. Selon ce dernier, l'IA peut ici y apporter une aide. La loi a été révisée en 2022 afin de créer un cadre juridique pour l'utilisation de l'IA dans les établissements pénitentiaires.

## Des algorithmes racistes ?

Aux États-Unis, des algorithmes sont utilisés depuis plus de vingt ans pour évaluer le risque de récidive des délinquants. L'un des plus populaires est le programme COMPAS. Basé sur un questionnaire comportant 137 items, ce dernier permet d'obtenir une note de 1 à 10, à laquelle est associé un groupe à un profil de risques (de 1 à 4, risque faible; de 5 à 7, risque moyen et de 8 à 10, risque élevé). C'est cette note qui détermine si l'accusé est libéré sous caution ou s'il est placé en détention jusqu'à son procès. Des études attestent d'un « taux de réussite » assez élevé de ce programme, de l'ordre de 62 à 70 %. On reproche cependant régulièrement à COMPAS son manque d'équité, voire son caractère discriminatoire. Le site d'investigation ProPublica a ainsi découvert que les Afro-Américains étaient fortement surreprésentés dans le groupe des personnes classifiées à tort comme susceptibles de récidiver. Les Afro-Américains seraient donc jugés

injustement par l'algorithme bien que la couleur de peau ne fasse pas partie des critères pris en compte. ProPublica présume que les développeurs ont fait implicitement preuve de racisme lors de la programmation de l'algorithme.

Jon Kleinberg, expert renommé en IA et professeur à l'Université de Cornell, ne partage pas cet avis, comme il l'a indiqué dans un article paru en 2017. Il a souligné que l'on pouvait difficilement éviter les problèmes d'équité dans les systèmes d'IA pour des raisons mathématiques. En effet, différents critères d'équité – qui sont à définir lors de la programmation d'un algorithme – peuvent s'exclure mutuellement. La société doit, selon lui, déterminer les critères qui sont les plus importants à ses yeux.

En Suisse, aucun programme d'IA n'est à l'heure actuelle utilisé pour évaluer les risques en raison de contraintes juridiques. Jérôme Endrass,

responsable de l'unité Recherche & Développement à l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion (JuWe) du Canton de Zurich, explique que « les algorithmes d'IA consistent actuellement en des analyses purement quantitatives, basées sur des données statistiques ». « Le Tribunal fédéral exige que l'évaluation des risques prenne en compte principalement des critères propres à chaque cas. De plus, les algorithmes d'IA sont adaptatifs et ne peuvent pas être facilement reproduits des années plus tard, ce qui est problématique pour les procédures judiciaires ». La pertinence des algorithmes pose, elle aussi, question, selon M. Endrass : « Ils indiquent un risque de récidive sans que l'on sache clairement quels sont les facteurs déterminants. Une analyse qualitative permet, quant à elle, d'identifier les facteurs pertinents et de les aborder dans le cadre de l'exécution de la peine et de l'assistance de probation. »



# Brèves

## Tribunal fédéral : Les fouilles corporelles de détenus restent autorisées après les visites

Dans un arrêt publié le 8 octobre 2024, le Tribunal fédéral a rejeté le recours d'un homme soumis à un internement, qui estimait que ses droits fondamentaux avaient été violés, confirmant ainsi le jugement rendu par la Cour suprême bernoise, selon lequel les « fouilles corporelles superficielles » de détenus sont autorisées dans l'établissement pénitentiaire de Thorberg (BE) après les visites. Comme les détenus seraient en contact direct avec les visiteurs et utiliseraient les mêmes toilettes, l'établissement ferait régulièrement face à l'introduction d'objets ou de substances illicites. Si les fouilles corporelles ne pouvaient plus être effectuées de la même manière pour tous les détenus, moins de visites pourraient être autorisées, ce qui ne serait pas dans l'intérêt des personnes concernées, selon le Tribunal fédéral. Bien que des mesures telles que des vitres de séparation, des détecteurs de métaux ou un contrôle renforcé avant et pendant les visites soient envisageables, elles présenteraient des inconvénients tant en matière de sécurité que de respect de la vie privée et familiale. La Cour suprême avait déjà admis le bien-fondé du grief formulé par le recourant concernant le lieu des fouilles : elle avait enjoint l'établissement pénitentiaire de Thorberg de garantir une protection visuelle suffisante lors des contrôles et de veiller à éviter toute perturbation par des personnes qui ne seraient pas chargées d'effectuer les fouilles.



Le Tribunal fédéral soutient dans son arrêt la pratique des fouilles corporelles de l'établissement pénitentiaire de Thorberg (BE).

## Exécution séparée des sanctions au sens du DPMIn et du CP

Les privations de liberté au sens du droit pénal des mineurs (DPMIn) et les peines privatives de liberté au sens du code pénal (CP) ne seront pas exécutées conjointement, mais séparément. Le Conseil fédéral a adapté son ordonnance sur la base des résultats de la consultation et en a fixé l'entrée en vigueur au 1<sup>er</sup> juillet 2025. Une personne qui a commis des infractions avant et après ses 18 ans sera donc jugée dans le cadre de procédures séparées. Ainsi, elle pourra être condamnée à une privation de liberté au sens du DPMIn et à une peine privative de liberté en application du CP. Elle purgera alors ces peines séparément, celles-ci étant soumises à des conditions différentes : le but visé par une sanction au sens du DPMIn est avant tout de protéger et d'éduquer le délinquant mineur.

## Etude sur la population carcérale en Europe

L'Université de Lausanne publie chaque année, pour le compte du Conseil de l'Europe, un rapport sur les personnes détenues en Europe. Selon la dernière édition en date, plus d'un million de personnes étaient derrière les barreaux dans les 45 pays européens considérés – seule la Bosnie-Herzégovine n'a pas fourni de données – en 2022, soit 124 personnes pour 100 000 habitants. C'est la Turquie qui affichait le taux d'incarcération le plus élevé (408), devant la Géorgie (256). La Suisse comptait 73 personnes détenues pour 100 000 habitants.

Une personne détenue sur quatre en Europe était de nationalité étrangère. Cette proportion varie fortement d'un pays à l'autre. Elle était plus faible en Europe centrale et orientale que dans le reste de l'Europe. Selon le Conseil de l'Europe, cela coïncide avec la migration naturelle de la population européenne de l'Europe centrale, du sud-est et de l'est vers l'ouest, le sud et le nord du continent. En Suisse, le taux de personnes étrangères détenues était de 71 %, soit le deuxième le plus élevé parmi les pays de plus de 500 000 habitants. Seuls les établissements pénitentiaires du Luxembourg affichaient une valeur supérieure (78 %).

Le rapport contient également des chiffres sur le taux de suicide. En moyenne, 20,2 personnes détenues sur 10 000 ont mis fin à leurs jours dans un établissement pénitentiaire en Suisse en 2022. En Europe, ce chiffre était de 5,3. Seule la Lettonie (21,7 %) affichait un taux plus élevé. En chiffres absolus, 13 personnes détenues se sont suicidées en 2022. Il s'agit toutefois d'un pic dans la statistique. Le Covid-19 a certainement joué un rôle dans ce phénomène. En Suisse, le nombre de suicides a oscillé entre 2 et 14 par an (8 en 2023) ces dernières années. Si l'on considère les chiffres sur une décennie, la France, la Belgique et les pays scandinaves ont des taux de suicide nettement plus élevés que le nôtre.

## LU/BE : Des conteneurs pour créer des places de détention supplémentaires

En Suisse, les peines privatives de liberté de substitution représentent plus de la moitié des entrées en détention. Si ces peines se limitent généralement à quelques jours d'emprisonnement, elles constituent une lourde charge pour les établissements. La situation est particulièrement tendue dans le canton de Lucerne actuellement et plus encore dans celui de Berne où, à la suite d'un problème informatique, les amendes et les peines pécuniaires non encaissées s'accumulent et risquent d'être prescrites. Le Conseil-exécutif bernois souhaitait, pour l'exécution des courtes peines, installer des conteneurs pour créer 40 places de détention supplémentaires. En septembre 2024, le parlement cantonal a cependant rejeté le crédit demandé par un vote décisif du président.

Le gouvernement lucernois souhaite lui aussi créer de nouvelles places de détention. Il manque en effet entre 60 et 70 places dans les établissements pénitentiaires de Wauwilermoos et de Grosshof, notamment pour la détention provisoire et les peines privatives de liberté de substitution. Il est prévu d'installer temporairement un conteneur offrant 20 places supplémentaires dans le premier de ces établissements, principalement pour les peines privatives de liberté de substitution.



Des conteneurs avaient été installés dans l'établissement pénitentiaire de Witzwil pendant les travaux de rénovation. Le Parlement bernois s'oppose toutefois maintenant à l'utilisation de conteneurs pour créer des places de détention supplémentaires. Photo : Marc Finsterwald

## Utilisation du téléphone portable : Lucerne assouplit les règles en régime ouvert

Les personnes détenues de l'établissement pénitentiaire de Wauwilermoos pourront utiliser des téléphones portables et d'autres moyens de communication privés dans certains cas. Cet assouplissement, qui constitue une première en Suisse, découle d'une révision partielle de l'ordonnance sur l'exécution judiciaire adoptée en septembre par le Conseil d'Etat lucernois. Il répond aux principes de l'exécution en milieu ouvert, a déclaré le département cantonal de la justice et de la sécurité. Cette forme d'exécution vise en effet à se rapprocher le plus possible des conditions de vie en liberté. Dans un premier temps, l'ordinateur portable pourra être utilisé ponctuellement et sous surveillance pour la recherche d'un logement et d'un emploi ainsi que pour effectuer des travaux lors d'une formation professionnelle. Le département souligne que les expériences faites dans le cadre de cet essai montreront si d'autres allègements sont possibles.

## SG : Nouveau service de psychiatrie forensique à Wil



Wil s'appuie sur une longue tradition dans le domaine de la psychiatrie. L'offre va encore s'élargir avec l'ouverture d'un nouveau service de psychiatrie légale sur le site saint-gallois. A compter de l'été 2027, le bâtiment en bois de deux étages pourra accueillir 16 personnes privées de liberté atteintes de troubles mentaux qui présentent un « risque modéré pour la sécurité ». Outre les chambres des patients, le bâtiment comptera trois lits de soins intensifs et des salles de séjour, de thérapie et d'occupation. Une cour intérieure, un terrain de sport en plein air et une cour de promenade compléteront les infrastructures. Le service de psychiatrie légale étant rattaché aux services centraux de la clinique, la police et les services sanitaires pourront y accéder facilement. Sa construction répond à un besoin urgent : dans le canton de Saint-Gall, il manque en effet des places appropriées dans des cliniques psychiatriques pour les personnes atteintes de troubles mentaux en exécution de peine ou de mesure. Les personnes concernées doivent être transférées dans d'autres cantons ou incarcérées.



## ZH : Service de consultation mobile pour les familles à Pöschwies



Au début juillet, le service d'information aux proches de team 72 et le service de consultation ExtraMural des deux Eglises régionales ont lancé un projet pilote d'une durée de trois mois. Un service de consultation mobile a été mis en place devant l'établissement pénitentiaire de Pöschwies à Regensdorf. Cette offre de contact à bas seuil pour les familles des personnes détenues visait à créer un lieu de rencontre où les proches peuvent exprimer leurs préoccupations et leurs besoins, être écoutés et orientés vers des offres de conseil et d'accompagnement. Avec cette nouvelle prestation, les organisateurs souhaiteraient notamment atteindre des personnes qui ne disposent pas des ressources nécessaires pour chercher elles-mêmes un soutien, que ce soit pour des raisons linguistiques, par sentiment de gêne ou de honte, par peur d'être stigmatisées ou simplement par méconnaissance des offres de conseil existantes.

## BE/FR : Agrandissement à Witzwil

Lors de sa session d'été, le parlement cantonal bernois a approuvé le crédit pour la construction d'un nouveau bâtiment à Witzwil en remplacement de la prison régionale de Bienne. Au vu de sa vétusté, celle-ci est principalement utilisée pour la détention avant jugement. Outre les 50 places pour la détention provisoire et pour des motifs de sûreté, le bâtiment disposera de 150 places pour l'exécution en milieu fermé afin de remplacer celles de l'établissement pénitentiaire de Thorberg, qui sera rénové après l'achèvement des travaux à Witzwil et continuera d'être utilisé par la suite pour l'exécution des sanctions pénales.

Une démarche similaire est prévue du côté fribourgeois du Grand Marais. L'établissement pénitentiaire de Bellechasse, auquel quatre nouveaux bâtiments ont été adjoints en 2024, sera complété par un bâtiment destiné à la détention provisoire; il s'agit également d'augmenter les capacités pour l'exécution anticipée de peines privatives de liberté. A long terme, toutes les peines et mesures cantonales seront exécutées à Bellechasse. La prison centrale en vieille ville de Fribourg sera fermée.



Une nouvelle institution d'exécution judiciaire à Witzwil remplacera la prison régionale de Bienne.  
Photo: Peter Schulthess, 2021

## FR : Nouvelle offre de prise en charge pour les délinquantes mineures



Le canton de Fribourg a lancé le projet pilote Time Up à Villars-sur-Glâne, en réponse aux besoins des tribunaux latins des mineurs en matière de mesures de protection sous forme de placement pour les jeunes délinquantes. Time Up permet un placement en milieu fermé avec, pour objectif, une ouverture progressive. La nouvelle structure s'adresse à des jeunes filles dès 14 ans placées sur décision pénale d'un tribunal des mineurs. Les délinquantes bénéficient d'un accompagnement socio-éducatif et thérapeutique pour une période de 18 mois au maximum. Time Up est proposé par la Fondation de Fribourg pour la jeunesse (FFJ) au sein de la structure Time Out déjà existante. Celle-ci a été complétée au printemps par de hautes clôtures pour permettre aux filles de passer du temps en plein air. Elle peut accueillir dix jeunes, dont jusqu'à quatre filles dans le cadre de Time Up. Le projet pilote sera évalué au bout de deux ans par un organisme indépendant et se poursuivra si les résultats sont positifs.



## Les nouvelles constructions se précisent à Orbe

En juin, l'Etat de Vaud a dévoilé les plans et les visualisations architecturales de trois avant-projets de construction qui viennent compléter le développement des infrastructures carcérales du Pôle pénitentiaire du Nord vaudois (PPNV) à Orbe. Pour ces trois projets – la nouvelle colonie ouverte, le pôle médical et le pôle alimentaire –, des matériaux durables seront utilisés, tels que le bois ou le béton recyclé. Par ailleurs, une attention particulière a été portée à l'intégration des nouvelles constructions dans le paysage. La colonie ouverte, qui remplacera un bâtiment vétuste des années 1920, pourra accueillir 80 personnes. Les bâtiments, organisés de manière radiale autour d'une cour centrale, n'évoquent guère une prison, mais plutôt un groupe de maisons disposées en hameau. Ils devraient être opérationnels en 2030.



## Glaris : Carla Fries est la nouvelle cheffe du service de l'application des peines et mesures



Carla Fries a pris la direction du service de l'application des peines et mesures du canton de Glaris le 1<sup>er</sup> septembre dernier. Elle succède à Sonnie Burch-Chatti. Agée de 42 ans, la juriste a officié pendant plus de quinze ans comme greffière au tribunal d'arrondissement et au tribunal des mineurs de Lucerne, une activité grâce à laquelle, selon le communiqué publié par le Canton, elle dispose des connaissances et des qualifications optimales pour exercer ses nouvelles fonctions. Outre l'exécution des peines et des mesures relevant du canton, la surveillance de l'aide à la probation et de la petite prison de Sarnen figure parmi ses attributions.

## ZH : Nouvelle structure directionnelle au Centre de détention administrative



Le Centre de détention administrative relevant du droit des étrangers du canton de Zurich (ZAA) ne cesse d'évoluer. Pour répondre à des exigences multiples, sa structure directionnelle a été réorganisée depuis le 1<sup>er</sup> août 2024. La direction a ainsi été divisée en deux unités distinctes : « Operatives Geschäft » (« Activités opérationnelles ») et « Projekte und Weiterentwicklung » (« Projets et développement »). Jeannette Bucher, qui occupait jusque-là le poste de directrice adjointe, a été nommée responsable de l'unité « Operatives Geschäft », tandis que l'ancien directeur, Rico Vincenz, a pris la tête de l'unité « Projekte und Weiterentwicklungen ». Les deux responsables travaillent en étroite collaboration afin de mettre en œuvre les objectifs stratégiques et opérationnels du ZAA.

## TI : Décès de Giorgio Battaglioni



Giorgio Battaglioni, ancien directeur de la division « Justice » du Dipartimento delle Istituzioni du canton du Tessin, est décédé des suites d'une longue maladie. Né en 1956, ce juriste a travaillé pendant 32 ans dans l'administration cantonale et a notamment joué un rôle clé dans l'élaboration du message concernant la révision de la Constitution

fédérale. Il a également grandement contribué à l'installation du Tribunal pénal fédéral à Bellinzone. En outre, Giorgio Battaglioni a été membre de la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) pendant de nombreuses années.

*Photographie : CdT / Chiara Zocchetti*

## Réouverture de la prison de Sissach

Fermée temporairement en février 2020 – ayant retrouvé une capacité d'accueil suffisante après l'inauguration d'une nouvelle institution, le canton de Bâle-Ville n'avait plus besoin d'y loger ses détenus –, la prison de Sissach (BL) a rouvert ses portes. Selon la Direction de la sécurité du canton de Bâle-Campagne, la prison a été remise en service en raison de l'augmentation générale du nombre de détenus et en prévision

de la rénovation de la prison d'Arlesheim. Avant cela, elle a fait l'objet d'une réfection et d'une modernisation afin de répondre aux exigences légales actuelles. Elle a notamment été équipée d'une technologie de pointe en matière de surveillance.

## Bâle-Ville : Fin de la collaboration avec les services de sécurité privés dans les prisons bâloises

A l'avenir, seules des personnes employées par l'Etat pourront travailler dans les prisons bâloises, qui ne feront plus appel à des services de sécurité privés. Le Grand Conseil a approuvé une réorganisation du système d'exécution des sanctions pénales allant dans ce sens. Le coût de cette réorganisation s'élèvera à 3,85 millions de francs, qui serviront à financer la création de 29 nouveaux postes à temps plein, la formation initiale et continue du personnel ainsi que l'amélioration de la prise en charge dans les prisons. En outre, la capacité d'accueil de la prison préventive de Waaghof sera revue à la baisse afin que les détenus puissent être pris en charge conformément aux nouvelles normes. Il ne sera possible de placer plusieurs détenus dans une même cellule que dans des cas exceptionnels.

## Fermeture de la prison de Porrentruy

Le gouvernement jurassien a décidé de fermer la prison de Porrentruy, régulièrement épinglée pour ses conditions de détention, jugées illicites et dégradantes par la Commission nationale de prévention de la torture. Les améliorations exigées sont en effet impossibles à réaliser dans l'établissement aménagé dans le château. L'intégration de la prison de Moutier dans le canton du Jura permettra de compenser en partie les places manquantes.



# Publications

## Un Mur comme horizon

Laurence Rasti

144 pages

ISBN: 978-3-85881-894-2



*Un mur comme horizon.* Pour qui sont faites les prisons ? – Enquête photographique est le titre du dernier ouvrage de la photographe genevoise Laurence Rasti, pour lequel elle a pu pénétrer dans l'enceinte du centre de détention La Promenade à La Chaux-de-Fonds. L'enquête de Laurence Rasti s'inscrit dans une démarche artistique collaborative, où les détenus ont eux-mêmes réalisé des photographies avec des sténopés. Ce sont eux qui figurent au centre de ce travail, qui se veut une réflexion sur les liens entre prison, précarité et migration.

Laurence Rasti est née en Suisse en 1990 de parents iraniens. Elle a obtenu un bachelier en photographie à l'Ecole cantonale d'art de Lausanne (ECAL) en 2014 et un master en arts visuels à la Haute école d'art et de design de Genève (HEAD) en 2019. Dans ses photographies, elle explore les notions d'identité et de beauté.

Le livre de 152 pages, qui combine photographies et textes, est paru aux Editions zurichoises Scheidegger & Spiess. Le travail de Laurence Rasti fait également l'objet de l'exposition « Pr<sup>3</sup> : Prison, Protest, Print » au Musée des Beaux-Arts du Locle (MBAL), où l'artiste présente une installation issue d'une collaboration avec des détenus de La Promenade. L'exposition se tient jusqu'au 16 mars 2025.





## Le traitement pénal des délinquants sexuels – Analyse du cadre légal et de la pratique en Suisse

Aimée H. Zermatten  
465 pages  
ISBN: 978-3-7190-4855-6



Dans sa thèse de doctorat, Aimée H. Zermatten s'intéresse à la gestion de la délinquance sexuelle en Suisse. Partant de l'exemple d'un homme condamné à plusieurs reprises pour viol et contrainte sexuelle, pour lequel les mesures thérapeutiques ordonnées se révèlent un échec, l'auteure examine la question de savoir comment la société doit gérer un tel cas et la délinquance sexuelle en général. Pour ce faire, elle se penche, dans la première partie de son analyse juridique et interdisciplinaire, sur la notion de « délinquant sexuel », avant de se concentrer, dans la deuxième partie, sur la gestion de cette catégorie de délinquants, c'est-à-dire sur leur « traitement ». Celui-ci comprend aussi bien des aspects de droit pénal (principalement la sanction) que des aspects thérapeutiques et médicaux (moyens de soigner). Enfin, ce traitement doit également répondre aux attentes de la société et favoriser la réinsertion. L'auteure conclut que, compte tenu de la population criminelle très hétérogène que forment les délinquants sexuels, le traitement doit être individualisé en fonction de nombreux critères et non seulement d'après le risque de récidive.

L'ouvrage est disponible en français, avec des résumés en allemand, italien et anglais. Il peut aussi être consulté gratuitement en ligne (open access), sur le site de l'éditeur.

## « the portuguese prison photo project »

Luis Barbosa (vol. 1), Peter Schulthess (vol. 2), Daniel Fink notamment (vol. 3)  
324 pages, plus de 300 photographies  
ISBN 978-3-905731-14-9



Le photographe et publiciste Peter Schulthess documente depuis plus de vingt ans les lieux de détention. Ses photographies sont également publiées dans la revue #prison-info. Avec Daniel Fink, qui est à l'initiative du projet, il a lancé il y a dix ans « the portuguese prison photo project » et organisé, en collaboration avec un photographe portugais, quatre expositions à Porto, Lisbonne et Por-

timão entre 2017 et 2024. L'ouvrage en trois volumes est paru fin octobre et comprend deux livres de photographies de Luis Barbosa et Peter Schulthess ainsi qu'un livre explicatif sur le projet, les expositions et les quatorze prisons photographiées.



# On a le droit de faire des erreurs, mais pas de les reproduire

## Enseignements pratiques tirés d'un projet de recherche historique

**Dans le cadre d'un vaste programme de recherche, des chercheurs se sont penchés sur le passé du Foyer d'éducation scolaire et professionnelle Albisbrunn, ce qui a permis de mesurer l'importance de la collecte de données pour l'avenir d'une institution. Il est également apparu que la participation des jeunes était à l'époque peu sollicitée et qu'elle était donc rare.**

Philipp Eder

Comme si cela avait été soigneusement planifié, les résultats du Programme national de recherche « Assistance et coercition » (PNR 76) ont été rendus publics l'année où Albisbrunn célèbre son centenaire. S'agit-il d'une simple coïncidence ou faut-il y voir un lien ?

L'un des 29 projets de recherche menés dans le cadre du PNR 76 consistait à réaliser une étude scientifique sur l'éducation en milieu institutionnel en Suisse. Intitulée « Grammaire de l'éducation en institution en contexte », cette étude s'est intéressée à la continuité et à l'évolution de l'éducation spé-

cialisée en institution fermée au XX<sup>e</sup> siècle en prenant pour exemple le Landerziehungsheim (littéralement « foyer rural d'éducation ») Albisbrunn – comme on l'appelait à l'époque – situé dans le canton de Zurich. L'accent a été mis sur l'évolution des pratiques, les formes/ approches organisationnelles/ et les contextes.

Je trouve formidable qu'Albisbrunn ait pu jouer un rôle central dans ce projet grâce aux nombreux dossiers qui ont pu être trouvés aux archives cantonales. En tant que directeur général d'Albisbrunn, j'ai été séduit par l'idée dès le départ et je tiens à exprimer ma profonde gratitude à l'équipe de projet, qui m'a toujours fourni des informations de première main intéressantes.

Mener ce travail de mémoire scientifique sur l'histoire des foyers (à travers l'exemple d'Albisbrunn) était pour moi une nécessité. Je me demande souvent ce que l'on pensera dans 100 ans de nos actions, de notre pédagogie et de ce que nous léguerons à nos successeurs. Nous mettons bien sûr tout en œuvre pour être considérés, dans 50 ou 100 ans, comme des pionniers avec un grand professionna-

lisme, qui ont su répondre aux besoins des enfants et des adolescents. L'approche humaniste et l'accent mis sur la pédagogie du traumatisme au sein de notre institution répondent sans aucun doute aux exigences de notre époque. Mais où l'avenir nous mène-t-il ? La numérisation croissante a déjà entraîné de nombreux bouleversements et l'intelligence artificielle aura, elle aussi, un impact. Les débats politiques contribueront également à faire évoluer la société et donc aussi les jeunes. Une institution et ses actions sont toujours influencées par la société, car c'est d'elle que nous tirons finalement notre légitimité.

### En tant qu'institution, tirer des leçons du passé

Pour savoir où l'on va, il faut savoir d'où l'on vient. L'histoire revêt une grande importance, et même si on ne lui accorde pas, tous, le même intérêt, on prête souvent une oreille attentive aux témoignages du passé. Dans un milieu aussi sensible que le nôtre, il est particulièrement important de tirer des leçons du passé et d'essayer de les mettre à profit.



Philipp Eder est, depuis 2018, le directeur général du Foyer d'éducation scolaire et professionnelle Albisbrunn située à Hausen am Albis (ZH). Il a d'abord été enseignant, puis a entrepris des études en éducation sociale à Agogis, à Zurich, avant de suivre une formation continue en management et leadership à l'Université de Saint-Gall.

Le projet de recherche « Grammaire de l'éducation en institution en contexte », qui s'est intéressé à la continuité et à l'évolution de l'éducation en institution fermée au XX<sup>e</sup> siècle à l'exemple de l'école nouvelle d'Albisbrunn, a donné lieu à trois publications destinées aux professionnels et au public : *Erziehen, Erfassen, Erforschen* (éduquer, analyser, explorer), *Nobelhotel für Versager* (hôtel chic pour jeunes inadaptés) et *Der Junge*, (le garçon), un roman.





On a le droit de faire des erreurs, mais pas de les reproduire.

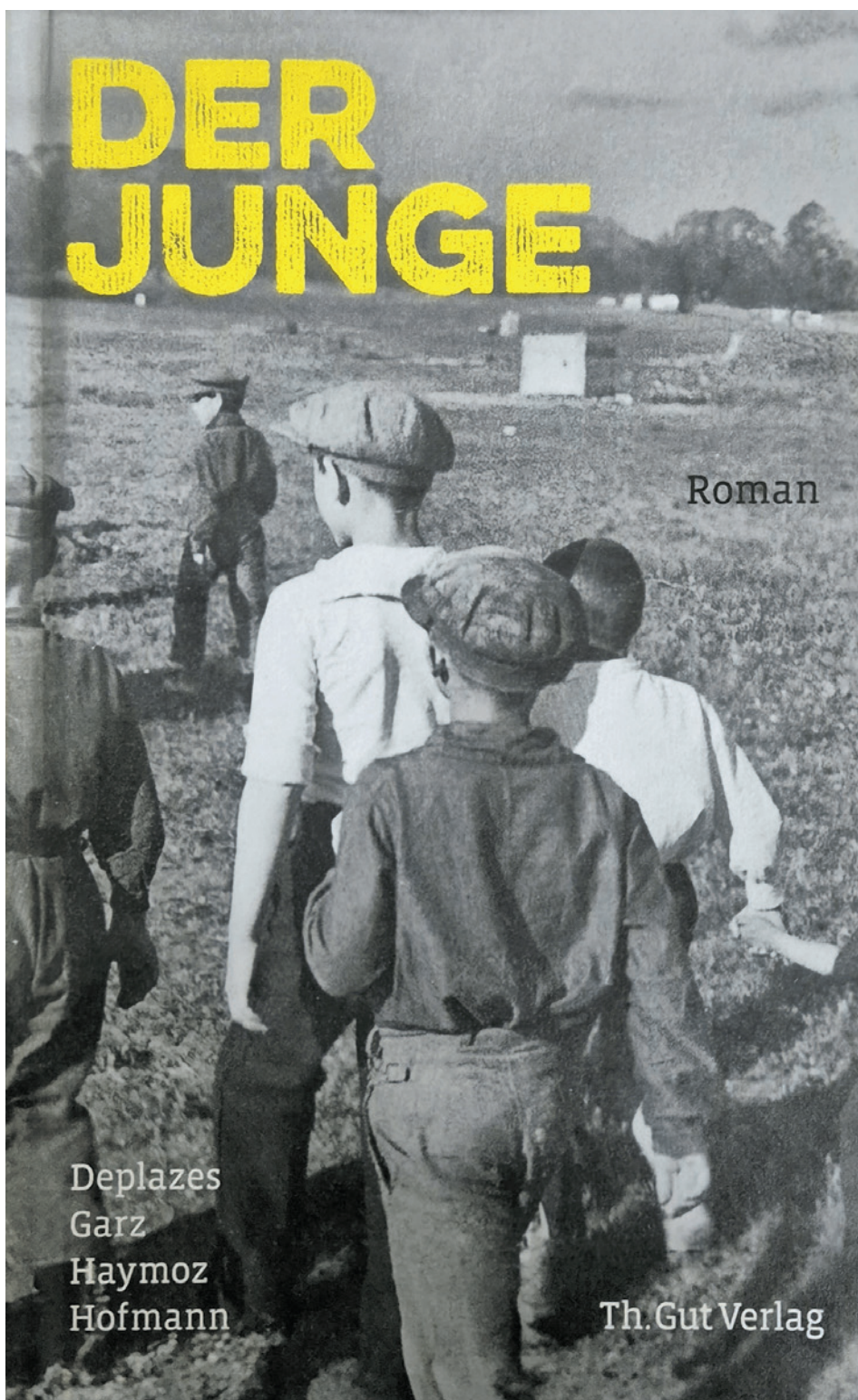
Ce qui ne change pas, c'est que les jeunes façonnent notre avenir. En tant qu'institution d'aide à la jeunesse, notre mission est de nous adapter aux changements, d'apprendre et d'évoluer. C'est uniquement de cette façon que nous serons toujours en mesure de répondre aux besoins des jeunes qui nous sont confiés.

Cependant, quels enseignements concrets pouvons-nous, en tant qu'institution, tirer de projets tels que « Grammaire de l'éducation en institution en contexte » ? Voici ce qui est indiqué dans le résumé des résultats : « Etant donné que le projet de recherche était historique et que les activités de recherche ne se sont pas concentrées sur les années postérieures à 1990, seules des recommandations indirectes peuvent être formulées pour la pratique actuelle sur la base des résultats. En revanche, il est tout à fait possible de tirer de ce projet des enseignements et des recommandations pour la recherche historique future dans le domaine de l'assistance et de la coercition ».

Je pense malgré tout que les résultats de l'étude permettent de formuler des recommandations importantes pour la pratique actuelle. Cette étude a en effet mis en lumière l'importance des statistiques, des données et des témoignages des différents acteurs. Ils sont même essentiels. Même si l'on peut avoir des avis divergents sur l'approche à adopter face à des jeunes ayant des comportements difficiles et sur la conception de l'aide à la jeunesse en milieu institutionnel, il est important de partager nos expériences avec les générations futures, ce qui ne peut se faire qu'à travers des dossiers, des chiffres et des statistiques qui retracent les différentes évolutions et garantissent une certaine objectivité.

#### **La collecte de données, un enjeu de taille pour l'avenir**

Les archives jouent un rôle essentiel à cet égard : c'est l'un des principaux enseignements que le projet de recherche a apportés à Albisbrunn. Il y a certainement, dans de nombreuses institutions, des personnes qui pensent – et c'est tout à fait compréhensible – qu'il y a trop d'informations à consigner et que la charge administrative est de plus en plus lourde. C'est pourquoi le grand défi consiste à réduire au maximum cette



charge, ce qui est tout à fait possible grâce aux outils numériques dont nous disposons aujourd'hui. La priorité pour tous les collaborateurs reste et restera de passer du temps avec les jeunes. Le projet de recherche sur

Albisbrunn nous a toutefois montré que la collecte de données représente un enjeu de taille pour l'avenir.

A la lumière des résultats des travaux menés dans le cadre du PNR 76, il est également





C'est ainsi que se présentait le Landerziehungsheim (littéralement « foyer rural d'éducation ») Albisbrunn en 1949. Aujourd'hui, l'institution située dans la commune zurichoise d'Hausen am Albis (ZH) s'appelle Foyer d'éducation scolaire et professionnelle Albisbrunn.

important de souligner, que la participation des jeunes était peu sollicitée dans le passé et qu'elle était donc rare. Une telle approche répond aujourd'hui à une exigence, y compris des plus hautes instances fédérales. Il est essentiel de garantir, sans réserve, les droits des enfants et des jeunes adultes, ainsi que leur participation aux décisions qui les concernent. Même si cette exigence est légitime, elle place souvent le personnel des institutions face à un dilemme : les bases légales, par exemple, permettent souvent une participation limitée dans les institutions fermées. Quelle est la participation possible selon le type d'institution ? Garantir en permanence une participation et une autonomie maximales fait désormais partie des principales missions des institutions, tout en représentant un défi majeur pour elles. Les règlements de certains établissements, notamment ceux qui sont ouverts, offrent aux jeunes placés la possibilité d'avoir voix au chapitre et de participer aux processus de décision, mais l'usage qui est fait de cette possibilité dépend de la volonté et de la confiance des acteurs impliqués.

### Un passé qui a suscité beaucoup d'émotions lors du jubilé

On m'a notamment posé la question de savoir quelles réactions le projet de recherche avait suscitées à Albisbrunn. Comme nous

avons célébré notre centenaire et que le projet de recherche a pris fin cette année, j'ai saisi l'opportunité pour lui offrir, ainsi qu'aux publications auxquelles il a donné lieu, une mise en valeur appropriée. En effet, quoi de mieux qu'un jubilé pour mettre en lumière notre histoire ? Une institution a besoin d'un tel événement pour que son passé se reflète dans le présent. Un jubilé est aussi l'occasion d'accueillir d'anciens pensionnaires, aussi bien ceux qui ont quitté l'institution il y a longtemps ou plus récemment. Les rencontres avec ces anciens pensionnaires, qu'ils aient séjourné à Albisbrunn dans les années 1960, 1980 ou beaucoup plus récemment, ont été à la fois merveilleuses et saisissantes.

Lors du jubilé, tous les collaborateurs ont pu ressentir les émotions qui émanent de cet endroit. C'est notamment pour cela qu'il m'apparaît essentiel, en tant que directeur général, d'être présent non seulement pour les jeunes qui sont actuellement chez nous, mais aussi pour tous ceux qui les ont précédés. Je me rends compte qu'il est possible, même des décennies plus tard, de contribuer au travail de mémoire et de résilience. Le passé a besoin du présent, on le ressent. Les témoignages que m'ont livrés les anciens pensionnaires pendant notre jubilé et après m'ont profondément ému.

En ce sens, le jubilé et le projet de recherche, qui était au cœur des festivités,

ont servi de catalyseur. Beaucoup de personnes présentes n'étaient pas conscientes que chaque jour nous écrivons l'histoire à travers ce que nous faisons et ce que nous laissons. Les publications sur le projet de recherche ont permis de mettre en lumière l'importance de l'histoire qui s'est écrite à Albisbrunn, et qui est parfois représentative de celle de nombreuses autres institutions similaires en Suisse.

Même si l'histoire est une préoccupation majeure pour moi au-delà du projet de recherche, l'importance accordée au passé lors du jubilé n'aurait pas été la même sans le travail réalisé par l'équipe dirigée par le professeur Lucien Criblez de l'Université de Zurich. Les échanges ont toujours été très agréables. La collaboration a été à la fois enrichissante et instructive, suscitant une réelle admiration. Le fait que le Dr Daniel Deplazes ait accepté de prononcer un discours lors de notre cérémonie officielle a été pour moi la preuve que science et pratique sont indissociables – tout comme passé et présent – car elles sont étroitement liées et interdépendantes. Que l'institution que j'ai le privilège de modeler, avec l'aide de nombreux collaborateurs, ait pu apporter une contribution substantielle à la mise en lumière de l'histoire de l'éducation en milieu institutionnel en Suisse, n'a pas touché que moi à Albisbrunn.

« En tant qu'aumônière,  
je peux témoigner de  
l'empathie à l'auteure et  
laisser de côté la perspective  
de la victime ».

Annemarie Reinhard-Scheidegger, aumônière à la prison de Hindelbank  
*Der Bund*, 26.9.2024

---

#### Impressum

**Editeur :** Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, Ronald Gramigna ([ronald.gramigna@bj.admin.ch](mailto:ronald.gramigna@bj.admin.ch))

**Rédaction :** Nicola Gattlen ([nicola.gattlen@bj.admin.ch](mailto:nicola.gattlen@bj.admin.ch)), Kaspar Meuli ([kaspar.meuli@bj.admin.ch](mailto:kaspar.meuli@bj.admin.ch))

**Collaboration rédactionnelle :** Reto Liniger ([reto.liniger@bj.admin.ch](mailto:reto.liniger@bj.admin.ch)), Folco Galli ([folco.galli@bluewin.ch](mailto:folco.galli@bluewin.ch)), Patricia Meylan ([patricia.meylan@unifr.ch](mailto:patricia.meylan@unifr.ch)), Regula Fierz Wengert ([regula.fierzwengert@bj.admin.ch](mailto:regula.fierzwengert@bj.admin.ch))

**Traduction :** Raffaella Marra, Evelyne Carrel

**Administration et logistique :** Marie-Lys Erard ([marie-lys.erard@bj.admin.ch](mailto:marie-lys.erard@bj.admin.ch))

**Mise en page, impression et distribution :** Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

**Commandes, questions et changements d'adresse :**

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne; +41 58 462 41 46, [marie-lys.erard@bj.admin.ch](mailto:marie-lys.erard@bj.admin.ch)

**Version Internet :** [www.prison-info.ch](http://www.prison-info.ch)

**Copyright / Reproduction :** © Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

50<sup>ème</sup> année, 2024 / ISSN 2571-5127

---





**Influencer le psychisme grâce à la couleur : utilisé dans de nombreuses prisons aux Etats-Unis, le rose Baker-Miller aurait un effet apaisant. Dans les établissements pénitentiaires helvétiques, on trouve également des cellules peintes en rose (photo : cellule dans les Etablissements de la Plaine de l'Orbe). L'influence bienfaisante attribuée à cette couleur est toutefois controversée. Des études menées sur la base des critères scientifiques actuels, notamment dans la prison de Pöschwies, font état de résultats décevants.**

Photo: Peter Schulthess, 2019



# #prison-info

## Dernière page

**Regard sur le passé.** Les rituels, les moments de partage, le chant, la foi : une foule de choses ont un effet positif sur le psychisme, apaisent, structurent, rassurent, donnent confiance. A l'image, une fête de Noël dans l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg. Prise de vue historique. Photo: Milou Steiner.

